

CLASSIFICATION **RESTRICTED**

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CD NO. 25X1A

COUNTRY **Germany (Russian Zone)**

DATE DISTR. **8 Feb. 1950**

SUBJECT **Die Volkspolizei**

NO. OF PAGES

100
100 25X1A

PLACE ACQUIRED [REDACTED] 25X1C

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

3
[REDACTED]

DATE OF INFO ACQUIRED [REDACTED] 25X1X

SUPPLEMENT TO REPORT NO. *7*

[REDACTED]

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C. 31 AND 32 AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

* **Documentary**

SOURCE

The attached copies of Die Volkspolizei are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

Enclosures filed separately

CLASSIFICATION **RESTRICTED**

STATE	NAVY	NSRB		DISTRIBUTION								
ARMY	AIR	OPC	X									

Die

Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DEN

FEIERTAG DER



*Es lebe
der 4. Jahrestag
der Volkspolizei*

2. Jahrgang

Nummer 7

BERLIN / 25. MAI 1949

Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH / Berlin

Die Volkspolizei ist das Schwert der Werktätigen!

INHALT:

	Seite
Walter Ulbricht:	
Sicherung der demokratischen Ordnung — die erste Aufgabe der Volkspolizei	1
Dr. h. c. Kurt Fischer:	
Die Volkspolizei im 5. Jahr	2
Im Dienste des Volkes	3
Kurt Vogel:	
Aus der Geschichte der Volkspolizei	4
Ruhmesstätte der Freiheitskämpfer	5
Richard Gyptner:	
Werktätige und Volkspolizei	5
Erich Hönisch:	
Das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend	6
A. Shiganow:	
Die Amerikaner in Japan	7
Herbert Oehler:	
Bessere polizeiliche Arbeit durch Planung	8
Hans Huhn:	
Volkspolizei im Kampf gegen Posträuber	9
Heinz Eisenbruch:	
Fingerabdrücke ermittelten den Täter	9
Goldschmidt:	
Die Aktivisten der Volkspolizei — „Ich durfte mit dabei sein!“	10
Gesetz und Recht	
Raschke:	
Ist ein einfacher Diebstahl immer ein einfacher Diebstahl nach § 242 des StGB?	11
Polizeiliche Frage-Ecke:	
Mord oder vorsätzliche Tötung?	12
Brandstiftung oder Transportgefährdung?	13
Sport und Körperschulung	
Adolf Lemke:	
Land der starken Menschen	13
Unser Sportbericht	14
Schachecke	15
Kulturelles Leben	
Josef Stauder:	
Die Kulturarbeit der Volkspolizei	16

Kameraden!

Am 1. Mai haben die Werktätigen ihre Liebe zur Volkspolizei bekundet. Rechtfertigt das Vertrauen durch vorbildliche Dienstausbung.

Die Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

2. JAHRGANG

BERLIN, 25. MAI 1949

NUMMER 7

Sicherung der demokratischen Ordnung — die erste Aufgabe der Volkspolizei

Liebe Freunde Volkspolizisten!

Ihr habt seit 1945 die ehrenvolle Aufgabe erfüllt, die demokratische Umwälzung, den Aufbau einer friedlichen demokratischen Ordnung zu sichern. Anfangs war Eure ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die Kriegsverbrecher ausfindig zu machen. Im Zusammenhang mit der demokratischen Bodenreform und der Schaffung der volkseigenen Betriebe habt Ihr gemeinsam mit der werktätigen Bevölkerung den Schutz des Volkseigentums übernommen. Heute ist die wichtigste Aufgabe, die demokratische Ordnung und die Durchführung des großen Wirtschaftsplanes zu schützen.

Während früher die Polizei ein Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Klasse zur Unterdrückung des werktätigen Volkes war, während in der Weimarer Republik die Polizei die bestehende Ordnung, d. h. die Herrschaft der Konzerne, Banken und des Großgrundbesitzes schützte und sich in der Zeit des Kampfes gegen den Faschismus „neutral“ verhielt und damit die Tätigkeit der faschistischen Kräfte duldete, ist die Volkspolizei eine antifaschistische Truppe, die bewußt und aktiv den Kampf gegen Kriegsverbrecher und Kriegshetzer, gegen alle Agenten des westlichen Konzern- und Bankkapitals führt.

Als Volkspolizisten habt Ihr die ehrenvolle Aufgabe, das Volkseigentum, die volkseigenen Betriebe, die Maschinen-Ausleihstationen, die volkseigenen Handelsorganisationen zu schützen.

Eure Aufgabe ist es, jene feindlichen Kräfte, die den friedlichen Aufbau und das friedliche Leben der Bevölkerung durch Sabotageakte, Attentate und Kriegshetze stören wollen, unschädlich zu machen.

Das erfordert, daß jeder Volkspolizist von der Richtigkeit des friedlichen, demokratischen Weges überzeugt ist, die Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei und des demokratischen Blockes versteht und sich ein solches fachliches Wissen aneignet, daß er imstande ist, Verbrechen zu verhindern und mit der Waffe umzugehen.

Wir wissen, wie viele Opfer die Volkspolizei bereits im Kampf gegen kriminelle Verbrecher und organisierte Agenten ausländischer Kräfte gebracht hat. Das schaffende Volk ist Euch zu tiefem Dank verpflichtet.

Die wichtigste Aufgabe für jeden Volkspolizisten ist jetzt: Lernen, lernen und noch einmal lernen.

Lernen, das heißt sich vertraut machen mit den Grundfragen der demokratischen Staats- und Wirtschaftspolitik, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung studieren, sich die wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin gründlich zu eigen machen. Lernen, das heißt fachliches Können erwerben, um mit Erfolg verbrecherischen Elementen, die das große Werk des Wiederaufbaues stören, das Handwerk zu legen.

Lernen, das heißt sich größtmöglichstes Können in der Handhabung der Waffen erwerben, damit es nicht mehr vorkommt, daß Volkspolizisten infolge ungenügender Waffenkenntnis von kriminellen Verbrechern ermordet werden.

Es lebe die Volkspolizei, die treue Schützerin der neuen demokratischen Ordnung, die Helferin im Kampfe um die Durchführung des großen Wirtschaftsplanes!



Mitglied des Polit.-Büros
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands

Die Volkspolizei im 5. Jahr

Von Dr.h.c. Kurt Fischer, Präsident der DVdI

Am 12. Mai 1945 erließ der erste Stadtkommandant von Berlin, **Generaloberst Bersarin**, den Befehl, zur Sicherung der sich entwickelnden neuen demokratischen Ordnung und zum Schutze der Bevölkerung vor verbrecherischen Elementen bis zum 1. Juni eine demokratische Polizei aufzustellen. Mit dem 1. Juni 1949 tritt unsere Volkspolizei somit in das 5. Jahr ihres Bestehens ein. Der 1. Juni, der Tag der Volkspolizei, ist nicht nur ein begründeter Anlaß für alle Kameraden der Volkspolizei, in festlichen Veranstaltungen die Bilanz der Arbeit der vergangenen vier Jahre zu ziehen und die noch größeren Aufgaben für die Zukunft zu umreißen, er ist weit darüber hinaus ein Ereignis für das ganze werktätige Volk, das sich in seiner Volkspolizei den sicheren Schutz der demokratischen Ordnung, ein scharfes Schwert gegen die Feinde des demokratischen Fortschritts und eine zuverlässige Helferin im Kampf um die Durchführung des großen Wirtschaftsplanes geschaffen hat.

Aus den Reihen der Werktätigen hervorgegangen, ist die Volkspolizei ein Bestandteil des werktätigen Volkes selbst. Sie wurzelt fest und tief im werktätigen Volk. Als am 1. Mai dieses Jahres in der Hauptstadt Deutschlands und in allen Städten der sowjetischen Besatzungszone die Volkspolizei-Einheiten Schulter an Schulter mit den Schaffenden aufmarschierten, trat diese enge Verbundenheit zwischen der Polizei und dem Volke offen in Erscheinung. Der Jubel, mit dem die Polizei-Einheiten begrüßt wurden, bestätigte, daß nunmehr zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Arbeiterschaft die Volkspolizei als ihre Polizei betrachtet, als ihren Schutz, als den Hüter der demokratischen Ordnung der Werktätigen, als die Schützerin ihres Volkseigentums.

Mit den Werktätigen gemeinsam marschiert die gesamte deutsche Volkspolizei in der **nationalen Front des deutschen Volkes** für Einheit und einen gerechten Frieden. Jeder Volkspolizist ist sich darüber klar, daß Deutschlands Einheit nur hergestellt und der Frieden nur gesichert werden kann, wenn das deutsche Volk eine feste und tiefe Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk verbindet. Die Sowjetunion ist der Hüter des Friedens und des Fortschritts in der ganzen Welt. Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verdanken der Sowjetarmee ihre Befreiung vom Joch des Faschismus, verdanken ihr die Schaffung der Grundlagen der neuen demokratischen Ordnung und den Weg in eine bessere Zukunft. Jeder Angehörige der Volkspolizei ist deshalb durchglüht von **tiefer Freundschaft zu dem Sowjetvolk**. Die Volkspolizei wird diese Freundschaft noch mehr vertiefen und wird sie hüten wie ein Kleinod. Die Freundschaft zur Sowjetunion und die enge Verbundenheit mit dem eigenen werktätigen Volk sind überhaupt erst die Basis, auf der sich unsere Volkspolizei entwickeln konnte. Wenn nun der 1. Mai 1949 gezeigt hat, daß die Volkspolizei sich das Vertrauen der werktätigen Massen erarbeitet hat, so soll sich jeder Volkspolizist darüber im klaren sein, daß dieses Vertrauen durch die tägliche beispielgebende Arbeit im Dienste der Werktätigen immer neu erworben und noch vertieft werden muß. Dieses Vertrauen der Werktätigen zu ihrer Volkspolizei ist ein Kleinod, das jeder Volkspolizist hüten muß wie seinen eigenen Augapfel.

Die gesamte Volkspolizei muß sich im 5. Jahr ihres Bestehens noch **bedeutend vervollständigen**, um die ihr gestellte Aufgabe, treue Schützerin der neuen demokratischen Ordnung und zuverlässige Helferin im Kampf um die Durchführung des großen Wirtschaftsplanes zu sein, erfüllen zu können. Selbstzufriedenheit, beschauliches Ausruhen auf dem Erreichten oder gar Kopfschwindel von den Erfolgen wären schlechte Voraussetzungen für die Erfüllung der gestellten Aufgabe. Im Gegenteil, wenn die Volkspolizei diese große Aufgabe in Ehren erfüllen will, dann muß sie eifersüchtig darüber wachen, daß ihre Reihen sauber bleiben, daß ihre Disziplin noch verstärkt wird, daß jeder Volkspolizist erfüllt ist von einem hohen demokratischen Bewußtsein, daß jeder einzelne Angehörige der Volkspolizei ein Meister ist in der Beherrschung und in der Kenntnis der ihm vom Volke anvertrauten Waffen, daß das fachliche polizeiliche Können ein hohes Niveau erreicht. Wenn jeder Volkspolizist an der Schwelle des 5. Jahres des Bestehens unserer Volkspolizei sich die Aufgabe stellt, dies zu erreichen, dann wird unsere Volkspolizei imstande sein, die ihr gestellten Aufgaben im Dienste des werktätigen Volkes ehrenvoll zu erfüllen.

4 Jahre Volkspolizei —

4 Jahre Kampf gegen die Feinde der demokratischen Ordnung!

IM DIENSTE DES VOLKES



Zum Schutze der Demokratie und des Lebens und Eigentums der Bevölkerung hat die Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin vom ersten Tage ihres Bestehens an einen entschlossenen Kampf gegen die Feinde der demokratischen Ordnung und gegen das kriminelle Verbrechen geführt. Dieser ständige ununterbrochene Kampf gegen die von einer gewissenlosen Hetzpresse ermunterten und dirigierten Feinde des Volkes hat von der Volkspolizei erhebliche Opfer gefordert. Von 1945 bis heute sind viele Volkspolizisten in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen; oft senkten sich die Fahnen in Ehrfurcht und Trauer an den Gräbern der in treuer Pflichterfüllung gefallenen Kameraden. Das Leid der Hinterbliebenen erfüllt die ganze Volkspolizei mit tiefem Mitgefühl.

Die Opfer sind aber zugleich eine eindringliche Mahnung an alle Kameraden zur größeren Wachsamkeit. Wir gedenken am Tage der Volkspolizei unserer gefallenen Kameraden und geloben, den Kampf gegen die Feinde des werktätigen Volkes noch härter, noch entschlossener, noch erfolgreicher zu führen und die demokratische Ordnung und damit die friedliche Zukunft unseres Volkes noch wachsamer zu sichern.

A handwritten signature in cursive script, which is the signature of Walter Ulbricht, the first Chairman of the Council of Ministers of the German Democratic Republic.

Präsident
der Deutschen Verwaltung des Innern

Aus der Geschichte der Volkspolizei

Von Chefinspekteur der Volkspolizei Kurt Vogel, DVdI

Ein Rückblick auf die vierjährige Geschichte der Volkspolizei kann jeden ihrer Angehörigen mit berechtigtem Stolz erfüllen. Die nachstehenden Ausführungen erheben keinen Anspruch darauf, eine vollständige Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Volkspolizei zu bieten. Sie sollen nur einige ihrer wichtigsten Etappen in das Gedächtnis zurückrufen.

Als im Frühjahr 1945 der Faschismus von der siegreichen Sowjetarmee politisch und militärisch zerschlagen war, hofften alle fortschrittlich-antifaschistischen Menschen, besonders die aus Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreiten illegalen Kämpfer gegen den Faschismus, daß im Verlauf der demokratischen Entwicklung auch eine neue Polizei in Gesamtdeutschland erstehen würde, die nie wieder als Machtinstrument einer kleinen Gruppe von Monopolkapitalisten zur Unterdrückung des werktätigen Volkes mißbraucht werden kann.

Dieser berechtigte und den Interessen des Volkes entsprechende Wunsch erfüllte sich bisher nur in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden, die die antifaschistischen Kräfte in der Ostzone bei der demokratischen Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens jederzeit weitgehend unterstützten, nahmen in den Städten und Gemeinden der SBZ Männer und Frauen den Aufbau örtlicher Polizeiergane in die Hand. Es waren zwar keine sogenannten alten Polizeifachkräfte, sie erkannten dafür aber klar die politische Bedeutung einer wirklichen Volkspolizei für die entstehende demokratische Ordnung. Sie konnten sich bei dieser großen Aufgabe auf keine gefüllten Polizeikassen und Kleiderkammern, noch auf ein erlerntes polizeiliches Fachwissen stützen. An die Stelle dieser zu normalen Zeiten wichtigen, im Chaos des Zusammenbruchs aber untergegangenen Hilfsmittel trat der feste Wille, auch unter den schwierigsten Bedingungen der Desorganisation, der Mutlosigkeit und der Not den Grund zu einem neuen, besseren Leben zu legen und die Sicherheit wieder herzustellen.

Es gibt in der Geschichte unseres Volkes kein Beispiel, das zum Vergleich für die Entstehung und den Aufbau der heutigen Volkspolizei dienen könnte. Im Anschluß an die vordringenden siegreichen Truppen der Sowjetarmee fanden sich überall die entschlossensten und mutigsten Antifaschisten zusammen, um im örtlichen Rahmen Reviere und kleinere Polizeidienststellen zu errichten.

Die in den Maitagen des Jahres 1945 bestehende völlige Desorganisation mußte unter allen Umständen beseitigt werden, wenn das Leben des Volkes erhalten bleiben sollte. Die noch im Lande umherziehenden Reste der geschlagenen faschistischen Armee, die restlose Auflösung aller Behörden und die Scharen von Räubern, Einbrechern, Dieben und sonstigen Banditen, die die Situation für ihre eigennützigen Zwecke auszunutzen versuchten, stellten die jungen Ordnungsorgane vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die in dieser schweren Zeit gesammelten Erfahrungen dürfen nie vergessen werden. Die zwingende Notwendigkeit, in allen Situationen über Kräfte verfügen zu können, die der neuen demokratischen Ordnung ohne Schwanken ergeben sind und die sich bewußt in die erforderliche Disziplin einfügen, galt nicht nur für die damalige Zeit. Sie muß auch heute die gesamte **Personalpolitik der Volkspolizei** bestimmen. Darum war die allmähliche Ausschaltung der wenigen anfangs übernommenen „alte Fachleute“ und ihre Ersetzung durch klarsichtige Vertreter der Werktätigen, die im praktischen Dienst und durch den Besuch der Volkspolizeischulen ihrerseits zu wirklichen Fachkräften herangewachsen waren, notwendig und richtig.

Kurze Zeit nach dem Entstehen der ersten Polizeiergane erfolgte ihre Zusammenfassung im Maßstab der ländlichen Kreise und kreisfreien Städte und die Schaffung einer **einheitlichen Leitung** in diesem Rahmen. Damit wurde den einzelnen Dienstzweigen der jungen Volkspolizei die Möglichkeit einer wirkungsvolleren und fachlich besseren Dienstausbildung und ein wesentlich größerer Erfolg ihrer Arbeit gesichert.

Zu diesem Zeitpunkt war es meist der Landrat, der Oberbürgermeister oder Bürgermeister, der auf die Entwicklung des jungen Polizeiapparates und dessen Einsatz entscheidenden Einfluß hatte. Die erste Entwicklungs-

stufe der Volkspolizei basierte also, wie alle anderen damals entstehenden Behörden, auf kommunaler Grundlage.

Einen entscheidenden Fortschritt in der organisatorischen Entwicklung und in der Festigung der Volkspolizei brachte die **Bildung der Landes- und Provinzialregierungen** mit ihren verschiedenen Fachministerien. Die Innenministerien der Länder oder die stellvertretenden Regierungspräsidenten der Provinzen erstellten die ersten klaren Grundsätze einer festen Personalpolitik und des Einsatzes der Volkspolizei. Sie regelten das Unterstellungsverhältnis, die Gliederung und die Besoldungs- und Bekleidungsfragen.

Die zu dieser Zeit geschaffenen **Bezirks-Polizeipräsidien** und die **Gebietsgemeinschaften**, die später durch Reorganisationsmaßnahmen der DVdI wieder entfielen, trugen unter den damaligen Verhältnissen in starkem Maße zur Zentralisierung und damit zum polizeilichen Erfolg bei.

Mit dem 1. Januar 1947 wurden die Ortspolizei-Dienststellen den **Kreispolizeiamt**ern und diese wieder den **Landespolizeichefs** unterstellt. Durch diese Form der Organisation wurde die junge Volkspolizei in ihrer gesamten Arbeit selbständiger. In Verbindung mit den tiefgreifenden politischen Ereignissen, die besonders in dem Zusammenschluß der beiden großen Arbeiterparteien in der SBZ Ostern 1946 zum Ausdruck kamen, festigte sich auch das politische Bewußtsein der Volkspolizei. Der Kampf des werktätigen Volkes um entscheidenden Einfluß in der Wirtschaft und in dem sich gestaltenden demokratischen Staatsleben wurde bestimmend für die Aufgaben der Volkspolizei.

Die schnelle und verschiedenartige Entwicklung der Volkspolizei in den Ländern der SBZ und ihre ständig wachsenden Aufgaben machten Anfang des Jahres 1946 eine weitere Verbesserung und Zentralisierung ihrer Arbeit auf allen Gebieten der Organisation und des Einsatzes notwendig. Durch Befehl der SMAD wurde im August des Jahres 1946 die **DVdI ins Leben gerufen** und mit weitgehenden Befugnissen betraut. Durch die Koordinierung aller Dienstzweige der Volkspolizei und die Herausgabe von Dienstvorschriften hat die DVdI die Voraussetzungen zur weiteren Verbesserung der Arbeit der Volkspolizei und zu den erzielten Erfolgen geschaffen.

Im Jahre 1947 mußte eine gründliche Reorganisation der **Grenzpolizei** durchgeführt werden, um sie zur Durchführung der erweiterten Aufgaben zu befähigen. Die Festigung der demokratischen Ordnung und die Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau verstärkten die Angriffe der Reaktion auf die demokratischen Errungenschaften der SBZ. Mit Spionage und Sabotage wurde und wird noch versucht, den Aufbau zu stören und die Durchführung des Zweijahrplanes zu hintertreiben. Die reorganisierte Grenzpolizei und die im Herbst 1948 gebildeten **Bereitschaften** waren und sind wirksame Kampfmittel gegen alle derartigen Anschläge auf das Leben und Eigentum des Volkes.

Der neue **Strukturplan** der Volkspolizei ist unter Berücksichtigung der Erfahrungen in den ersten vier Jahren ihres Bestehens erstellt worden. Er legt eine übersichtliche und unkomplizierte Organisation fest, die die Garantie für eine größtmögliche Einsatzbereitschaft und Schlagkraft bildet. In Verbindung mit der im Laufe des vergangenen Jahres ermöglichten besseren Lebensmittelversorgung und der wesentlichen gehaltmäßigen Verbesserungen sind somit alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Volkspolizei den Auftrag des werktätigen Volkes, den Aufbau gegen alle Feinde zu schützen, gewissenhaft und wirksam erfüllt.

Der Kampf der Volkspolizei gegen die Spione und Agenten, gegen Schieber und Spekulanten hat ihr den unversöhnlichen Haß aller Feinde der demokratischen Ordnung eingetragen. Der Mai-Aufmarsch der Volkspolizei in den Städten der Ostzone und in Berlin hat aber den Beweis erbracht, daß das Verständnis und das **Vertrauen der Werktätigen zu ihrer Volkspolizei** trotz der systematischen Hetze der Westpresse gewachsen ist. Das arbeitende Volk ließ keinen Zweifel daran, daß es der Entwicklung seiner Volkspolizei stärkste Beachtung und Aufmerksamkeit widmet und alle Fortschritte freudig anerkennt. Das verpflichtet jeden einzelnen Volkspolizisten, sich der großen Verantwortung gegenüber dem werktätigen Volk ständig bewußt zu sein und ununterbrochen an seiner

weiteren **Schulung** zu arbeiten. Noch kann der Auf- und Ausbau der Volkspolizei nicht als beendet angesehen werden. Er erfordert vor allem eine weitere Festigung der **Disziplin** und der strengen Dienstausbildung sowie eine wirksamere und vorbildlichere **Dienstaufsicht** durch die Vorgesetzten. Wir werden dabei noch schneller zum Ziele kommen, wenn die für die innere Festigkeit der Volks-

polizei, entscheidende Arbeit der **PK-Leiter** von allen Polizeioffizieren noch tatkräftiger unterstützt wird.

Die Volkspolizei ist im harten Kampf gegen die Feinde des Volkes entstanden und gewachsen. Es muß das höchste Ziel jedes Kameraden sein, dazu beizutragen, daß die Werktätigen jederzeit mit berechtigtem Stolz auf ihre Volkspolizisten blicken können.

Ruhmesstätte der Freiheitskämpfer

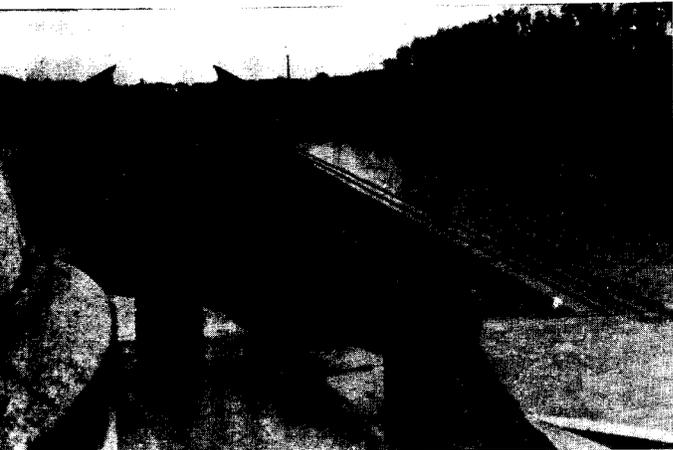
Am 8. Mai, dem Tag des Sieges der Sowjetarmee über den Faschismus, wurde in Berlin-Treptow das neuerrichtete Denkmal für die beim Sturm auf Berlin gefallenen 7000 Sowjetsoldaten seiner Bestimmung übergeben.

Diese Gedenkstätte wird die Berliner und alle Deutschen daran erinnern, wem sie ihre Befreiung vom Faschismus verdanken:

Einer Armee, die die Gesellschaftsordnung, auf deren Boden sie gewachsen ist, die eine unwiderstehliche Weltanschauung nicht nur zu strategischen Großtaten, sondern weit darüber hinaus zum heldenhaften Einsatz ihres ganzen starken Menschentums befähigten. Wenn sie nicht gewesen wäre und unter furchtbaren Opfern ihr Blut für jene Humanitätsideale vergossen hätte, von denen wir kaum noch insgeheim zu schwärmen wagten, gäbe es jetzt bei uns keine Demokratie und keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wir verneigen uns vor dem unbekanntem Soldaten aus der Sowjetunion. Ihm verdankt auch das deutsche Volk seine Rettung und die Erneuerung seines nationalen Daseins.

In seiner Ansprache bei der Einweihungsfeier der Gedenkstätte brachte der Kommandant von Berlin, **Generalmajor Kotikow**, dies zum Ausdruck, als er sagte:

„Das soeben im Zentrum Europas, in Berlin eingeweihte Denkmal wird die Völker der Welt ständig daran erinnern, wann, durch wen und um welchen Preis der Sieg errungen, das sozialistische Vaterland sowie das Leben der jetzigen und der kommenden Generation der Menschheit gerettet wurde. Dieses Denkmal im Zentrum Europas ist ein Zeuge der Größe und der unüberwindlichen Kraft der Sowjetmacht, ihrer großen Befreiungsmision. Es ist ein Symbol des Kampfes der Völker der Welt, Mit der Sowjetunion an der Spitze für die souveränen Rechte der Völker, für den Sozialismus und die Demokratie, gegen die Sklaverei und die Willkür und gegen die finsternen Kräfte der imperialistischen Reaktion und der Brandstifter eines neuen Krieges.“



Werktätige und Volkspolizei

Von Richard G y p t n e r, Vizepräsident der Volkspolizei in Berlin

Das schwierige Vorhaben, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes bis zum 1. Juni 1945 eine neue Polizei aufzustellen, gelang mit Unterstützung aller demokratischen Kräfte. Heute, nach vier Jahren, existiert in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone eine Volkspolizei, die sich Ansehen und Popularität bei den Werktätigen erworben hat. Als am 1. Mai in Berlin die Züge aus Pankow und vom Prenzlauer Berg in der Elsässer Straße mit der Volkspolizei zusammentrafen, drückten die herzlichen gegenseitigen Begrüßungen die enge Verbundenheit zwischen der werktätigen Bevölkerung und ihrer Volkspolizei aus. „Die Begeisterung kannte während des Vorbeimarsches unserer Volkspolizei im Lustgarten keine Grenzen“, schreibt der Vorstand des FDGB in einem Dankbrief, und symbolisch spielte die Kapelle der Volkspolizei und sangen die Berliner Frauen, Männer und Jugendlichen gemeinsam das Lied „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“.

Der wirtschaftliche Neuaufbau durch eine fleißig arbeitende und friedliebende Bevölkerung bedarf eines Schutzes

vor verbrecherischen Elementen; die antifaschistisch-demokratische Ordnung muß gegen reaktionäre Umtriebe gesichert werden. Dazu besteht die Volkspolizei als einzige bewaffnete Kraft. Deshalb ist es **eine große Ehre, in den Reihen der Volkspolizei zu dienen**. Sie wird ihre ernste Aufgabe um so besser erfüllen, wenn alle Volkspolizisten sich zu geistig beweglichen Menschen entwickeln, die dem Volke ergeben, aber standhaft und unbestechlich gegenüber den Volksfeinden sind. Jeder Volkspolizist muß sich bemühen, seine fachliche und politische Ausbildung ständig zu verbessern.

Der Volkspolizist soll demokratisches Gedankengut ebenso beherrschen und verbreiten, wie er mit der Waffe umzugehen — und sie im richtigen Augenblick zu gebrauchen — verstehen muß. Die Entwicklung einer festgefühten Disziplin ist daher unerläßlich. Wie könnte ein staatliches Organ wie die Volkspolizei, die Aufträge im Exekutivdienst ausführt, richtig funktionieren, wenn das Verhältnis zwischen ihren Vorgesetzten und Mannschaften nur auf freiwilliger Unterordnung beruhen und es keine

Befehlsgewalt geben würde? Wer straffste Disziplin in der Volkspolizei ablehnt, vertritt einen genau so rückständigen Standpunkt wie etwa ein Betriebsarbeiter, der es ablehnen würde an der Steigerung der Arbeitsproduktivität mitzuwirken. So wie diese soll ja auch die erhöhte Disziplin dem demokratischen Aufbau und damit dem Leben der Schaffenden zugute kommen. Man verwechsle die Polizei nicht mit irgend einer Partei- oder Massenorganisation. Wohl aber sollen die antifaschistisch-demokratischen Organisationen erkennen, wieviel von ihnen durch Bereitstellung geeigneter Menschen und von ihrer Unterstützung abhängt, um die Volkspolizei zu einem starken Pfeiler zu machen, auf dem die demokratische Ordnung sicher ruht.

Im Gegensatz zur Polizei von früher soll die Volkspolizei eine ganz neue kulturelle und menschliche Funktion gegenüber der Bevölkerung erfüllen. Die Dienststellen der Inspektionen und Reviere sollen keine bürokratischen Amtsstuben sein, vor deren Betreten man sich fürchtet. Sie sollen Zentren und Stützpunkte werden, von denen eine demokratische und fortschrittliche Beeinflussung und Erziehung der Bevölkerung, eine anteilnehmende Wahr-

nehmung ihrer Rechte, menschliche Hilfe in täglichen Nöten und kulturelle Betreuung ausgeht. Äußerst korrektes Auftreten und höfliches Benehmen im Dienst wird das Ansehen der Volkspolizei stärken, wenn damit gleichzeitig die kämpferische Pflicht, Unversöhnlichkeit und Einsatzbereitschaft gegen alle volksfeindlichen Elemente zur Anwendung gelangen.

Die Volkspolizei ist ein Kind des werktätigen Volkes. Wer in der Volkspolizei steht soll wissen, daß das Volk ihn, wenn er seine ihm übertragenen Pflichten nicht erfüllt und damit seinen Eid verletzt, rücksichtslos bestrafen und aberufen wird. Zum 1. Juni, dem 4. Jahrestag ihres Bestehens, wird die Berliner Volkspolizei unter der Führung ihres Präsidenten Markgraf, des 1. Volkspolizisten Berlins, zeigen, daß sie weitere Fortschritte in ihrer Organisiertheit, Schulung, Disziplin und Schlagkraft gemacht hat. Sie wird ihre Aufgaben zum Wohle der Berliner Werktätigen lösen, denn, wie es im neuen Lied der Volkspolizei heißt:

„Wir sind aus dem Volke geboren,
dem Volke gehört unsere Kraft!“

Das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend

Von Erich Hönisch, Berlin

Das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 1. bis 6. Juni in Leipzig wird von allen Mitgliedern der FDJ und von vielen nichtorganisierten Jugendlichen mit Spannung erwartet. Es wird die gewaltigste Demonstration der schaffenden demokratischen Jugend für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden sein. Das Parlament, als die höchste Körperschaft unserer Organisation, wird in ernsten politischen Beratungen die Schlussfolgerungen aus der bisherigen erfolgreichen Tätigkeit ziehen und dem Verband neue und größere Aufgaben stellen.

Ein großer Teil der Angehörigen der Volkspolizei ist aus der FDJ hervorgegangen und erhielt durch die Erziehung in unserer Organisation gute Voraussetzungen, um bewußt und vorbildlich die Aufgaben in der Volkspolizei zu erfüllen. Die werktätige Jugend sieht in den aus ihren Reihen hervorgegangenen Volkspolizisten die Beschützer der Erfolge ihrer Arbeit, und die jungen Aktivisten aus den volkseigenen und SAG-Betrieben, aus den MAS und volkseigenen Gütern wissen, daß die Volkspolizei bisher einen erfolgreichen Kampf gegen alle Saboteure unserer Wirtschaft und gegen Schieber und Schwarzhändler führte. Die unmittelbare Teilnahme ganzer Polizeibereitschaften bei Arbeitseinsätzen und Aufräumungsaktionen bekundet immer wieder, daß die Volkspolizei ein Teil des werktätigen Volkes und fest mit ihm verbunden ist.

Im Kampf um die Festigung unserer neuen demokratischen Ordnung steht die Freie Deutsche Jugend an der Spitze der schaffenden Jugend. Ihre Aktivität trug dazu bei, die demokratischen Errungenschaften auszubauen. Die Sicherung dieser Errungenschaften gegen alle reaktionären Anschläge durch unsere Volkspolizei bringt die Gemeinsamkeit des Kampfes zum Ausdruck. Diese enge Verbundenheit und Freundschaft zwischen Volkspolizei und FDJ, das Bewußtsein der Gemeinsamkeit des Kampfes, zeigte sich besonders demonstrativ bei der **Jungaktivistenkonferenz in Erfurt** und den Landesdelegiertenkonferenzen der FDJ, an welchen die Delegationen der Volkspolizei mit stürmischem Beifall begrüßt wurden. Das wird dazu beitragen, daß sich noch mehr aktive Freunde aus der FDJ für die Volkspolizei zur Verfügung stellen, und die praktischen Erfahrungen zeigen, daß unsere FDJ'ler recht gute Volkspolizisten sind.

In den Einheiten der Freien Deutschen Jugend wurde zur Vorbereitung des III. Parlaments eine rege **Wettbewerbsbewegung** entfaltet. Jede Gruppe und darüber hinaus jeder Kreis und Landesverband bemüht sich im Rahmen des vom Zentralrat der FDJ beschlossenen „Aufgebotes der Jugend“ zum III. Parlament, mit der besten Betriebsarbeit, mit guten Erfolgen in der Aktivisten-

bewegung, der Schulungs- und Kulturarbeit und in der Mitgliederwerbung aufzuwarten. Die Sieger in diesem Wettbewerb werden in Leipzig mit Sturmfnahnen ausgezeichnet. Ein wahres Wettbewerbsfieber mit beispielhaften Leistungen ist zwischen den Kreisverbänden entbrannt, um mit bei den besten zu sein. Um nur ein Beispiel zu nennen, die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes, die im Januar 454 092 betrug, ist gegenwärtig auf 603 200 angewachsen. Diese Aktivität entstand nicht nur aus dem Bestreben, der Beste zu sein, sondern hat seine Ursache in der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Mitglieder der FDJ. Angesichts der großen Erfolge und der **Erziehungsarbeit** unserer Organisation erkennen sie immer klarer, daß die FDJ auf dem richtigen Wege ist und im Interesse der gesamten jungen Generation den Kampf für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden führt. Die Mitglieder der FDJ haben eindeutig Partei ergriffen und stellen sich bewußt in das Lager der Demokratie und des Friedens, sie vertrauen auf die **Sowjetunion** als die führende Kraft in diesem Lager, sie betrachten den **Komsomol** als ihr Vorbild und wünschen die Freundschaft mit der sowjetischen Jugend und der demokratischen Jugend der Welt.

Im Kampf um ein besseres Leben haben die Mitglieder unserer Organisation Vorbildliches in der **Aktivistenbewegung** geleistet. In diesem Kampf formte sich das Bewußtsein der eigenen Kraft, die zusammengefaßt in einer einheitlichen Jugendorganisation an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes den Weg in eine glückliche Zukunft für die junge Generation bahnt.

Für die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in der Volkspolizei wird es ebenfalls eine Ehre sein, am III. Parlament teilnehmen zu können. Ihr Beitrag zur Vorbereitung des III. Parlaments sollte die vorbildliche Erfüllung der auf ihrem Gebiet gestellten Aufgaben sein. Unsere jungen Volkspolizisten müssen sich auszeichnen durch eine beispielhafte Disziplin, durch fleißiges politisches und allgemeinbildendes Studium, um jederzeit selbst von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugt zu sein und überzeugend zu wirken. Die FDJ erwartet von Euch jungen Volkspolizisten, daß Ihr immer als Vorbild in der Öffentlichkeit auftreten, und in Eurem Kampf zum Schutze der demokratischen Ordnung genau so wie die jungen Aktivisten im Betrieb die bisher geltenden Normen in den Schatten stellt. Entfaltet zur Vorbereitung des III. Parlaments in Leipzig eine gute Jugendarbeit in der Volkspolizei und erfüllt Eure Pflicht unter der Parole: „Es lebe das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Leipzig!“

Stärkt und festigt die Disziplin, das Rückgrat der Volkspolizei!

Die Amerikaner in Japan

Von A. Shiganow

Nachstehend veröffentlichen wir eine Schilderung des ehemaligen Mitarbeiters der „Täglichen Rundschau“, A. Shiganow, der gegenwärtig im Fernen Osten tätig ist und über seine in Japan gewonnenen Eindrücke berichtet. Die Schilderung von Shiganow wird auch unsere Leser interessieren. Sie vermittelt eine gute Vorstellung von den Schikanen, die die amerikanischen Besatzungsbehörden auf den Verkehrswegen gegen alle Personen anwenden, die Japan zu besuchen wünschen.

Es ist in der heutigen Zeit schwer, nach Japan zu gelangen. Leuten, die Japan besuchen wollen, werden seitens der amerikanischen Besatzungsbehörden viele Hindernisse bereitet.

Bekannt ist z. B. das Rundschreiben Nr. 8 des Generalstabs der Besatzungstruppen in Japan vom 30. August 1946 „Über die Kontrolle der Ein- und Ausreise von Einzelpersonen, Flugzeugen und Überwasserschiffen nach und aus Japan“. Dieses Rundschreiben regelt das Verfahren, das die amerikanischen Militärbehörden bei der Kontrolle der Einzelpersonen, Flugzeuge und Überwasserschiffe bei der Einreise nach Japan und der Ausreise aus Japan anzuwenden haben. Diese Kontrolle umfaßt: die ärztliche Untersuchung, die erforderlichen Impfungen, die Gepäckkontrolle, die Einreisegenehmigung, Maßnahmen zur Festnahme von Personen, die ohne Genehmigung einreisen.

Die Genehmigung zur Einreise nach Japan wird ausschließlich vom Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte erteilt. Der Antrag auf Erteilung einer Einreisegenehmigung nach Japan wird an den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungsbehörden 10 Tage vor dem vorgesehenen Termin der Ausreise nach Japan gerichtet. In diesem Antrag sind folgende Angaben zu machen: Familienname, Vor- und Vatersname, Ort und Datum der Geburt, Staatsangehörigkeit, Beruf, eingehende Darlegung des Reisezwecks, die vorgesehene Dauer des Aufenthalts, das Datum der Einreise, Ort der Einreise und endgültiger Aufenthaltsort in Japan, die Reiseroute und die auf dem Gebiet von Japan zu benutzenden Verkehrsmittel usw. usw. Die Prozedur der Erteilung der Einreisegenehmigung ist sehr langwierig, die Genehmigung ist jedoch nur 60 Tage vom Tage ihrer Ausstellung an gültig. Nach Ablauf der 60 Tage beginnt die ganze Prozedur von neuem. Zu jeder Zeit kann eine Umregistrierung der Genehmigung zwecks Kürzung, Annullierung oder Verlängerung der Gültigkeitsdauer sowie zwecks Beschränkung des Besuchs auf gewisse Zonen verlangt werden.

Nach der Ankunft in dem in der Genehmigung bezeichneten Einreiseort muß der Paß vorgewiesen werden mit der gleichzeitigen Erklärung in englischer Sprache, daß die Genehmigung des Oberkommandierenden für die Einreise nach Japan erteilt worden ist. Im Anschluß daran sind den Organen der amerikanischen Militärbehörde sämtliche Vermögensgegenstände, Geldmittel und Dokumente vorzulegen, die der Ankömmling nach Japan mitzunehmen wünscht.

Außerdem muß man bei der Ankunft durch Bescheinigung nachweisen, daß man in einem vorangegangenen Zeitraum von 6 Monaten gegen Pocken, innerhalb der letzten 12 Monate gegen Typhusfieber, vor nicht weniger als 2 Monaten gegen Typhus usw. geimpft wurde. Im Falle eines Krankheitsverdachts muß man sich einer Quarantäne unterziehen, deren Dauer ganz beliebig festgesetzt wird.

Besondere Vorschriften, scheinbar im Interesse der Luftsicherheit und der Gesundheit der Passagiere, sind von den amerikanischen Besatzungsbehörden für die nach Japan einfliegenden Flugzeuge der alliierten Mächte erlassen worden. Kein Flugzeug darf ohne Genehmigung des Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungsbehörden nach Japan einfliegen bzw. Japan überfliegen. Der Antrag über die Einreise eines Flugzeugs muß rechtzeitig eingereicht werden und folgende Angaben enthalten: 1. Flugzeugtyp, 2. Erkennungszeichen, 3. Landeorte und Aufenthaltsdauer, 4. Zweck der Reise, 5. Namen und Funktionen der Angehörigen der Flugzeugbesatzung, 6. Namen der Passagiere, sofern solche mitgenommen

werden, und der Zweck ihrer Reise, 7. Beschreibung der mitgeführten Fracht, 8. genaue Reiseroute und Flugdauer. Die Besatzung eines jeden Flugzeugs muß außerdem einen englisch sprechenden Funker aufweisen. Kein Flugzeug darf von irgendeinem Punkt in Japan starten, bevor nicht die letzte Meldung über Fracht und Passagiere vom Kommandierenden der Besatzungstruppen bestätigt ist.

Gesetzt den Fall: wir treffen auf dem Flugplatz Chaneda in Japan ein. Die Landung auf dem Flugplatz und der Abflug eines Passagierflugzeugs erfolgt ausschließlich in Begleitung eines Polizeiflugzeugs. Nach der Ankunft auf dem Flugplatz verbleibt die Polizeimaschine ständig beim Flugzeug bis zur Abfahrt oder bis zu dem Augenblick, wo Besatzungen und Passagiere die eingetroffenen Flugzeuge verlassen haben. Bei dieser Prozedur ist unbedingt ein Vertreter des Stabes anwesend, ohne den eine Abfahrt überhaupt nicht erfolgen darf. Kein Passagier darf sich ohne Begleitung vom Flugzeug entfernen. Ankommende und abfliegende Flugzeuge werden außerdem von amerikanischen Jagdflugzeugen begleitet. Zu all dem muß hinzugefügt werden, daß weitläufige Instruktionen zu allen angeführten Fragen unzählige Kniffe enthalten, auf Grund deren die amerikanischen Besatzungsbehörden die Möglichkeit haben, Tausende von Schikanen anzuwenden und die Passagiere überhaupt nicht aus dem Flugzeug herauszulassen. Es muß noch erwähnt werden, daß Fälle vorkommen, wo Flugzeuge der Verbündeten, die sich auf dem Flugplatz befinden, in Abwesenheit von Vertretern der Mächte, denen diese Flugzeuge gehören, geöffnet und durchsucht werden. Dabei gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß die Öffnung durch Einbruch erfolgt.

Wer zu Schiff in Japan eintrifft, muß feststellen, daß Schiffen gegenüber die gleichen Vorschriften in Anwendung gebracht werden, wie sie für Flugzeuge gelten. Man wird von Polizisten empfangen und von Polizisten begleitet; sie sind es auch, die ununterbrochen die Schiffe überwachen.

Nachdem man die langwierige Prozedur der Genehmigung des Einfluges nach Japan hinter sich hat, wenn alle vorgeschriebenen Formalitäten im Hafen oder auf dem Flugplatz erledigt sind und man bereits die Aufenthaltserlaubnis mit dem Stempel des Kommandierenden in Händen hat, erlebt man die ganze Zeit hindurch die aufdringliche Überwachung seitens der Vertreter der amerikanischen Besatzungsbehörden. Beim Verlassen des Hotels taucht sofort ein Vertreter des Stabes der amerikanischen Besatzungsbehörden oder der Präfekturorgane der 8. amerikanischen Armee auf, der dem Reisenden unablässig folgt und ihn überallhin begleitet, sei es in den Hafen, in die Fabrik, in die Firma, in eine Behörde und sogar ins Kino. Man ist nicht davor geschützt, daß irgendein amerikanischer Polizist trotz der Vorweisung der Dokumente eine Durchsuchung vornimmt; protestiert man dagegen, erfolgt eine „höfliche Entschuldigung“ seitens der amerikanischen Behörden.

Alle obenerwähnten Vorschriften über Einreise nach, Aufenthalt in und Ausreise aus Japan werden in vollem Ausmaß auch gegenüber den Bürgern derjenigen Staaten zur Anwendung gebracht, die Mitglieder des Kontrollrats für Japan sind.

Außer dem Rundschreiben Nr. 8, das Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise enthält, gibt es noch eine große Anzahl verschiedener Rundschreiben, die sich mit einer strengen Regelung der Einfuhr und Ausfuhr von Waren, mit der Zulassung und Verbreitung von ausländischen Zeitschriften, Büchern, Filmen, Informationsmaterial, Lichtbildern usw. befassen.

Mit diesen Bestimmungen haben die amerikanischen Besatzungsbehörden für jeden, der Japan besuchen will, eine außerordentliche Prozedur mit fast unerfüllbaren Forderungen geschaffen. Wem es trotzdem schließlich gelingt nach Japan zu kommen, befindet sich unter ständiger Kontrolle und ist dauernd der Gefahr der Durchsuchung und Verhaftung ausgesetzt. Das ist die „Demokratische Ordnung“ und die „Bewegungsfreiheit“, die von den amerikanischen Besatzungsbehörden in Japan praktiziert wird. Viele dieser in Japan geltenden Bestimmungen wenden die amerikanischen Besatzungsbehörden auch in Deutschland an.

Bessere polizeiliche Arbeit durch Planung

Von Kommandeur der Volkspolizei Herbert Oehler, Volkspolizeidirektion Görlitz

Die folgenden Zeilen sind das Ergebnis kritischer und selbstkritischer Betrachtungen. Sie werfen die Frage der Planung polizeilicher Arbeit auf und sollen versuchen dieses Problem lösen zu helfen.

Die vielseitigen Aufgaben der Volkspolizei erfordern eine konkrete Arbeitsplanung. Planmäßig arbeiten heißt: unter den gegebenen Voraussetzungen und Verhältnissen vorausschauend, bewußt und zweckmäßig arbeiten. Die Zeiten sollten vorüber sein, wo der Polizeiamtsleiter viele Aufgaben auf sich zukommen ließ, sie zu lösen versuchte und dabei Gefahr lief, in der täglichen Kleinarbeit unterzugehen und keinen oder zumindest nur noch wenig Blick für die große Linie zu haben. Aus den polizeilichen Gesamtaufgaben sind deshalb von vornherein all die Arbeiten und Aufgaben herauszunehmen, die planmäßig erfaßt werden können. Gewiß wird es schon in vielen Ämtern Ansätze zu Planungen geben, doch dürften sie mit wenigen Ausnahmen mehr spontaner Art sein und über wenige Tage nicht hinausgehen.

Selbstverständlich werden nach wie vor dringende, nicht aufschiebbare Aufgaben an den Amtsleiter herantreten oder sich besondere Vorkommnisse ereignen, die unvorhergesehen sind und deshalb außerhalb des Plans liegen. Sie verlangen natürlich, oft unter Zurückstellung geplanter Aufgaben, eine schnelle und wirksame Lösung, können aber die Durchführung des Planes im allgemeinen nicht zum Scheitern bringen. Das Argument, infolge besonderer Umstände (Zeit-, Geld-, Personalmangel usw.) den Plan nicht ausführen zu können, spricht nicht gegen sondern für einen **straffen Arbeitsplan**, denn gerade er soll ja den zweckmäßigsten und günstigsten Einsatz der Kräfte und Mittel zur Erreichung operativer und verwaltungsmäßiger Ziele vorbereiten und somit den Rahmen der polizeilichen Arbeit, die geplant werden kann darstellen, um für Sonderfälle genügend Kräfte und Mittel zur Verfügung zu haben.

Der Aufstellung des Plans gehen **Arbeitsbesprechungen** des Amtsleiters mit den Abteilungs- und Referatsleitern voraus, um die Aufgaben festzulegen und diese zeitlich und einsatzmäßig zu koordinieren (z. B. bei einer Razzia: Schupo — Kripo — Fahrbereitschaft). Etwa eine Woche vor Beginn des neuen Monats wird der Plan vom Leiter der Geschäftsstelle in enger Zusammenarbeit mit dem jeweils für die Durchführung des Plans verantwortlichen Abteilungs- oder Referatsleiter aufgestellt und vom Amtsleiter bestätigt. Der Plan gibt Auskunft über drei Fragen:

1. Wer plant (Abteilung, Referat)?
2. Was wird geplant (Aufgabe, Maßnahme)?
3. Wann wird es durchgeführt (Zeit)?

Zu 1. Hier sind alle Abteilungen aufzuführen; es dürfte sogar zweckmäßig sein, auch die Referate mit aufzunehmen. Der Einwand, daß manche Abteilungen infolge der Eigenart ihrer Aufgabenstellung gar nicht vorbeugen und somit auch nicht planen können, ist in den meisten Fällen widerlegbar. Mit Hilfe einer guten **Schwerpunktstatistik** vermag z. B. die Kripo sehr wohl von einer rein aufklärenden Tätigkeit zu vorbeugenden Maßnahmen überzugehen.

In dem Freien Laden in Görlitz war durch wiederholte Taschendiebstähle ein krimineller Schwerpunkt entstanden. Schwerpunktstatistiken haben keinen Selbstzweck sondern sind auszuwerten. Die in diesem Fall geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Schwerpunktbeseitigung waren von der Kriminalpolizei einzuplanen. Die Diebin wurde auch bald gestellt. Die Kripo kann also sehr gut planen, wann und wie ähnlich gelagerte Schwerpunktbildungen zu beseitigen sind, z. B. laufende Kellereinbrüche in bestimmten Ortsteilen, Diebstähle von Fahrrädern vor öffentlichen Gebäuden oder von Kleintieren aus Laubenkolonien usw.

Zu 2. Die Beantwortung der Frage „Was wird geplant?“ zwingt jeden Polizeifunktionär zum ernstesten Nachdenken über die vor ihm stehenden Aufgaben. Ist schon die Aufgabenstellung als solche nicht einfach, so ist es noch bedeutend schwerer die Aufgaben auch durchzuführen. Dazu gehört die konkrete Vorbereitung des Einsatzes der Kräfte und Mittel. Ein Plan, der am Ende des Monats noch so aussieht wie am Monatsanfang, ist kein Plan sondern ein

wertloses Stück Papier. Deshalb sollen **nur die wesentlichsten Aufgaben und Maßnahmen** erfaßt werden. Besser zwei oder drei weniger, aber dafür den Plan realisieren. Auf alle Fälle muß vermieden werden, den Plan zu allgemein zu halten (z. B. „Bearbeitung von Vereinsangelegenheiten“) oder ihn allzu sehr zu spezialisieren (z. B. Montag, 11. April 1949, 17.30 Uhr, Schwimmunterricht). Nichtssagende allgemeine Pläne nützen nichts, und konkrete Pläne mit allen Einzelheiten gehören nicht in den Arbeitsplan des Polizeiamtsleiters, sondern verbleiben in den Händen des Abteilungs- oder Referatsleiters.

Zu 3. Die Frage der zeitlichen Durchführung des Plans steht in engem Zusammenhang mit den eingesetzten Kräften und gestellten Aufgaben, die gut auf einen gewissen Zeitabschnitt, also etwa **einen Monat**, zu verteilen sind, wobei das erste Monatsdrittel stärker als die anderen belastet werden kann um für den Fall, daß besondere Aufgaben zu lösen sind, Ausweichmöglichkeiten zu haben.

Der Plan (etwa 40x80 cm) der Polizeidirektion Görlitz sah für Monat April u. a. folgendes vor:

Abt.	Aufgabe	April 1949														Für die Durchführung verantwortlich	Bemerkungen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			15
Schulung	1. einh. Schulungstag	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x			
	2. Betriebschutzlehrgang																	
	3. Kurzschrift für Fortgeschrittene	x																
	4. Leistungsschreib. Fernschreiber																	
Intendant	1. Bekleidungsapp.	x	x															
	2. Kassenprüfung																	
	3. Prüfung der Gebührenmarken																	
	4. Mahnaktion für Preisstrafen																	
	5. Waffen- u. Munitionskontrolle	x	x	x	x	x	x											
	6. Kraftfahrzeug- u. Fahrradappell																	
	7. Kontrolle d. Garagen u. Kraftstoffe																	
Ref. S 3	1. Kontrolle der Betriebsbelegschaft																	
	2. Besprechung mit Betriebschutzlig.																	
	3. Betriebsbegehungen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
	4. Nachkontrolle d. Betriebschutzes																	
Kommisariat C (und S 1)	1. Schwerpunktbeseitigung Carthenkolonie „Liebighöhe“	x	x	x	x													
	2. Schwerpunktbeseitigung „Freier Laden“																	

Ständig soll von dem Amtsleiter **kontrolliert** werden, inwieweit der Plan durchgeführt wurde und wo die Gründe der Erfüllung oder Nichterfüllung liegen. Diese Kontrollen können einerseits unregelmäßig durch plötzliche persönliche Kontrollen, andererseits durch regelmäßige Berichterstattung seitens der für die Durchführung des Plans verantwortlichen Abteilungs- oder Referatsleiter bei den wöchentlichen Arbeitsbesprechungen erfolgen. Die Vergleichsmöglichkeit der durchgeführten Arbeit mit der geplanten Arbeit ist geeignet Erfolge und Mißerfolge, Vorteile und Mängel der polizeilichen Arbeit aufzudecken, so

daß Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeitsmethoden getroffen werden können.

In dem Arbeitsplan sind die beiden wichtigsten Funktionen des Amtsleiters niedergelegt: einmal richtungweisend für die polizeiliche Arbeit zu sein, zum anderen die Durchführung der von ihm gestellten Aufgaben zu kontrollieren. **Es kann nicht bewußt gearbeitet werden ohne zu planen.** Planen, Durchführen und Kontrollieren sind die wesentlichen Faktoren einer guten polizeilichen Arbeit, sind die folgerichtigen Phasen der Arbeit unserer Volkspolizei.

Volkspolizei im Kampf gegen Posträuber

Von Kommissar der Volkspolizei Hans H u h n, Stralsund

Ein Vorfall, der sich unlängst in Stralsund ereignete, zeigt, daß kollektive Zusammenarbeit der einzelnen Verwaltungsorgane mit den Dienststellen der Volkspolizei gute Früchte trägt. Das Postamt und Bahnpostamt Stralsund ist seit nahezu drei Jahren zentrale Verteilungsstelle für einlaufende Liebesgabensendungen aus dem Ausland. Seit 1946 wurden aus den Reihen der Bevölkerung Klagen geführt, daß eine erhebliche Anzahl Pakete erbrochen und beraubt wurden bzw. überhaupt nicht ankamen. Damals versäumte es die zuständige Dienststelle der Post, diese Angelegenheit der Kriminalpolizei zur Bearbeitung zu übergeben bzw. gemeinsam mit der Volkspolizei diesen Übelstand zu beseitigen. So war die Kriminalpolizei gezwungen, über Schwarzhändler hinweg zu den eigentlichen Tätern zu kommen. Es stellte sich heraus, daß man in Stralsund seit ungefähr einem Jahr Bohnenkaffee vertrieb, der unter den bekannten Schwarzmarktpreisen angeboten wurde. Bei durchgeführten Razzien und Kontrollen erwies es sich, daß dieser Bohnenkaffee nicht von außerhalb geliefert wurde. Es bestand der berechnete Verdacht, daß es sich hier um geraubtes Gut aus Liebesgabensendungen aus dem Ausland handelte. Eine genaueste Überprüfung aller im Bahnpostamt und Hauptpostamt Beschäftigten schälte einen Kreis von Personen heraus, die sich seit mehreren durch größere Geldausgaben verdächtig machten. Es ergab sich somit die zwingende Notwendigkeit, diesen Personenkreis ständig zu überwachen. Bei einer kontrollmäßigen Beobachtung des Bahnpostamtes Stralsund wurde am 5. Februar 1949 in den Abend-

stunden ein Postangestellter, der mit einem gefüllten Sack das Postgebäude verließ, gestellt. Bei der Überführung des vorläufig Festgenommenen gelang es einer mit ihm in Verbindung stehenden Person, in der Dunkelheit ihm den Sack zu entreißen und unerkannt zu entkommen. Bei der Dienststelle der Kriminalpolizei versuchte der festgenommene Postangestellte hartnäckig zu leugnen und konnte erst nach Erbringung von Beweismaterial überführt werden. In einem geschickten Verhör stand er seine Tat ein und beschuldigte zwei weitere Postangestellte, die daraufhin sofort inhaftiert wurden. Im Verlaufe von gut vorbereiteten Gegenüberstellungen und Kreuzverhören beschuldigten sich diese drei gegenseitig und benannten noch 15 weitere Personen, die sich an den planmäßigen Beraubungen beteiligt hatten. Schnelles Handeln, sofortige Vernehmungen und durchgeführte Haussuchungen förderten einen großen Teil des unterschlagenen Gutes herbei und hatten zur Folge, daß sämtliche beschuldigten Personen überführt werden konnten.

Mit Abschluß der Ermittlungen kann festgestellt werden, daß nach Festnahme dieser Bande das Vertrauen der Bevölkerung zur Post wieder hergestellt war. Hätten die verantwortlichen Stellen der Post bei den auftretenden Beraubungen von Liebesgabensendungen der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht, wäre es kaum möglich gewesen, daß 18 Personen lange Zeit hindurch ein Schlemmerleben auf Kosten der schaffenden Bevölkerung führten, indem sie planmäßig und organisiert ununterbrochen Amtsunterschlagungen ungestört durchführten.

Fingerabdrücke ermittelten den Täter

Von Kommissar der Volkspolizei Heinz E i s e n b r u c h, Landeskriminalpolizeiabteilung Weimar

Am 1. 9. 1948 wurde in Schmiedefeld ein Einbruch verübt, wobei dem Täter eine größere Beute in die Hände fiel. Die zuständige Kripo sicherte bei der ersten Tatbestandsaufnahme am Tatort eine Fingerabdruckspur, die sich an einer Fensterscheibe befand. Die Scheibe selbst war im ganzen Stück aus dem Rahmen genommen worden und der Täter durch die entstandene Öffnung in den Raum eingestiegen.

In dringenden Tatverdacht waren fünf Personen geraten, von denen sofort Fingerabdrücke genommen wurden. Zwecks Vergleichsarbeit sandte nunmehr die Kriminaldienststelle die gesicherte Spur und die Vergleichsfingerabdrücke an die Fingerabdruckzentrale beim LKA ein. Im Verlaufe der Vergleichsarbeit ergab sich, daß die Spur von dem rechten Daumen des verdächtigen Böttcher am Tatort gelegt worden ist. Zu bemerken ist noch, daß die Spur nur einen ziemlich schwachen Teilabdruck darstellte. Auf Grund dieser daktyloskopischen Feststellung wurde die Einbruchsache von der zuständigen Kriminaldienststelle in der angezeigten Richtung weiter verfolgt. Hausdurchsuchungen verliefen ergebnislos. Vernehmungen erbrachten auch keine positiven Ermittlungspunkte. Die anfangs verhängte Untersuchungshaft wurde aufgehoben und Böttcher auf freien Fuß gesetzt.

Weitere Ermittlungen nach dem Stehlgut verliefen bis zur Gerichtsverhandlung im Januar 1949 ohne Ergebnis. Der Sachverständige der Fingerabdruckzentrale arbeitete ein daktyloskopisches Gutachten aus, das in der Hauptverhandlung zum Mittelpunkt werden sollte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht sagten eine Reihe Zeugen zugunsten des Angeklagten aus, daß er zur Zeit der Tat, nämlich am 1. 9. 1948 zu Hause in Niederroßla bei Apolda gewesen sei. Diese Aussagen wurden von engeren Verwandten des Beschuldigten gemacht. Als einziger

Gegenbeweis vor Gericht blieb jetzt der Fingerabdruck. Nach den wissenschaftlich anerkannten Grundsätzen, daß es nicht zwei Menschen gibt, die gleiche Papillarlinienmuster aufweisen, und daß die Papillarlinienmuster von der Geburt bis zur Verwesung des Menschen unveränderlich sind, erstattete der Gutachter sein Gutachten vor Gericht. Die Aussagen wurden durch fotografische Vergrößerungen der Abdrücke und Einzeichnung der anatomischen Merkmale wesentlich unterstützt. Durch diese Fotografien konnten sich der Richter und die Schöffen den Aussagen des Gutachters nicht verschließen und waren dann selbst davon überzeugt, daß der gesicherte Fingerabdruck am Tatort mit dem rechten Daumen des Angeklagten übereinstimmte. Trotz dieses klaren Indizienbeweises war der Täter nicht zu bewegen, ein Geständnis abzulegen. Das Gericht verurteilte den B. nunmehr ohne Geständnis zu 2½ Jahren Gefängnis. Bei der Urteilsverkündung legte B. Berufung ein.

Erst durch die spätere Festnahme eines Rechtsbrechers ergab sich plötzlich, daß dieser mit Böttcher den Einbruch am 1. 9. 1948 in Schmiedefeld tatsächlich ausgeführt hat. Böttcher, dem die Festnahme seines Komplizen unerwartet kam, legte daraufhin ein Geständnis ab und zog seine Berufung zurück. Am Rande sei noch vermerkt, daß eine Reihe Zeugen durch diese unerwartete Wendung sich wegen Meineides zu verantworten haben.

Sinn und Zweck dieser Schilderung ist es, allen Angehörigen der Volkspolizei vor Augen zu führen, wie wichtig eine gründliche Spurensicherung am Tatort ist. Wie schnell kann unter Umständen eine strafbare Handlung geklärt werden. Es muß alles getan werden, um verbrecherische Handlungen aufzuklären und insbesondere die Verbrecher am Volkseigentum zu ermitteln und unschädlich zu machen.

DIE AKTIVISTEN DER VOLKSPOLIZEI

„Ich durfte mit dabei sein!“

Von Polizeirat der Volkspolizei Goldschmidt, Dresden

Freitag, den 22. April.

Seit Tagen rufen bei uns in der LPB Sachsen Plakate zum freiwilligen Arbeitseinsatz im volkseigenen Stahl- und Walzwerk Riesa auf. Als Einsatztag wurde der 24. April gewählt. Das ist der letzte Tag der Weltfriedenskonferenz in Paris und Prag! Dort erheben unter dem Symbol der weißen Friedenstaube die besten Vertreter des werktätigen Volkes und der Weltintelligenz ihre Stimme für den Frieden. Auch ich will meinen bescheidenen Beitrag zum Frieden leisten: Ich fahre mit nach Riesa! Die FDJ-Betriebsgruppe wird geschlossen an dem Einsatz teilnehmen. Unsere jungen Kameraden haben erkannt worum es geht.

Sonntag, den 24. April

Die Uhr in meinem Zimmer zeigt die fünfte Morgenstunde an. Noch liegt nächtliches Dunkel über Dresden, in dem tagsüber so viele Menschen werken, um die Wunden des Krieges zu heilen und eine neue Stadt zu bauen. Die meisten denken jetzt noch nicht ans Aufstehen, denn heute ist ja Sonntag!

Es ist aber ein Tag, der nicht nur den Riesaer Stahlwerkern, sondern allen schaffenden Deutschen zeigen soll: Das ist **unsere** Volkspolizei. Sie schützt nicht nur das Volkseigentum. Sie ist auch immer zur Stelle, wenn es gilt Engpässe zu überwinden.

6 Uhr! Das Licht des jungen Morgens hat sich Bahn gebrochen. Am Neustädter Bahnhof schauen verwundert Reisende und Frühaufsteher auf die lange Wagenkolonne. Hier stehen die LKW's der Volkspolizei, die aus den einzelnen Stadtteilen die Teilnehmer des freiwilligen Sonntagseinsatzes abgeholt haben.

Aus dem Lautsprecherwagen ertönen die letzten Anweisungen. Von verschiedenen Wagen flattern stolze Fahnen: Banner der künftigen deutschen Republik, Fahnen, die Kündler sind von Freiheit und einem besseren Morgen. In leuchtendem Blau weht unter ihnen das Symbol der fortschrittlichen deutschen Jugend.

Überall freudige Gesichter. Scherzworte wechseln hin und her. Die Schalmeienkapelle sitzt schon auf dem Wagen. Losungen, Transparente und zartes Birkengrün schmücken die Fahrzeuge.

Der erste LKW setzt sich in Bewegung. Auf ihm nur junge Kameradinnen und Kameraden. Ich darf unter ihnen sein, denn ich gehöre zu ihnen. Kühn flattert die FDJ-Fahne im Fahrtwind.

Dresden liegt bereits hinter uns. Surrend singen die Motoren ihr monotones Lied. Auch wir singen Lieder! Jugendlieder, frisch, froh und voller Elan. Aus hellen Kehlen klingt es zum Himmel. Strahlender Sonnenschein ergießt sich über das flache, in Blüte stehende Land. Die Stimmung ist prächtig! Alle freuen sich schon, den Riesaer Stahlwerkern helfen zu können. Welche Begeisterung steckt in den jungen Menschen!

Wir fahren durch Meißen! Die Kapelle spielt. Spontan werden Sprechchöre angestimmt: Grußworte an die Meißner Bevölkerung.

Die staubige Landstraße macht eine Steigung. Ich blicke zurück. Wie ein Riesenwurm zieht sich die Wagenkolonne in gleichmäßigen Abständen dahin. Riesa! Wieder Musik. Wieder Lieder. Wieder Sprechchöre: Volkspolizei hilft Riesa! So fahren wir durch die Stadt. Die Einwohner winken uns freudig zu. Wir sind am Ziel. Die Kolonne hält. Es wird von den Wagen abgesehen. Als geordnete Einheit marschieren wir ins Werk. Es ist unser Werk. Werk des Volkes. Im Kriege wurde hier für die Vernichtung und den Tod geschafft. Heute arbeiten alle für den Frieden. Auch wir als Volkspolizei helfen hierbei mit.

Die Werkkapelle spielt. Kurze Worte eines Arbeiters vom Betrieb zur Begrüßung. Sie kommen aus ehrlichem Herzen. Dann geht es an die Einsatzstellen. Inzwischen hat sich die Schar der freiwilligen Helfer vergrößert. Aus den Nachbarkreisen Meißen, Großhain, Oschatz und Döbeln sind Volkspolizisten hinzugekommen. Wir als Jugend arbeiten geschlossen an einer Einsatzstelle. Schier endlos schien mir der Weg bis dahin zu sein. Ein Riesengelände umfaßt das volkseigene Stahl- und Walzwerk Riesa. Als Fremder kann man sich hier sicher sehr schnell verlaufen. Ich beginne die Bedeutung des Werkes für die Entwicklung unserer Friedenswirtschaft zu verstehen. Rings um uns Schrott und Trümmer. Hier haben wir unsere Aufgabe bekommen. Es gilt, einen der Schrottberge, die überall rostbraun und wirr, im Gelände liegen, abzutragen. An seiner Stelle soll eine Werkschule erstehen. Schnell werden die Uniformen mit den Arbeitssachen vertauscht. Dann stürzen wir uns mit Eifer in die Arbeit. Wir bilden zwei Ketten. Die Schrotstücke wandern von Hand zu Hand. Verschiedene haben ein groteskes Aussehen, das an diesen oder jenen Gegenstand erinnert und zu sorgenbefreiendem Lachen Anlaß gibt.

Auf einem der Schrottberge ragt unsere Fahne in die Weite. Trocken und staubig ist die Luft. Unbarmherzig



Entfaltet die Aktivistenbewegung in der Volkspolizei!

brennt die Sonne an wolkenlos blauen Aprilhimmel. Viele Kameraden haben den Oberkörper freigemacht. Nur mit der Hose bekleidet geht die Arbeit nochmal so gut von der Hand. Die Kameradinnen sind weniger gut dran. Unser Berg hat schon an Umfang verloren. Wir rücken ihm tüchtig zu Leibe. Die Arbeitsmoral ist prima. Jeder von uns hat erkannt wofür er schafft. Für den Frieden! Einer spornet den andern an. Als die Sonne im Zenit steht und unsere Uhren zwölf zeigen, haben wir unser Ziel nicht nur erreicht, wir haben ein noch größeres Stück des Geländes vom Schrott freigelegt.

Nach getaner Arbeit schmecken die dicken Nudeln doppelt gut. Hier beim Mittagessen erfahren wir auch, wie die anderen Kameraden gearbeitet haben. Überall war man mit Elan ans Werk gegangen. Und jede Gruppe hatte ihre Aufgabe gemeistert.

Mit Musik ziehen wir im Gleichschritt durch Riesas Straßen zum Markt. Voran die Fahnen. Ich trage die Fahne unserer FDJ-Gruppe. Eine Ehre für mich. Man sieht mir sicher an, wie stolz ich darauf bin. Die ganze Stadt ist auf den Beinen! Auf dem Marktplatz demonstrieren wir als ein Teil von 11 000 Werktätigen für den Frieden. Der Chef der sächsischen Polizei spricht. „Wir wollen helfen, daß unsere Zone Stahl bekommt. Wir wollen Stahl für den Frieden. Deswegen haben wir als Volkspolizei heute dem Stahlwerk Riesa geholfen!“ Unser Chef drückt damit unsere ureigensten Gedanken aus. Erich Mückenberger vom Landesvolksausschuß, Vorsitzender der SED Sachsen, rechnet scharf

mit den Kriegshetzern ab. Dann bekennen sich die Versammelten in einer Resolution einmütig für den Frieden.

Heimfahrt. Ein wenig erschöpft von der uns ungewohnten Arbeit hocken wir auf dem Wagen zusammen. Die Gesichter haben alle eine gesunde Farbe bekommen. Wir fahren wieder dem Zug voran. Ein Jugendlied wird angestimmt. Alle fallen ein, und das Geräusch der Motoren wird übertönt von fröhlichem Gesang. Die Müdigkeit ist wie weggeweht. So geht es fast die ganze Fahrt. Ein Lied löst das andere ab. Morgen bin ich sicher heiser. Eindrücke vom Einsatz werden ausgetauscht. Laut und lebhaft sind die Gespräche. Ich bedauere alle, die nicht mit dabei sein durften. Wo Menschen wohnen, sprechen wir im Chor: Kämpf mit uns für Einheit, Freiheit, Frieden!

Zuhause. Ichbürste meine Sachen aus. Noch einmal zieht der ganze Tag an mir vorüber. Es war ein großes Erlebnis. Nicht nur für mich. Wohl für alle, die dabei waren.

Montag, den 25. April.

Alles geht wieder seinen gewohnten Gang. Die „Sächsische Zeitung“ bringt das Ergebnis unserer Arbeit.

1 200 t Schutt befördert,
652 t Schrott und Eisenteile,
35 000 Ziegel und
20 cbm Holz ent- und verladen.

An sich nur trockene Zahlen. Doch ich habe das Gefühl, sie sprechen eine sehr beredete Sprache!

GESETZ UND RECHT

Ist ein einfacher Diebstahl immer ein einfacher Diebstahl nach § 242 des StGB?

Von Kommissar der Volkspolizei Raschke, Döbeln

Täglich werden Diebstahlsanzeigen auf den einzelnen Polizeirevieren und Kriminalstellen aufgenommen. Der Unterschied zwischen dem einfachen und den sieben Arten des schweren Diebstahls wird wohl fast jedem Polizeiangehörigen dank seiner vergangenen und gegenwärtigen Durchschulung genügend bekannt sein.

Ist er sich aber bei jedem einfachen Diebstahl im klaren, ob er die Anzeige gemäß § 242 oder nach einer anderen Gesetzesbestimmung abzufassen hat?

Wahrscheinlich weiß nicht jeder Polizeiangehörige, daß einfacher Diebstahl nach neun verschiedenen Gesetzesgrundlagen verfolgt werden kann. Und zwar handelt es sich um die §§ 242, 244, 247, 248 a, 370 Ziff. 5 und 265 a StGB, die Bestimmungen des Feld- und Forststrafgesetzes, die Verordnung zum Schutze der Ernte § 1 Absatz b, und — gegenwärtig die wichtigste Richtlinie — die Wirtschaftsstrafverordnung § 1 Ziff. 2 und 3.

Wohl bei keinem anderen Delikt ist ein solcher Reichtum an Strafverfolgungsmöglichkeiten vorhanden.

Zum besseren Verständnis sei für jede der genannten Bestimmungen ein kurzes Beispiel angeführt:

1. Eine Frau bringt zur Anzeige, daß soeben ihre Nachbarin, als sie bei ihr zu Besuch weilte, ihre goldene Armbanduhr aus dem unverschlossenen Küchenschrank entwendet hat. Die Täterin befindet sich in keiner besonderen Notlage, ist mit der Geschädigten nicht verwandt und ist noch niemals wegen Diebstahl bestraft worden.

Diese Tat ist anzuzeigen und später durch das Gericht zu sühnen nach § 242 StGB. Es handelt sich um ein Offizialdelikt und Vergehen.

2. In einem Dorf bringt der Bauer X. zur Anzeige, daß der Landwirtschaftsgehilfe Y. ihm ein Paar Stiefel aus dem Hausflur gestohlen habe. Mit dem Täter ist der Geschädigte nicht verwandt, auch befindet sich Y. nicht in Not. Hingegen ist dem Polizeiposten bekannt, daß Y. in den letzten zehn Jahren bereits zweimal wegen Diebstahl nach § 242 StGB bestraft wurde und auch die Strafen verbüßt hat.

Diese Tat ist anzuzeigen und später durch das Gericht zu sühnen nach § 244 StGB, denn es handelt sich um einen Rückfalldiebstahl, ein Verbrechen und Offizialdelikt.

3. Der Malermeister A. zeigt auf seinem zuständigen Polizeirevier an, daß ihm sein Sohn zusammen mit seinem Lehrling B. zwei Glühbirnen im Gesamtwert von 2,— DM gestohlen habe. Die Täter sind wegen Diebstahl noch nicht vorbestraft. Der Geschädigte muß Strafantrag gegen beide stellen, damit die Sache überhaupt verfolgt werden kann.

Die Tat ist anzuzeigen und später durch das Gericht zu bestrafen nach § 247 StGB (Diebstahl gegen Angehörige, Lehrherren, Erzieher usw.). Es handelt sich um ein Vergehen, Antragsdelikt. Dabei muß beachtet werden, daß das Diebesgut von unbedeutendem Wert sein muß.

Im Beispiel handelt es sich um einen Diebstahl von Glühbirnen. Da dieses Thema z. Z. sehr aktuell ist, sind vielleicht folgende Ergänzungen von Interesse:

Gemäß § 17 des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen vom 23. 7. 1926 wird der Diebstahl eines Gegenstandes aus unedlen Metallen, der einen Teil eines Gebäudes bildet oder in einem Gebäude zu dessen Ausstattung angebracht ist, als schwerer Diebstahl bestraft. Als Teile im Sinne dieser Bestimmung werden angesehen: Türklinken, Fenstergriffe, Haus- und Firmenschilder usw. Es ist nun neuerdings von verschiedenen Seiten die Ansicht vertreten worden, auch Glühbirnen mit Metallfäden bzw. Metallfassungen hierunter zu bringen, um eine Bestrafung der Glühbirnendiebe nach § 243 zu ermöglichen.

Ob sich diese Betrachtungsweise in der Praxis der Gerichte durchsetzen wird, erscheint fraglich.

Im vorliegenden Fall würde sich im übrigen an der Beurteilung des Täters nichts ändern, da sich das Privileg des § 247 StGB auch auf die schweren Diebstahlsarten bezieht. Die Redaktion.

4. Auf einer Kriminalstelle erscheint eine Hausfrau und bringt zur Anzeige, daß ihre Untermieterin, eine 60jährige mittellose Umsiedlerin, ihr nach Aufbrechen ihrer Schlafzimmertür ein altes Kleid gestohlen hat. Die Täterin besitzt fast keine Bekleidung und ist zur Zeit auch nicht in der Lage, sich welche zu beschaffen. Um diese Handlung zu verfolgen, muß die Geschädigte Strafantrag stellen. Trotz des Einbruchs ist diese Tat nach § 248 a StGB (Notdiebstahl) anzuzeigen. Die Täterin war nachweisbar in Not, und das entwendete Objekt war von geringem Wert.

5. Auf einer Polizeiwache erscheint ein Bäckermeister und bringt zur Meldung, daß soeben ein heimkehrender Kriegsgefangener aus seinem Laden während des Verkaufes zwei Brötchen entwendet hat und diese auf der Straße verzehrte.

Zur Verfolgung dieser Angelegenheit muß der Bäckermeister Strafantrag stellen. Sie ist anzuzeigen nach § 370 Ziff. 5 StGB (Übertretung). Bei dieser sogenannten Nahrungs- und Genußmittelenwendung muß das Diebesgut aus Nahrungs- oder Genußmitteln oder anderen Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauchs bestehen und alsbaldig verbraucht werden.

6. Bei einer Polizeidienststelle erscheint der Leiter des örtlichen Postamtes und meldet, daß aus dem am Postamt befindlichen Briefmarkenautomaten laufend Briefmarken durch Einwerfen wertloser Metallstücke gestohlen werden. Heute habe er den Täter gestellt und will nun Anzeige erstatten. Hier findet § 265 a StGB Anwendung. In dieser Bestimmung werden außer Automatendiebstahl noch andere Delikte geahndet. Es handelt sich um ein Vergehen.

Hier irrt der Verfasser, wenn er den Täter nach § 265a StGB bestrafen will. Diese Bestimmung gilt nur subsidiär, d. h. nur „soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.“

Wenn die Handlung, wie im vorliegenden Falle, den Tatbestand des § 242 StGB erfüllt, greift § 265 a nicht ein, sondern der Täter ist wegen Diebstahls zu bestrafen, da § 242 die schwerere Strafandrohung enthält.

§ 265a ist geschaffen nicht für Warenautomaten, sondern hauptsächlich im Hinblick auf die sogenannten Leistungsautomaten, wie Fernsprech- und Wiegeautomaten (vgl. hierzu Aufgabe Nr. 5 und deren Lösung in „Die Volkspolizei“, Jahrgang 1948, Heft 7, Seite 15). Die Redaktion.

7. Das Gartenbauamt einer Stadt erstattet bei einer KKPA Anzeige, daß mehrere Einwohner einer Siedlung aus einem der Stadt gehörenden Wäldchen zwei mittlere Bäume gefällt und gestohlen haben. Diese Tat ist nach dem bestehenden Feld- und Forststrafgesetz zu ahnden. (Das gestohlene Holz darf noch nicht aufbereitet sein.)

In diesem Zusammenhang muß auf die Verordnung über Feld- und Forstdiebstähle vom 20. 9. 1942 (RGBl. I, 558) hingewiesen werden, welche bestimmt, daß die Entwendung von Gartenfrüchten, Feldfrüchten sowie von Holz im Geltungsbereich des StGB nach dessen Vorschriften auch insoweit bestraft werden kann, als die Feld- und Forstpolizeigesetze oder die Forstdiebstahlgeseetze der Länder sie mit Strafen bedrohen. Diese Verordnung wurde erlassen, da sich die Behandlung der Forst- und Felddiebstähle nach den Vorschriften der Länder unter Berücksichtigung der Steigerung des Wertes der Boden- und Wald-erzeugnisse als nicht mehr ausreichend erwies. Da diese

Gründe auch heute noch von Bedeutung sind, ist diese Verordnung weiterhin in Kraft. In diesem Falle kann also das Gericht auch zu einer Bestrafung nach § 242 StGB gelangen (vgl. hierzu die polizeiliche Frage-Ecke in „Die Volkspolizei“, Jahrgang 1948, Heft 7, Seite 16).

Die Redaktion.

8. Während der Erntezeit meldet der Neubauer M., daß er soeben einen Mann gestellt habe, welcher einen halben Zentner Weizenähren mittels Abschneiden von der Pflanze gestohlen hat. Diese Handlung ist anzuzeigen nach § 1 Abs. b der Verordnung zum Schutze der Ernte vom 21. Juli 1945.

Hier handelt es sich um eine landesrechtliche Besonderheit Sachsens, die für die übrigen Länder der sowjetischen Besatzungszone keine Gültigkeit hat. Die Redaktion.

9. Das Kriminalrevier einer Großstadt erhält durch einen telefonischen Anruf aus einem volkseigenen Betrieb Kenntnis davon, daß in der vergangenen Nacht aus der Dreherei ein Elektromotor, welcher zum Antrieb der Transmission diente, gestohlen wurde. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß der diensttuende Pförtner den Diebstahl ausführte.

Diese Tat wird nach der Wirtschaftsstrafverordnung § 1 Ziff. 2 verfolgt. Nach Ziff. 3 des gleichen Paragraphen wird angezeigt, wer Rohstoffe oder Erzeugnisse entgegen dem ordnungsmäßigen Wirtschaftsablauf unter anderem beiseite schafft, also auch stiehlt. Die Strafandrohung lautet auf Zuchthaus, ist also wesentlich schärfer, als wenn nach § 242 StGB verfahren wird.

Aus der Summe dieser Strafverfolgungsmöglichkeiten, die auf in der Form gleiche Handlungen gerichtet sind, ergibt sich die Notwendigkeit, daß sich jeder Polizist bei Abfassung von Diebstahlsanzeigen über die Anziehung des richtigen Gesetzes im klaren ist.

Wir sehen, jeder der obengenannten Täter begeht die gleiche Handlung, d. h. er nimmt aus dem Gewahrsam eines anderen etwas weg, und trotzdem wird immer ein anderes Gesetz verletzt.

Nicht berücksichtigt wurde in dieser Aufzählung die Übertretung nach § 370 Ziff. 6 StGB (Futtermittelenwendung), welche in ihrer Abnormität nicht erwähnenswert ist.

POLIZEILICHE FRAGE-ECKE

Mord oder vorsätzliche Tötung?

Vor einiger Zeit ereignete sich in Bln.-Köpenick eine Schießerei zwischen einem Banditen und einem Kriminalangestellten des KK Kö. Der Bandit gab in schneller Folge mehrere Schüsse ab, die in der herrschenden Dunkelheit nur deshalb ihr Ziel verfehlten, weil der betreffende Kollege sich rechtzeitig durch Hinwerfen auf den Fahrdamm aus der Schußlinie gebracht hatte. Ein wenige Schritte dahinter stehender unbeteiligter Passant, der zufällig Zeuge der Schießerei war, wurde durch einen der Schüsse schwer verletzt und ist später seinen Verletzungen erlegen.

Der Vorfall wurde natürlich eingehend diskutiert, wobei sich herausstellte, daß die Diskussionsteilnehmer verschiedener Ansicht waren in Bezug auf die strafrechtliche Würdigung des geschilderten Tötungsdeliktes.

Wesentlich erscheinen folgende Punkte:

Der Täter hatte zweifellos die Absicht, den Polizisten zu töten, der im Begriff war, ihm dingfest zu machen. Nur durch die blitzschnelle Reaktion des Kollegen wurde der Erfolg verhindert. Statt dessen aber wurde eine unbeteiligte Person tödlich getroffen. Abgesehen von den Bestimmungen des verbotenen Waffenbesitzes könnten die Bestimmungen des § 211 StGB (vollendeter Mord) herangezogen werden, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß der verbrecherische Wille des Täters zu bestrafen ist. Wenn der Täter auch nicht die Absicht hatte, den harmlosen Passanten zu töten, so hatte er doch die Absicht, einen Menschen zu töten und dies ist ihm schließlich gelungen.

Die Teilnehmer an dieser Diskussion waren geteilter Meinung, einige glaubten, daß man den Banditen nur wegen Mordversuchs und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang oder fahrlässiger Tötung belangen könne.

Wer hat recht?

Kriminalsekretär Rosenthal, Berlin-Köpenick

Unsere Antwort:

Der geschilderte Tatbestand stellt einen Fall dar, der unter der Bezeichnung „aberratio ictus“ (Fehlgehen der Tat) seit

langem in der Rechtswissenschaft bekannt ist und über den die Meinungen bis heute auseinandergehen.

In der Rechtsprechung ist auch heute noch die Ansicht vorherrschend, daß im vorliegenden Fall der Täter nur wegen versuchter vorsätzlicher Tötung des Polizeiangehörigen konkurrierend mit fahrlässiger Tötung des Passanten zu bestrafen ist.

Diese Ansicht wird mit folgender Überlegung begründet:

§ 59 StGB bestimmt, daß, wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Tatumständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Tatbestand gehören, ihm diese Umstände nicht zuzurechnen sind. Mit anderen Worten heißt das:

Vorsätzliches Handeln erfordert Kenntnis und Voraussicht der strafbegleitenden Tatsachen. Dazu gehört aber nicht nur die Voraussicht des Enderfolges, sondern auch die Voraussicht der vom Willensakt zum Enderfolg führenden Kausalkette, d. h. aller derjenigen tatsächlichen Umstände, die den in der Erscheinung tretenden Willensakt mit dem Enderfolg verknüpfen. Der Täter muß also nicht nur den Erfolg selbst voraussehen, sondern auch die Art und Weise, wie er eintreten wird. Auch diese Verknüpfung ist ein wesentlicher „Tatumstand“ des gesetzlichen Tatbestandes und darf deshalb im Hinblick auf § 59 nicht willkürlich aus den Vorsatzerfordernissen entfernt werden. Wenn also eine wesentliche Abirung des wirklichen vom vorgestellten Kausalverlauf vorliegt, würde demnach der Vorsatz entfallen, da der Täter über einen wesentlichen Tatumstand im Irrtum ist (so z. B. Mezger, Strafrecht 1931, Seite 314, Leipziger Kommentar 1929, Einleitung XII, 2, und das ehemalige Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung, z. B. RGSt. 2/335, 3/364, 19/179, 94/349, 58/27).

Richtiger erscheint aber die gegenteilige — auch bereits im gemeinsamen Recht vertretene — Meinung, nach der eine vorsätzliche Tötung des Passanten angenommen werden soll, da die rechtlich geschützten Objekte gleichwertig sind (so z. B. Frank, StGB, 1931, § 59 III, 2 c, Beling, Lehre vom Verbrechen, Seite 325, v. Liszt-Schmidt, Lehrbuch des Strafrechts, § 40 u. a.).

Wenn allerdings das Treffen des Passanten völlig unvorhersehbar war, wollen auch die Vertreter dieser Ansicht die Annahme einer vorsätzlichen Tötung nicht zulassen, denn auch sie gehen davon aus, daß jede den Vorsatzbegriff erfüllende Voraussicht des Erfolges als integrierenden Bestandteil eine Vorstellung darüber in sich schließen muß, wie er eintreten wird.

Wir kommen also zu folgendem Ergebnis:

Wenn der Bandit voraussehen konnte — das wird hier anzunehmen sein —, daß der Schuß evtl. einen Passanten treffen könnte, würde nach der zuletzt dargelegten Ansicht eine Bestrafung wegen vorsätzlicher Tötung möglich sein. Nach der Rechtsprechung des ehemaligen Reichsgerichts könnte dagegen, wie bereits gesagt, eine Verurteilung nur wegen versuchter vorsätzlicher Tötung des Polizeiangestellten und fahrlässiger Tötung des Passanten (in Idealkonkurrenz) erfolgen.

Brandstiftung oder Transportgefährdung?

Bei einer Unterrichtsstunde hat sich folgende Meinungsverschiedenheit ergeben:

Ein mit Feueranzünder beladener, geschlossener Güterwagen, der als dritter hinter der Lok lief (nach Vorschrift in der Betriebsordnung der Eisenbahn müssen solche Wagen mindestens an zehnter Stelle hinter der Lok gekuppelt werden) geriet in Brand.

Verantwortlich ist der Zugführer, Rangiermeister und der Aufsichtsbeamte des Bahnhofes, auf dem der Zug gebildet wurde.

Frage: liegt hier nun fahrlässige Transportgefährdung nach §§ 315 und 316 des StGB vor, oder fahrlässige Brandstiftung nach §§ 306, Ziffer 3, 308 und 309 StGB.

Nach meiner Ansicht ist es fahrlässige Brandstiftung, da die fahrlässige Transportgefährdung erst mittelbar durch den Brand entstanden ist.

Pol.-Meister R. Rauch,
Eisenbahnpolizei Berlin-Anhalter Bahnhof

Unsere Antwort:

Die Ansicht des Kameraden Rauch ist nicht ganz richtig. Wenn die Tatbestände sowohl der fahrlässigen Brandstiftung als auch der fahrlässigen Transportgefährdung erfüllt sind, kommt es nicht darauf an, daß die Transportgefährdung erst mittelbar durch den Brand entstanden ist, sondern es liegen

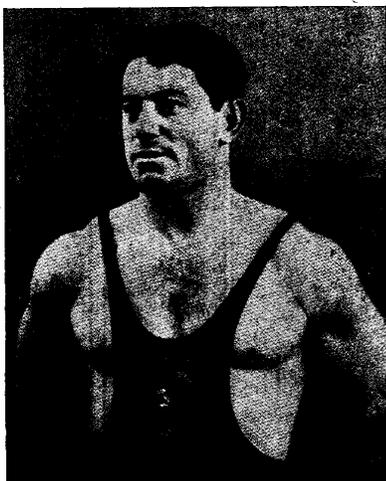
beide Delikte vor, und zwar stehen sie im Verhältnis der Idealkonkurrenz (§ 73 StGB). Es muß im einzelnen geprüft werden, welche der infragekommenden Vorschriften verletzt ist, erst dann kann gesagt werden, nach welcher Bestimmung das Strafmaß festzulegen ist.

1. Ob § 306 Ziffer 3 in Verbindung mit § 309 StGB Anwendung finden kann, ist Tatfrage. Unter einer Räumlichkeit, die zeitweise zum Aufenthalt von Menschen dient, kann auch ein Eisenbahnwagen verstanden werden, und zwar auch ein Güterwagen; denn es ist nicht erforderlich, daß die Räumlichkeit zum Aufenthalt von Menschen zu dienen bestimmt ist, sondern es genügt, wenn sich tatsächlich zeitweise Menschen darin aufhalten und das trifft auch für einen Güterwagen zu. Die genannte Bestimmung greift jedoch nur dann Platz, wenn der Brand gestiftet wird, während sich Menschen in der Räumlichkeit aufzuhalten pflegen. Wenn es also z. B. üblich ist, daß während des Transportes Begleiter mitfahren, ist § 306 Ziffer 3 erfüllt, und zwar auch dann, wenn zur Zeit des Brandes sich keine Menschen in dem Wagen befanden; denn es genügt die abstrakte Gefährdung von Menschen, die sich daraus ergibt, daß sie sich dort zeitweise aufzuhalten pflegen.
2. Daneben ist auch § 308 in Verbindung mit § 309 StGB erfüllt; denn es handelt sich bei den in Brand geratenen Gegenständen um Brennmaterialien und diese unterliegen nicht wie die Warenvorräte nur auf bestimmten Plätzen, sondern überall dem Schutze dieser Bestimmung.
3. Auch der Tatbestand der Transportgefährdung wird als erfüllt anzusehen sein, denn in der Nichtbeachtung der entsprechenden Vorschriften der Betriebsordnung ist eine pflichtwidrige Unterlassung im Sinne des § 315 Absatz 1 StGB zu sehen, durch die eine Gemeingefahr herbeigeführt wird.
4. Als Ergebnis ist also festzustellen, daß die Verantwortlichen die Tatbestände der §§ 306 und 308 mit 309 und 315 mit 316 erfüllt haben. Gemäß § 73 StGB kommt jedoch in diesem Fall der Idealkonkurrenz nur dasjenige Gesetz zur Anwendung, welches die schwerste Strafe androht. Da § 316 Gefängnis nicht unter einem Monat, § 309 jedoch nur Gefängnis schlechthin (Mindestbetrag also gemäß § 16 StGB 1 Tag) androht, ist die Strafe aus § 316 StGB zu bestimmen.

SPORT UND KÖRPERSCHULUNG

Land der starken Menschen

Von Adolf Lemke, Potsdam



Der bekannte sowjetische Schwerathlet Grigorij Nowak stellte einen neuen Weltrekord im beidarmigen Drücken in der Halbschwergewichtsklasse mit 142 kg auf.

Die Gewichtheber der UdSSR halten 28 Weltrekorde. Der Laie wird sich beim Lesen dieser Zahl kaum etwas besonderes denken, er wird sich keinen Begriff davon machen können, daß das außergewöhnliche Können der sowjetrussischen Gewichtheber alles bisher Dagewesene auf dem Gebiet dieses schwerathletischen Sports in den Schatten stellt.

Da vielen Kameraden vom Sport der starken Männer nur wenig bekannt ist, soll hier etwas näher auf das Gewichtheben eingegangen werden.

Die Gewichtheber kennen fünf Körperklassen und zwar:

Federgewicht	bis 60 kg Körpergewicht
Leichtgewicht	bis 67,5 kg Körpergewicht
Mittelgewicht	bis 75 kg Körpergewicht
Halbschwergewicht	bis 82,5 kg Körpergewicht
Schwergewicht	über 82,5 kg Körpergewicht

Nicht die Technik des Hebens, auch nicht die Regeln im Gewichtheben sollen hier erörtert werden, sondern nur von Leistungen soll die Rede sein.

Wenngleich im allgemeinen dem Sport-Publikum die Leistungen der **Schwergewichtler** mehr imponieren als die der leichteren Gewichtsklassen, wird man bei objektiver Betrachtung zugeben müssen, daß die Leistungen in den leichten Gewichtsklassen relativ höher sind als in den schweren Klassen.

Beispiel: Ein Mann mit einem Körpergewicht von 100 Pfund, der im beidarmigen Stoßen eine Hantel von 150 Pfund hebt, hat 50 Prozent mehr als sein eigenes Körpergewicht gehoben. Ein Koloß von 300 Pfund Körpergewicht müßte, um relativ dieselbe Leistung zu vollbringen, 450 Pfund heben. Das kann er aber nicht, denn solche Leistung ist bis heute unmöglich. Der gegenwärtige Weltrekord im Gewichtheben der Schwergewichtsklasse beträgt 374 Pfund. Der Rekord aller Zeiten steht auf 378 Pfund.

Die Theorie, daß im Verhältnis zum eigenen Körpergewicht ein leichter Mensch mehr leistet als ein schwerer, ist wohl nicht zu widerlegen.

Der erste Gewichtheber, dem es gelang sein doppeltes Körpergewicht zur Hochstrecke zu stoßen, war der Federgewichtler Graff aus Bern, der eine Scheibenhantel von 240 Pfund hob.

In Fachkreisen vertrat man damals die Meinung, daß die Leistung „**doppeltes Körpergewicht-Stoßen**“ auf die Federgewichtsklasse begrenzt bleiben werde, daß dies also in höheren Gewichtsklassen unmöglich sei.

Diese Ansicht mußte aber auf der Olympiade 1928 revidiert werden, als die beiden Leichtgewichtler **Haas** (Österreich) und **Helbig** (Deutschland), die sich im Endkampf

gegenüberstanden, jeder 270 Pfund zur Höchststrecke brachten.

Mit 133,5 Pfund Körpergewicht war Haas wie auch Helbig auf die Waagschale getreten — beide vollbrachten sie mit beidarmigem Stoßen die gleiche Leistung und erzielten mit 270 Pfund jeder 3 Pfund mehr als ihr doppeltes Körpergewicht.

Die Sportwelt war erstaunt, die Fachleute, die zuvor die Federgewichtsklasse als Domäne des doppelten Körpergewichthebens bezeichnet hatten, revidierten sich, indem sie nun ihre Meinung auf die Leichtgewichtsklasse ausdehnten.

„Doch weiter geht es auf keinen Fall“ — so sagte man damals in Gewichtheberkreisen.

Nun, wir werden sehen, ob das stimmt — doch des besseren Verständnisses wegen soll hier zunächst einiges vom Ursprung des Gewichthebersports berichtet werden.

Deutschland und Österreich gelten als Geburtsländer des Gewichthebens. — Sie waren in diesem Sport der starken Männer über 50 Jahre lang nicht zu schlagen. Ja, die Überlegenheit unserer Gewichtheber war so groß, daß es in den anderen Ländern auch nicht annähernd ernstere Gegner im Heben gab. Das änderte sich auch kaum, als in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Weltkrieg 1914/18 in einigen Ländern ein großer Aufschwung im Gewichtheben zu verzeichnen war und besonders Frankreich, Ägypten und die USA in der Schwerathletik beträchtlich in den Vordergrund traten.

Doch ein weiteres Land betrieb schwerathletischen Sport und erzielte beachtenswerte Erfolge, obwohl die Welt sehr wenig davon erfuhr. Es war die Sowjetunion, deren Gewichtheber im Jahre 1937, als Deutschland immer noch als stärkste Gewichthebernation bekannt war, 14 Weltrekorde überboten hatten. Sie wurden vom Internationalen Sportverband nicht anerkannt. Trotzdem die „Prawda“ (Moskau) über diesen Erfolg der sowjetischen Gewichtheber berichtet hatte, hielt es die bürgerliche Presse der anderen Länder nicht für nötig, auch nur eine Silbe darüber in ihren Zeitungen zu schreiben.

Doch die Zeit nahm ihren Lauf. Während der Kulturzerfall in Nazi-Deutschland rapide Fortschritte machte, während man in Deutschland für den Krieg rüstete, wurde in der Sowjetunion friedlicher Sport betrieben. Noch im Jahre 1940 fand in Moskau, als Hitler-Deutschland schon Österreich besetzt und ein halbes Dutzend Länder überfallen hatte, die gigantische Sportparade statt.

Am 22. Juni 1941 überfielen die Naziverbrecher die Sowjetunion. Trotz der ungeheuren Anstrengungen, trotz der übermenschlichen Leistungen der Sowjetarmee und des russischen Volkes in ihrem schweren Befreiungskampf gegen die Naziaggressoren, wurde in der UdSSR selbst während des Krieges größter Wert der weiteren Pflege des Sports und der Körperkultur beigemessen.

Mit Staunen hören wir, daß die erste Nachkriegssportparade in Moskau schon im Juli 1945 stattfand. Seitdem sind weitere Sportparaden in der UdSSR abgehalten und weitere Meisterleistungen von Sowjetsportlern in den verschiedensten Sportarten erzielt worden. Dies mußte jetzt sogar die bürgerliche Presse der verschiedenen Länder anerkennen.

Von den Leistungen sowjetischer Sportler der verschiedensten Sportarten soll hier aber nur kurz auf das Gewichtheben eingegangen werden. 28 Weltrekorde in dieser Sportart für ein Land sind etwas noch nie Dagewesenes.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Leistungen der sowjetischen Gewichtheber tabellenmäßig aufzuführen. Doch wird sich auch jeder Laie (nach dem anfangs Gesagten) einen Begriff von der Stärke der sowjetischen Gewichtheber machen können, wenn erwähnt wird, daß in der Landesmeister-Gewichthebermannschaft der UdSSR jeder einzelne (außer in der Schwergewichtsklasse) im Stande ist, mehr als sein doppeltes Körpergewicht zu heben.

Nach einer Rekordliste, (die aber jetzt schon überholt ist), wurden folgende Resultate im „beidarmigen Stoßen“ erreicht:

Federgewicht	32 Pfund	} mehr als das doppelte Körpergewicht
Leichtgewicht	21,5 Pfund	
Mittelgewicht	13 Pfund	
Halbschwergewicht	2 Pfund	

Diese Zahlen sprechen für sich.

Man vergewärtige sich z.B. nur die Leistung des Mittelgewichtlers, der bei einem Körpergewicht von 150 Pfund über 300 Pfund zur Höchststrecke hebt, um zu ermessen wie kolossal stark die sowjetischen Gewichtheber sind.

Deutschland war einmal das „Land der starken Männer“. Heute müssen wir anerkennen, daß der UdSSR der Titel „Land der starken Menschen“ gebührt.

Unser Sportbericht

In der Zeit vom 22. 4. bis 1. 5. 1949 wurden durch die Sportgemeinschaften der Volkspolizei folgende Wettkämpfe, Punkt- und Freundschaftsspiele ausgetragen:

Waldläufe

Trotz ungünstiger Wetterlage konnten in Mecklenburg auf einer Strecke von etwa 3000 m von 600 Teilnehmern in Dienstbekleidung folgende Resultate erzielt werden:

KPA Schönberg Obwm. Perbs 13,09, Wm. Köpcke u. Bayer je 14,00.
KPA Grevesmühlen Hptwm. Oldenburg 19,05 Obwm. Rottenburg und Wm. Kulinky je 19,07.

KPA Parchim Obwm. Riemann, 12,17, Grabow 12,35 u. Lubeck 12,50.

KPA Usedom Hptwm. Laesser 13,40, Kerzinski 13,48, Meitzner 13,49.

KPA Hagenow Obwm. Branick 10,05, Anw. Söbel und Wm. Beck je 11,00.

KPA Stralsund Hptwm. Selke 9,30, Wm. Gummel 9,32 u. Schulz 9,45, etwa 800 m Frauen: Wm. Zielinski 4,20, Gottschalk 4,25, Wm. Schenkin 4,26.

KPA Randow Wm. Hieke 14 : 05,1, Bretzke 14 : 05,2, Willin 14 : 05,3.

KPA Malchin Obwm. Brümmer 11,50, Wm. Lorenz u. Obwm. Sanfieben je 12,00.

Der Waldlauf im Land Brandenburg wurde mit 80prozentiger Beteiligung durchgeführt, Folgende Strecken waren vorgeschrieben:

2200 m für Männer bis 35 Jahre, 1500 m für Männer über 35 Jahre,

600 m für Frauen. Nachstehend sind die fünf besten Läufer der einzelnen Klassen aufgeführt:

600 m Frauen: Bohnhof, KPA Ostprignitz 1,48 Min.

Schönemann, KPA Ostprignitz 2,00 Min.

Busse KPA Ostprignitz 2,12 Min.

Maitin KPA Niederbarnim 2,12 Min.

Müller KPA Osthavelland 2,13 Min.

2200 m Männer bis 35 Jahre

Höft Frankfurt Oder 7,16 Min.

Klassen Frankfurt Oder 7,21 Min.

Schmidt Frankfurt Oder 7,30 Min.

Bergunda Lager Ketschendorf 7,30 Min.

Hoschak Lager Ketschendorf 8,20 Min.

1500 m Männer über 35 Jahre:

Baillieu KPA Niederbarnim	4,40 Min.
Kube KPA Guben	5,34 Min.
Becker KPA Guben	5,51 Min.
Matuschke KPA Guben	5,58 Min.
Krekow W Guben	6,07 Min.

Die 10 besten Kreise waren:

KPA Ostprignitz	100 % Beteiligung.
KPA Westprignitz	97 % Beteiligung.
Lager Ketschendorf	97 % Beteiligung.
KPA Niederbarnim	94 % Beteiligung.
KPA Osthavelland	90 % Beteiligung.
KPA Ruppin	90 % Beteiligung.
SPA Frankfurt Oder	90 % Beteiligung.
KPA Spremberg	85 % Beteiligung.
Jüterbog Altes Lager	75 % Beteiligung.
KPA Zauch-Belzig	73 % Beteiligung.

Bericht über die Durchführung des Waldlaufs im Land Sachsen.

PP Dresden 140 Teilnehmer (98 männl., 42 weibl.)

1000 m Frauen 1500 m Männer (über 35 J.) 3000 m Männer (bis 35 J.)

Harte 3 : 50	Uhlmann 5 : 44	Dörfel 10 : 45,1
Teuscher 3 : 52	Schönherr 5 : 50	Trepte 10 : 50
Küchner 4 : 17	Köcheritz 5 : 58	Schifer 10 : 58

PP Chemnitz 261 Teilnehmer (106 männl., 63 weibl., Landkreise 92)

1500 m Frauen 3000 m Männer (über 32 J.) 3000 m Männer (bis 32 J.)

Geyer 7 : 55	Hypko 10 : 51	Richter 10 : 24
Nikolay 7 : 75	Säckel 11 : 14	Uhlmann 10 : 28
Lötzsch 8 : 12	Uhlig 11 : 20	Löffler 10 : 34

PP Leipzig 300 Teilnehmer

1000 m Frauen etwa 3000 m Männer (über 35 J.) etwa 3000 m Männer (bis 35 J.)

Hieronimus 4 : 20,6	Ebert 9 : 52	Kunze 9 : 20
Staudel 4 : 21,2	Dommler 10 : 06	Bauer 9 : 35
Kube 4 : 31	Oehlert 10 : 25	Ehemann 9 : 37

PP Zwickau 77 Teilnehmer 600 m

Bester Läufer: Maruschke 2 : 51

PD Görlitz 242 Teilnehmer			
etwa 3000 m Männer	Dudzinski 9 : 14,7		
	Kosička 10 : 46		
	Klöß 11 : 21,2		
PD Plauen 30 Teilnehmer			
etwa 3000 m Männer	9 : 12,1	Frauen	
	9 : 13,4		13 : 05
	10 : 5,4		
KPA Aue 140 Teilnehmer, 3000 m			
Männer bis 35 J.	Männer über 35 J.	Frauen	
Gräbner 13 : 10	Löps 13 : 46	Dick	15 : 20
Hermann 14 : 25	Graf 15 : 7		
KPA Auerbach 157 Teilnehmer, 3000 m			
Männer bis 35 J.	Männer über 35 J.	Frauen	
Petzold 10 : 20,1	Kober 11 : 7,7	Dietel	II : 41,2
Trommer 11 : 10,2	Wolf 12 : 25,5	Brückner	16 : 42,2
KPA Döbeln 121 Teilnehmer, 3000 m			
Müller 9 : 6	Heinze 9 : 8	Lantsch	9 : 11
KPA Freiberg 170 Teilnehmer, 3000 m			
Männer bis 30 J.	Männer über 30 J.	Frauen	
Müller 12 : 9	Heinrich 13 : 0	Rühlke	13 : 4
Reimann 13 : 0	Wunderlich 13 : 3	Kelma	14 : 8
Koch 13 : 1	Wagner 14 : 0	SÜB	15 : 1
KPA Glauchau 138 Teilnehmer			
Durchschnitt 12-14 Minuten			
KPA Dippoldswalde 88 Teilnehmer			
Der Waldlauf wurde in Form eines Werbelaufes durchgeführt. Zeiten wurden nicht angegeben.			
KPA Ölsnitz			
etwa 3000 m	Kunze 11 : 10,5	etwa 5000 m	Polster 18 : 54
	König 11 : 22		Heinrich 19 : 08
Fußball			
am 21. 4. 49			
PSG Zwickau gegen PSG Plauen 1. M.			1 : 2
PSG Zwickau gegen PSG Plauen 2. M.			3 : 1
am 23. 4. 49			
PSG Auerbach gegen PSG Falkenstein 1. M.			5 : 2
am 24. 4. 49			
PSG der GP/B Benneckenstein gegen PSG der GP/B Nordhausen			2 : 0
PSG Dresden gegen SG Arnsdorf 1. M. (Pokalspiel)			2 : 3 (0 : 2)
PSG Chemnitz gegen SG Kändler 1. M. (Pokalspiel)			3 : 1 (3 : 1)

PSG Zwickau gegen PSG der GP/B Zwickau 2. M.			1 : 5
PSG Görlitz gegen SG Freiberg 1. M.			1 : 2 (1 : 0)
PSG Görlitz gegen SG Biesnitz 2. M.			0 : 4 (0 : 2)
PSG Adorf gegen SG Brambach 1. M.			2 : 3 (2 : 0)
PSG Adorf gegen SG Brambach 2. M.			1 : 2 (1 : 0)
PSG Ölsnitz gegen SG Bad Elster 1. M.			0 : 2 (0 : 2)
PSG Ölsnitz gegen SG Bad Elster 2. M.			1 : 9 (1 : 5)
PSG Schwerin gegen Landesklassenvertreter BSG Neptun/Rostock			7 : 2
am 30. 4. 49			
PSG Chemnitz geg. PSG Frankenberg 1. M. (Pokalspiel)			3 : 2 (1 : 1)
am 1. 5. 49			
PSG Dresden gegen SG Döbeln 1. M.			1 : 4 (0 : 3)
PSG Chemnitz gegen SG Wiederau 1. M.			4 : 5 (1 : 2)
PSG Leipzig gegen SG Ellenburg 1. M.			2 : 3 (0 : 1)
PSG Leipzig gegen SG Dahlen 1. M.			2 : 1 (1 : 0)
PSG Zwickau gegen SG Zwickau 2. M.			1 : 8
PSG Görlitz gegen SG Stadtauswahl Görlitz			0 : 1
PSG Adorf gegen SG Plauen 1. M.			7 : 0 (3 : 0)
Auswahlmannschaft Thüringen gegen Auswahlmannschaft Volkspolizei Thüringen			2 : 1 (1 : 0)
PSG der GP/B Mühlhausen gegen SG Gröllstädt 1. M.			1 : 3
Handball am 24. 4. 49			
PSG Benneckenstein gegen PSG Nordhausen GP/B			7 : 6
am 25. 4. 49			
PSG Zwickau gegen Bezirksklasse Zwickau 1. M.			2 : 1
am 1. 5. 49			
PSG Adorf gegen SG Markneukirchen 1. M.			1 : 7 (0 : 7)
PSG Adorf gegen SG Markneukirchen (Frauen) 2. M.			3 : 0 (3 : 0)
PSG Leipzig gegen SG Ellenburg 1. M.			6 : 8 (2 : 4)
Tischtennis am 22. 4. 49			
PSG Chemnitz gegen BSG Astra			8 : 1
am 25. 4. 49			
PSG Chemnitz gegen SG Dt. Handelsges.			5 : 4
am 28. 4. 49			
PSG Chemnitz gegen BSG Wander			5 : 4
Kegeln am 24. 4. 49			
PSG Chemnitz gegen SG Alt-Chemnitz 1. M.			3 462 : 3 401 Punkte
Boxen am 29. 4. 49			
Vergleichskampf PSG Chemnitz gegen SG Crimmitschau			16 : 6
PSG Ölsnitz gegen SG Zwickau-Nord			8 : 12

Schachchecke

Eröffnungsfehler

Die ersten 10 Züge einer Partie haben den Zweck, die Figuren ins Spiel zu bringen. Was soll der Anfänger darunter verstehen? In der Grundstellung sind die Figuren zum größten Teil bewegungsunfähig. Indem der Bauer seine Grundstellung verläßt, öffnet er Felder für die hinter ihm stehenden Figuren. Es gilt nun mittels der Eröffnung die eigenen Figuren schnell ins Spiel zu bringen, um damit Aussichten für einen starken Angriff oder eine gute Verteidigung zu erlangen. Man hüte sich, in die Anfängerfehler zu verfallen und mit zwei oder drei entwickelten Figuren zu spielen, während die anderen noch unentwickelt auf der Grundlinie stehen. In den ersten 10 Zügen ist also die Entwicklung der Figuren oberstes Gesetz des Schachspielers. Eine fehlerhafte Eröffnung hemmt das ganze Spiel und hat oftmals den sofortigen oder späteren Partieverlust zur Folge.

Ein vorwärts strebender Schachspieler kommt nicht umhin, sich mit der Eröffnungstheorie näher zu befassen. Die Eröffnungstheorie ist aber heute eine Wissenschaft geworden, und verzweifelt fragt sich der Schachfreund, wie soll ich jemals die vielen Eröffnungen mit ihren Varianten auswendig lernen. Dazu fehlt mir die Zeit und auch die Lust. Nun liebe Schachfreunde, es sieht auf den ersten Blick schlimmer aus, als es ist. Der Anfänger kann tatsächlich mit zwei Eröffnungen auskommen. Ich denke da an das Damengambit und die sizilianische Verteidigung. Jeder wird sich also mit zwei oder drei Eröffnungen vertraut machen, die seiner Art und Spielweise entsprechen. Wie wichtig die genaue Kenntnis der Eröffnung für den Schachfreund ist, sollen folgende Partieanfänge aufzeigen:

- | | |
|----------|-------|
| 1. e2-e4 | e7-e5 |
| 2. Sf3 | Sc6 |
| 3. Lc4 | Sd4? |

Schwarz verzichtet auf die Weiterentwicklung seiner Figuren in der Hoffnung, daß Weiß den Bauern es schlägt. Nimmt W. den Bauern es nicht, so ist der Springerzug für Schwarz nachteilig. Wird der Bb5 von W. geschlagen, so bricht die Partie für W. zusammen.

- | | |
|--------------|----------|
| 4. Sf3 x e5? | Dg5! |
| 5. S x f7 | D x g2 |
| 6. Th1-f1 | D x e4 + |
| 7. Le2 | S3 matt |

Damengambit

- | | |
|--------|--------|
| 1. d4, | d5 |
| 2. c4 | d x e4 |

Das Schlagen dieses Bauern ist nicht nachteilig für Schwarz, nur darf er seinen eigenen Bauer nicht verteidigen.

- | | |
|--------|-----|
| 3. e3 | b5? |
| 4. a4! | c6 |

(Ld7 wäre für Schwarz auch nachteilig, es folgt nämlich a x b5, Ld7 x b5, b2-b3. Dd8-d5, b3 x c4, Lb5 x c4. Dd1-a4 + und gewinnt eine Figur.)

- | | |
|------------|--------------------|
| 5. a4 x b5 | c6 x b5 |
| 6. Dd1-f3 | mit Figurengewinn. |

Das Albin-Gegengambit

- | | |
|-------|----|
| 1. d4 | d5 |
| 2. c4 | |

mit diesem Zuge lenkt W. in die Eröffnung des Damengambits ein. Schwarz schlägt den angebotenen Bauern nicht, sondern bietet mit es einen Bauern zum Schlagen an. Mit diesem Zuge ist die typische Stellung des Albins-Gegengambit erreicht. Über ihren Wert ist sich die Theorie noch nicht einig. Auf jeden Fall ist sie für beide Gegner äußerst zweischneidig und enthält viele Tücken und Gefahren.

- | | |
|-------------------------|------------|
| 2. | e5 |
| 3. d x e5 | d4 |
| 4. e3? richtig wäre Sf3 | |
| | Lb4 + |
| 5. Ld2 | d x e3! |
| 6. L x b4 | e x f2 + |
| 7. Ke2 | f x g1-S + |
| 8. T x S | Lg4 matt |

Mögen diese aufgezeigten Eröffnungsfehler in dem Schachfreund das Interesse für die Schachtheorie wachrufen. Aus der Fülle der Eröffnungsfehler habe ich nur drei der bekanntesten herausgegriffen. Wer sich weiter bilden will, verschaffe sich ein gutes Lehrbuch. An Neuerscheinungen sind zwei Bücher „Kurt Richter“ empfohlen, die dem Schachfreund viele Anregungen bieten. Bücher sind heute schwer zu beschaffen; darum muß es Aufgabe der Schachsparten sein, durch gute Schulungsarbeit die Mitglieder mit der Theorie vertraut zu machen. Der Schachfreund soll nun nicht glauben, daß er mit der Theorie jedes Spiel gewinnen kann. Sie gibt ihm nur das Mittel in die Hand, seine Partie gut und sicher anzulegen. Nach dem 10. Zuge ungefähr muß er dann selbst seine eigene Kunstfertigkeit unter Beweis stellen.

Zum Abschluß einige Worte von Dr. Aljechin: Das Schachspiel hält sich nur in den ersten 10 Zügen in den Grenzen der Theorie, wird aber dann eine Kunst, zu der Genialität, ja, ich möchte sagen „Zauberel“ gehört. Die letzten Züge fallen dann wieder in den Rahmen der Theorie zurück. Es ist also ein ewiger Kreislauf zwischen Erde, Himmel und wiederum Erde.

KULTURELLES LEBEN

Die Kulturarbeit der Volkspolizei

Von Kommandeur der Volkspolizei Josef Stauder, DVdI

„Kultur“ und „Polizei“, das sind im kapitalistischen Staat zwei Begriffe, die einander feindlich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser. Die „Kulturarbeit“ solcher Polizei beschränkt sich darauf, entweder die Kultur der oberen Zehntausend zu beschützen, oder die Kulturbestrebungen der unteren Schichten zu bekämpfen und zu unterdrücken. Maler wie Heinrich Zille und Käthe Kollwitz, Dichter wie Friedrich Wolf und Erich Weinert wissen ein Lied davon zu singen.

Jene Polizei, die in fortschrittlicher Literatur mit Rot- und Blaustift wütete, arbeiterfreundliche Maler aus den Ausstellungen entfernte und Theateraufführungen verbot, wenn in ihnen das Grollen von unten die zarten Nerven im Parkett hätte allzu sehr angreifen können, erhob gar keinen Anspruch darauf, selbst etwas mit Kultur zu tun zu haben. Sie befaßte sich nur „dienstlich“ damit, wenn diese Kultur gegen die „guten Sitten“ verstieß. Was gute Sitten war, das wurde letztlich auf der Börse bestimmt. Der Polizist hatte „nur ein Amt und keine Meinung“. In Fragen der Kultur schon gar nicht. Kultur, das war eine „hochgeistige Angelegenheit“, davon verstand man nichts... „das sollten „die da oben“ unter sich ausmachen. Die einzige Stellungnahme der Polizei in Kulturfragen bestand im „Ja-woll!“ und „Zu Befehl!“ und „Dienst ist Dienst!“

Wessen Dienst? — danach zu fragen hatte man — aus begrifflichen Gründen — nicht gelernt. Diese Frage wäre allzu gefährlich gewesen. Und so machten denn „die da oben“ unter sich und ungestört aus, was Kultur sei, nämlich ihre Kultur! Und sie gaben ihr folgende Deutung: Kultur ist Weiterbildung des geistigen Lebens. Ihre Pflege und vor allem ihr Genuß ist Sache einer kleinen, besonders feinfühlig und verständnisvollen Minderheit. Ihr Zweck: Heranzüchtung bevorzugter Weniger zur Führung der Vielen! Wohin dieser Weg führt, haben wir erlebt. Er führt über Auschwitz und Buchenwald in die Barbarei.

Unser Weg geht in entgegengesetzter Richtung: in den kämpferischen, sozialistischen Humanismus, in eine neue reale Kultur, die vom Volke geschaffen wurde und dem Volke gehört. Kultur und Volkspolizei, das sind zwei Begriffe die einander bedingen.

Aber was verstehen wir unter Kultur? Kultur ist für uns nicht lediglich ein Resultat geistiger Tätigkeit. Wir sind nicht der Ansicht, daß sie um so besser gedeiht, je weiter sie sich von der Realität entfernt und je höher sie sich in die dünne Luft des „reinen Geistes“ verflüchtigt.

„Unter Kultur verstehen wir diejenige manuelle und geistige Fertigkeit und Tätigkeit, ferner die aus überschüssiger Arbeit gewonnenen materiellen und geistigen Güter und schließlich diejenigen gesellschaftlichen Einrichtungen, die der Höherentwicklung der Menschheit dienen“, sagt Anton Ackermann.

Denken wir diese Deutung gründlich durch und machen wir sie uns ganz zu eigen, so ergeben sich daraus für uns die entsprechenden Folgerungen für unsere Einstellung zur Kulturarbeit in der Volkspolizei. Wir, die Volkspolizei, haben die Aufgabe, die Werktätigen zu verteidigen und ihre Arbeit zu schützen, folglich auch die Produkte ihrer Arbeit; also auch jene aus überschüssiger Arbeit gewonnenen materiellen und geistigen Güter, von denen oben die Rede ist und die in ihrer Gesamtheit den Kulturschatz eines Volkes ausmachen. Das ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keiner weiteren Worte.

Aber beschränkt sich unsere Aufgabe lediglich auf den Schutz und die Verteidigung dieser Kulturgüter? Keineswegs! Das wäre eine kulturell nur passive Polizei, die sich noch nicht wesentlich von der Polizei alter Art unterschiede und die den Ehrentitel „Volkspolizei“ nicht zu Recht trüge. Denn wir sind gleichzeitig Aktivisten, auch Kulturaktivisten! Arbeit ist, wie wir gesehen haben, die Quelle aller Kultur. Wer leistet diese Arbeit? Das werktätige Volk. Wer hat also den ersten Anspruch auf die Nutznießung der Kulturgüter? Die Antwort liegt in der Frage. Wenn wir Kulturaktivisten sind, so ist es unsere Aufgabe mit dazu beizutragen, das Kulturleben in diesem Sinne in jeder Weise zu aktivieren. D. h. unsere tiefere Verpflichtung beginnt da, wo uns die Möglichkeit geboten

wird, die aus „überschüssiger Arbeit gewonnenen geistigen und materiellen Güter“ dem rechtmäßigen Verbraucher, dem werktätigen Volke zuzuführen. Denn unsere Kultur ist keineswegs nur ein Genußmittel, kein ästhetischer Gaumenkitzel für Übersättigte, nein, sie muß jedem notwendig und begehrenswert werden wie das tägliche Brot. Unsere Kultur ist auch kein entspannender Zeitvertreib für Leute die nicht wissen, wie sie ihre Stunden totschiessen sollen; sie ist für uns ein ernsthaftes Ringen um neue und tiefe gesellschaftliche Erkenntnisse. Unsere Kultur ist auch kein Beruhigungs- und Ablenkungsmittel, sie ist kämpferisch. Darum müssen wir sie als das erkennen, was sie für uns ist: eine mächtige Waffe. Das weiß niemand besser als unsere Feinde. Lange genug haben sie sich dieser Waffe allein bedient. Diese Zeit ist vorbei! Wir lernen diese Waffe zu gebrauchen im Kampf um ein einheitliches, antifaschistisches, demokratisches Deutschland. In diesem Kampf gibt es keine Pause. Darum gibt es auch in unserer Kulturarbeit keine Ferien von der Politik. „Die gefährlichste Tendenz in der Kunst“, sagt Erich Weinert, „ist die tendenzlose!“

Was man vermitteln, was man weitergeben will, muß man aber zuvor besitzen! Darum gilt hier besonders das Goethewort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“ Und wem die bilderreiche goethesche Sprache nicht verpflichtend genug ist, der halte sich an das klare Leninwort: „Lernen! Lernen! Lernen!“ Auch in der Kulturarbeit! Der Volkspolizist von heute muß seinen Goethe, seinen Heine, seinen Gorki kennen. Das soll nicht heißen, daß er sich auf diese drei beschränken soll. Es ist nur eine Andeutung des Niveaus. Wir kämpfen gegen die formale Erstarrung und geistige Verarmung des modernen Menschen, die durch die „knechtische Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“ (Marx) erzwungen ist. Der Volkspolizist von heute übt seinen Beruf in Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge aus. Er steht bewußt und selbstverantwortlich an dem Platz, der ihm im Rahmen der Gesellschaft zugewiesen ist. Solch bewußtes Sein kennzeichnet den „gebildeten“ Menschen, den Kultur-Menschen. Dieses Bewußtsein zu wecken und zu kräftigen ist das Ziel der kulturellen Selbsterziehung.

Kultur ist aber kein Zustand — Kultur ist Tätigkeit. Der eigenbrötlerische Feinschmecker, der „stille Genießer“ ist nicht unser Bildungsideal. Es geht um das Volk, es geht um die Menschheit! Kulturelle Einzelarbeit, die nicht in die kulturelle Massenarbeit einströmt, dient diesem Ziele nicht und ist demzufolge ungenügend. Die praktische Anleitung für solche kulturelle Massenarbeit ist in der Anweisung: „Richtlinien für die Kulturarbeit in der Volkspolizei“ und in dem Artikel von Arenz: „Zur Kulturarbeit in der Volkspolizei“ im Heft 4/49 unserer Zeitschrift gegeben. Darum erübrigen sich an dieser Stelle ausführliche Einzelheiten. Diese kulturelle Massenarbeit aber muß von der Volkspolizei übergreifen auf die ganze Bevölkerung.

Nichts ist wohl geeigneter, die noch allzu tief eingessene Vorstellung vom bissigen „Schutzmann“ alter Art, vom „Büttel“, vom „Schnüffler“, vom „Protokolljäger“ gründlicher und schneller in weiten Kreisen der Bevölkerung zu zerstreuen, als die aktive Betätigung der Volkspolizei auf dem Gebiete des volkstümlichen Kulturlebens. Wenn die Polizei, die die Bevölkerung als straff, korrekt und diszipliniert im Dienst kennt und achtet, bei gegebener Gelegenheit als Kulturträgerin auftritt, die die Musik des Volkes spielt, die Lieder des Volkes singt, die Dichter des Volkes zu Gehör bringt, die von der Bühne herab in der Sprache des Volkes spricht, so wird das zur Einbürgerung des wahren Begriffes „Volkspolizei“ wesentlich beitragen.

Wir haben ein leuchtendes Beispiel auf diesem Gebiete. Hunderttausenden wird immer noch als großes Erlebnis das Auftreten des Kollektivs der Sowjetarmee in Erinnerung sein: das „Alexandrow-Ensemble“. Die Vertreter einer siegreichen Armee kommen zu uns, den Besiegten, als Botschafter des Friedens, singend und tanzend bringen sie uns die Kunst ihres Volkes und reißen uns, die Besiegten, zu Stürmen des Jubels und der Begeisterung hin. Ist das ein herrliches Ziel? Eifern wir diesem Beispiel nach!



Volkspolizeimeister Kurt Kasprzik, KPA Cottbus

Im Heft 4/1949 der Zeitschrift „Die Volkspolizei“ mußten wir von der Ermordung zweier Kameraden, des Hauptwachtmeisters Kurt Bartusch und des Wachtmeisters Johannes Kube am 8. März 1949 in Cottbus berichten. Die Kameraden waren bei der Kontrolle eines LKW von einem Mitfahrenden erschossen worden.



Am 16. März 1949 gelang es, den Doppelmörder Siegmund Andre in einem Laubengelände der Umgebung von Cottbus zu stellen, wo er sich versteckt hielt. Auf die Aufforderung herauszukommen, eröffnete der Verbrecher sofort das Feuer auf die Kameraden. Polizeimeister Kasprzik, der sich in diesem Moment in 6 m Entfernung im Schußfeld befand und zwei Durchschüsse durch den Mantel erhalten hatte ohne verwundet zu sein, ließ sich sofort zu Boden fallen und rief um Hilfe. Er erweckte dadurch bei dem Verbrecher den Anschein, getroffen zu sein und lenkte die Aufmerksamkeit von sich ab. In dem Moment, als er am Durchladen der Waffe hörte, daß der Verbrecher infolge einer Ladehemmung nicht schußbereit war, schoß er aus der liegenden Stellung seinerseits auf Andre und brachte ihm einen Mundstreifschuß bei, ohne ihn jedoch sofort kampfunfähig zu machen. Erst nach zwei weiteren Schüssen brach der Verbrecher, der bis dahin zurückgeschossen hatte, zusammen und gab den Widerstand auf.

Durch das geistesgegenwärtige und mutige Verhalten des Polizeimeisters Kasprzik gelang es, einen Schwerverbrecher unschädlich zu machen, der neben den beiden Morden an den Volkspolizisten Kube und Bartusch unzählige Einbrüche und Raubüberfälle ausgeführt hatte.

Polizeimeister Kurt Kasprzik wurde am 5. 10. 1921 in Cottbus als Sohn eines Arbeiters geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Teppichweber-Handwerk. Seit September 1945 gehört er der Volkspolizei in Cottbus an. Nach dem Besuch der Landespolizeischule Biesenthal trat Kasprzik zur Kriminalpolizei über und wurde nach entsprechender Ausbildung der Mordkommission zugeteilt. Im Jahre 1948 gelang es Kasprzik, von sechs bearbeiteten Mordfällen drei selbst aufzuklären, während er an der Aufklärung eines vierten Mordfalles beteiligt war. Neben seiner dienstlichen Tätigkeit beteiligt sich Kamerad Kasprzik aktiv an der gesellschaftlichen Arbeit in der Volkspolizei und in den demokratischen Organisationen. Polizeimeister Kasprzik ist das Beispiel eines aus der Arbeiterschaft stammenden Volkspolizisten, der eifrig und gewissenhaft dem werktätigen Volke dient.



Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH

Die Volkspolizei, Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Dünow. Verlag:
Verlag für Polizei-Fachliteratur G. m. b. H. Verlag und Redaktion: Berlin-Wilhelmsruh, Fontanestraße 23. Telefon: 46 61 66, App. 176
und 46 12 66. Bankverbindungen: Berliner Sparkassenkontokorrentbank Pankow, Breite Str. 19, Nr. 7548. Postscheckkonto Berlin Nr. 91 234
„Die Volkspolizei“ erscheint monatlich zweimal. Einzelheft 1,50 DM. Veröffentlicht unter Lizenznummer 399 der Sowjetischen Militär-
Administration in Deutschland. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. Druck (87/11) Berliner Druckhaus G.m.b.H., Treuhänd-
E/W betrieb, Berlin C 3, Münzstraße 15

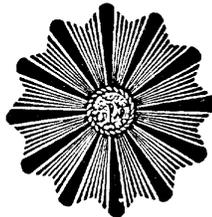
Die

Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

INHALT:

	Seite
Bernhard Bechler: Zum 31. Jahrestag der Sowjetarmee	1
Kurt Schneidewind: Eine bedeutungsvolle Konferenz	2
Max Opitz: Einiges zum Verwaltungsstil und zur Behandlung der Kader	3
Karl Gertich: Die Bedeutung des Befehls Nr. 201 im Kampf gegen den Neofaschismus	5
Werner Feigel: Was mir der Glauchauer Prozeß zeigte	5
Lothar Starke: Eine Gefahr für den Zweijahrplan	6
Edmund Ermler: Die Volkspolizei und der Kampf gegen die Reaktion in den Betrieben	8
Kraftfahrzeuge für die Volkspolizei	9
Charlotte Blanke: Ein Beispiel für viele	10
Walter Krenzke: Aktivisten der Volkspolizei	10
Erhard Lademann: Richtige Probenbehandlung — Richtige Ergebnisse	11
Bäßler: Die Aufgaben der Schutzpolizei im Theaterdienst	12
Seibelt: Das Kind im Straßenverkehr	13
Polizeiliche Frage-Ecke Einspruchsfristen gegen Ordnungsstrafbescheide	13
Diebstahl oder Unterschlagung?	14
Alfons Katsch: Wieder ein Schritt vorwärts	14
Adolf Lemke: Sport und Geschäft in den USA	15
Max Krusch und Heinz Deckert: „Auf nach Bizozien!“	17



2. Jahrgang Nummer 2
BERLIN / FEBRUAR 1949

Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH / Berlin-Wilhelmsruh



Im Verlauf einer selbständig durchgeführten Überprüfung sämtlicher Schuhmachergeschäfte der Stadt Neustadt/Glewe durch den **Revierleiter Gerhard Maronde** gelang es, eine umfangreiche Schieberbande festzunehmen. Seit Monaten wurden in dem volkseigenen Lederwerk Neustadt/Glewe laufend Diebstähle an Leder durchgeführt, die durch diese Überprüfung geklärt werden konnten. Maronde wurde wegen seiner hervorragenden Leistungen vom Chef der Polizei zum Polizeihauptwachmeister befördert und erhielt eine Leistungsprämie.

Der Polizeipräsident von Berlin hat den **Wachtmeister Otto Mielke** öffentlich belobigt, weil er gegen die Zigarettschieber einen nicht alltäglichen Schlag führte. Der Volkspolizist war als Kontrollposten an einer der in die Westsektoren führenden Straßen eingesetzt und beschlagnahmte hierbei 350 000 Zigaretten, welche für den Schwarzmarkt in den Westsektoren bestimmt waren. Der Versuch, den Volkspolizisten mit einer bedeutenden Geldsumme zu bestechen, mißlang. Er verhaftete vielmehr die Schieber.

Dem **Polizeianwärter Rudi Schwarz**, Polizeidirektion Erfurt, gelang die Ergreifung von zwei Sittlichkeitsverbrechern, deren Treiben die Bevölkerung der Stadt stark beunruhigt hatte. Er wurde zum Polizeioberwachmeister befördert.

Mit Belobigungen und Leistungsprämien wurden weiter ausgezeichnet:

Polizeikommissar Heinrich Tautenhahn, Polizeipräsidium Zwickau, durch dessen sorgfältige Ermittlungsarbeit bei der Festnahme einer Taschendiebin 150 Taschen- und Einbruchsdiebstähle aufgeklärt werden konnten;

Kriminalsekretär Walter Grundmann, Polizeipräsidium Dresden, der 17 schwere Einbruchsdiebstähle aufklären konnte, darunter die Entwendung und Wiederherbeischaffung von 10 Treibriemen in einem volkseigenen Betrieb;

Polizeiassistent Erhard Franke, Kreispolizeiamt Bautzen. Obgleich er mit Verwaltungsaufgaben betraut war, zeichnete er sich durch besonders aktive Unterstützung der Schutzpolizei aus. Bei der Festnahme zweier Einbrecher erlitt er schwere Kopfverletzungen;

Polizeianwärter Rudolf Wagner, Polizeipräsidium Chemnitz, der ein schweres Wirtschaftsverbrechen (Verschieben von 1000 m Anzugstoff) soweit aufdeckte, daß sämtliche beteiligten Personen festgenommen werden konnten;

Polizeioberwachmeister Otto Lentzsch, Kreispolizeiamt Großenhain. Bei Feststellung eines Schiebers, der sich durch die Flucht seiner Festnahme zu entziehen suchte, sprang Oberwachmeister Lentzsch auf den fahrenden LKW, schlug die Windschutzscheibe ein und brachte den Wagen zum Stehen.

Kriminalobersekretär Johanna Kappner, **Kriminalobersekretär Heinz Hohl** und **Kriminalsekretär Alfred Treumann**, Polizeipräsidium Leipzig, haben in mühevoller Kleinarbeit die Unterlagen für den „Kamienna-Prozeß“ erstellt. In zehmonatiger Arbeit bereiteten sie den Prozeß bis zur Fertigstellung der Anklageschrift vor und bearbeiteten daneben noch den in Kürze anlaufenden Prozeß „Tschenstochau“, in dem sich 11 Beschuldigte wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu verantworten haben werden.

Polizeiobersekretär Zehe, **Polizeimeister Danisch**, **Polizeiwachtmeister Lampe**, **Polizeiwachtmeister Otto**, Kreispolizeiamt Stendal, sowie **Polizeihauptwachmeister Emichen**, Ortspolizeiamt Jerichow, gelang die Ergreifung einer Bande, die lange Zeit das Stendaler Gebiet unsicher gemacht hatte.

Die Valkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

2. JAHRGANG

BERLIN, FEBRUAR 1949

NUMMER 2

ZUM 31. JAHRESTAG DER SOWJETARMEE

Von Bernhard Bechler, Minister des Innern des Landes Brandenburg

Am 23. Februar begehen die Völker der Sowjetunion den 31. Jahrestag des Bestehens der Sowjetarmee. Dieser Tag ist jedoch nicht nur ein Gedenktag für die Sowjetvölker allein. Die Gedanken aller fortschrittlichen Werktätigen der ganzen Welt sind am 23. Februar nach Moskau gerichtet. Auch für uns Deutsche ist es notwendig, mit innerer Aufgeschlossenheit dieses Tages zu gedenken. Wir tun dies nicht nur, weil die Sowjetarmee heute als Besatzungsmacht bei uns weilt und ihre Soldaten und Offiziere uns bei der Demokratisierung unserer Heimat eine große Hilfe leisten. Wir gedenken ihrer nicht nur, weil sie heute das stärkste Bollwerk zur Erhaltung des Friedens darstellt. Wir gedenken ihrer besonders, weil diese Armee die **erste sozialistische Armee der Welt** ist, die in ihrer kurzen aber ruhmreichen Geschichte der Welt den eindeutigen Beweis erbracht hat, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überlegen ist.

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß Armeen Waffen in den Händen ihrer Schöpfer sind, denen sie dienen. Sie sind das Spiegelbild ihrer Klasse, ihrer Gesellschaftsordnung.

Jede kapitalistische Armee ist letzten Endes ein Werkzeug zur Festigung der Herrschaft des Kapitals, d. h. der Herrschaft einer kleinen Clique von Monopolkapitalisten und Finanzmagnaten. In ihrem Auftrag sind die kapitalistischen Armeen dazu ausersehen, die fortschrittlichen Kräfte des eigenen Volkes niederzuhalten, fremde Völker zu unterjochen und zur Erweiterung ihrer Rohstoffbasen und Absatzmärkte räuberische Kriege zu führen.

Millionen von deutschen Menschen haben diese Tatsache an ihrem eigenen Leibe erfahren. Hunderttausende deutscher Soldaten und Offiziere der faschistischen Wehrmacht erlebten z. B. Stalingrad. Damals stellten Hunderttausende von deutschen Männern die Frage: Was wollen wir Deutsche hier in Stalingrad? Was wollen wir 2000 km von unserer Heimat entfernt an der Wolga? Liegt hier Deutschland? Wird hier Deutschland verteidigt? Man hat auf diese Fragen keine Antwort geben können. Sie alle hatten kein klares Ziel, für das sie kämpften. So war die Katastrophe von Stalingrad nicht nur ein militärischer Zusammenbruch, sondern sie zeigte vielmehr das ganze Verbrechen dieses Krieges, sie zeigte, daß der deutsche Soldat außer den räuberischen Plänen des deutschen Faschismus kein Kriegsziel besaß, daß er einer Armee angehörte, die trotz der gewaltigen technischen Stärke politisch und moralisch kein festes Fundament haben konnte.

Die Sowjetarmee dagegen unterscheidet sich grundlegend von den kapitalistischen Armeen. Vom ersten Tage ihres Bestehens an hatte sie große und schwere Aufgaben zu lösen. Die neue sowjetische Gesellschaftsordnung zog sich den Haß der kapitalistischen Umwelt zu. In Verbin-

dung mit der Niederwerfung der inneren Feinde mußte sie viele Jahre gegen ausländische Interventionen einen erbitterten Kampf führen. Trotz ihrer materiellen Unterlegenheit eilte sie bereits damals von Sieg zu Sieg über die technisch hervorragend ausgerüsteten kapitalistischen Armeen. Gerade diese Kämpfe zeigen uns, daß die Stärke einer Armee nicht nur auf ihrer Kampftechnik und ihrer Waffenausrüstung beruht. Selbstverständlich spielen Waffen und technische Ausrüstung in jedem Kriege eine gewaltige Rolle. Aber Kriegsmaterial allein bringt noch nicht den Sieg. Waffen in den Händen von Menschen, die nicht wissen, wofür sie kämpfen, sind keine vollwertigen Waffen.

Die größte Bewährungsprobe für die junge Sowjetarmee aber bedeutete der vom Hitlerfaschismus geführte Weltkrieg. Dieser räuberische Überfall auf die Sowjetunion war die bisher schwerste Prüfung für die Sowjetarmee, ebenso wie für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Der große Sieg und die große Bewährung in diesem Kriege haben bewiesen, daß die **Sowjetarmee allen anderen Armeen überlegen** ist. Der Sieg war kein Zufall. Die Sowjetarmee siegte, weil sie für eine historisch fortschrittliche Sache kämpfte, von der jeder Sowjetsoldat innerlich durchdrungen war. **Stalin** sagte hierzu: „Die Stärke der Sowjetarmee besteht vor allem darin, daß sie keinen Raubkrieg, keinen imperialistischen Krieg, sondern einen vaterländischen Krieg, einen gerechten, einen Befreiungskrieg führt. Der deutsche Soldat hatte kein erhabenes und edles Kriegsziel, das ihn begeistern und auf das er stolz sein konnte...“

Worauf beruht nun die Überlegenheit der Sowjetarmee gegenüber den kapitalistischen Armeen? Welche Kräfte sind es, die der Sowjetarmee zu solchen großen Erfolgen verhelfen?

Drei Besonderheiten müssen hierbei hervorgehoben werden.

Die erste Besonderheit liegt darin, daß die Sowjetarmee die **Armee der befreiten Arbeiter und Bauern**, der Verteidiger der Interessen dieser befreiten Arbeiter und Bauern ist. Sie dient der Festigung der Heimat, als Waffe zum Schutze der Arbeiter- und Bauernmacht, und nicht den Monopolherren kapitalistischer Länder. Als Armee der sozialistischen Gesellschaftsordnung bestehen in ihr keine Klassengegensätze zwischen Soldat und Offizier. Deshalb kann diese Armee ihrem ganzen Wesen und Inhalt nach niemals Eroberungskriege führen oder sich an Kriegen beteiligen, die die Unterjochung anderer Völker zum Ziele haben.

Die zweite Besonderheit liegt darin, daß die Sowjetarmee eine **Armee der Brüderlichkeit zwischen den Völkern der Sowjetunion** ist. Sie dient der Festigung der Freundschaft der Nationalitäten des Landes. Es gibt keine

Gegensätze zwischen den verschiedenen Nationen, keinen Rassenhaß, sondern nur eine konsequente Gleichberechtigung. Diese Tatsache sichert der Sowjetarmee die Unterstützung der Millionenmassen aller Sowjetvölker.

Die dritte Besonderheit liegt darin, daß die Sowjetarmee im Geiste der **Achtung vor anderen Völkern**, im Geiste des Internationalismus erzogen worden ist. Sie besteht aus klassenbewußten Kämpfern, die der neuen fortschrittlichen Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus ergeben sind. Infolgedessen gibt und kann es nie eine Kriegshetze in der Sowjetunion geben. Im Gegensatz hierzu zu sehen oder erleben wir täglich das Kriegsgeschrei in den westlichen kapitalistischen Ländern.

Der letzte große Weltkrieg hat bewiesen, daß diese drei Besonderheiten die Sowjetarmee unbesiegbar machen. Sie haben den Beweis erbracht, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung dem Fortschritt der Menschheit dient, der Kapitalismus dagegen Reaktion bedeutet. Die Überlegenheit der Sowjetarmee über die militärischen Organisationen der kapitalistischen Länder ist nur ein Spiegelbild der Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus.

Mit Stolz und Zuversicht blicken deshalb alle fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt auf diese Armee. Sie tun es heute um so mehr, als eine imperialistische Clique der westlichen kapitalistischen Länder eine gemeinsame antisowjetische Lügenkampagne eingeleitet hat und ebenso, wie ehemals der deutsche Faschismus, wiederum den Versuch macht, eine Front gegen die Sowjetunion und die demokratischen Länder zu bilden, mit dem letzten Ziel, die Menschheit erneut in das Abenteuer eines Krieges zu stürzen. Bei richtiger Einschätzung und Erkenntnis der Stärke der ersten sozialistischen Ar-

mee der Welt werden alle fortschrittlichen Menschen es ablehnen, sich in ein neues Gemetzel werfen zu lassen.

So bildet das Sowjetvolk mit seiner Sowjetarmee das große Bollwerk des Friedens. Und je fester sich alle friedliebenden fortschrittlichen Kräfte in der Welt um die Sowjetarmee scharen, um so stärker werden die Friedenskräfte, um so sicherer ist die Erhaltung des Friedens.

Auch in unserer deutschen Heimat gibt es schon wieder Kräfte, die eine antisowjetische Stimmung schüren und das werktätige deutsche Volk von seinem Weg des Friedens abbringen wollen. Gerade der 31. Jahrestag der Gründung der Sowjetarmee sollte allen Werktätigen unserer deutschen Heimat Gelegenheit geben, sich ernste Gedanken über die weitere Entwicklung Deutschlands zu machen, ihre Einstellung gegenüber der Sowjetunion zu überprüfen und einen aktiven Kampf gegen alle Kriegstreiber, gegen alle Verleumder der Sowjetunion innerhalb unseres Volkes zu führen. Das liegt im Interesse unseres deutschen Volkes. Wir dienen damit der Stärkung der Friedenskraft und damit der Erhaltung des Friedens.

Die Volkspolizei aber muß aus der Geschichte der Sowjetarmee erkennen, daß das bedingungslose Eintreten für die Interessen des Volkes, der rücksichtslose Kampf gegen alle Feinde der Werktätigen in Verbindung mit der meisterhaften Beherrschung der Waffen die Sowjetarmee befähigte, den ersten sozialistischen Staat der Welt vor dem Vernichtungswillen des Faschismus zu schützen, die Angreifer zu zerschmettern und damit die Welt vor der faschistischen Barbarei zu retten. Moge jeder einzelne Angehörige der Volkspolizei daraus die Lehre für seine eigene Dienstausbübung ziehen im Interesse der Werktätigen und der neuen demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone.

Eine bedeutungsvolle Konferenz

Von Kurt Schneidewind, Berlin

In einem für den Kampf um die Einheit Deutschlands, um Frieden und Demokratie entscheidenden Zeitpunkt tagte die erste Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Vier Tage lang wurde von den 384 Delegierten, die 1,7 Mill. Mitglieder der Partei vertraten, in sachlichen, inhaltsreichen Beratungen zu Problemen Stellung genommen, die für das ganze werktätige Volk von großer Bedeutung sind. Die Beschlüsse der Konferenz geben eine klare Antwort auf die Fragen, die für die nationale und soziale Zukunft Deutschlands wichtig sind. Die Delegierten der stärksten Partei Deutschlands, die hier versammelt waren, erklärten, daß die Werktätigen in allen Teilen Deutschlands niemals einverstanden sein werden mit der Spaltungspolitik der Imperialisten und ihrer reaktionären Helfer in Deutschland, daß das deutsche Volk sich nicht noch einmal für imperialistische Kriegszwecke ausnutzen lassen wird. Sie erklärten, daß sie für die gerechte nationale Sache des Volkes, für das **einheitliche demokratische Deutschland, für den Frieden**, für die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen deutschen Werktätigen unter Führung der Arbeiterschaft kämpfen werden, bis der Sieg ihrer gerechten Sache erreicht ist.

Die Parteikonferenz geht weit über den Rahmen einer Arbeitsberatung hinaus. Es gibt heute in Deutschland keine Kraft, der man in einer für die ganze Nation so entscheidenden Stunde ein solches Vertrauen entgegenbringt wie der SED. Das kam in den Begrüßungskundgebungen der Vertreter der ausländischen Bruderparteien, die oft zugleich die Repräsentanten der fortschrittlichen Völker sind, deutlich zum Ausdruck. Die Vertreter der fortschrittlichen Völker und der Arbeiterparteien mit dem **Sekretär des ZK der bolschewistischen Partei, Suslow**, an der Spitze, erklärten für alle Welt verständlich, daß sie im Kampf und in der Arbeit der SED die Kraft erblicken, die im Bündnis mit den übrigen Werktätigen Deutschlands unser Volk aus den imperialistischen Fesseln und einer reaktionären Gefolgschaft zu lösen vermag. Ihr Auftreten war zugleich ein Vertrauensbeweis für die demokratischen Kräfte im deutschen Volk und brachte die Hilfsbereitschaft zum Ausdruck, unserem Volk im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu helfen. Es gibt keine Kraft in Deutschland, die inmitten der imperialistischen Zerreißungspläne, der Anti-Sowjet-hetze und Verwirrungsmanöver so offen und kritisch ihre Arbeit einschätzte und eine so nüchterne und klare Analyse der Lage und der daraus entspringenden Auf-

gaben zu zeichnen vermag. Die Kundgebungen der internationalen Solidarität waren auf das engste mit der klaren, nationalen Aufgabenstellung verbunden. Aber die Erkenntnis von der großen nationalen Mission war mit einem zutiefst antifaschistisch-demokratischen Inhalt verknüpft. Der Geist und Inhalt der groß angelegten Referate von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl, die Reden der Delegierten, die Manifestation und die politische Resolution des Kongresses bildeten ein einheitliches Ganzes.

Im großen Referat von **Wilhelm Pieck** um die demokratische Einheit Deutschlands und den Frieden wurde das Recht des deutschen Volkes auf seine nationale und demokratische Einheit und den Frieden verkündet, wurde



„Oschab, der Vertreter Polens, Pieck und Grotewohl drücken sich freundschaftlich die Hände. Ein Ausdruck der Freundschaft des demokratischen Polens mit den anti-demokratischen Kräften Deutschlands.“

der baldige Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Abzug der Besatzungstruppen und die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung gefordert. Wilhelm Pieck hob hervor, daß die Arbeiterklasse den Kampf um Einheit und Frieden und um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung als untrennbaren Bestandteil des internationalen Kampfes um Freiheit, Frieden und Sozialismus betrachtet.

In dem inhaltreichen Referat von **Walter Ulbricht** wurden die großen Aufgaben in der Wirtschaft und Verwaltung zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in unserer Zone aufgezeigt. Dabei ging er besonders ein auf die bedeutungsvolle Rolle der Aktivistenbewegung, die Aufgaben der Massenorganisationen und der demokratischen Verwaltung, die praktische Verwirklichung der Bündnispolitik und die konkrete

Durchsetzung der Führerrolle der Arbeiterklasse und der SED. Walter Ulbricht betonte, daß diese Aufgabe nicht erfüllt werden kann, wenn nicht verstanden wird, die breitesten Massen zu aktiver Mitarbeit in der Leitung der Verwaltung und Wirtschaft heranzuziehen. Es wurde aufgezeigt, daß der demokratische Weg der Werktätigen in der Ostzone den Weg zur gesamtdeutschen Einheit und Demokratisierung Gesamtdeutschlands ebnet.

In dem bedeutungsvollen Referat **Otto Grotewohls** über den Kampf um die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus' wurden auf Grund einer streng marxistisch-leninistischen Analyse die Unterschiede zwischen der Entwicklung in den Volksdemokratien und in Deutschland aufgezeigt. Es wurde aufgezeigt, daß sich der Kampf um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und um die Einheit Deutschlands unterscheidet von der Entwicklung in den Ländern der Volksdemokratien. Das bedeutet aber nicht Stillstand in der Entwicklung oder eine Rückkehr zu Weimar, d. h. zu einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Otto Grotewohl stellte der Partei die Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und die zielklare Bündnispolitik in Form der Erweiterung der Blockpolitik zu festigen. Die große Aufgabe der Partei bestehe darin, eine große nationale anti-imperialistische Volksbewegung für Einheit und Frieden zu schaffen. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für entscheidende und kühnere Schritte in der Richtung zum Sozialismus. Otto Grotewohl entwickelte, gestützt auf die Lehren und Erfahrungen der großen bolschewistischen Partei in der Sowjetunion und auf die internationalen Erfahrungen die prinzipiellen und praktischen Vorbedingungen zur Schaffung einer sozialistischen Kampfpartei von neuem Typus für Deutschland.

In der Diskussion kam die große politische Reife der Partei und ihrer führenden Funktionäre zum Ausdruck. Das Auftreten der verantwortlichen Männer aus der Wirtschaft und Verwaltung und besonders der Vertreter der Aktivisten aus den Betrieben zeigte, wie die Mitglieder



Griechischer General begrüßt die Konferenz

der Partei bemüht sind, besser zu arbeiten und zu leiten und wie sie lernen, die marxistisch-leninistische Theorie in die Praxis umzusetzen.

Die Beschlüsse der Parteikonferenz der SED entsprechen den nationalen und sozialen Bedürfnissen des deutschen Volkes nach Einheit und Frieden und bedeuten die schärfste Kampfansage an die imperialistischen Zerreißungs- und Aggressionspläne. In dem **Manifest**, das die Parteikonferenz annahm, sehen wir folgende Hauptlösungen:

Der Kampf um Einheit und gerechten Frieden ist der Kampf um das Lebensrecht des deutschen Volkes;

Die Nation aus den Klauen des Dollarimperialismus zu befreien, das ist die höchste Pflicht aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes. Wir fordern die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung!

Wir fordern die Aufhebung der Ruhrkontrollbehörde und die Wiedereingliederung des Ruhrgebietes in das einheitliche demokratische Deutschland!

Wir fordern die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in ganz Deutschland!

Wir fordern die Möglichkeit zur Entfaltung eines einheitlichen, den fortschrittlichen Traditionen und den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden kulturellen Lebens!

Wir protestieren gegen das Besatzungsstatut und fordern den Abschluß eines demokratischen Friedens mit der zu bildenden deutschen Regierung und den Abzug aller Besatzungstruppen nach Unterzeichnung des Friedensvertrages!

Das sind Ziele und Forderungen, die nicht nur Sache einer Partei sind, sondern für die sich alle ehrlichen Deutschen einsetzen müssen. Die Konferenz war ein wichtiger Auftakt im weiteren Kampf um die Einheit Deutschlands, um Frieden und Sozialismus.

Einiges zum Verwaltungsstil und zur Behandlung der Kader

Von Polizeipräsident Max Opitz, Dresden

Der Arbeitsstil und die Behandlung der Kader einer staatlichen, kommunalen oder betrieblichen Verwaltung kann nicht mechanisch auf die Leitung und Lenkung der Polizei übertragen werden, weil die Verwaltung sowie die Kader der Polizei in einem richtigen Verhältnis zu ihren speziellen Aufgaben stehen müssen. Die Polizei soll ein Höchstmaß an operativer und ein Mindestmaß an Verwaltungsarbeit verrichten, und diese Verwaltungsarbeit wird sich im gleichen Maße noch mehr verringern, wie sich die politischen Verhältnisse in unserer Zone im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts weiter stabilisieren werden.

Die Polizei in der sowjetischen Besatzungszone nimmt heute gegenüber anderen staatlichen Organen eine beson-

dere Stellung ein, die darin begründet ist, daß sie auf den Trümmern des von der Sowjetarmee zerschlagenen faschistischen Polizeiapparates unverzüglich als **völlig neue Polizei mit neuen Menschen** geschaffen wurde. Heute ist unsere Volkspolizei ein beachtlicher gesellschaftlicher Faktor geworden, dessen Wirksamkeit in allen Zweigen des gesellschaftlichen Lebens spürbar ist. Diese Wirksamkeit wird sich noch steigern, wenn wir neben den allgemeinen polizeilichen Aufgaben nicht unterlassen,

1. auf dem schnellsten Wege neue verantwortliche Kader heranzubilden und
2. eine solide Verwaltungsarbeit zu entwickeln, die fern von allem Bürokratismus ein Höchstmaß an innerbetrieblicher Ordnung aufweist.

Dazu gehört der Mensch mit seiner Persönlichkeit und Tradition hinweg die speziellen Fähigkeiten zu erkennen, die überall entweder unausgenutzt vorhanden sind oder sich in falscher Richtung bewegen.

Sind aber derartige Fähigkeiten erkannt, müssen sie auch unmittelbar zum Einsatz gebracht werden. Es ist ihnen ein bestimmtes Maß an Selbständigkeit und Verantwortung zu übertragen. Ängstlichkeit in dieser Beziehung schadet dem Einzelnen wie dem Ganzen; denn das Schwimmen kann man bekanntlich nur im Wasser lernen. Das Herausgreifen qualifizierter Kräfte und ihr Einsatz für verantwortliche Funktionen wird natürlich am Anfang einige Schwierigkeiten ergeben. Aber solche Schwierigkeiten gehören zu jenen Unkosten, die man zahlen muß, wenn man Neues und Besseres erreichen will. Selbständigkeit und Verantwortung sind eine Einheit. Wer ein bestimmtes Maß an Selbständigkeit entwickelt, hat ein gleiches Maß an Verantwortung zu tragen.

Solche neuen Kräfte können sich natürlich nicht ohne Hilfe entwickeln, wobei die Art der Hilfeleistung entscheidend ist. Wenn z. B. eine arbeitswillige und fleißige Kraft Aufträge erhält, und sie wird bei der Erfüllung dieser Aufträge bei dem geringsten Fehler gleich am Anfang ihrer Arbeit falsch behandelt oder es wird ihr dieser Auftrag wieder weggerissen mit der Maßgabe, daß man es einer anderen Person übertragen oder es gar „selbst machen“ will, dann ist man mit solchen neuen, willigen und fleißigen Kräften schnell fertig. Wer bestimmte Unkosten bei neuen Kräften scheut, wird nicht imstande sein, verantwortliche Kräfte zu entwickeln. Leitende Funktionäre, die sich scheuen, neuen Kräften ein bestimmtes Maß an verantwortlicher Arbeit zu übergeben, weil sie um das Gelingen dieser Arbeit bangen, gehören meistens zu jenen, die sich in der bei ihnen angehäuften Arbeit selbst nicht auskennen, gehören zu jenen Leuten, von deren Schreibtischen Aktenstaub und Aktendurchsicht, aber wahrscheinlich wenig Weisheit zu erwarten ist.

Jene „Helden“, die alles allein machen möchten, weil sie anderen angeblich nichts zutrauen, gehören in eine besondere Rubrik. Solche Menschen gehören zu jenem Typ, der am meisten nach Kräften schreit, aber selbst außerstande ist, neue Kräfte zu entwickeln. Wer alles an sich reißen möchte, aber das An-sich-Gerissene nicht verdauen kann, ist von vornherein ungeeignet, eine richtige Arbeitseinteilung und einen richtigen Einsatz an Kräften vorzunehmen. Man muß sich in seinem eigenen Arbeitsbereich auskennen, wenn man die vorhandenen Kräfte mit ihren differenzierten Leistungen mit Erfolg zum Einsatz bringen will. So, wie Kunst und Wissenschaft niemals lebensverbunden sein können, wenn sie sich nur auf den „olympischen Höhen“ tummeln, so kann auch kein staatliches Organ allein „von oben“ gelenkt und geleitet werden. Man muß mitten im Getriebe stehen, wenn man wirklich lenken und leiten will. Dann wird man auch die Menschen finden, die brauchbar und entwicklungsfähig sind.

Richtige Verteilung der Arbeit und richtiger Einsatz sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die gesamte Arbeit fließend vonstatten geht und die Heranziehung neuer Kräfte erfolgreich wird. Zu einem guten Arbeitsstil gehören gute Anleitungen, gute Hilfe und gute Kontrolle, wozu noch ein erhebliches Maß an Einsicht gegenüber solchen Mängeln kommen muß, die nicht absichtlich, sondern aus dem Willen, mehr zu tun und besseres zu leisten, entstehen. Das Argument, daß die „unteren Organe“ nicht fähig sind, bestimmte Arbeiten zum Abschluß zu bringen, geht in den meisten Fällen fehl. Die wirkliche Ursache ist gewöhnlich darin zu suchen, daß die Arbeit nicht mit bestimmten Anleitungen übergeben wurde, und daß versäumt wird, sie zu kontrollieren.

Weiterhin darf man in keiner Weise eine pedantische Bevormundung aufkommen lassen, die jede Initiative tötet und das Verantwortungsgefühl und den Willen zum selbständigen Handeln, d. h. die besten Eigenschaften guter Kader, erstickt. Eine Gewöhnung an eine derartige Bevormundung fördert nur das krankhafte Verhalten auf Anweisungen von „oben“ und hindert uns, wendig und vielseitig zu werden. Wirksam sein ohne Furcht gegenüber „oben“ und diese Wirksamkeit fördern und anerkennen, ohne ihre Fehler und Schwächen zu dulden, gibt Sicherheit für den einzelnen und schafft ein gutes Verhältnis zur Arbeit im allgemeinen. Darauf ist im besonderen bei der Heranziehung neuer Kräfte Wert zu legen. Unsere junge Polizei steht fortwährend neuen Problemen

gegenüber, die ihre Lösung durch neue Formen und neue Normen der Arbeit finden müssen. Die Volkspolizei gehört ja selbst zu den treibenden Kräften des gesellschaftlichen Fortschritts unserer Zone. Sie ist demzufolge ein Feind jeder selbstzufriedenen Beharrung. Dieser allgemeine Zug der Volkspolizei muß sich auch auf ihren Arbeitsstil zur Bewältigung ihrer operativen, administrativen und personellen Aufgaben übertragen.

Die neu herangebildeten Kader unserer Polizei dürfen beim Ablauf der allgemeinen Arbeit nicht übergangen werden. Übergeht man diese Kräfte, so nimmt man ihnen die Verantwortung ab, erschüttert ihre Stellung gegenüber den in ihrem Bereich wirkenden Angestellten, ruft Minderwertigkeitsgefühle hervor, nimmt ihnen die Freude an der Arbeit und fördert damit die größte Untugend, die Gleichgültigkeit.

Wenn die Leitung bei der Zuteilung von Arbeit auf Unverständnis oder gar auf Unfähigkeit stößt, dann helfen allerdings nur personelle Veränderungen. Die Arbeit wegnehmen und an andere Stellen überweisen oder gar zurücknehmen und selbst erledigen, wird sich in der Regel sehr ungünstig auswirken. Eine Leitung, die selber Aufgaben zur Erledigung übernimmt, die ihr nicht zukommen, nur weil angeblich untergeordnete Stellen dazu aus den obengenannten Gründen nicht in der Lage sind, wird ebenfalls außerstande sein, eine gute Arbeitseinteilung zu organisieren und einen fließbähnlichen Ablauf des Arbeitsprozesses zu fördern. Dort, wo nicht böser Wille, sondern ungenügende Sachkenntnis die Ursache von Schwächen in der Arbeit sind, ist Hilfe am Platze. Dort aber, wo Unfähigkeit, Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit sichtbar werden, hilft nur eine sofortige Änderung, und zwar je rascher, um so besser!

Es gilt, in der Volkspolizei Kader zu erziehen, die im Hinblick auf die weitere Entwicklung unserer Zone selbstsicher in ihren Entscheidungen werden. Mehr als andere Stellen muß die Polizei häufig zugreifen, ohne zunächst danach zu fragen, ob administrativ alles genau fixiert ist. Andererseits müssen aber auch die administrativen Dinge in der Endsumme sauber und präzise sein. Beachten wir in diesem Zusammenhang noch, daß die Menschen der Volkspolizei von der Werkbank kamen und noch kommen — und das ist ein sehr wichtiger Faktor — und zum überwiegenden Teil nur die Volksschule besuchten, so wird erst recht klar, wie sorgfältig und gewissenhaft wir an die Erziehung besonders der führenden Kader herangehen müssen. Die ein fortschrittliches Grundwissen besitzenden Menschen gehören in die erste Reihe jener Personen, die für größere Aufgaben vorbereitet werden müssen. Bei ihnen geht es in der Hauptsache um das fachliche Wissen, das sie sich aneignen müssen, wenn sie erfolgreich in der Polizei tätig sein wollen. Machen diese Kräfte keine entsprechenden Anstrengungen zur Erweiterung ihres fachlichen und selbstverständlich auch ihres politischen Wissens, dann werden sie von den vorwärtsschreitenden Kräften bald ein- und überholt und bleiben am Rande der polizeilichen Entwicklung liegen. Sie bedürfen also der sorgfältigsten Behandlung, wenn man mehr aus ihnen herausholen will, als sie von sich selbst erhoffen. Die geistig Regeamen unter ihnen nehmen von vornherein eine Sonderstellung ein. Zu ihrer Schulung und Förderung ist kein Schritt zu viel, keine Mühe zu groß. Mit ihnen muß man sich eingehend beschäftigen, selbst dann, wenn dieses Bemühen mitunter ein wenig mit Verdruß verbunden ist. Die Leitung ist außerstande, alle Menschen dahin zu erziehen, daß sie alles können. Sie ist aber verpflichtet, entsprechend den verschiedenen Leistungen und Fähigkeiten der Angestellten bestimmte Kräfte für bestimmte Aufgaben vorzubereiten. Dazu gehört, daß man diese Kräfte eingehend studiert, fürsorglich behandelt, keinen Aufwand an Zeit scheut und mit viel Geduld viel von ihnen verlangt, um ihre Entwicklung für qualifizierte Aufgaben zu beschleunigen.

Wir wissen aus der Praxis, was es für Mühe kostete, die Mitarbeiter herauszubilden, die von der Werkbank kamen, als Schutzmann auf den Revieren anfangen und heute an verantwortlichen Stellen ihre Pflicht erfüllen. Sie lernten vieles auf den Polizeischulen. Aber erst im harten Dienst, im Ringen um die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit und um die fachlichen Aufgaben unserer Volkspolizei reiften sie zu Menschen mit eigener Urteilskraft, mit Verantwortung und Sicherheit im Auftreten und im Wirken, zu ihrem eigenen Nutzen und zum Nutzen unserer jungen Polizei; denn

„Kader entscheiden alles!“

Die Bedeutung

des Befehls Nr. 201 im Kampf gegen den Neofaschismus

Von Karl Gertich, Hauptsachbearbeiter in der DVdI

Mit der aktiven Unterstützung der Sowjetischen Militärverwaltung haben die deutschen demokratischen Organisationen den alten faschistischen Verwaltungsapparat zerschlagen und die Aufgabe, einen Verwaltungsapparat zu schaffen, der den Anforderungen der neuen demokratischen Ordnung gerecht wird, im wesentlichen erfüllt. Die Voraussetzung für eine solche Neuordnung war und ist die gründliche Bereinigung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens von allen faschistischen Elementen, wobei der Befehl Nr. 201 einen wesentlichen Beitrag darstellt. Die durchgreifenden Maßnahmen zur Säuberung der Behörden und Betriebe in der S. B. Z. von ehemaligen Naziaktivisten, Militaristen und Kriegsverbrechern, die Bodenreform und die Überführung der Industriebetriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in das Eigentum des deutschen Volkes, haben die Basis des Faschismus und der Reaktion grundlegend erschüttert.

Nichts wäre aber irriger als die Annahme, daß die Reaktion tatenlos zusehen würde, wie sich die demokratische Neuordnung mit jedem Tag weiter entwickelt und festigt. Das Gegenteil ist der Fall. Die enteigneten Junker und Industriellen greifen zu allen erdenklichen Mitteln, um ihre alten Profitquellen und Privilegien für sich zurückzugewinnen. Aber nicht nur die von den Maßnahmen zur Demokratisierung unmittelbar Betroffenen versuchen die weitere Entwicklung zu hemmen, sondern der gesamte Kapitalismus Westdeutschlands und des anglo-amerikanischen Imperialismus ist daran beteiligt. Die Feinde von gestern sind die Verbündeten von heute, wie sie es immer waren, wenn es galt, die alte morsche kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen den Fortschritt zu behaupten.

Mit allen Methoden versuchen diese Kräfte sich der fortschrittlichen Entwicklung unserer Zone hemmend und störend entgegenzustellen.

Tagtäglich wird durch eine Flut gewissenlosester Hetze, die sich bis zur Aufforderung zum offenen Widerstand gegen die Organe der Ordnung steigert, durch lügenhafte Berichterstattung in Presse und Radio unter absoluter Verdrehung der Tatsachen versucht, Unzufriedenheit, Haß und Unruhe in das deutsche Volk zu tragen und seinen inneren Frieden zu stören. Verleumdungen gegen die Besatzungsmacht, offene und getarnte Verherrlichung des Nazismus und Militarismus und die Verbreitung tendenziöser Gerüchte dienen diesen Feinden des demokratischen Neuaufbaues als Waffen, um ihre reaktionären Ziele zu erreichen.

Die Gefahr dieser Verleumdungen und Hetzgerüchte liegt darin, daß rückständige, schwankende Teile der Bevölkerung diese Gerüchte kritiklos hinnehmen und mitunter sogar in der beabsichtigten Richtung reagieren.

Es ist die Aufgabe der Volkspolizei, mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln den Kampf gegen

diese Friedensstörer und Gerüchteverbreiter, die als Agenten des Monopolkapitalismus und Junkertums deren Geschäfte besorgen, rücksichtslos aufzunehmen.

Im Kampf gegen diese Hetzer und Friedensstörer ist der Befehl Nr. 201 des Kontrollrats, der sich nicht nur gegen die Verbrechen richtet, die vor dem 8. Mai 1945 begangen sind, eine wirksame Waffe. In dem **Artikel III A III der Direktive 38** des Kontrollrats gibt der Befehl Nr. 201 der Polizei die gesetzliche Grundlage zur Strafverfolgung dieser skrupellosen Gegner des demokratischen Neuaufbaues.

Allerdings muß festgestellt werden, daß von dieser scharfen Waffe noch viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Anscheinend sind in weiteren Kreisen der Volkspolizei die Möglichkeiten nicht genügend bekannt, mit Hilfe dieser gesetzlichen Bestimmungen die fraglos vorhandenen und ihr verbrecherisches Unwesen treibenden alten und neuen Anhänger des Nazismus schnell und gerecht anzufassen. Es scheint darum geboten, nachdrücklich auf diese Gesetzesbestimmungen hinzuweisen. Die Direktive 38 besagt in Abschnitt II Artikel III A III:

„Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nazismus und Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet.“

Wortlaut und Sinn dieser Bestimmung sind klar und eindeutig. Sie verpflichten die Volkspolizei dazu, heimtückischen Angriffe auf die neue demokratische Ordnung durch schonungslose Strafverfolgung dieser Brandstifter abzuwehren.

Dabei sei besonders darauf hingewiesen, daß der Befehl Nr. 201 auch auf alle Personen in Anwendung zu bringen ist, die durch Verbreitung von alter oder neuer Naziliteratur, sei es durch Verkauf oder Verleih, für die verbrecherischen Ideen des Nazismus Propaganda treiben.

Bei der Verfolgung derartiger Straftaten ist in Betracht zu ziehen, daß der Amnestiebefehl, soweit die Straftaten nach dem 18. März 1948 begangen wurden, nicht gültig ist, also auch geringere Strafen zum Vollzug gelangen, die in vielen Fällen für die gedankenlosen oder boswilligen Nachbeter der Hetzgerüchte westlicher Agenten nicht ohne Wirkung bleiben dürften.

Der Befehl Nr. 201 hat die Aufgaben der Volkspolizei in fortschrittlichem Sinne erheblich erweitert. Die Untersuchungsorgane sind nicht mehr nur Ermittlungsorgane, sondern auch Organe der Anklageerhebung. Damit wurde ihnen aber auch eine Verantwortung auferlegt, der sich jeder Angehörige der Volkspolizei bewußt sein muß und die ihn zu größter Wachsamkeit im Kampf gegen die offenen und versteckten Feinde der Demokratie verpflichtet.

Was mir der Glauchauer Prozeß zeigte

Von Polizeiobersekretär Werner Feigel, Polizeidirektion Plauen-Vogtl.

Glauchau/Meerane! Wie ein Signal ging dieser Ruf durch die ganze Zone und schreckte alle Kräfte auf, die sich die Sicherung des demokratischen Wirtschaftsaufbaues zur Aufgabe gemacht haben. Wirtschaftsverbrechen in bisher nicht gekannten Formen und Ausmaßen wurden dort aufgedeckt. Eine Gruppe privatkapitalistischer Unternehmer der Glauchau/Meeraner Textilindustrie sabotierte in Verbindung mit einigen ihrer Klasse untreu gewordenen korrumpierten Arbeitern alle Aufbaumaßnahmen zur Gesundung unserer Wirtschaft. Durch die Erlangung höchster Machtpositionen in den Verwaltungen konnten sie nicht nur persönliche Bevorzugungen erlangen, sondern auch die volkseigenen Betriebe wesentlich gegenüber der Privatindustrie benachteiligen, den größten Teil der in der Ostzone anfallenden Abfallrohstoffe als Textilfertigerwaren nach dem Westen Berlins verschicken und sogar ganze

Kontrollsysteme, die ihren Interessen zuwider waren, liquidieren. Daneben horteten die Glauchau/Meeraner Fabrikanten, die sich zu einer illegalen Unternehmerorganisation zusammengeschlossen und als solche die Bekanntheit sämtlicher wirtschaftlicher Maßnahmen unserer Zone nach dem Westen übernommen hatten, riesige Mengen bewirtschafteter Waren, kompensierten am laufenden Band Textilien gegen Lebensmittel und Treibstoffe, verkauften nach Gutdünken ohne jegliche Bezugsberechtigung und ließen sogar große Mengen Textilien verderben.

Die Größe des Komplexes, der sich bis in die letzten Ausläufer noch ständig erweitert, und die äußerst raffiniert ausgeführten Sabotagehandlungen forderten **neuartige Methoden der Strafverfolgung**. So konnte der Fall in seinem ganzen Umfang nicht als ein geschlossenes Ganzes behandelt, sondern mußte in einzelnen Teilen zum

Abschluss gebracht werden. Weiter führte die Verhandlung nicht in der üblichen Form geleitet werden, sondern war, um überhaupt eine gerechte und wirksame Bestrafung zu erzielen, nach vollkommen neuen Gesichtspunkten durchzuführen.

Als Hauptteil wurde in einem Schnellverfahren vom 29. 11. bis 7. 12. 1948 in Glauchau der Prozeß gegen 11 der Hauptangeklagten durchgeführt. Die Angeklagten mit ihren Verteidigern standen den Volksrichtern, Volksstaatsanwälten und zum ersten Male der **Kriminalpolizei als gleichberechtigtem Anklagevertreter** gegenüber. Diese Neuerung bedeutet einen Durchbruch durch die im Laufe von 70 Jahren infolge der organisatorischen und kriminalistischen Durchbildung der Kriminalpolizei überholte Gesetzgebung mit ihren Bestimmungen über das vorbereitende Verfahren, die gerichtliche Voruntersuchung und die Erhebung der Anklage. Ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit zeigte sich während der Verhandlung in steigendem Maße.

Die Erledigung im Schnellverfahren war zur Verhinderung von Verdunkelungs- und Entstellungsvorwürfen notwendig. Sie gab der Kriminalpolizei oftmals Gelegenheit, ihre während der Ermittlungen gesammelten Erfahrungen, die für eine richtige Beurteilung der Geschehnisse, Zeugenaussagen usw. und eine gerechte Würdigung der Tat unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Angeklagten erforderlich sind, vorzubringen und so die Staatsanwälte, die sich mit der Sache keinesfalls bis in die letzten Einzelheiten vollkommen vertraut gemacht haben konnten, lebendig und zeitgemäß zu ergänzen.

So wurde z. B. bei der Behandlung des Punktes, daß der Angeklagte Kretzschmar als Dezernatsleiter in der Landesregierung Sachsen bei dem Spirituosenfabrikanten Rothe Schnaps für DM 5560,— und weitere 1150 Flaschen bezogen hat, für die eine Bezahlung nicht festgestellt werden konnte, von der Kriminalpolizei das Verhältnis des Kretzschmar zu Rothe besonders beleuchtet. Es wurde aufgezeigt, daß Kretzschmar dem Rothe dazu verholfen hat, den Wert eines gehorteten und beschlagnahmten Warenlagers in Höhe von DM 30 000,— zurückzuerhalten. Rothe, dem für die Warenhortung seinerzeit eine „Geldstrafe“ von DM 5000,— auferlegt wurde, ist noch vor Eingreifen der Kripo und vor der Feststellung, daß er Steuern in Höhe von DM 3 000 000,— hinterzogen hat, geflüchtet. In der Verhandlung tauchte die Frage auf, warum der Angeklagte Brotmerkel als Wohnungszernent der Stadt Meerane dem Angeklagten Bohrisch ein Zimmer von 26 qm für die Sitzungen des illegalen Unternehmers

Verändertes zur Verfügung stellte, statt es als Wohnraum für Flüchtlinge zu benutzen. Die Kripo konnte in Kenntnis der sozialen und sonstigen Umstände des Falles den von Brotmerkel angegebenen Grund, daß er niemand zuzumuten wollte, in einem einzigen Raum von 26 qm zu wohnen und gleichzeitig zu schlafen, entkräften. Die wirklichen Gründe dafür waren, daß Bohrisch, der einen ganzen Keller voll Lebensmittel, einen zweiten voll Geußmittel und einen weiteren voll Kohlen besaß, „unmöglich“ mit einem armen Flüchtling zusammen wohnen und an einem Tisch essen konnte.

Durch die laufende Ermittlungstätigkeit nach der Anklageerhebung, ja sogar noch während der Verhandlung, war es der Kripo möglich, während der Vernehmung der Angeklagten den Beweis zu erbringen, daß sie die Rohwaren für die mit Westberliner Firmen abgeschlossenen Werkverträge nicht aus Berlin, sondern aus der Ostzone, zum Teil sogar aus Meerane selbst geliefert bekamen, wodurch der Ostzone unvorstellbare Mengen an Textilien verlorengingen. Erst am 29. 11. 1948 wurde der Meeraner Lieferant dieser Rohwaren, der Lumpenhändler Lieferer, von der Kripo festgenommen.

Weiterhin konnte die Kripo während der Verhandlung den Beweis erbringen, daß der Fabrikant Bohrisch 32 Webstühle, 48 Motore, 100 Schützen, 70 Schackartkarten, 2 Schaftmaschinen, 31 Schackartmaschinen, 43 Kettenbäume und weitere Maschinen verheimlicht und damit dem demokratischen Wirtschaftsaufbau entzogen hat.

Diese Beispiele, die sich noch vielfach erweitern ließen, mögen genügen, um zu erkennen, wie vorteilhaft, ja sogar unumgänglich notwendig eine derartige Zusammenlegung der Ermittlungstätigkeit und der Anklageerhebung ist.

Allein dadurch konnte im Glauchauer Prozeß ein richtiges Bild der strafbaren Handlungen der Angeklagten gewonnen und eine gerechte Strafe ausgeworfen werden.

Es ist zu hoffen, daß damit ein weiterer Schritt getan ist, um die praktisch schon seit langer Zeit bestehende Selbständigkeit der Kriminalpolizei als Ermittlungsbehörde gesetzlich anzuerkennen. Die Sachbearbeiter, die mit dem Leben der Angeklagten und allen anderen Verhältnissen des Falles durch ihre Ermittlungsarbeit bestens vertraut sind, sollen in der Verhandlung nicht nur Nebenfiguren darstellen, wie es die veralteten Bestimmungen der StPO vorsehen. Sie müssen die Juristen, die die in Frage kommenden Strafbestimmungen beherrschen, während der Prozeßführung durch die gewonnenen Kenntnisse bei dem Umgang mit den handelnden Personen wirksam ergänzen.

Eine Gefahr für den Zweijahrplan

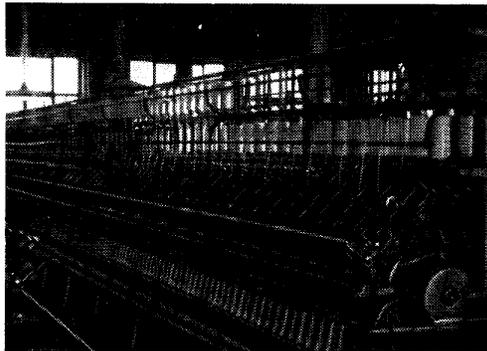
Von Kriminalkommissar Lothar Starke, Leipzig

Vor einigen Wochen noch konnte man täglich im Anzeigenteil der Leipziger Zeitungen folgende Anzeigen finden:

„Arbeite aus Ihrem mitgebrachten Material (Wolle, Kopsen, Garne usw.) Strümpfe, Hemden, Garnituren, Strickwesten usw. Maschinenstrickerei X.“

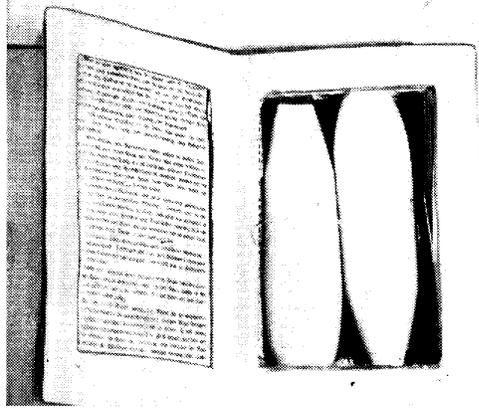
Diese Anzeigen, die, wie gesagt, täglich zu lesen waren, mußten die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich ziehen, denn wer besitzt nach einem 5½-jährigen Vernichtungskrieg noch Wolle, Garne oder gar Kopsen, die auf Bezugsschein nirgends zu erhalten sind? Es war klar, daß hier etwas nicht in Ordnung ging. Die Erwähnung der Kopsen deutete darauf hin, daß die Quelle der Materialien in den Textilbetrieben liegen mußte. Aus diesen Erwägungen heraus wurden in Leipzig die Hand- und Maschinenstrickereien, Spinnereien und herstellenden Firmen der Textilbranche von der Polizei einer Kontrolle unterzogen, die in mehrfacher Hinsicht sehr aufschlußreich war. Es mußte festgestellt werden, daß ein Teil des für die Erfüllung des Zweijahrplanes so wichtigen Materials von Arbeitern oder Arbeiterinnen entwendet wurde, sei es, daß sie unüberlegt handelten („Das bißchen Garn, das ich für mich brauche, fällt ja nicht ins Gewicht“), oder aber, wie sich in einigen Fällen ergab, daß sie mit dem entwendeten Gut direkt den Schwarzmarkt belieferten. Die Summe dieser täglichen Betriebsentwendungen ist ein Faktor, der störend auf die Planung und die Produktion einwirkt und der demzufolge nicht geduldet werden kann. Der nachstehende Bericht soll veranschaulichen, wie die Leipziger Polizei dem Übel zu Leibe ging:

In diesen Maschinsälen arbeiten täglich Tausende von Werktätigen in Tag- und Nachtschichten, um die dringend benötigten Garne herzustellen und durch Steigerung der Produktion an der Erfüllung des Zweijahrplanes mitzuhelfen.



An einem dafür festgelegten Tage wurden die in der Wollgarnspinnerei beschäftigten Arbeiterinnen einer Kontrolle unterzogen. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterinnen erkannte die Notwendigkeit dieser Kontrollmaßnahmen ohne weiteres an.

Das Buch war ihnen ausgetauscht und barg zwei Kopsen. Das ist anscheinend nicht viel, aber zwei Kopsen täglich ergibt im Jahr immerhin die beträchtliche Zahl von etwa 600 Stück.



Wo geht nun dieses täglich entwendete Gut hin?
Ein Kanal bringt es mit den ewigen Hamsterfahrern auf das Land, wo es gegen Lebensmittel eingetauscht wird. Über diese Frage und über die Möglichkeiten zur Bekämpfung des Hamsterunwesens ist schon viel geschrieben worden.
Ein anderer Kanal aber führt zu den unscheinbaren kleinen und mittleren Betrieben, die täglich in der Zeitung inserieren: „Arbeite aus Ihrem mitgebrachten Material...“

Diese Arbeiterin aber war über die unerwartete Kontrolle nicht sehr erfreut. Sie hatte auch allen Grund dazu, denn aus ihrer Tasche zog die Kriminalpolizistin 20 Kopsen heraus. Es handelte sich hier um eine typische Schwarzhändlerin, die möglichst zwei Tage in der Woche der Arbeit fernblieb und dafür mit dem entwendeten Garn auf „Hamsterfahrt“ ging. Sie ist eine derjenigen, die bei Bahnhofskontrollen immer wieder anzutreffen sind.



Diese Geschäfte sehen von außen sehr harmlos aus, und der Passant schenkt ihnen wenig Beachtung. Aber was verarbeiten diese Firmen, die überall inserieren, obwohl es keine Zuteilung an Material dieser Art gibt? Im wesentlichen gestohlenen Gut, wie eine polizeiliche Kontrolle aufzeigte.

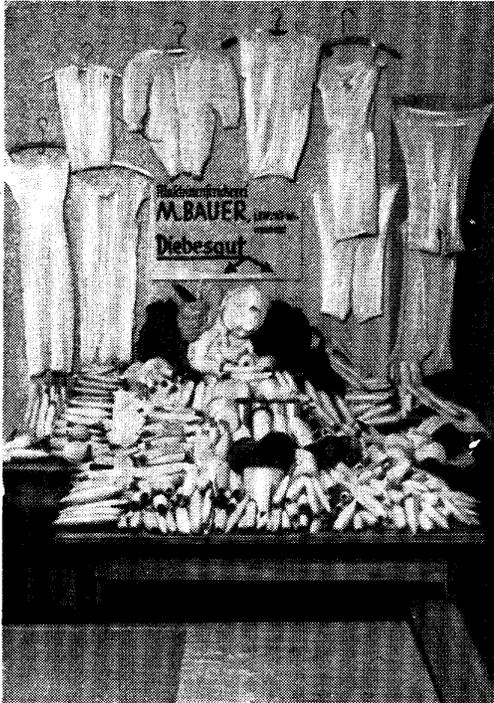


In der Tasche einer anderen Arbeiterin befand sich ein anscheinend harmloses „Töchteralbum“, das nur eine leichte Lektüre während der Mittagspause zu enthalten schien. Bei einer genaueren Kontrolle ergab sich jedoch, daß es sich hier um ernstere Dinge handelte.



In einem fürchterlichen Durchsuchungsgang... die Geschäftsinhaberin selbst nicht mehr zurecht fand, wurde das in den Betrieben entwendete Material aufgefunden.

Konfirmation der Einsatz einer umfassenden Aufklärungsaktion durch die Betriebsfunktionäre und die Gewerkschaften. Es genügt nicht, festgestellte Betriebsdiebstähle zur Strafverfolgung zu bringen mit der Ansicht, daß mit drei Monaten Gefängnis der Fall abgeschlossen ist.



A German court document titled 'Strafsache' (Criminal Case). It details a case against a defendant in Leipzig, dated 1946. The document includes the court name 'Landgericht Leipzig', the date '17. 7.', and a reference to '3 Monate Gefängnis'. It also contains a section for 'Ausstellungsbefehle' (arrest warrants) and a signature at the bottom.

Ein anderes Geschäft nahm gleichfalls laufend Kopsen und Spulen entgegen. Dabei ist zu beachten, daß diese Firma bereits seit Jahren Diebesgut annahm und verarbeitete.

So wie in Leipzig ist es sicher auch in allen anderen Städten, in denen Textilrohstoffbetriebe bestehen. Die Bekämpfung dieses für die Erfüllung des Zweijahrplanes gefährlichen Unwesens erfordert außer der polizeilichen

Es muß vielmehr jedem Arbeiter zum Bewußtsein gebracht werden, daß derartige unverantwortliche Handlungen den gesamten Wirtschaftsaufbau und damit letzten Endes ihn selbst schädigen. Erst wenn es gelungen ist, bei allen Arbeitern eine solche neue persönliche Einstellung zur Arbeit und zu ihrem Betrieb zu erzeugen, werden wir das leidige Kapitel der Betriebsdiebstähle abschließen können.

Die Volkspolizei und der Kampf gegen die Reaktion in den Betrieben

Von Polizeiobersekretär Edmund Ermiler, Kreispolizeiamt Dippoldiswalde

Im Hinblick auf den jetzt angelaufenen Zweijahrplan ist es notwendig und besonders wichtig, sämtliche Vorgänge in den Produktionsstätten sorgfältigst zu beobachten. Unsere große Aufgabe ist es, die Durchführung des Planes und die Produktionsstätten zu schützen. Keinesfalls dürfen wir uns der Meinung hingeben, daß wir für diese Aufgabe nicht zuständig sind, beziehungsweise daß dafür doch in erster Linie die Industrie- und Handelskammer maßgebend ist. Einige Beispiele aus der Praxis sollen dies beweisen.

Es wurde (nach der Währungsreform) bekannt, daß in einem kosmetischen Betrieb kosmetische Erzeugnisse in einem Gesamtwert von etwa 500 000 DM lagern. Eine sofort vorgenommene Überprüfung ergab die Richtigkeit dieser Angaben. Diese kosmetischen Erzeugnisse lagerten dort bereits seit 1946! Der Inhaber des Betriebes befindet sich bereits seit 1946 wegen Mißhandlung von Ausländern in Haft. Der von den damaligen reaktionären Kreisräten eingesetzte Treuhänder erklärte, daß diese Bestände im Jahre 1946 von Wirtschaftsoffizieren der Besatzungsmacht beschlagnahmt und bisher nicht aberufen worden seien. Durch das sofortige Eingreifen der Polizei wurden der Landesregierung Sachsen einmal die erforderlichen Unter-

lagen, um über dieses Lager verfügen zu können, beschafft und zum anderen die Voraussetzungen zur endgültigen Überführung dieses Betriebes in Volkseigentum geschaffen. Zu bemerken ist noch, daß die Industrie- und Handelskammer Kenntnis von diesem Lager hatte. Allein an Hand dieses einen Beispiels wird schon die Notwendigkeit einer genauen Beobachtung der Produktion und ihrer Bewegung auch durch die Polizei dokumentiert.

In einem anderen Betrieb trat die Belegschaft wenige Tage vor Weihnachten in den Streik. Es handelte sich um eine Firma, die etwa 80 Personen, vorwiegend Frauen, beschäftigte. Die Produktion bestand aus Rundfunkzubehörfteilen, hauptsächlich Holzverarbeitung. Der Grund für den Streik waren die seit etwa zwei Monaten nicht mehr gezahlten Löhne durch den Unternehmer, sein schon als Weigerung zu bezeichnendes Hinausschieben des Abschlusses einer Betriebsvereinbarung sowie öftere Fehldispositionen (nicht genehmigte Kurzarbeit), deren Folgen einzig und allein den Werktätigen aufgebürdet wurden. Die Summe der Lohnrückstände belief sich auf etwa 8000,— DM. Wie die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, hatte der Unternehmer hingegen 1600,— DM im letzten Monat für seinen Privatverbrauch entnommen.

Das geschah wohlgerne zu einem Zeitpunkt, an dem schon einige Zeit keine Lohnzahlungen mehr erfolgten. Noch bevor ein wirksames Eingreifen der Volkspolizei möglich war, entzog sich der Unternehmer seiner Verantwortung durch die Flucht. Im Ort verblieb noch der Betriebsleiter, der sich aber einige Tage später mit seiner Frau sowie umfangreichem Gepäck ebenfalls entfernen wollte. Er wurde zurückgehalten, wohingegen es seiner Frau gelang, den Ort mit dem Gepäck zu verlassen. Es konnte jedoch durch Aussagen des Betriebsleiters ermittelt werden, wohin sich die Frau begab und daß sich im Gepäck eine bisher noch nicht in die Produktion aufgenommene Neukonstruktion befand. (Es handelte sich um eine verbesserte Autostabantenne als Modell mit den dazugehörigen Zeichnungen und Skizzen.)

Die Ehefrau hatte das Gepäck bei einem Verwandten in Dresden untergestellt. Es wurde eine sofortige Durchsuchung des Gepäcks und Sicherstellung der Zeichnungen und Modelle durch die Kreis kriminalpolizeiabteilung Dresden veranlaßt, welche erfolgreich verlief.

In seiner Vernehmung erklärte der Beschuldigte unter anderem folgendes:

„Ich möchte hier noch betonen, daß die Zeichnungen von dieser Autostabantenne vor ungefähr vier bis sechs Wochen in die westliche Zone nach Hamburg geschickt wurden, ebenso, wie alle Zeichnungen in die Hamburger

Firma des Herrn Sch. (Betriebsinhaber) zwecks Materialbestellung geschickt wurden.“

Über den Umfang des Versandes von Zeichnungen in die Westzone laufen zur Zeit noch Ermittlungen.

Dieser Fall zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wichtig die Betriebsüberwachung mittels eines guten **Sektionsdienstes** durch die Volkspolizei ist. Der Unternehmer und sein Betriebsleiter haben es in diesem Falle geschickt verstanden, wichtige Betriebsunterlagen nach dem Westen verschwinden zu lassen und beabsichtigten dann, wenn sie es als an der Zeit fanden, ebenfalls zu verschwinden. Dem Betriebsinhaber ist das gelungen, der Betriebsleiter konnte bei der Abreise festgenommen werden. Die Handlungsweise beider ist eine **typische Form des Kampfes in den Betrieben**. Die Arbeiterklasse verlor durch ihre eigene Unachtsamkeit wichtige Produktionsunterlagen. Aufgabe der Volkspolizei ist es, die Werktätigen, die Arbeiterklasse zu schützen. Dazu gehört auch der Schutz vor solchen Saboteuren unserer Wirtschaft.

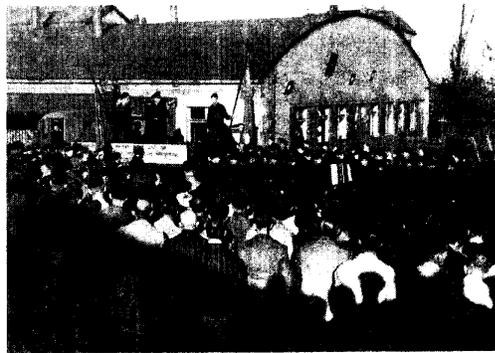
Die Lehren aus dem Fall Glauchau-Meerane zur Anwendung bringen, den Sektionsdienst in den Betrieben bedeutend aktivieren, das sind die Forderungen, welche wir erfüllen müssen. Um in Zukunft solche Fälle zu vermeiden, müssen wir unser Augenmerk noch viel mehr als bisher auf die Betriebe richten. Das sollen uns diese Beispiele lehren.

Kraftfahrzeuge für die Volkspolizei

Am 3. Dezember 1948 versammelten sich die Arbeiter des volkseigenen Betriebes Werk Horch auf dem Werkhof, um 40 neuerbaute Lastkraftwagen feierlich der Volkspolizei zu übergeben. Gegen 13.00 Uhr marschierten in straffer Disziplin zwei Züge der Volkspolizei in den Werkhof ein und nahmen Aufstellung vor den zur Übergabe bereitgestellten Lastkraftwagen.

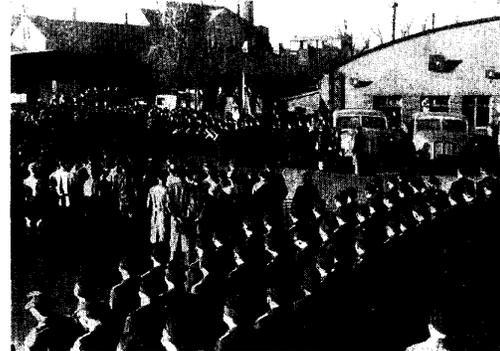
Nachdem dem Chef der Polizei von Sachsen-Anhalt, Herrn Chefinspekteur Hegen, die Stärkemeldung erstattet worden war, begrüßte der Vertreter der SED-Betriebsgruppe des Werkes Horch die Anwesenden und hob hervor, daß diese 40 Lastkraftwagen für die Volkspolizei der sowjetischen Besatzungszone durch die gemeinsame Arbeit der Belegschaft und besonders durch das anfeuernde Beispiel der Aktivisten des Werkes Horch erstellt werden konnten. Die Arbeiter des Werkes Horch sind stolz darauf,

haben in Sonderschichten diese Fahrzeuge hergestellt, um sie der Volkspolizei zum Schutze des Volkes zu übergeben. Früher wurden in diesem Werk Maschinen hergestellt, die



Der Chef der Polizei Sachsen-Anhalt übernimmt die Kraftfahrzeuge

der Ausbeutung der Werktätigen dienen, wie es heute noch in den Westzonen Deutschlands und in den imperialistischen Ländern geschieht. Es ist ein erhebendes Bei-



Auf dem Werkhof des volkseigenen Betriebes Horch

mit der Übergabe dieser Wagen die Arbeit der Volkspolizei erleichtern zu können. Dann ergriff der Aktivist Rabold das Wort und wies unter stürmischem Beifall auf die große Bedeutung dieser Stunde hin. Er betonte besonders, daß die Volkspolizei gemeinsam mit der Arbeiterschaft für Frieden und Demokratie kämpft. Die von der Arbeiterschaft fertiggestellten Lastkraftwagen werden in den Händen der Volkspolizei allein dem Wohle der werktätigen Massen dienen.

Sodann übernahm der Chef der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt die Lastkraftwagen. Er umriß in kurzen eindrucksvollen Worten das Wesen der Volkspolizei und die mit ihr verbundenen Aufgaben zum Schutze der neuen demokratischen Ordnung. Die Arbeiter des Horchwerkes



40 dieser LKW übernahm die Volkspolizei aus den Händen der Arbeiter

wußtsein, daß heute die Arbeiter in einem volkseigenen Betrieb Kraftwagen herstellen, von denen sie wissen, daß die Volkspolizei sie allein zum Schutze der Werktätigen und der demokratischen Errungenschaften einsetzt.

Nachdem ein Vertreter der Deutschen Verwaltung des Innern der Belegschaft des Horchwerkes den Dank des Präsidenten der DVdI zum Ausdruck gebracht hatte, betonte ein junger Aktivist der Volkspolizei die unver-

brüchliche Verbundenheit der Volkspolizei mit den Werktätigen. Nach dem von der Singgruppe der Polizei vortragenen Lied „Unter Spaniens Himmel“ und dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ erfolgte das Aufsitzen der Kraftfahrer. Unter dem Beifall der Arbeiter rollten die 40 Wagen vom Werkhof, um ihre Fahrt nach Mecklenburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt anzutreten.

Ein Beispiel für viele

Von Polizeikommissarin Charlotte Blanke, Kreispolizeiamt Angermünde

In der Paßstelle des Kreispolizeiamtes Angermünde herrscht rege Tätigkeit. Emsig sitzen Angehörige der Volkspolizei und von allen Betrieben bereitwillig zur Verfügung gestellte Aushilfskräfte und schreiben Ausweise aus, heften, kleben Bilder ein, stempeln, tragen in Listen ein und verbuchen.

Nach ihrer täglichen Arbeit, die unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, schaffen die Polizeiangehörigen abends noch zusätzlich drei bis vier Stunden bei der Paßaktion. Und wie im Kreispolizeiamt im großen, so ist es auf den einzelnen Revieren des Kreises im kleinen. Auch hier sitzen Polizeiangehörige und Aushilfskräfte gemeinsam, fleißig und unverdrossen bei zehnstündiger Arbeitszeit. Sie setzen ihren Ehrgeiz darein, täglich so viel wie möglich zu schaffen. In einem edlen Wettstreit wollen sie unter Beweis stellen, welche Paßstelle im Kreise am vorbildlichsten arbeitet, welches Revier am frühesten die Ausweisaktion beendet.

Das Kreispolizeirevier Joachimsthal steht zurzeit an der Spitze: Auf jeden bei der Aktion eingesetzten Polizeiangehörigen kommt eine tägliche Durchschnittszahl von 100 ausgeschriebenen Personalausweisen. Die besten Leistungen erzielte die junge Polizeiangestellte Elsa Selchow aus Joachimsthal: Sie erstellte an einem Tage in zehnstündiger Arbeitszeit 150 sauber und korrekt ausgeschriebene Personalausweise.

stündiger Arbeitszeit 150 sauber und korrekt ausgeschriebene Personalausweise.

Elsa Selchow war zuletzt in der Stadtverwaltung Joachimsthal beschäftigt. Infolge ihrer demokratischen Einstellung und in Erkenntnis der Notwendigkeit und Wichtigkeit der neuen Ausweisaktion, meldete sie sich bei der Kreispolizei zur Mithilfe. Sie hat erkannt, daß die Volkspolizei einer der wichtigsten Faktoren zur reibungslosen und restlosen Durchführung des Zweijahrplanes ist, daß unter ihrem Schutze den Betrieben die friedliche Aufbauarbeit gewährleistet ist.

Ein Teil des demokratischen Aufbaus in der sowjetischen Besatzungszone ist die neue Ausweisaktion, deren politischen und wirtschaftlichen Wert niemand verkennen sollte. Elsa Selchow setzt sich mit aller Energie und mit großem Ehrgeiz für ihre Arbeit ein. Sie hat sich das Ziel gesetzt, der neuen demokratischen Ordnung mit ihrem ganzen Können und Wissen zu dienen und mit voller Kraft an ihrem Aufbau und ihrer Weiterentwicklung mitzuwirken. Mit 150 an einem Tage ausgeschriebenen Ausweisen hat sie einen Rekord geschaffen, der beispielhaft ist.

Sollte diese Einsatzfreudigkeit, diese Leistung nicht anderen, die nur 30—40 Ausweise täglich schaffen, zu denken geben? Sollte dieser Rekord ihnen nicht ein Ansporn sein?

Aktivisten der Volkspolizei

Von Polizei-Inspekteur Walter Krenzke, DVdI

Es war am 22. 1. 1949 gegen 20.00 Uhr. Der Kommandeur der Polizeiüberrichtschaft Nordhausen, **Polizeirat Zingelmann**, überprüft in Gedanken noch einmal das Tagewerk seiner Bereitschaft. Da sieht er durch das Fenster einen hellen Schein in der Nähe des Güterbahnhofs. Ein Gedanke durchzuckt ihn: Feuer, Gefahr! Menschen und ihre Arbeit sind bedroht! Ohne eine Sekunde zu zögern gibt er Alarm, und 6 Minuten später steht er mit 60 Angehörigen der Bereitschaft an der Brandstelle.

Schnell überblickt er die Situation. Im Nebengebäude des Brandherdes lagern Hunderte von Fässern mit Öl und Benzin, im Hintergebäude Hunderte Tonnen Kohlen und Briketts. Im rechten Nebengebäude befindet sich eine Spirituosenfabrik. Nach dem Herd des Feuers zu urteilen, besteht die Gefahr, daß das Feuer auf die Benzinlageräume übergreift. Die Feuerwehr ist nicht stark genug, um die Bekämpfung des Feuers und die Ausräumung des Benzinlagers mit der notwendigen Schnelligkeit durchzuführen. Nach Feststellung dieser Lage ist der Abwehrplan klar. Der Einsatz der Volkspolizisten muß sich auf die Räumung des Benzin- und Öllagers konzentrieren. Ein kurzer und klarer Befehl, und schon werden die Fässer mit dem feuergefährlichen Inhalt von jungen Fäustern in Sicherheit gerollt. Aber das Feuer breitet sich trotz intensivster Bekämpfung weiter aus.

Es besteht bereits Lebensgefahr für jeden, der jetzt noch den Lagerraum betritt. Doch die Volkspolizisten lassen sich trotz dieser Gefahr nicht davon abhalten, unter Aufbietung der letzten Kräfte die Arbeitserträge

ihrer Brüder in den Fabriken zu retten. Das letzte Faß wird hinausgerollt und in Sicherheit gebracht. Damit ist die Gefahr, daß das Feuer einen noch größeren Umfang annimmt, beseitigt.

Der Oberbürgermeister des Ortes war ebenfalls an den Brandherd geeilt. Er sah die Leistungen der jungen Volkspolizisten. Begeistert von ihrem Aufopferungsgeist drückt er ihnen die Hand. Der Rat der Stadt Nordhausen fertigte ein Dankschreiben an die Bereitschaft. Besonders werden neben dem Kommandeur der Bereitschaft die Kameraden **Günter Thoß, Karl Dick, Franz Flietel, Gerhard Krause, Edgar Weiß, Werner Müller, Günther Bär, Rudolf Eismann, Harald Stodolski, Kurt Hemmann** ausgezeichnet. Aber nicht nur diese allein haben sich bewährt, sondern auch die nicht namentlich aufgeführten Kameraden haben vollauf ihre Pflicht getan. Beachtlich ist der Erfolg: Werte von über 1 Million DM wurden durch den Einsatz der Volkspolizei gerettet. Allen wird der Dank ausgesprochen. Alle 60 Volkspolizisten haben gezeigt, daß sie bereit sind, jedes Opfer zu bringen. Sie haben gezeigt, daß sie ein Teil der Werktätigen, daß sie Aktivisten in ihrem Tätigkeitsbereich sind zum Wohle der Werktätigen.

Wir wissen aber auch, daß heute alle Volkspolizisten in gleicher Lage gleiche Taten vollbringen würden. Die Werktätigen können sich auf ihre Brüder in der Volkspolizei verlassen, und es ist unsere Aufgabe, die Verbundenheit zwischen den Werktätigen und der Volkspolizei immer enger zu gestalten.

Richtige Probenbehandlung - Richtige Ergebnisse

Von Erhard Lademann, Leiter der kriminalistischen Untersuchungsstelle beim Landeskriminalamt Brandenburg

Oft ist es zur Aufklärung von Verbrechen erforderlich, chemische, mikroskopische oder physiologische Untersuchungen an den verschiedenartigsten Gegenständen und Materialien vorzunehmen.

Die Praxis hat nun gezeigt, daß oft wertvolles Beweismaterial verlorengeht, weil die Probenbehandlung so unzuverlässig erfolgt, daß dadurch das Untersuchungsergebnis in Frage gestellt wird.

Einen ganz besonderen Raum nehmen die Blutspuren ein, denn sie gehören zu den wichtigsten Spuren, die nach einem Verbrechen zurückbleiben können. Sie haben schon oft den Schwerpunkt des Indizienbeweises gebildet und zur Verurteilung des Täters geführt. Hier ist selbstverständlich höchste Umsicht bei der Entnahme der Proben usw. erforderlich. Im folgenden soll aber nicht von der Behandlung der Blutspuren, was bei der Fülle der Verschiedenartigkeit dieser Objekte im Rahmen dieses kleinen Aufsatzes zu weit führen würde, die Rede sein, sondern in Anlehnung an den Aufsatz „Für oder gegen die Blutprobe“ im Maiheft 1948, sollen Fingerzeige in technischer Hinsicht für eine richtige Probenbehandlung zwecks Bestimmung des Alkohols im Blut gegeben werden.

Damit die Blutprobenentnahme als „ein sicheres Mittel der Beweisführung beim Vorliegen des Alkoholverdacht“ gelten kann, ist es von größter Wichtigkeit, zur Erzielung richtiger Ergebnisse eine einwandfreie Blutentnahme vorzunehmen und die für die Ausrechnung der Ergebnisse erforderlichen Angaben zu machen.

Es dürfte vielleicht von allgemeinem Interesse sein, kurz das Verfahren zu beschreiben, nach welchem Alkohol im Blute bestimmt wird, weil auch der Polizeiangestellte daraus erkennen kann, wie wichtig es ist, daß die Probenentnahme einwandfrei durchgeführt wird.

Alkoholbestimmung im Blut

In den Widmarkkolben gibt man eine kleine Menge Bichromat-Schwefelsäure. Siehe Abb. 1.

Widmarkkolben für die Bestimmung von Alkohol im Blut

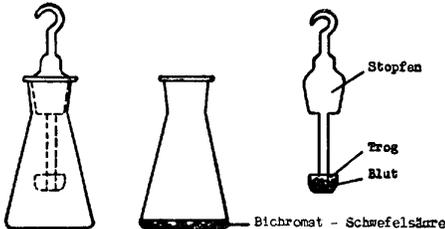


Abb. 1

In den Trog des Stopfens wird das abgewogene Blut gegeben (ca. 100 mg = 0.1 g). Der Stopfen wird dann in das Kölbchen gehängt. Nun wird der Kolben zusammen mit einem anderen Kolben, der wohl Bichromat-Schwefelsäure enthält, aber kein Blut, in ein Wasserbad von 50 bis 60 Grad C. gestellt.

Bei dieser Temperatur wird die geringe Menge Alkohol aus dem Blute ausgetrieben und von der Bichromat-Schwefelsäurelösung begierig aufgenommen. Nach ca. zwei Stunden nimmt man die Kölbchen aus dem Wasserbad heraus und entfernt die Stopfen aus diesen. Der Alkoholgehalt wird nun so bestimmt, daß man zu der Bichromat-Schwefelsäurelösung eine bestimmte Menge Jod und Stärkelösung hinzufügt. Es tritt entsprechend dem Alkoholgehalt Blaufärbung auf. Von einer Natriumbiosulfatlösung, welche die Eigenschaft hat, die Blaufärbung zum Verschwinden zu bringen, setzt man soviel davon hinzu, bis gerade Entfärbung eintritt. Der Unterschied im Verbrauch der Natriumbiosulfatlösung zwischen der Probe, die Blut enthält und der, die kein Blut enthält (sogen. Leerprobe) ergibt die Alkoholkonzentration.

Wie oben bereits erwähnt wurde, wird für die Einzelbestimmung ca. 100 mg Blut abgewogen. Daraus erhellt,

daß die Alkoholmenge, die sich im Blut befindet, sehr gering ist und daß bei nicht richtig ausgeführter Blutentnahme usw. falsche Ergebnisse erhalten werden. Die Blutentnahme ist Aufgabe des Arztes. Es muß aber oft genug festgestellt werden, daß die Anlieferung der Proben in einem Zustande erfolgt, der nicht zulässig ist. Ferner muß immer wieder festgestellt werden, daß auch die für die Ausrechnung erforderlichen Angaben fehlen. Um derartige Mängel zu beseitigen, ist es nötig, daß der Polizeiangestellte soviel von der Blutentnahme zwecks Alkoholbestimmung versteht, daß er beurteilen kann, ob eine einwandfreie Behandlung der Probe erfolgte oder nicht. Dazu gehört:

1. Reinigung der Haut an der Einstichstelle.

Es kommt hierfür nur eine einpromillige Sublimatlösung in Betracht. Eine einpromillige Quecksilber-Sublimatlösung ist eine Lösung, die 1 g Sublimat in 1000 ccm Wasser enthält.

Andere Desinfektionsmittel wie Äther, Chloroform oder gar Alkohol sind nicht zulässig. Die Anwendung dieser Mittel würde stets in der Probe einen zu hohen Alkoholgehalt vortauschen.

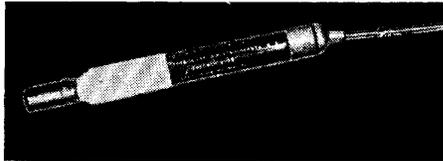


Abb. 2

2. Verschließen der Probengläser.

Oft wird das Blut der Vene entnommen und dann in ein Reagenzglas gespritzt. Daß das Reagenzglas danach einwandfrei verschlossen wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Diese Art der Aufbewahrung des Blutes ist aber immer nur ein Notbehelf.

Als einwandfrei ist die Blutentnahme anzusprechen, wenn sie mit Hilfe der sog. „Venüle nach Koller“, siehe Abb. 2, oder mit sogen. Kapillarröhrchen, siehe Abb. 3, geschieht. Der Vorteil bei Anwendung der Kapillarröhrchen besteht außerdem darin, daß nicht in die Vene eingegangen werden braucht, sondern daß das Blut der Fingerbeere oder dem Ohrläppchen entnom-

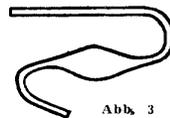


Abb. 3

men werden kann. Es ist aber darauf zu achten, daß mindestens drei Röhrchen gefüllt werden und zur Untersuchung eingesandt werden.

Wie bereits oben angeführt, ergibt die Ausrechnung zunächst die Alkoholkonzentration. Es ist aber für die Ausrechnung der Alkoholmenge nicht gleichgültig, ob die festgestellte Alkoholkonzentration in einem Körper von 30 kg Gewicht oder in einem solchen von 60 kg Gewicht vorliegt. Es muß also stets das **Körpergewicht** des Betroffenen angegeben werden. Ebenso wichtig ist es, daß die Zeit angegeben wird, die vom Zeitpunkt des Unfalles bzw. der Festnahme bis zum Zeitpunkt der Blutentnahme verstrichen ist. Beim Vorliegen dieser Daten ist erst eine nutzbringende Auswertung des Ergebnisses möglich.

Dieser kleine Aufsatz soll dazu beitragen, daß es in Zukunft in den Berichten der Untersuchungsstelle nicht heißen muß: „Infolge fehlender weiterer Angaben konnte der Alkoholwert für den Zeitpunkt des Unfalles nicht berechnet werden.“ --

Die Aufgaben der Schutzpolizei im Theaterdienst

Von Polizeimeister BÄBLER, Halle/S.

Zu den Aufgaben der Schutzpolizei gehört auch der Theaterdienst. Der hiermit verbundenen Verantwortung sind sich viele Polizeiangehörige nicht bewußt und sehen häufig in der Übertragung dieses Dienstes nur eine Vergünstigung, die sie mit dem Theaterbesucher gleichstellt.

Die Erfüllung der Anforderungen des Theaterdienstes bedingt jedoch, daß sich die Kollegen, die hierzu herangezogen werden, eingehend über ihre Aufgaben unterrichten. Es erscheint notwendig, daß die Jüngeren unter uns durch ihren Dienststellenleiter oder dessen Vertreter in diesen Dienst eingewiesen werden.

Die nachstehenden Ausführungen sollen Wissenswertes über den Theaterdienst vermitteln helfen:

Zunächst seine Dauer: Er beginnt etwa 45 Minuten vor Beginn der Vorstellung und endet erst dann, wenn sämtliche Besucher das Theater verlassen haben und die evtl. vorgefahrenen Wagen wieder abgefahren sind.

Welche Aufgaben sind im einzelnen gestellt?

Die **Regelung des Verkehrs** außerhalb des Theatergebäudes, besonders die Anfahrt, das Aufstellen und die Abfahrt der Fahrzeuge ist zu überwachen; für die Wahrung der Ordnung und die Sicherheit im Theatergebäude ist Sorge zu tragen.

Alle **Notausgänge** sind zu kontrollieren, sie müssen verschlossen sein und leicht geöffnet werden können. Ihre Überprüfung erfolgt in Verbindung mit dem diensttuenden Angehörigen der Feuerwehr. Die **Notbeleuchtung** muß brennen, Gänge und Treppen sind von allen Verkehrshindernissen freizuhalten.

Auf das bestehende **Rauchverbot** im Theater ist besonders zu achten. Außerdem gelten im einzelnen für jedes Theater besonders erlassene polizeiliche Vorschriften.

Bei **Feuersgefahr** oder sonstigen Ereignissen, die das Publikum ängstigen oder beunruhigen, muß die Polizei durch besonnene und vorbildliche Haltung zur Beruhigung beitragen und so einer Panik vorbeugen. Besteht keine Gefahr, so sind die Besucher durch beruhigende und aufklärende Hinweise zum Bleiben anzuhalten. Bleiben diese Bemühungen erfolglos oder besteht tatsächlich Gefahr, so ist dafür zu sorgen, daß die Haupt- und Notausgänge sofort weit geöffnet werden. Der Polizeiangehörige hat durch ruhiges Ermahnen und durch sein eigenes Vorbild auf die Besucher einzuwirken, daß die Räume ohne Hast und Drängen verlassen werden.

Die zum Theaterdienst eingeteilten Polizeiangehörigen müssen den Zweck und die Einrichtung der technischen Schutzanlagen (eiserner Vorhang, Notausgänge, Lage der Feuerwehler und der Panik-Alarmanlage bei Theatern mit mehr als 400 Sitzplätzen usw.) kennen.

Im Zuschauerraum dürfen nur Sitzplätze, die fest miteinander verbunden sind und nach der genehmigten Sitzplatzanordnung vorhanden sein. Es ist **nicht stattd., Stühle zuzustellen.**

Die Kontrolle der Kinder und Jugendlichen ist ebenfalls durchzuführen. Ein besonderes Verbot des Theaterbesuches für Jugendliche ist in der Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend vom 10. 6. 1943 nicht enthalten. Für den Theaterbesuch durch Jugendliche gilt sinngemäß das gleiche wie für den Besuch von Lichtspiel-Vorführungen. In der Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend ist jedoch der Besuch von Varieté-, Kabarett- und Revue-Vorführungen für Jugendliche verboten.

Wann schreitet die Polizei während der Vorstellung ein?

a) Allgemeines.

Es gehört nicht zu den Aufgaben der Polizei, in die privatrechtlichen Beziehungen zwischen Theaterunternehmern und Theaterbesuchern einzugreifen. Die Theaterunternehmer und ihre Angestellten müssen ihre privaten Rechte dem Publikum gegenüber selbst durchsetzen, das gilt für die Platzanweisung, für Streitigkeiten über Abgabe und Unterbringung von Garderobe usw. In diesen privatrechtlichen Beziehungen haben die Polizeiangehörigen keinen polizeilichen

Zwang auszuüben. Es ist als erstes Aufgabe der Theaterleitung, Ruhe und Ordnung im Theater aufrechtzuerhalten.

Bei Störungen der Vorstellung durch Theaterbesucher hat die Polizei also nicht ohne weiteres einzugreifen. Ihr Eingreifen hat sich auf die Angelegenheiten zu beschränken, in denen es nach allgemeinen polizeilichen Grundsätzen geboten ist.

Dieser Tatbestand ist z. B. gegeben, wenn das im Interesse der Sicherheit des Publikums bestehende Rauchverbot oder das Verbot des Stehens in den Gängen übertreten wird. Hierbei ist es allerdings zweckmäßig, zunächst das Aufsichtspersonal des Theaters zur Beseitigung des polizeiwidrigen Zustandes zu veranlassen.

Die Darbietungen der Theateraufführung sind auf besondere Anordnung zu überwachen. Der Polizeiangehörige ist jedoch verpflichtet, außergewöhnliche Vorkommnisse, z. B. Herabsetzung führender Personen, auf dem Dienstwege zu melden. Bei politischen, gegen die demokratische Ordnung oder die Besatzungsmacht gerichteten Demonstrationen, mögen sie von der Bühne oder aus dem Publikum kommen, ist unbedingt einzuschreiten. Die Provokateure sind, wenn irgend möglich, festzustellen und aus dem Theater zu entlernen, wenn nicht die Schwere des Falles Festnahme und weitere Bearbeitung durch die Kriminalpolizei angezeigt erscheinen läßt. Meldung auf dem Dienstweg ist in derartigen Fällen, wie bereits erwähnt, stets zu erstatten.

b) Auf Ersuchen des Theaterleiters oder seiner Angestellten.

Einem Ersuchen des Theaterleiters oder seiner Angestellten um Unterstützung ist dann zu entsprechen, wenn einer der vorstehenden Tatbestände vorliegt, insbesondere, wenn bei strafbaren Handlungen die Feststellung der Personalien von Theaterbesuchern oder sogar die Entfernung von Besuchern aus dem Theater notwendig wird.

Der Theaterbesucher hat einen vertraglichen Anspruch auf Verweilen im Theater während der Vorstellung. Der Hausherr (Theaterleiter) hat nur dann das Recht, den Theaterbesucher schon vor Schluß der Vorstellung aus dem Theater zu verweisen, wenn er sich ungebührlich verhält und dieses Verhalten trotz Aufforderung zur Ruhe fortsetzt. In diesem Falle verweilt der Besucher „ohne Befugnisse“ im Theater und macht sich des Hausfriedensbruches schuldig. Hier ist dann ein polizeiliches Einschreiten und eine zwangsweise Entfernung des Besuchers berechtigt.

Über die Maßnahmen bei gegen die Demokratie gerichteten Demonstrationen durch Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen wurde schon gesprochen. Als ungebührlich sind derartige Äußerungen jedoch auch dann anzusehen, wenn besondere Umstände sie als strafbare Handlungen ohne politischen Hintergrund, z. B. groben Unfug, Hausfriedensbruch u. dergl. erscheinen lassen. Polizeiliches Einschreiten kommt daher auch in diesen Fällen in Frage.

Die zum Theaterdienst eingeteilten Polizeiangehörigen sollen im Theater dem Publikum gegenüber besonders zuvorkommend und hilfsbereit sein. Bei Übertretungen polizeilicher Vorschriften (Rauchverbot usw.) ist der Besucher, in höflicher Weise auf das Verbot aufmerksam zu machen.

Die Stärke der zum Theaterdienst einzuteilenden Polizeiangehörigen richtet sich in den meisten Fällen nach Größe und Umfang des Theaters. Es erscheint ratsam, daß die zum Theaterdienst eingeteilten Polizeiangehörigen ihren Dienst mit Waffen versehen, um bei evtl. Übergriffen oder Überfällen auf die Garderoben usw. diese sofort abwehren zu können.

Durch genaue Ausführung des Theaterdienstes zeigt die Polizei, daß sie diesem verantwortungsvollen Dienst gewachsen ist.

Das Kind im Straßenverkehr

Von Pol.-Oberwachtm. Seibelt, K. P. A. Quedlinburg

Wenn in der diesjährigen Verkehrserziehungswoche das Kind im Straßenverkehr, wie schon in den Vorjahren, ganz besonders angesprochen wurde, so deshalb, weil noch immer ein erheblicher Prozentsatz aller Verkehrsunfälle auf Unachtsamkeit und Leichtsin'n von Kindern zurückzuführen ist. Zur Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr werden weiter alljährlich in den Schulen Vorträge mit genügend Bild- und Anschauungsmaterial gehalten, um den Kindern die Gefahren des Straßenverkehrs vor Augen zu führen. Aber ein wichtiges Bindeglied zum vollen Erfolge aller dieser Maßnahmen fehlt hierbei. Nämlich das Vertrauen des Kindes zur Polizei. Man wundert sich immer wieder, daß ein großer Teil der Kinder vor dem Polizeiangestellten Angst hat. Wo liegt die Ursache für dieses Verhalten des Kindes. Oft liegt es an der falschen Erziehung durch die Eltern. Immer wieder kann man auf der Straße hören, daß eine Mutter zu ihrem Kinde sagt: „Wenn du nicht artig bist, sage ich es dem Schutzmann!“ „Kinder haben einen Schutzengel, der sie behütet“, sagt man allgemein. Wir Polizeiangestellte wollen uns bemühen, tatsächlich dieser Schutzengel des Kindes zu sein; deshalb berührt es uns stets, wenn die Mutter dem Kinde mit uns droht.

Auf der anderen Seite liegt es auch daran, daß der Polizeiangestellte es nicht versteht, die Kinder richtig zu behandeln. Wir müssen uns in die Gedankenwelt des Kindes mehr als bisher hineinversetzen, um von dem Kinde verstanden zu werden. Das Kind muß spielen, und es denkt niemals an die Folgen seines Spieles. Was ihm gerade gefällt, das tut es, auch wenn sein Tun einem Erwachsenen unverständlich erscheint. Es lebt dem Augenblick und handelt instinktiv. Das Kind erwartet, daß seine Umwelt sich seinen Gedankengängen anpaßt. Deshalb würde ein Kind, das bei irgendeiner Fahrlässigkeit erlappt wird, es niemals verstehen, wenn ihm der

Polizeiangestellte sogleich ernste Vorwürfe macht. Es erwartet von ihm Hilfe in seiner augenblicklichen Not, keine Vorwürfe. Vorwürfe würden in dem Kinde gerade das vernichten, was wir brauchen, nämlich das Vertrauen zur Polizei.

Jeder Polizeiangestellte sollte daher gegen Kinder erst dann einschreiten, wenn es unbedingt erforderlich ist, und sie dann nur unter Hinweis auf die ihnen drohenden Gefahren in väterlich wohlwollender Weise ermahnen.

Im Gegensatz dazu muß aber gegen Kinder und besonders gegen halbwüchsige Jugendliche, die nicht mehr kindliche Spiele, sondern offensichtlich Böswilligkeiten betreiben, z. B. mit Steinen nach Fensterscheiben werfen, ältere oder gebrechliche Leute verulken oder belästigen usw., mit aller Strenge eingeschritten werden. Diese Burschen sollten stets zur Wache mitgenommen werden. Einmal wirkt dies abschreckend auf gleichgesinnte Jugendliche und dann wird es auch, wenn es sich nicht gerade um einen ganz verstockten Burschen handelt, schon eine Strafe für ihn sein, wenn dann noch, vorausgesetzt, daß es sich um vernünftige Väter oder Mütter handelt, einer von diesen seinen Sprößling selbst abholen muß. Dann steht zu erwarten, daß eine sofortige Strafe seitens des abholenden Elternteils die Wirkung noch vervollständigt.

Sehen die Eltern das Verschulden ihres Sprößlings nicht ein, was leider auch der Fall ist, dann sollte ihnen der Reviervorsteher in Gegenwart des Kindes eindeutig klar machen, daß, wenn keine Besserung eintritt, behördliche Erziehungsmaßnahmen einsetzen müßten. Das Tun und Treiben dieser Halbwüchsigen kann nicht mehr mit kindlichem Unverstand entschuldigt und geduldet werden.

Die Polizei braucht das Vertrauen des Kindes, um es vor den Gefahren der Straße bewahren zu können, sie soll aber niemals zum Kindernarr werden.

POLIZEILICHE FRAGE-ECKE

Einspruchsfristen gegen Ordnungsstrafbescheide

Im Laufe einer Diskussion wurde über den § 29 der Preisstrafrechtsverordnung vom 3. Juni 1939 in der Fassung vom 26. 10. 1944 gesprochen.

In diesem steht folgendes: „Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung des Strafbescheides bei der Behörde, die den Strafbescheid erlassen hat, schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift zu erklären. Durch die Einlegung bei der Beschwerdebehörde wird die Frist gewährt.“

Als Beispiel führe ich folgenden Fall an:

Am 1. 10. 1948 bestätigte der Beschuldigte auf der Postzustellungsurkunde den Empfang des Ordnungsstrafbescheides. Der erste Einspruchstag ist somit der 2. 10. 1948. Am 6. 10. 1948 schreibt der Beschuldigte, der 15 km von der Kreisstadt entfernt wohnt, die Beschwerde und schickt sie an das KPA, die dann am 10. 10. 1948 im Kreispolizeiamt eingeht.

Der letzte Tag der Einspruchsfrist war aber der 8. 10. 1948. Ist der Stempel der Briefaufgabe beim Postamt oder der Eingang im Kreispolizeiamt maßgebend?

Ich bitte, diese Frage in der Polizeilichen Frage-Ecke zu beantworten.

Heinz Gierth, Obersekretär,
Kreispolizeiamt Großenhain

Unsere Antwort:

Eine Beschwerde auf Grund des § 29 der Preisstrafrechtsverordnung muß am letzten Tage der Frist von einer Woche, also am gleichgenannten Tage der folgenden Woche oder, wenn dieses ein Sonn- oder Feiertag ist, am Tage nachher bei der Behörde, die den Strafbescheid erlassen hat, oder bei der Beschwerdebehörde eingehen. (Schütz, Preisstrafrecht, Berlin 1942 § 29 Anmerkung 85.) Die Aufgabe zur Post innerhalb der Beschwerdefrist genügt nicht. Gemäß § 25 der Preisstrafrechtsverordnung finden aber bei Versäumung einer Frist die §§ 44 ff. StPO Anwendung, nach denen die sogenannte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand möglich ist, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. In dem geschilderten Falle wird man allerdings eine Wiedereinsetzung wohl nur dann annehmen können, wenn der Beschuldigte nachweist, daß es auf einem solchen Zufall, also z. B. auf Krankheit, beruht, daß die Beschwerde erst am 6. 10. geschrieben wurde, da bei den heutigen schwierigen Verkehrsverhältnissen jedermann damit rechnen muß, daß die Post länger als in normalen Zeiten unterwegs ist.

NACH DEM DIENST

Sport und Geschäft in den USA

Von Adolf Lemke, Potsdam

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ist zugleich das Land der Exzentrizität, in welchem man auf allen Gebieten des Lebens das Extreme liebt, das Außergewöhnliche, das grenzenlos Übertriebene. Die Rekordsucht gleicht dort einem Rekordwahnsinn. Liest man z. B. von einem Amerikaner, daß er 40 Tage lang oben auf einem Flaggenmast gesessen hat und diese Leistung als Rekord betrachtet — so wird man bald hören, daß sich ein anderer Rekordanwärter bereit erklärt, den Versuch zu unternehmen, 41 Tage lang auf demselben Flaggenmast zu sitzen.

Dieser Rekordwahnsinn ist eine natürliche Folge der amerikanischen Gesellschaftsordnung, eine natürliche Folge der „Jagd nach dem Dollar“; — denn einen Rekord besitzen heißt Popularität und Publizität genießen — es bedeutet Aufstiegsmöglichkeiten, Berufsartistentum, Engagement für Theater, Varieté und Zirkus — ja selbst aus Hollywood winken Filmangebote — die gesellschaftlichen Schranken fallen — der „up start“ (Emporkömmling) wird in die „High Society“ (höheren Gesellschaftskreise) aufgenommen.

Nur ein Beispiel von Tausenden: Jack Dempsey, (sein richtiger Name war William Harrison) lief in seiner Jugend von einer Farm fort, da ihm die Landarbeit nicht gefiel und er führte längere Zeit das Dasein eines Landstreichers. Später als Hafendarbeiter prügelte er sich einmal in einer Spelunke mit Seeleuten — er fand Interesse an dieser Schlägerei — lernte Boxen — wurde Berufsboxer — langsame Aufstieg — später gewinnt er die Boxweltmeisterschaft. Nun ist es nicht mehr weit zum Enderfolg. Dempsey heiratet die Filmschauspielerinnen Estele Taylor — erhält selber auch Filmangebote und später als Veranstalter großer Sportunternehmen, Besitzer von Clubs, Hotels usw. verfügt er bald über ein Einkommen von mehreren Millionen Dollar jährlich. Man sieht also, Dempsey war nicht nur ein sehr guter Sportsmann, sondern ebenfalls ein sehr guter Geschäftsmann. Gegen das erstere ist auch gar nichts einzuwenden — und ich persönlich schätze Jack Dempsey als Sportsmann durchaus, denn mir ist bekannt, daß Millionen Sportler (zu denen ich selber auch gehörte) dem Boxer Dempsey begeistert zujubelten.

Doch ändert das nichts an der Tatsache, daß Sport und Geschäft zwei Dinge sind, die eigentlich nichts miteinander gemein haben sollten — doch dies werde ich in meinen folgenden Ausführungen noch klarer zum Ausdruck bringen.

Wenn Babe Ruth, der amerikanische Baseballkönig für ein Autogramm 50 Dollar forderte — und Tausende Autogrammjäger gern diesen Preis zahlten — so kann man nicht umhin festzustellen, daß Sport und Geschäft in Amerika bei allen, die damit zu tun haben, eine besondere Mentalität entwickelt.

Etwas komisch mutet es auch an, wenn man hört, daß ein bekannter Fußballspieler, der in einem amerikanischen Gefängnis eine Freiheitsstrafe verbüßte auf Antrag seines Sportclubs gegen Stellung einer Kaution Urlaub erhielt, um für seinen Club an einem Fußballspiel teilzunehmen.

Desgleichen erhielt ein Ex-Boxmeister, der sich im Zuchthaus befand, die Erlaubnis, dem Kampfe Dempsey—Tunney im Juni 1927 in New Jersey beizuwohnen. Er hatte sogar Ringplatz — und wurde von zwei Polizisten bewacht. (Ob dieselben wohl auch Boxer waren??)

Geschäftstüchtig war auch der amerikanische Hutfabrikant, der auf die „smarte“ Idee kam, einen Strohhut zu fabrizieren in dessen Seidenfutter ein Photo nebst Autogramm von Jack Dempsey verewigt war. Doch Dempsey war nicht minder smart als der Hutfabrikant, denn er ließ sich für das „trademark“ (Warenzeichen) „Dempsey-Hut“ die Summe von 10 000 Dollar bezahlen.

Die Riesensummen, die in den USA von Berufssportlern verdient werden, kann man nicht mit europäischem Maßstab vergleichen. Beim Kampf Dempsey—Tunney war z. B. eine Einnahme von über 2 Millionen Dollar zu verzeichnen. Hier taucht nun die Frage auf: „Wir wirkt sich dieses Berufssportlerturn auf die amerikanische Jugend aus?“ Selbstverständlich erliegt die Jugend dem Einfluß ihrer

großen Vorbilder und sie wünscht nichts sehnlicher als den prominenten Berufssportlern nachzueifern. Wie aber kann sie dieses erreichen? Etwa, indem sie einfach Sport betreibt oder mehrere Sportarten zugleich? Nein, niemals! Der amerikanische Spitzenkämpfer kennt keine Universalität, (mit Ausnahmen natürlich) er ist Spezialist durch und durch; er hat sein ganzes Tun und Trachten nur auf ein Ziel, nur auf eine Leistung eingestellt; in dieser Leistung dominiert er, er ist Champion und in seinem Fach nicht zu schlagen — aber in allem andern ist er ein Stümper.

Nun die Folge davon, die Jugend muß sich ihren großen Vorbildern getreu auch einseitig bilden, ihre Kraft nur auf einen Punkt konzentrieren. Sie betreibt den Sport nicht als Zeitvertreib, sie betreibt ihn auch nicht aus Gründen der Körperkultur. Nein, die Jugend in den USA betrachtet den Sport nur als Mittel zum Zweck, um zum Ziel zu gelangen. Und so betreibt man den Sport nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch. Man lebt nur für den Sport (alles andere ist Nebensache). Man stellt sein Dasein vollkommen in den Dienst des Sports — mit einem Wort — man betreibt „totalen Sport“. Dieser Begriff besagt soviel, wie alle geist-



Eine von vielen
Von Mecklenburg bis West-Berlin
reist oftmals Jungter Bolle,
und stets mit „kleinem Handgepäck“
ging's glatt bei der Kontrolle. —
Bis endlich sie durchleuchtet ward,
so harmlos sie auch blickte. —
Ein Urteil sühnt gerecht und hart:
die Wirtschaftsstraft delikte.

gen und körperlichen Kraft durch Erziehung zur Erreichung nur eines Zieles einzusetzen — und im Sport ist dieses die Höchstleistung, der Rekord oder die Meisterschaft. So ist es wohl klar ersichtlich, daß der amerikanische Elitesportsmann nicht nur ein Praktiker und Theoretiker ist — nein, in seinem speziellen Sportfach ist er ein Wissenschaftler.

Die Arbeitersportorganisationen in den USA sind sehr schwach, dagegen die bürgerlichen Sportverbände haben ein riesiges Ausmaß. Großkapitalisten wie Ford, Rockefeller, Morgan usw. geben jährlich etliche Millionen Dollar Zuschüsse an die bürgerlichen Sportorganisationen, um den Arbeiter, der seine Freizeit mit Sport ausfüllt, keine Zeit zur politischen Tätigkeit zu lassen. Die Sportclubs in Amerika sind sehr luxuriös eingerichtet und es gibt kaum eine Sportart, die dort nicht betrieben wird. Das Amateursportleben spielt sich hauptsächlich auf den Universitäten ab — und in den Riesencamps der YMCA (Young Men's Christian Association), Vereinigung Junger Christlicher Männer. Die YMCA hat im Grunde nichts mit Christentum zu tun — sie ist eine reine Sport- und Kulturorganisation, die in allen englischsprachigen Ländern ihre Clubs hat.

Obwohl die Angloamerikaner als eifrige Kirchenbesucher bekannt sind, darf man deren Religiosität nicht zu streng nehmen — was sich natürlich auch auf die Mitglieder der YMCA bezieht.

Hierfür möchte ich nur ein Beispiel anführen. Im Jahre 1929 anlässlich einer Boxkampfveranstaltung, die vom Sportclub YMCA in Montreal durchgeführt wurde, fungierte ich als Ringrichter. Die Boxkämpfe fanden in einer Dorfkirche statt — und anschließend wurde dort getanzt.

In den großen Städten der USA, Kanadas, Australiens, Englands usw. sind die Clubgebäude der YMCA wahre Prachtbauten, die man in ihrer fashionablen Art mit den bekanntesten Hotels „Ritz-Carlton“ vergleichen könnte. Für jede der zahlreichen Sportarten, die dort betrieben werden, sind spezielle Trainingsräume vorhanden, die mit den technisch vollkommendsten Geräten ausgestattet sind. Besondere Trainer für jede Sportart, eine Rennbahn (für Läufer) auf dem Dach des Gebäudes, ein großes Schwimmbassin, einige Dutzend Brauseduschen, Bühnen für Theateraufführungen, Kegelbahnen, Billardsäle, Konzertraum, Bibliothek, Schreibzimmer, Aufenthaltsraum mit allen Tageszeitungen u. s. f. Den Mitgliedern stehen alle kulturellen Einrichtungen ihres Clubs zur Verfügung, sie können an den verschiedensten Kursen teilnehmen, Fremdsprachen erlernen, verbilligte Theaterkarten erhalten — ja selbst ein besonderes Büro wird vom Sekretariat des Clubs unterhalten, um fähigen Mitgliedern bessere Stellungen zu verschaffen. Oft genügt eine Empfehlung vom Leiter des Clubs, um eine gute Anstellung zu bekommen.

Wer dieses hier liest, muß tatsächlich den Eindruck gewinnen, als wenn das Clubleben der amerikanischen Amateursportler ein Paradies auf Erden sei. Leider hat aber jedes Ding zwei Seiten — und oft sehen wir nur die Sonnenseite. Es ist aber notwendig, auch die Schattenseite zu betrachten. Wenn man nun also ergänzend anführt, daß in der YMCA eine versteckte Hetze gegen die Sowjetunion gemacht wird, — daß im Aufenthaltsraum der Clubs wohl eine große Anzahl von Tageszeitungen ausliegen, aber nicht eine Arbeiterzeitung, — daß in der Bibliothek sämtliche Klassiker vom Altertum bis zur Neuzeit zu lesen sind, aber nicht ein sozialistisches Buch, daß jedes Mitglied bespitzelt wird und wenn er sich nicht in den von der Leitung der YMCA gewünschten Rahmen einfügt, er mit Boykott rechnen kann — oder er wird (ohne zu wissen warum, von seiner Arbeitsstelle plötzlich gekündigt, denn die YMCA hat einen sehr langen Arm — sie kann jemanden zum schnellen Aufstieg verhelfen, ihn aber noch viel schneller ruinieren. Wenn man all dieses, hier nur kurz angeführte, auch erkennt, weiß man schon, wie das wahre Gesicht der amerikanischen Philanthropen aussieht.

Aus den Reihen der Amateursportler treten viele der Besten zum Berufssport über. Im Laufe der Zeit ihres Professionalturns kann man einen Rückgang ihrer sportlichen Leistungen konstatieren. Warum wohl? Das Publi-

zium legt keinen Wert auf materielle sportliche Leistungen, sondern eher auf sensationelle Darbietungen. Der Berufssportsmann, der als ehemaliger Amateur Weltrekorde aufstellte, wird bald erkennen, daß weit geringere Leistungen, verbunden mit etwas „Kulissenzauber“ ihm bei den Zuschauern mehr Beifall einbringen als seine ehemaligen realen Amateurleistungen. Darum muß der Professionalathlet wohl oder übel mit Bluff arbeiten, sich auf Tricks einstellen, — denn das Publikum will nun einmal betrogen sein. Somit trifft man wohl den Nagel auf den Kopf, wenn man sagt, daß **der amerikanische Berufssportler nicht in erster Linie Sportsmann sondern Schauspieler ist** (sozusagen sportlicher Schauspieler). Die Karriere und das Einkommen eines Berufssportlers in den USA hängen nicht nur von der Gunst des Publikums ab und häufig von der Menge der Zuschauer, sondern natürlich auch von seinem Arbeitgeber, dem Sportveranstalter. Nicht immer braucht der Champion im Berufssport auch in Wirklichkeit der beste Sportler zu sein. Auch ein zweit- oder drittklassiger Berufssportsmann kann Sieger über einen Champion werden — wenn es sein Manager wünscht. Wozu hat man denn Propagandafachleute, Presse und Rundfunk — und einen unbekannteren Sportsmann künstlich ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu bringen, nennt man einen Champion „machen“. Der italienische Meisterboxer Primo Carnera war auch ein gemachter Champion, der in einem ersten Kampf gegen Boxer von Klasse keine Chancen gehabt hätte. Aber es spielen Umstände mit, wie Gunst des Publikums, Wetten und Verdienst der Sportveranstalter — darum geht es zu wie beim Pferderennen, — und nicht nach dem Motto des in den USA vor 60 Jahren lebenden Meisterboxers J. L. Sullivan, „may the better man win“ (Möge der bessere Mann siegen!) Der wirklich gute Berufssportsmann wird also, wenn er sich weigert, die Schiebungen der großen Sportunternehmen mitzumachen, boykottiert bzw. auf die Schwarze Liste gesetzt. Er bekommt kein Engagement mehr, denn es wird sich niemand finden, der ihn vermittelt. Diesem Boykott war der Negerboxer Jack Johnson ausgesetzt. Obwohl er boxerisch von solch hervorragender Klasse war, daß es auch nicht annähernd einen ernstesten Gegner für ihn gab — wurde er durch brutale Gewalt gezwungen, seinen Titel einem weißen Amerikaner abzutreten. Ja, man ging noch weiter, indem man Jack Johnson wirtschaftlich ruinierte und ihn auf Grund falscher Anschuldigungen ins Zuchthaus brachte. Ein Sieg der weißen Rasse über die schwarze Rasse! Es gibt also, außer der amerikanischen Lynchjustiz, der schon unzählige Neger in den USA zum Opfer fielen, auch noch andere Methoden, die „Herrschaft der weißen Rasse“ aufrecht zu erhalten.

Doch andererseits bedienen sich die Amerikaner gerne der Schwarzen, wenn sie selber keine Könner aufzuweisen haben. Ich erinnere nur an den schwarzen Wunderläufer Jesse Owens, der auf der Olympiade 1936 4 Goldmedaillen errang — oder an den unvergeßlichen Joe Louis, der im Jahre 1938 das „germanische Idol“, den „Typus des arischen Menschen“, Max Schmeling, in zwei Minuten knock-out schlug. Der Höhepunkt war dann, als Joe Louis einen Tag nach seinem Sieg über Schmeling eine Broschüre herausgab, die den Titel „Mein Kampf“ trug. Hitler, der sich einbildete, das „copyright“ (Urheberrecht) für diesen Titel zu besitzen, ließ Louis verklagen — aber der Negerboxer gewann auch diesen Kampf.

Amerika, „God's own country“ (Gottes eigenes Land) ist ein Sammelbecken vieler Nationalitäten. Es hat viele Kräfte aufgesogen und sie verwertet. Der Sport hat dort eine ungeahnte Höhe erreicht und man hat in meisterhafter Weise verstanden, alle Vorteile hierzu auszunutzen. Doch über alles steht die Jagd nach dem Dollar — denn die 60 Familien, Herren der Wallstreet, sind die Herrscher in den USA — und ihnen hat sich auch der Sport, der nur ein kleines Teilgebiet ihrer Einflußsphäre ist, unterzuordnen. Wenn man den Sport in den USA von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, muß man also logischerweise zu der Schlußfolgerung kommen, daß immer dort, wo die Interessen des Kapitals mit dem Sport zusammentreffen, der Sinn des Sports und die Moral der Sportler Schiffbruch erleiden — denn Sport und Geschäft vertragen sich nicht miteinander.

Die Volkspolizei, Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Dünow. Verlag: Verlag für Polizei-Fachliteratur G. m. b. H. Verlag und Redaktion: Berlin-Wilhelmsruh, Fontanestraße 23. Bankverbindungen: Berliner Stadtkontor. Bezirksbank Pankow, Breite Straße 19, Nr. 7548. Postscheckkonto Berlin Nr. 81 234. „Die Volkspolizei“ erscheint monatlich einmal. Einzelheft 0,60 DM zuzüglich Zustellgebühren. Veröffentlicht unter Lizenznummer 393 der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. Druck: (40) Berliner Druckhaus GmbH. (vorm. Stritzke & Rothe, Berlin.

..Auf nach Bizonien!..

Von Polizeiwachtmeister Max Krusch und
Heinz Deckert, Malchow

Wenn du im Osten was ausgefressen,
dann brauchst du nicht zu verzagen.
Du brauchst dann nur nach Bizonien zu gehen,
um dort deinen Kummer zu klagen.
Erzähle dort etwas, ganz gleich, was du sagst,
die Hauptsache ist, daß du schimpfst und klagst:
wie die Menschen hier sind fast am Verhungern,
wie Tausende erwerbslos in den Straßen herumlungern.
Erzähl' ihnen dreist vom Zweijahrplan,
daß er schon gescheitert, noch eh' er fing an,
daß die Menschen verfolgt und gefoltert werden.
sag' ihnen, hier sei die Hölle auf Erden.
Denn drüben brauchen sie Kerle wie dich,
um hetzen zu können gegen jeden, der sich
einem neuen Kriege entgegenstemmt
und die Wiederkehr des Faschismus hemmt.
Drum schwinde herunter den Mond und die Sterne,
denn du bist ja in unerreichbarer Ferne. —
Doch wir, wir sagen mit lächelndem Munde:
Wir trauern nicht um solche Schweinehunde.
Banditen wie du können gerne verreisen.
Wir aber werden durch Taten beweisen,
daß des befreiten Volkes Kraft
ein neues, ein besseres Deutschland schafft.



Verlag für Polizei-Fachliteratur G m b H

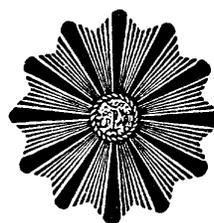
Die

Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

INHALT:

	Seite
Dr. h. c. Kurt Fischer:	
1. Mai 1949	1
Die Losungen der Volkspolizei zum 1. Mai	3
A. Alexejenko:	
Ein Tatsachenbericht aus der britischen Zone	3
Hermann Dünow:	
Unsere Wandzeitung	5
H. Weidlich:	
Der alte Geist zum gleichen Zweck	6
Walter Krenzke:	
Mehr Wachsamkeit	8
Senff:	
Das Größenverhältnis zwischen Ein- und Ausschußwunden	9
Janke:	
Ein eigenartiger Vergiftungsfall	9
Stepanek:	
Die Rasierklinge	10
Gesetz und Recht	
Die rechtliche Seite des Falles Max Reimann	11
Polizeiliche Frage-Ecke	
Entziehung der Fahrerlaubnis	12
Ist die Polizei verpflichtet Zeugengebühren zu zahlen?	12
Das Kaliber der Schußwaffe	12
Sport und Körperschulung	
Adolf Lemke:	
Kleine Schule der Polizeigriffe	13
Unser Sportbericht	
Ernst Dunskus:	
Warum Schachspiel in der Volkspolizei?	15
Kulturelles Leben	
Maxim Gorki:	
Eine Mai-Demonstration im zaristischen Rußland	16
Kurt Schifner:	
Berliner Mailied 1949	17



2. Jahrgang Nummer 5
BERLIN / APRIL 1949

Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH / E



Der Umsicht und Wachsamkeit des Kommandeurs einer Grenzbereitschaft, **Oberpolizeirat Stock**, ist es zu verdanken, daß in der ihm unterstellten Einheit der Volkspolizei vorbildliche Disziplin und gute Dienstauffassung und Dienstausbübung herrschen. In einer mit großem Geschick geleiteten Untersuchung gelang es ihm, im Kampf gegen das Schiebertum einen großen Erfolg zu erringen. Oberpolizeirat Stock wurde durch eine Belobigung des Präsidenten der DVdI und durch eine Prämie ausgezeichnet.

Für hervorragende Bewährung bei der Unschädlichmachung einer 7-köpfigen Verbrecherbande, die sich zum Schrecken der Umgebung von Neu-Bukow entwickelt hatte, wurden die **Polizeioberwachmeister Droschinski und Ollhof** durch öffentliche Belobigung und Aushändigung einer Prämie ausgezeichnet.

Am 10. März 1949 lief ein mit Zucker beladener Kühlwagen brennend auf dem Bahnhof Pasewalk ein. Die Bahnpolizeiangehörigen **Oberwachmeister Arthur Storbeck, Wachmeister Kurt Kulik, Rudolf Dähn, Kurt Massow und Günter Schwarz** der Eisenbahnpolizeiabteilung Greifswald waren sofort zur Bekämpfung des Feuers und zur Bergung der wertvollen Zuckerladung zur Stelle. Durch ihre Entschlossenheit gelang es teilweise unter Lebensgefahr, während der Löscharbeiten 82 Sack Zucker dem Feuer zu entreißen und weitere 15 Sack Zucker, die bereits brannten, zu bergen. Die mutigen Volkspolizisten wurden mit einem Sonderurlaub ausgezeichnet.

Bei einem Gefangenentransport von Waldheim nach Döbeln sprang ein Häftling aus dem fahrenden Zug. Obwohl der Zug mit einer Geschwindigkeit von etwa 40 km fuhr, sprangen die **Hauptwachmeister Fritz Walther und Walter Türke** vom Polizeipräsidium Dresden aus dem fahrenden Zug und nahmen die Verfolgung des Entsprungenen auf. Trotzdem Hauptwachmeister Türke beim Sprung Verletzungen erlitt, gelang es, den Flüchtenden zu stellen und ordnungsgemäß abzuliefern. Beide Volkspolizisten wurden mit einer Belobigung ausgezeichnet.

Desgleichen wurde der **Polizeianwärter Fritz Wißmach**, Polizeipräsidium Dresden, mit einer Belobigung ausgezeichnet, weil es ihm gelang, auf dem Schwarzen Markt eine Person festzunehmen, die mit Interzonenpässen handelte.

Die Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

2. JAHRGANG

BERLIN, APRIL 1949

NUMMER 5

1. MAI 1949

Von Dr. h. c. Kurt Fischer, Präsident der DVdI

Am 20. Juli 1889 faßte der Internationale Arbeiterkongreß in Paris den Beschluß, alljährlich an einem bestimmten Tage in allen Ländern der Erde Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen. In Ausführung dieses Beschlusses wurde, beginnend mit dem Jahre 1890, der 1. Mai zum Kampftag der Werktätigen für internationale Solidarität, für den Frieden und für soziale Gerechtigkeit.

Fast 6 Jahrzehnte sind seitdem vergangen, in denen die Millionennmassen der Werktätigen in allen Ländern der Erde am 1. Mai für den Frieden und für ihre sozialen Forderungen in mächtigen Aufmärschen demonstrieren. In diesem Jahr fällt der 1. Mai nun in eine außerordentlich gespannte Situation. Vier Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, der mehr als 30 Millionen Menschen hinraffte und Not und Elend in unbeschreiblichem Ausmaß über die Völker der Erde brachte, erhebt sich wiederum das Geschrei der Kriegsbrandstifter nach einem neuen Weltgemetzel. Der wahnsinnige Versuch des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erobern, soll nach dem Willen einer zahlenmäßig schwachen, ihrem Einfluß nach aber mächtigen Clique von Monopolkapitalisten von den Vereinigten Staaten Nordamerikas wiederholt werden. Der unter Bruch aller Verträge mit der Sowjetunion am 4. April in Washington unterzeichnete Nordatlantikkpakt ist der klarste Beweis dafür, daß die gewissenloseste Aggression der Weltgeschichte, der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder mit sturer Verbissenheit vorbereitet wird. Noch ist das Leid und die Trauer der Frauen und Kinder über ihre vom Krieg gemordeten Angehörigen nicht verstummt, noch ragen in allen vom Kriege betroffenen Ländern die Ruinen zerstörter Städte in die Luft, und schon sind verbrecherische Elemente am Werk, die Katastrophe einer neuen, noch umfassenderen Zerstörung über die Menschheit zu bringen.

Die Werktätigen der Welt aber wollen keinen Krieg. Besonders die Arbeiterschaft macht, getreu ihrer jahrzehntelangen Tradition, entschlossen Front gegen die Kriegshetze und verkündet am diesjährigen 1. Mai den Kriegshetzern der Welt: **Wir wollen nicht nur keinen neuen Krieg, sondern wir werden ihn auch zu verhindern wissen.** In Anlehnung an die Sowjetunion formieren sich die fortschrittlichen Kräfte der Welt zur mächtigen Front des Friedens, die die Kriegspläne des anglo-amerikanischen Imperialismus zunichte machen werden.

Der Ruf Karl Liebknechts auf dem Potsdamer Platz in Berlin am 1. Mai 1916, mitten im Toben des ersten Weltkrieges: „**Nieder mit dem Krieg!**“ ertönt aus dem Munde von Millionen Werktätiger in allen Ländern des Erdballs, wird von weiteren Millionen aufgenommen, und vereinigt sie im entschlossenen Willen, den Kriegshetzern in den Arm zu fallen und den Frieden zu erkämpfen. Der Weltfriedenskongreß in Paris war eine ausdrucksvolle Demonstration der Stärke der Friedensfront.

Zugleich aber lassen die Werktätigen keinen Zweifel daran, auf welcher Seite sie aktiv in den Kampf einzugreifen gewillt sind, wenn die USA, getrieben vom Profit- und Machtstreben ihrer Monopolisten und Konzernherren, den Kriegsbrand entgegen dem Willen der Völker entfesseln sollten. Die bekannten Erklärungen der Führer der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Englands, der USA, Dänemarks, Chinas und anderer Länder sind eine eindringliche Warnung an alle, die es angeht. Das Politbüro der SED veröffentlichte am 2. März eine Erklärung, in der es heißt:

„Die Sowjetunion ist kein Aggressor, sondern die stärkste Friedensmacht der Welt. Das Politbüro der SED ruft deshalb das deutsche Volk auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegshetze und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetunion in der Herbeiführung des Friedens unterstützen.“

Die Erhaltung des Friedens ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Die gewaltigen Aufmärsche und Kundgebungen am 1. Mai werden darum vor allem im Zeichen des Kampfes um den Frieden stehen. Der Friede wird aber nicht gesichert sein, solange im Herzen Europas ein zerrissenes, in Zonen, Ländern und Länd-

chen gespaltenes Deutschland besteht, dessen westliche Teile in das Stützpunktsystem der Westmächte einbezogen sind, dessen wichtigstes Industriezentrum, das Ruhrgebiet, nicht dem Aufbau der eigenen Friedenswirtschaft, sondern der Kriegsrüstung der westlichen Besatzungsmächte dient, und dessen Bevölkerung das Kanonenfutter für die anglo-amerikanischen Weltherrschaftspläne stellen soll. Ein **einheitliches demokratisches Deutschland** dagegen wird diesen die Lebensinteressen des deutschen Volkes bedrohenden Plänen einen wichtigen Faktor entziehen und die friedliche Entwicklung sichern. Gerade darum aber wird die Einheit Deutschlands nur im schärfsten Kampf aller demokratischen Kräfte, die sich um eine die Interessen der gesamten Nation vertretende Repräsentation sammeln, gegen die imperialistischen Spalter und ihre deutschen Helfershelfer erungen werden können.

Der **Deutsche Volksrat** erhob auf seiner 6. Tagung am 18. und 19. März in Berlin daher mit Recht und in vollem Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung seine Stimme für ganz Deutschland. Er sprach im Namen des ganzen deutschen Volkes, als er das Besatzungsstatut für Westdeutschland, das Ruhrdiktat und die in Bonn ausgearbeitete „Verfassung“ eines separaten deutschen Weststaates mit aller Schärfe verurteilte und dem gegenüber den Verfassungsentwurf der künftigen deutschen Republik annahm und zur Bestätigung an den dritten Deutschen Volkskongreß überwies.

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik . . . Die Farben der Republik sind schwarz-rot-gold. Die Hauptstadt der Republik ist Berlin. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

So lauten die ersten Sätze des Verfassungsentwurfs des Deutschen Volksrates. Dafür kämpfen die fortschrittlichen Kreise in allen Zonen und Ländern Deutschlands, und dafür werden die Werktätigen am 1. Mai ihre Stimme erheben.

Bis zur Erreichung dieses Zieles werden die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone aber nicht die Hände in den Schoß legen. Mit Eifer und unter breitester Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker ist der wirtschaftliche Neuaufbau, dessen Richtung und Ziel durch den **Zweijahrplan** bestimmt wird, unter Ausschaltung großkapitalistischer Sonderinteressen in Angriff genommen worden. Am 1. Mai werden die Werktätigen die von ihnen erzeugten Produkte dem ganzen deutschen Volk bei den Demonstrationen vor Augen führen und einen eindrucksvollen Überblick über die bereits jetzt unbestreitbaren Erfolge des friedlichen Wirtschaftsaufbaues geben.

So werden die Demonstrationen am diesjährigen 1. Mai im Zeichen des Kampfes um den Frieden, um die Einheit Deutschlands und um den wirtschaftlichen Neuaufbau stehen. Im Rahmen dieser Ziele hat die **Volkspolizei** besonders bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen:

Sie schützt und sichert gemeinsam mit allen Werktätigen die antifaschistisch-demokratische Ordnung vor den Schiefern, Spionen und Saboteuren der westlichen Imperialisten und des in ihren Diensten stehenden Ostbüros.

Sie schützt und sichert gemeinsam mit den Arbeitern die volkseigenen Betriebe und die MAS vor beabsichtigten und fahrlässigen Schädigungen.

Sie schützt und sichert gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften auf dem Lande die Gehöfte der Bauern, insbesondere der Neubauern, und die Erntevorräte vor Brand und Vergeudung.

Sie schützt und sichert den Güterstrom vor Diebstahl und Beraubung.

Sie schützt und sichert das Leben und Eigentum der Bürger vor verbrecherischen Elementen und vor den Gefahren des Straßenverkehrs.

Sie stärkt sich ständig selbst durch Verbesserung des demokratischen Bewußtseins, gewissenhafte Dienstausübung und Festigung der Disziplin.

Vor allem aber weiß sie, daß sowohl die großen Ziele des deutschen werktätigen Volkes als auch die besonderen Aufgaben der Volkspolizei nur in **engster Freundschaft mit der Sowjetunion**, dem Bollwerk des Friedens und der Demokratie, der stärksten Stütze für den Kampf um die Einheit Deutschlands und dem Helfer des wirtschaftlichen Aufbaus, sowie mit den volksdemokratischen Ländern, verwirklicht werden können.

Die Volkspolizei führt daher einen entschlossenen Kampf gegen jede Antisowjethetze, gegen die von dieser Hetze lebende und das Volk vergiftende Westpresse und stärkt überall die Erkenntnis, daß Friede, Einheit und Aufbau nur in engster Verbindung mit der Sowjetunion und den sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland möglich sind.

So tritt die Volkspolizei am 1. Mai frei und offen vor das werktätige Volk der sowjetischen Besatzungszone und bekennt sich zum gemeinsamen Kampf für die Zukunft unseres Volkes. Aus dem werktätigen Volk entstanden, verbindet sie sich aufs engste mit allen Werktätigen in Stadt und Land, um gemeinsam die Not des Volkes zu bannen und unseren Kindern eine bessere, friedliche Zukunft zu sichern. In diesem Sinne marschiert die Volkspolizei in den Demonstrationen des 1. Mai; in diesem Sinne wird sie nach dem 1. Mai ihre Aufgaben getreu dem vom werktätigen Volke erteilten Auftrag erfüllen.

Die Losungen der Volkspolizei zum 1. Mai

- Jeder Volkspolizist — ein Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands!
- Entlarvt die Saboteure der Einheit Deutschlands und des Friedens!
- Festigt durch vorbildlichen Dienst in der Volkspolizei die antifaschistisch-demokratische Ordnung!
- Der Volkspolizist verabscheut die westliche Lügenpresse!
- Verhindert das Eindringen der Westpresse in die Ostzone und den Ostsektor Berlins!
- Entlarvt die Agenten der imperialistischen Kriegshetze und des Ostbüros!
- Volkspolizisten! Schützt die antifaschistisch-demokratische Ordnung vor Schiebern, Spionen und Saboteuren!
- Jeder Volkspolizist ein politisch und fachlich hochqualifizierter Kämpfer für die Einheit Deutschlands und den Frieden!
- Es lebe die Volkspolizei!
- Werktätige und Volkspolizei Hand in Hand für die Erfüllung des Zweijahrsplanes!
- Für gewissenhafte Dienstausbildung!
- Für die Festigung der Disziplin!
- Seid höflich und hilfsbereit zu den Bürgern des Landes, zugleich aber korrekt bei allen Diensthandlungen!
- Keine unnötigen Opfer durch fahrlässige oder leichtfertige Dienstausbildung!
- Volkspolizisten, hütet eure Waffen, die euch die Werktätigen anvertraut haben!
- Kameraden der Grenzpolizei, sichert den friedlichen Aufbau! Verstärkt die Wachsamkeit gegen Schieber und Agenten!
- Kameraden der Bereitschaften, verbessert eure Einsatzbereitschaft durch eifrige Teilnahme an der Dienstkunde und den Ordnungsübungen!
- Kameraden der Schutzpolizei! Verseht noch besser den Posten- und Streifendienst! Erhöht die Sicherheit des Verkehrs durch vorbildliche Verkehrsregelung! Sorgt für reibungslose Abfertigung der Bevölkerung auf den Revieren und Ämtern!
- Kameraden der Kriminalpolizei! Verbessert euer fachliches Wissen!
- Kameraden der Eisenbahnpolizei! Bewacht noch sorgfältiger die Bahnanlagen und den Güterstrom! Eure Wachsamkeit sichert die gerechte Verteilung der Rohstoffe und Fertigwaren!
- Kameraden der Volkspolizei! Stärkt euer demokratisches Bewußtsein durch aktive Teilnahme an der Schulung! Vermehrt euer politisches Wissen! Werdet vorbildliche Volkspolizisten!
- Volkspolizisten, organisiert den Schutz der MAS!
- Volkspolizisten, schützt die volkseigenen Betriebe!

Ein Tatsachenbericht aus der britischen Zone

Von A. Alexejenko

Die englischen Besatzungsbehörden achten peinlich darauf, daß in der Presse ihrer Zone keinerlei Nachrichten über die dort geschaffene Geheimpolizei erscheinen. Es sichern aber Nachrichten durch, die eine Vorstellung davon geben, wie diese von den englischen Besatzungsbehörden geschaffene Polizei aussieht.

Zunächst ist festzustellen, daß die englischen Besatzungsbehörden aus der deutschen Polizei alle demokratisch gesinnten Menschen aus dem Volke beseitigen und sie durch ehemalige aktive Nazis, SS-Leute, Gestapagenten und Kriegsverbrecher ersetzen.

Die deutsche Polizei in der englischen Besatzungszone wird von der Abteilung für Öffentliche Sicherheit bei den englischen Besatzungsbehörden geleitet, die sich in Bünde (Westfalen) befindet. Faktisch stellt sie heute eine reguläre Polizeitruppe dar, die den englischen Besatzungstruppen angegliedert ist. Bei den Polizeiverwaltungen, den Polizeischulen, den kasernierten Polizeiformationen und anderen größeren Einheiten der Polizei wurden sogenannte **Kontrollstäbe** gebildet, die aus aktiven Offizieren des englischen Geheimdienstes bestehen. Den kleineren Polizeieinheiten (Reviere, Abteilungen usw.) sind englische Kontrolloffiziere zugeteilt, die dem englischen Kontrollstab unterstehen.

So liegt z. B. die Leitung der deutschen Polizei in Hamburg, die 5000 Mann stark ist, in den Händen des englischen **Obersten Hickson**, in dessen Kontrollstab ungefähr 100 englische Offiziere tätig sind.

Zur Ausbildung des Offizierkorps der Polizei wurde in der englischen Besatzungszone ein Netz von Militärschulen errichtet. Die zentrale Offizierschule, die im Gebäude der ehemaligen faschistischen Gendarmerieschule in **Hiltrup (Westfalen)** untergebracht ist, untersteht einem von **General Halland** geführten englischen Kontrollstab.

Die Lehrkräfte und die Absolventen dieser Schulen werden von den Engländern ausgewählt und bestätigt; die Lehrpläne und Programme werden von der Abteilung für Öffentliche Sicherheit bei der englischen Besatzungsarmee ausgearbeitet.

Sowohl in den Polizeischulen als auch außerhalb der Schulen steht die militärische Ausbildung in den Lehrplänen an erster Stelle. Die Formen und Methoden der Ausbildung sind aus der englischen Armee übernommen; ihr Ziel ist eindeutig die Vervollkommnung der militärischen Schulung und der ständigen Einsatzbereitschaft zur Unterdrückung eventueller „Volksunruhen“, zur Zerstreuung von Demonstrationen, zur bewaffneten Unterdrückung von Streiks usw. Zu diesem Zweck wurden besondere Kommandos geschaffen, die Sonderlehrgänge durchlaufen haben und jederzeit einsatzbereit sind. Für die Ausrüstung dieser Kommandos sind **besondere Waffenlager** vorhanden. In den Lehrplänen nehmen militärtaktische Ausbildung, Schießübungen am Maschinengewehr und dergleichen einen besonderen Platz ein. Zum Unterricht werden Offiziere der englischen Armee und des englischen Geheimdienstes herangezogen.

In der deutschen Polizei wurden der militärische Größ und militärische Strafen eingeführt. Die kasernierte Polizei ist mit Maschinengewehren, kleinen Kampfwagen, Granatwerfern und anderen schweren Waffen ausgerüstet.

Die zahlenmäßige Stärke der Polizei in der englischen Besatzungszone wurde beträchtlich erhöht. So wurde kürzlich allein die „Grenzpolizei“ um 5000 Mann verstärkt.

An den kürzlich im Gebiet Hamburg—Lübeck abgehaltenen Großmanövern der englischen Besatzungstruppen nahmen auch deutsche militärische Verbände, darunter auch Polizeieinheiten teil.

Unter dem Deckmantel der deutschen Kriminalpolizei wurde in der englischen Besatzungszone ein besonderer Sicherheitsdienst geschaffen, die sogenannten Sonderabteilungen, die unmittelbar dem Intelligence Service und den englischen Kontrollstäben unterstehen.

Die Hauptaufgabe dieser Sonderabteilungen besteht darin, die Tätigkeit der demokratischen politischen Parteien, der öffentlichen Organisationen und der Presse zu überwachen sowie auch Sonderaufträge der englischen Besatzungsbehörden auszuführen. Im Grunde genommen sind diese Sonderabteilungen nichts anderes als die frühere Gestapo; sie haben die faschistischen Formen und Methoden des Kampfes gegen alles Fortschrittliche in Westdeutschland übernommen.

Zur Ausübung ihrer reaktionären Funktionen entsenden die Sonderabteilungen der Polizei ihre **Agenten und Vertrauensleute** in Betriebe und Behörden, in die politischen Parteien, in öffentliche Organisationen usw., vor allem in die Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Anweisungen der Sonderabteilungen sind bindend für alle Polizeidienststellen in der englischen Besatzungszone, die auch verpflichtet sind, für die englischen Besatzungsbehörden Material über die Einstellung aller Bevölkerungsschichten und über die politische Lage in der Zone zu sammeln.

Besondere Aufmerksamkeit richten die Sonderabteilungen auf die Spionagetätigkeit gegen die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Sie stehen in engem Kontakt mit dem Schumacher-Spionagezentrum, dem sogenannten „Ostbüro“. Um Zersetzungsarbeit zu leisten, werden in die sowjetische Besatzungszone Spione, Schädlinge, Terroristen und Provokateure gesandt. Alle Personen, die aus der sowjetischen Besatzungszone kommen, und alle Einwohner der westlichen Besatzungszonen, die in Schriftwechsel mit Einwohnern der sowjetischen Besatzungszone stehen, werden ständig überwacht, und diese Fälle werden von den Agenten der Sonderabteilungen bearbeitet. Ein Teil der Sonderabteilungen führt Sonderaufträge des englischen Geheimdienstes durch, so z. B. die Sonderabteilung III in Hamburg, die in dem Gebäude des Hauptquartiers der englischen Besatzungsbehörden in der Sophienstraße untergebracht ist. Die Angehörigen der Geheimpolizei (d. h. der Sonderabteilungen) werden von Offizieren des englischen Geheimdienstes und von Deutschen, die früher im Hitlerschen Geheimdienst tätig waren, ausgebildet.

Es ist daher kein Wunder, daß sich die Sonderabteilungen ausschließlich aus vom englischen Standpunkt „zuverlässigen“ Personen zusammensetzen, von denen viele aktive Pgs gewesen sind. Zu diesen Personen gehört z. B. der neu ernannte Chef der Sonderabteilung bei der Hamburger Polizei, der ehemalige **SS-Sturmabteilungsführer Westring**. In diesem Zusammenhang gesehen ist es auch kein Zufall, daß Anfang 1948 die Engländer die Durchführung der Entnazifizierung unter den Angehörigen der Polizei verboten.

So wird in der englischen Besatzungszone wie in der Hitlerzeit ein System der ständigen Überwachung der Bevölkerung, der Spionage, der Denunziation und Verfolgung errichtet.

Gestapoagenten und Kriegsverbrecher auf leitenden Posten

Um sich eine Vorstellung davon zu machen, wie die deutsche Polizei in der englischen Besatzungszone zusammengesetzt ist, braucht man nur die Führung der Hamburger Polizei als Beispiel zu nehmen. Hierzu einige Namen:

Oberinspektor des Stabes der Polizeigruppe „West“ ist Herr **Boysen**. In der Nazizeit war Boysen Generalstabsoffizier und kommandierte später ein SS-Regiment bei

Leningrad. 1945 wurde Boysen als Kriegsverbrecher verhaftet, dann aber von den englischen Behörden freigelassen und in die Polizei aufgenommen.

Inspektor der Verwaltung der Kriminalpolizei ist ein Herr **Witt**, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, in der Nazizeit arbeitete er in der Hauptverwaltung des Sicherheitsdienstes in der Abteilung VI (Spionage im Ausland).

Abteilungsleiter der Hamburger Kriminalpolizei ist **Gustav Sprede**, ehemaliger SS-Sturmabteilungsführer, der in der Nazizeit in der Kriminalpolizei arbeitete. Während des Krieges diente er in einem Kommando des Sicherheitsdienstes und beteiligte sich an der barbarischen Niedermetzelung der friedlichen Bevölkerung Bjelorußlands in den Bezirken Smolensk und Baranowitschi.

Einer der leitenden Mitarbeiter in der Verwaltung der Hamburger Kriminalpolizei ist **Otto Pelka**. Seit 1938 diente er in der Kriminalpolizei als SS-Sturmabteilungsführer; während des Krieges gehörte er einem SD-Kommando an und war an den Massenerschießungen der friedlichen Bevölkerung in der Ukraine und in anderen Gebieten der Sowjetunion beteiligt.

Chef des Polizeireviers IV der Hamburger Kriminalpolizei ist **Hugo Fries**. Er arbeitete früher in der Hamburger Kriminalpolizei, während des Krieges war er Untersturmführer der SS-Truppen und Chef des Sicherheitsdienstes in Lodz. Er organisierte Massenerschießungen der friedlichen Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung der Schutzpolizei ist **Heinrich Stahl**; unter dem Hitlerregime diente er in der Gestapo in Danzig.

Kriminalrat **Franz Wietzen** war früher SS-Sturmabteilungsführer und Leiter des Sicherheitsdienstes bei der Hamburger Kriminalpolizei. — Die Reihe dieser Namen ließe sich beliebig verlängern.

Viele leitende Stellen in der Polizei werden, wie zu Zeiten des Bluthundes Noske, Severings und Zörggibels, von rechten Sozialdemokraten, die bezahlte Agenten des anglo-amerikanischen Geheimdienstes sind, bekleidet.

So ist der Chef der Verwaltung der Hamburger Polizei der Sozialdemokrat **Bruno Georges**, sein Vertreter ist der bekannte SPD-Funktionär **Anton Lange**, ein persönlicher Freund Schumachers und **Ollenhauers** und ehemaliger Hauptmann der preußischen Polizei. Leiter der Personalverwaltung ist der rechte Sozialdemokrat **Johannes Gamerich**, ehemaliger Polizeikommissar in Hamburg und während des Krieges Luftwaffenmajor. Auch diese Liste der SPD-Funktionäre ließe sich beliebig fortsetzen.

So sieht die Wirklichkeit in der Polizei der britischen Besatzungszone aus.

Die oben angeführten, aus Hamburg berichteten Tatsachen zeigen klar und deutlich, warum in letzter Zeit in der Presse der Westzonen alle möglichen Verleumdungen über die Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone veröffentlicht werden, warum die Märchen über die Bildung einer geheimnisvollen „starken Bürgerkriegsarmee“, in der sowjetischen Besatzungszone verbreitet werden usw.

Alle diese Verleumdungen und Erdichtungen über die sowjetische Besatzungszone sind nichts anderes als ein plumper Versuch, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, daß Westdeutschland militarisiert und zu einer Basis des anglo-amerikanischen Imperialismus im Herzen Europas gemacht wird sowie daß dort militärische Formationen, volksfeindliche militarisierte Organisationen und Polizeieinheiten faschistischen Charakters geschaffen werden. Es ist ganz offenkundig, daß es sich hier um den Versuch handelt, die Militarisierung der westdeutschen Polizei und der Wiedererhebung der Geheimpolizei in der englischen Besatzungszone zu tarnen.

Seid wachsam

gegenüber den Feinden des Friedens und der Einheit Deutschlands

Unsere Wandzeitung

Von Polizei-Inspekteur Hermann Dünow, DVA

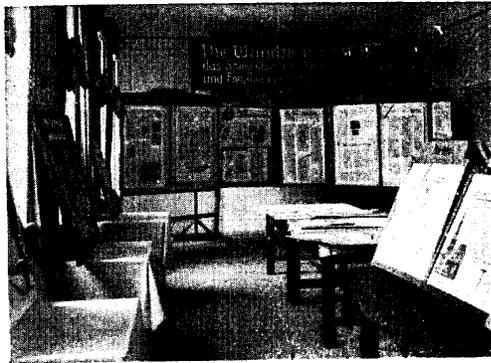
Unter den Hilfsmitteln zur Verbesserung der polizeilichen Tätigkeit nimmt die Wandzeitung, wenn sie in Form und Inhalt den an sie zu stellenden Anforderungen entspricht, einen hervorragenden Platz ein. Sie ist ein wichtiger kollektiver Erzieher und Organisator der Volkspolizei, der jeden Kameraden unmittelbar ansprechen und die Tätigkeit der Dienststelle unter Aufzeigung sowohl der Erfolge als auch der Fehler und Schwächen in den Kreis der Betrachtung ziehen soll. Eine gut geleitete und gut ausgestattete Wandzeitung, die von den Kameraden der Dienststelle selbst erstellt wird und in der sie mit ihren Meinungen und Ansichten, ihrer Kritik und ihren Verbesserungsvorschlägen zu Worte kommen, wird sehr bald zum Mittelpunkt des Strebens nach Verbesserung der Dienstausübung und der Disziplin und zum Sprachrohr des gesellschaftlichen Lebens der Dienststelle werden. Die Frage, wie eine wirklich gute Wandzeitung aussehen und was sie enthalten soll, erfordert also eine sorgfältige Beantwortung.

Die PK-Abteilung der Landespolizeibehörde Brandenburg veranstaltete Anfang März in Potsdam eine 14tägige **Ausstellung von Wandzeitungen** der Volkspolizei des Landes Brandenburg, die in anschaulicher Weise den gegenwärtigen Stand der Wandzeitungsarbeiten mit ihren zweifellos vorhandenen Erfolgen, zugleich aber auch die noch bestehenden Schwächen aufzeigte. In Auswertung der dabei gemachten Erfahrungen sollen nachstehend einige grundsätzliche Bemerkungen zu Form und Inhalt der Wandzeitungen wiedergegeben werden, wobei als Ziel nicht das Hervorbringen weniger hochwertiger Spitzenleistungen, sondern eine Verbesserung des Niveaus der gesamten Wandzeitungen erstrebt wird.

Schon in der **äußeren Ausgestaltung** muß der Kollektivcharakter der Wandzeitung eindeutig zum Ausdruck kommen. Eine künstlerische Ausführung des Rahmens kann den Gesamteindruck günstig beeinflussen, sie ist aber nur dann zweckmäßig, wenn sie von befähigten Angehörigen der Dienststelle selbst ausgeführt wird, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Rahmen den Inhalt nicht erdrücken darf. Im allgemeinen ist es richtiger, mit einfacheren Mitteln zu arbeiten, besonders in der Farbgebung nicht zu übertreiben und den Inhalt übersichtlich, mit einer zeichnerischen oder fotografischen Darstellung als Blickfang, zu gliedern.

Bei vielen Wandzeitungen ist festzustellen, daß die Behandlung allgemeiner politischer Themen und aktueller Fragen der Dienststelle in keinem richtigen Verhältnis zueinander steht. Häufig werden Artikel der Tagespresse wiedergegeben, Fotomontagen aus Zeitschriften zusammengestellt oder lange politische Abhandlungen geboten. In Einzelfällen oder bei besonderen Anlässen kann das zweckmäßig sein, im allgemeinen aber muß sorgfältiger als bisher darauf geachtet werden, daß die **Erfahrungen des täglichen Dienstes** den entscheidenden Platz einnehmen. Fragen der Disziplin, der Publikumsabfertigung, des Bürobetriebes, der wirksamsten Methoden im Kampf gegen Schiebertum, Agenten und Saboteure, des Posten- und Streifendienstes, der Verkehrslenkung und der Verhütung von Verkehrsunfällen, der Bekämpfung der kriminellen Straftaten, der Berufsschulung und Fortbildung, Anerkennungen und Belobigungen besonders eifriger und erfolgreicher Kameraden usw. müssen die Wandzeitung zum Spiegelbild des wirklichen polizeilichen Lebens und zum Erzieher und Organisator der Volkspolizei machen. Dazu ist notwendig, daß die **Struktur des Gebietes** der Dienststelle (ländliches oder Industriegebiet) im Inhalt der Wandzeitungen eindeutiger als bisher Ausdruck findet.

Eine besonders schwierige Frage ist die **Verwendung von Karikaturen**, die, wenn sie in zweckmäßiger und sparsamer Weise erfolgt, sehr belebend auf die Wandzeitung wirken kann. Dabei ist jedoch sorgfältig die Wirkung zu beachten, die die Karikatur auf den unbefangenen Betrachter der Wandzeitung ausübt. Gute und treffende Karikaturen sind zweifellos sehr wirksam, daneben gelungene Karikaturen erzielen aber fast regelmäßig die gegenteilige Wirkung und richten mehr Schaden als Nutzen an.



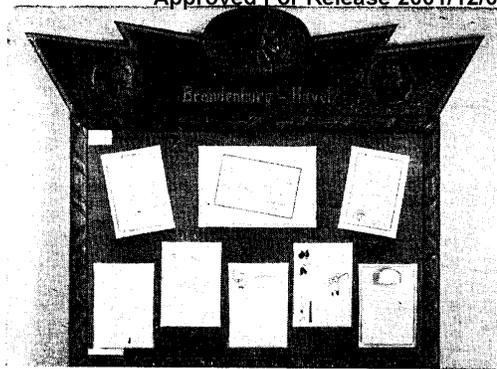
Blick in die Ausstellung
im Hintergrund die große mehrteilige Wandzeitung der Außenstelle Jüterbog-Altes Lager



Gute Wandzeitung der Jugendgruppe der LPB Mecklenburg



Gute Ausführung und Gliederung der Wandzeitung der Verkehrspolizei Schwerin (Mecklg.)



Ein künstlerisch wertvoller Rahmen, der jedoch den Inhalt zu erdrücken droht



Trotz einiger Mängel (Karikatur auf die Schulung rechts und links unten) gute Ausgestaltung



Mißglückte Karikatur, sowohl in der Darstellung des Volkspolizisten wie in der Aufgabenstellung (Kampf gegen die großen Schieber)



Lebendige Wandzeitung der Kripo der LPB-Brandenburg

Zum Abschluß möge noch auf eine Frage hingewiesen werden, die bei den Wandzeitungsarbeiten nicht übersehen werden sollte. Auf jeder Dienststelle werden sich zweifellos Kameraden zeigen, die mit gut durchdachten Beiträgen und Vorschlägen für die Wandzeitung zeigen, daß sie einen guten Blick für die positiven und negativen Erfahrungen des täglichen Dienstes haben und ihre Ansichten schriftlich niederlegen können. Aus diesen Kreisen sollten regelmäßig **Volkspolizei-Korrespondenten** herangebildet werden, die mit ihren Beiträgen die Zeitschrift „Die Volkspolizei“ noch enger als bisher mit dem täg-

lichen Dienst in den Einheiten der Volkspolizei verbinden und ihr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wertvolle Hilfe leisten.

Die Wandzeitungen sind aus den Unterkünften, Ämtern und Revieren der Volkspolizei nicht mehr hinwegzudenken. Es gilt jetzt, sie weiter auszubauen und mit dem täglichen Leben der Volkspolizei so eng zu verknüpfen, daß sie zu einem wirksamen und hervorragenden Hilfsmittel zur Verbesserung der Arbeit in allen Zweigen des polizeilichen Dienstes werden

Der alte Geist zum gleichen Zweck

Von H. Weidlich, LPB-Sachsen

Als 1933 das Wort Gleichschaltung zu einem Inbegriff organisierter nazistischer Gesinnungslumperei wurde stellten sich die Polizeibeamten der Weimarer Republik mit wenigen Ausnahmen hinter Hitler. Bereits vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 führte die uniformierte Polizei mit der SA, die als Hilfspolizei bezeichnet wurde, Verhaftungen führender Antifaschisten und Demokraten durch. Es begannen die grausamen Mißhandlungen wehrloser Gefangener in den Haftzellen der Polizei. Die Abteilung IA stellte bereitwilligst ihr Material über politisch Verdächtige zur Verfügung, die in Konzentrationslager gebracht wurden.

Polizeidirektor Brunke, Hannover, schreibt in der „Polizeizeitung“ Nr. 1/2, Jahrg. I, über die Vergangenheit der Polizei aus dieser Zeit:

„Rückschauend kann festgestellt werden, daß die Polizei im Jahre 1933 manuell und materiell auf höchster Leistungsstufe stand. Ihr hohes Pflichtgefühl und ihre Zuverlässigkeit waren nicht anzuzweifeln. Dabei bleibt

hervorzuheben, daß dieser Zustand nicht die Auswirkung irgendwelcher parteipolitischer Bindungen war, sondern einzig und allein das Produkt einer über die Ausbildung überzeugungsmäßig übernommenen Auffassung über die Berufs- und Amtspflichten.“

Brunke ignoriert bewußt, daß die Polizei trotz ihres hohen Pflichtgefühls und ihrer Zuverlässigkeit den der Weimarer Republik geschworenen Treueid brach. Daß es ihre überzeugungsmäßig übernommene Auffassung über die Berufs- und Amtspflichten gestattete, zur „nationalen Erhebung“ Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen, Geständniserschwerungen im Amte zu begehen. In den Polizeirevieren, SA-Kasernen und Gefängnissen wurden mit ihrer aktiven Teilnahme oder durch ihr passives Verhalten Menschen von der SA zu Tode gefoltert.

Es ist begreiflich, warum Polizeidirektor Brunke diese Vergangenheit mit der Floskel zudecken will:

„Unberücksichtigt sollen in dieser Rückschau die Jahre 1933—1945 bleiben — — —“

Es gibt ja im Westen nicht wenige, die an ihre Tätigkeiten aus dieser Zeit nicht erinnern sein wollen. Gerade die Ausbildung der Polizei während der Weimarer Republik bereitete sie darauf vor, ohne wesentliche personelle Veränderungen eines der willfähigsten Werkzeuge blutigsten Terrors zu werden. Von den Erschießungen der Mai-Demonstranten 1929 in Berlin führt ein gerader Weg über die Zutreiberdienste für die Gestapo in den Jahren 1933—1945 zu den Polizeiaktionen in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern, bei denen die friedliche Bevölkerung ganzer Dörfer ausgerottet wurde.

Im Jahre 1945 traten wie in der SBZ so auch in den Westzonen Deutschlands klassenbewußte Arbeiter in die Polizei ein, um aus ihr ein Instrument zum Schutze der Demokratie zu formen. Vom ersten Tage an mußten sie jedoch einen schweren Kampf gegen die von den westlichen Besatzungsbehörden gestützten reaktionären Kräfte der Vergangenheit führen. Sie machten sich mißlieblich, wenn sie die gründliche Säuberung der Polizei forderten und die Entfernung der alten Nazi-Beamten verlangten, die auch jetzt wieder ohne Skrupel bereit waren, jeden Dienst für die neuen Herren zu leisten.

Nach Angaben des Kriminalpolizeirates Willi Finke, Hannover, setzte sich die Kriminalpolizei im Westen nach der abgeschlossenen „Entnazifizierung“ 1947 noch aus annähernd 25 Prozent

„alter erfahrener Beamten zusammen, die meist aus ihrem Wohnsitz vertrieben wurden“.

Finke beklagte sich darüber, daß diese alten Beamten mit den neuen eine harmonische Verschmelzung vermissen lassen. Über diese Ursachen sagt er wohlweislich nichts. Als es nämlich zu den großen Streiks des vergangenen Jahres kam diskutierten die neuen Beamten u. a. darüber, ob es berechtigt sei, gegen die Streikposten stehenden hungernden Arbeiter eventuell mit Gewalt vorzugehen. Solche Gedanken waren nach Ansicht der westlichen Besatzungsbehörden und der deutschen reaktionären Regierungen völlig unvereinbar mit den der Polizei gestellten Aufgaben.

Aktive Antifaschisten wurden zu dieser Zeit nicht mehr ohne weiteres in die Polizei eingestellt. KZ-Haft während der Hitlerzeit galt eher als eine Belastung. Nunmehr begann man systematisch alle fortschrittlich gesinnten Beamten unter den wichtigsten Gründen zu entlassen oder sie so zu schikanieren, daß sie von selbst austraten.

Kriminalpolizeirat Finke schrieb z. B., daß an den Landespolizeifachschulen **Berufseignungsprüfungen** für die Kriminalpolizei eingeführt wurden, wo eine

„Kommission ausgesuchter Kriminalisten unter dem Vorsitz eines bewährten Fachmannes die Aufgabe hat, die Spreu vom Korn zu scheiden“.

Es bedarf keines Kommentars darüber, was diese „bewährten Fachmänner“ unter Spreu verstehen.

Ein Befehl der westlichen Militärregierungen in Berlin legt diese Linie noch eindeutiger fest. Ab 1. Dezember 1948 darf kein Polizeibeamter aktiv an politischen Aktionen teilnehmen oder mehr als nominelles Mitglied einer Partei sein. Man verbietet also den Polizisten, sich mit den Fragen des täglichen Lebens zu befassen. Sie sollen Söldner ohne Weltanschauung sein.

Damit noch nicht genug. Man will nicht mehr auf die direkte Mitarbeit und die „Erfahrungen“ der entlassenen **Nazibeamten** verzichten. 1945 stand man noch unter dem Eindruck der fürchterlichen Verbrechen, die vom Faschismus begangen worden waren. Die demokratische Weltöffentlichkeit forderte Rechenschaft, und so führte man eine Mohrenwäsche durch. Die besonders rüdigten Wölfe wurden aus der Polizei entlassen. Jetzt versucht man sie durch ein Hintertürchen wieder einzuschleusen.

Nach der **Verordnung 141** der britischen Militärregierung sind die deutschen Verwaltungsgerichte für Ansprüche von Beamten über das Recht der Wiedereinstellung gemäß der Entscheidung eines Entnazifizierungsverfahrens für zuständig erklärt worden. Gestützt auf diese Verordnung hat das Hamburger

Verwaltungsgericht in einem Urteil vom 16. Juni 1948 für diese Bestrebungen einen Präzedenzfall geschaffen. Nach dieser Entscheidung **sind** Beamte wieder einzustellen, auch wenn sie in Kategorie IV (sogenannte „Minderbelastete“) eingestuft wurden.

Die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft der Marshall-Länder

werden sich in verschärftem Maße auf Westdeutschland auswirken und unausbleiblich Massenkämpfe der werktätigen Bevölkerung auslösen. Um dafür den Polizeibeamten der Westzone noch den letzten Schliff zu geben, sollen sie zu ihren Praktiken aus der Nazizeit amerikanische Polizeimethoden hinzulernen. Eine halbe Million Dollar wurde zur Verfügung gestellt, um ab Januar dieses Jahres jeweils dreißig deutsche Polizisten zum Studium des Polizeiwesens nach den Vereinigten Staaten zu senden. Die USA-Polizei wendet bei Auseinandersetzungen mit Streikenden zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ Tränengasbomben und Maschinengewehre an. Es ist nicht schwer zu erraten, daß zum Lehrplan der abkommandierten „Schüler“ diese amerikanischen Polizeitaktik gehören wird.

Der Charakter eines Staates kommt am sinnfälligsten im Wesen der Polizei zum Ausdruck. Im Westen verkörpern Berufssoldaten und Beamte, die allen bisherigen Regierungssystemen den Treueid schworen, als Befehlsempfänger des in- und ausländischen Kapitals die Polizei. In der Ostzone setzt sie sich ausschließlich aus Werktätigen zusammen, die bewußt im demokratischen Geiste erzogen werden und mithelfen, ein einheitliches fortschrittliches Deutschland aufzubauen. Den Arbeitern und werktätigen Bauern wird es nicht schwer fallen, zu entscheiden, wer Freund und wer Feind des deutschen Volkes ist.

Ich gelobe!

Die Verpflichtungserklärung der Volkspolizei

Ich verpflichte mich in der Erkenntnis, daß die deutsche Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands geschaffen wurde, um die Interessen der deutschen Werktätigen vor faschistischen, reaktionären und anderen feindlichen und verbrecherischen Elementen zu schützen, daß sie berufen ist, ein zuverlässiges Bollwerk der demokratischen Entwicklung sowohl in der Ostzone als auch im Kampf um ein einiges demokratisches Deutschland zu sein, an Eides Statt,

der werktätigen Bevölkerung ergeben zu sein, die ehrenvollen Pflichten eines Angehörigen der Volkspolizei ehrlich zu erfüllen, entsprechend der demokratischen Gesetzmäßigkeit die öffentliche Ordnung, die Rechte der Bürger, ihr persönliches und das Volkseigentum zu schützen.

Ich gelobe, mich diszipliniert zu betragen, die dienstlichen Befehle und Verfügungen genau zu erfüllen und mich in dem von mir übernommenen Dienst zu vervollkommen. Ich gelobe, mich in der Tat des großen Vertrauens würdig zu erweisen, in der Volkspolizei dienen und eine Waffe tragen zu dürfen. Ich bin mir bewußt, daß eine Verletzung dieser eingegangenen Verpflichtung eine strenge Bestrafung zur Folge hat.

Ich verpflichte mich, vom Tage der Unterzeichnung dieser Verpflichtung ab in der Volkspolizei nicht weniger als drei Jahre zu dienen.

**Es lebe die internationale Verbundenheit
aller Werktätigen der Welt**

Mehr Wachsamkeit

Von Polizei-Inspekteur Walter Krenzke, DVA

Es besteht kein Zweifel, daß die großen Aufbauertage in der SBZ die imperialistischen Ausbeuter beunruhigen. Sie erkennen als Fachleute der Wirtschaft besser als die meisten Werktätigen, welcher großen Fortschritt es bedeutet, wenn der Zweijahresplan in allen seinen Teilen erfüllt oder sogar übererfüllt wird.

Weil die Imperialisten das wissen, weil sie die Gefahr des friedlichen Wettbewerbs erkannt und dabei keine Gewinnchance haben, verschärfen sie ihre Kampfmittel gegen unseren Neuaufbau zusehends. Verleumdung, Lüge, Spionage und Sabotage sind Bestandteile ihres Waffenarsenals. Mit Drohung, Erpressung und Mord sollen die Werktätigen abgeschreckt und niedergehalten werden.

Diese infamen Mittel haben in letzter Zeit bei der Volkspolizei mehrere Opfer gefordert. Leider muß in fast allen Fällen gesagt werden, daß die Opfer nicht nötig waren, daß sie zu vermeiden gewesen wären, wenn die Kameraden die Belehrungen, die ihnen bei der Schulung zuteil werden, ernster genommen hätten.

Die Grenzpolizisten sagten ihnen pflichtgemäß, wenn ihre Aussagen der Wahrheit entsprächen, würden sie nach Überprüfung durch den Kommandanturleiter an die Grenze gestellt, wie jeder andere auch, und ohne Schwierigkeiten könnten sie dann zurückreisen.

Als ihnen die Ausweispapiere abverlangt werden erklären sie, daß sie in den Rucksäcken verpackt wären und bitten darum, sie in der Kommandantur herausuchen zu dürfen. Da die Grenzgänger ganz erschöpft von den Anstrengungen erschienen, gehen die Grenzpolizisten darauf ein und fordern sie auf, mit zum Kommando zu kommen. Bereitwilligst nehmen die Grenzgänger ihre Sachen und gehen mit den Polizisten in Richtung des Kommandos.

Als sie aus dem Wald herauskommen, kann sich der eine Grenzgänger scheinbar nicht mehr auf den Beinen halten und bricht stöhnend zusammen. Hilfsbereit beugen sich die beiden Grenzpolizisten über den Erschöpften, um ihm behilflich zu sein. In dem Moment, als sie sich bücken, erhalten sie mit harten Gegenständen schwere Schläge über den Kopf. Der Polizeianwärter H. ist sofort be-

Solidarität und Freundschaft mit der Sowjetunion, der stärksten Kraft im Kampf für Frieden und Demokratie!

Ein Beispiel möge zeigen, daß viele Kameraden den Sinn der Dienstanordnungen noch nicht voll begriffen haben. Ende Januar wurde ein Kamerad des Grenzpolizeikommandos Großtöpler mit einem mündlichen Verweis bestraft, weil er einer schwangeren Grenzgängerin, und zwar sicher aus menschlichen Erwägungen heraus, beim Tragen ihres Gepäcks behilflich war. Einige Kameraden des Kommandos stellten nun in einer Eingabe die Frage, ob die Bestrafung nicht die menschlichen Beweggründe zu sehr außer acht gelassen habe. Sie zeigten damit, daß ihnen die Gründe der Anordnung, nach der es den Grenzpolizisten verboten ist, bei der Überführung von Grenzverletzern deren Gepäck zu tragen, nicht in ihrer ganzen Bedeutung geläufig sind. Mit dieser Anordnung soll die Sicherheit der Grenzpolizei gewährleistet werden, da sie durch das Tragen des Gepäcks bei der Abwehr ernstlicher Angriffe seitens der Grenzverletzer behindert sein würde. Da sich die schwangere Frau überdies in einer Gruppe anderer Grenzgänger befand, die gleichzeitig überführt wurden, war Gelegenheit vorhanden, das Gepäck durch eine andere Person transportieren zu lassen.

Es muß klar gesagt werden: Wohl soll der Volkspolizist korrekt und gewissenhaft, dabei großzügig und rücksichtsvoll gegen alle Menschen sein. Aber er muß auch **vorsichtig und wachsam** sein, denn nicht alle Menschen, mit denen er zu tun hat, sind harmlos, und wenn er das vergißt, kann er das Opfer von gemeinen Banditen werden wie es in folgenden Fällen geschah:

Eine Grenzstreife von zwei Mann geht nach Mitternacht den vom Kommandoleiter festgelegten Kontrollweg. Im Wald hören sie verdächtiges Knacken. Sie lauschen angestrengt. Im schwachen Mondlicht sehen sie mehrere Gestalten unter schwerer Last gebückt den Waldweg überschreiten. Halt! ruft ihnen der Hauptwachmeister entgegen, und erschreckt bleiben die Grenzgänger stehen. Es sind drei kräftige Gestalten, die pralle Rucksäcke tragen. Sofort fangen sie an zu jammern und zu klagen, sie wollten das erstmal über die Grenze gehen, und gleich hätten sie Pech gehabt. Die Polizisten sollten doch ein Herz haben, sie wären ja auch Deutsche und könnten sich denken, wie schwer es einem Menschen fällt, wenn er auf der anderen Seite seine kranke Familie zu wohnen hat, aber nicht gleich helfen kann, weil mitten in Deutschland entgegen den Potsdamer Beschlüssen die Westmächte eine künstliche Mauer gezogen haben. Die Ausstellung eines Interzonenpasses erfordert oftmals längere Zeit. Ein rechter Mann wartet aber nicht so lange, sondern er versucht ohne dieses Papier in Deutschland zu reisen. Nur dieses hätten sie getan, und nun wollten sie wieder zurück. Der Kleinste von den drei Grenzgängern bittet weinend: „Lassen Sie uns doch gehen“.

sinnungslos. Der Hauptwachmeister S. setzt sich verzweifelt zur Wehr, aber es gelingt ihm nicht, gegen die Übermacht aufzukommen, denn jetzt ist auch der dritte Grenzgänger aufgesprungen. Er ist auf einmal nicht mehr müde, und gemeinsam würgen und schlagen sie den Hauptwachmeister S. bis auch er die Besinnung verliert. Er hört nur noch, wie der eine sagt: „Schlagt ihn tot, den Lump. Er muß wissen, daß ein SS-Mann auch heute noch nicht mit sich spielen läßt“.

Als er blutüberströmt nach Stunden wieder zu sich kommt, liegt sein Kamerad noch immer wie leblos neben ihm, sein **Gewehr fehlt**, seine Taschen sind leer, Ausweise und Wertsachen geraubt. Beide sind bis zum Letzten ausgeplündert. Von den Tätern fehlt jede Spur, sie sind entkommen. Die Polizisten könnten weinen vor Wut, daß sie durch ihre **Gutgläubigkeit und Fahrlässigkeit** das Opfer von Verbrechern wurden, die sehr gut zusammenarbeiten.

Doch sie sind nicht die einzigen Opfer! Einige Zeit später befinden sich zwei andere Grenzpolizisten auf Streife, der Hauptwachmeister J. und der Polizeianwärter L. Dicht am Flüßchen sehen sie vier Männer, die illegal über die Grenze wollen. Auch sie bleiben auf Anruf stehen und gehen mit, ohne Widerstand zu leisten. Plötzlich bleibt der eine stehen, und die anderen drei ergreifen sofort die Flucht. Der Polizeianwärter L. verfolgt sie, holt sie ein und wird niedergeschlagen. Dasselbe geschieht dem Hauptwachmeister J., als er zu dicht an den Zurückgebliebenen herangeht, um ihm zu helfen, sein Gepäck aufzunehmen.

Auch diesen beiden werden die **Waffen entwendet**. Am anderen Morgen wird in der Nähe des Tatortes lediglich der Karabiner Nr. 48 586 aufgefunden, welcher dem Polizeianwärter L. gehört. Auch hier sind die Täter geflüchtet, aber sie hatten Pech, später konnten sie festgenommen und dem Gericht übergeben werden. Es ist zu hoffen, daß endlich einmal ein Urteil gefällt wird, das Banditen abhält, die Volkspolizei als Freiwild zu betrachten.

Damit ist die Reihe derartiger und ähnlicher Fälle noch nicht erschöpft, doch dürften diese Beispiele genügen, um aufzuzeigen, in welche Gefahr sich jeder Polizist begibt, wenn er nicht genügend wachsam ist und die erlassenen Vorschriften nicht beachtet. Und das gilt nicht nur für die Grenzpolizei.

Es gilt, daraus die Lehren zu ziehen. Jeder Polizist soll als wahrer Freund des Volkes handeln. Er muß aber immer Augen und Ohren offen halten und vorsichtig und wachsam sein. Den organisierten Gangstern wird damit **Schach geboten**.

Das Größenverhältnis zwischen Ein- und Ausschüßwunden

Von Pol.-Meister Se n f f, Landeskriminalpolizeiabteilung Weimar

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß bei Schußverletzungen der Einschuß klein, der Ausschuß groß ist. Dies ist in vielen Fällen als durchaus richtig anzusehen, darf aber nicht als ausnahmslose Regel betrachtet werden. Bei chematischer Anwendung führt diese Ansicht zu folgenschweren kriminalistischen und strafrechtlichen Irrtümern. Ein praktischer Fall soll das aufzeigen.

In der Umgebung von Gera wurde ein Förster in seinem Wohnzimmer tot aufgefunden. Neben dem Toten lag ein abgeschossener Karabiner, der nur eine Partone enthalten hatte. Die leere Hülse befand sich in der Kammer des Karabiners. Das Geschöß wurde nicht gefunden, doch fand sich an der Wand, in der Nähe der Decke, der vermutliche Einschlag desselben.

Die Leiche lag auf dem Fußboden mit dem Gesicht nach unten. In der Herzgegend fand sich eine stark aufgerissene, etwa fünfmarkstückgroße Wunde. Am Rücken, neben dem linken Schulterblatt, konnte eine kalibergroße Wunde festgestellt werden. Der hinzugezogene Arzt brachte in seinem Urteil zum Ausdruck, daß der Schuß aus der Ferne abgegeben wurde und den Körper des Försters von hinten durchbohrt hat. Nach seiner Ansicht war also die große Wunde in der Herzgegend der Ausschuß. Die Kleider unterzog der Arzt keiner näheren Untersuchung. Durch die Kriminalpolizei wurde aber der Rock und der Karabiner sichergestellt.

Der Arzt urteilte nach der üblichen Regel, Einschuß klein, Ausschuß groß. Das Urteil des Arztes erschien als unzulänglich, es wurde eine gerichtsmedizinische Leichenöffnung beantragt. Bei der Sektion wurden Rock und Karabiner des Försters vorgelegt.

Die Leichenöffnung ergab genaue Anhaltspunkte für den Tathergang. Die große Wunde in der Herzgegend zeigte sich in einer Ausdehnung von 3 Zentimeter im Durchmesser geschwärtzt. In ihrer Tiefe enthielt sie Körnchen von Pulver. In ihrer Tiefe enthielt sie Spuren von Kohlenoxyhämoglobin sowie Bleisparten. Die kleine Wunde am Rücken enthielt nichts derartiges. Aus diesen Umständen geht hervor, daß die große Wunde entgegen der üblichen Regel der Einschuß ist. Der Befund der Brustkorbknochen, die Kleidung und die Untersuchung der Waffe bestätigten diese Tatsache.

Die Brustkorbknochen waren in der Nähe der großen Wunde sehr wenig verletzt, lediglich eine Rippe war am Brustbein abgerissen worden. Dagegen waren an der Rückenseite, nahe der kleinen Wunde, drei Rippen auseinander gesprengt worden. In ihrer Größe standen die Knochenverletzungen zur Größe der Fleischverletzungen im umgekehrten Verhältnis. In der Nähe der großen Fleischwunde fanden sich die geringen Skelettverletzungen und umgekehrt. Von den Fleischwunden abgesehen, zeigte sich, daß die übliche Ansicht, Einschuß klein, Aus-

schuß groß, durchaus richtig ist. Diese Tatsache läßt sich aber nur bei einer genauen Untersuchung der Knochen feststellen. Für den äußerlichen Betrachter müßte also ein falsches Bild entstehen, denn für ihn sind die Fleischwunden das Ausschlaggebende. So war es verständlich, daß der Arzt, der zur Tatortbesichtigung hinzugezogen wurde, auf einen Mord plädierte.

Die Untersuchung des Rockes und der Befund der Waffe brachten Licht in den Hergang. Der Vorderteil des Rockes wies keine Durchtrennung auf. Auf dem Rückenteil befand sich ein kalibergroßes Loch, welches sich mit der Rückenwunde deckte. Die Fasern und das Loch im Rückenteil des Kleidungsstückes waren nach außen gerichtet. Der Befund der Bekleidung zeigt mit ziemlicher Sicherheit die Schußrichtung an. Die Waffe enthielt an der Mündung der Laufes Blut, Fett und Gewebeteilchen. Es lag also ein Nahschuß vor, bei dem sich der Förster den Lauf auf die Brust direkt aufsetzte.

Der Tathergang läßt sich nach den gerichtsmedizinischen Untersuchungen folgendermaßen rekonstruieren und die Tatsache der äußerlich großen Einschußwunde und der kleinen Ausschußwunde wird damit begreiflich.

Der Tote hat den Rock vorn geöffnet und die Laufmündung dicht an die Herzgegend gesetzt. Er mußte sich um den Abzug betätigen zu können, über den Karabiner beugen. Aus dieser Körperhaltung erklärt sich die Schußrichtung. Der Einschuß vorn lag tiefer als der Ausschuß hinten. Bei dieser Körperhaltung läßt sich auch erklären wie das Geschöß ungefähr in Deckenhöhe in die Wand eingeschlagen hat. Daß die Ausschußwunde größer ist, erklärt sich aus dem Umstand, daß die dem Geschöß folgenden Pulvergase in die Brust des Försters eindringen konnten. Dort war diesen Gasen nur geringer Widerstand in seitlicher Richtung entgegengesetzt, sie breiteten sich in dieser Richtung aus und gaben der Einschußwunde ihr eigenartiges Gepräge. Das im Augenblick der Verletzung umherspritzende Blut drang mit Fett und Gewebeteilchen vermischt, in die Laufmündung ein. Diese Tatsache beweist einen unmittelbaren Nahschuß.

Dieser praktische Fall lehrt, daß eine oberflächliche Leichenschau, unter unbedachter Anwendung althergebrachter Regeln, niemals zur Grundlage eines Gutachtens gemacht werden darf. Der zur Tatortbesichtigung hinzugezogene Arzt urteilte nach einer oberflächlichen Betrachtung der Aus- und Einschußwunden. Hätte der Arzt eine exakte Betrachtung und Beschreibung der Wunden vorgenommen, dann wäre ihm die Besonderheit aufgefallen und es hätte sich der Fall ohne große Komplikation klären lassen. Der Initiative der bearbeitenden Kriminalangestellten ist die Klärung dieses Falles zu danken.

Ein eigenartiger Vergiftungsfall

Von Polizei-Oberkommissar J a n k e, Landeskriminalpolizeiabteilung Schwerin

Die Schweriner Mordkommission erhielt im Frühjahr 1947 davon Kenntnis, daß in einer mecklenburgischen Grenzstadt vor etwa 3 Monaten die dort wohnende dreiköpfige Familie N. plötzlich verstorben sei, und daß eigenartigerweise sowohl kurz vor dem Tode der Familie als auch zur Zeit noch einige Dorfbewohner leicht, zum Teil auch schwer erkrankt wären. Sämtliche erkrankten Personen wurden auf Lungenentzündung behandelt.

Zur genaueren Überprüfung dieser Angelegenheit wurden von seiten der Mordkommission Schwerin sofort Ermittlungen angestellt. Im Dorf sprach man von dem plötzlichen Todesfall der Familie N. nicht mehr. Auf die Frage, woran die Familie wohl verstorben sei, kam stets die überzeugte Antwort „an einer Lungenentzündung“. Einzelne wurden sogar recht böse, wenn man durchblicken ließ, daß man daran zweifelte. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde eine Exhumierung und Obduktion der Leichen vorgenommen. Bei allen drei Leichen wurde eine sehr starke Durchblutung der Lungen sowie des Hirns festgestellt. Auf Grund des eigenartigen Krankheitsbildes standen die Ärzte vor einem Rätsel.

In dem Hause der verstorbenen Familie N. wohnte seit 1945 das Flüchtlingehepaar W. Sie hatten ihr Wohn- und

gleichzeitiges Schlafzimmer neben der Familie N. Die Familie W. war überall als ehrbar und ehrlich bekannt. Sämtliche Räumlichkeiten befanden sich in einem peinlich sauberen Zustand. Eine gründliche Haussuchung konnte auch nicht den geringsten Anhaltspunkt zur Klärung der Todesfälle ergeben. Es war klar, daß an der ganzen Sache etwas nicht in Ordnung sein konnte, zumal Frau W. vom Tage der plötzlichen Erkrankung der Familie N. selbst so krank war, daß sie das Bett hüten mußte. Auch sie klagte über Lungenschmerzen und Gleichgewichtsstörungen. Ihr Ehemann erzählte, er sei ebenfalls in der fraglichen Zeit erkrankt gewesen und erläuterte eine Begleiterscheinung die geradezu märchenhaft klang.

In der Zeit seiner Erkrankung, die voll und ganz mit dem Krankheitsbild seiner Frau und der Familie N. identisch war, habe er einige Tage ununterbrochen Musik gehört, trotzdem nirgendwo ein Radio oder eine Musikkapelle in der Nähe war. Es sei oft vorgekommen, daß er sogar im Takte eines Marsches Schritt hielt. W. schildert den Krankheitsverlauf der Familie N. wie folgt:

An einem Tage im Frühjahr 1947, so erklärte er, habe die Familie N. über Lungenschmerzen und Gleichgewichtsstörungen geklagt. Die 15jährige Tochter der Familie N.

nahte den ganzen Tag über das Bett nütten müssen. Gleichzeitig seien auch seine Frau und er selber krank geworden, und zwar an derselben Krankheitserscheinung. Am Tage danach hätten sich auch die Eheleute N. zu Bett legen müssen. In derselben Nacht hätte sich nun etwas Furchtbares abgespielt. Die Familie N. bekam einen **Tobsuchtsanfall**. Sämtliche Tische und Stühle im Wohn- und Schlafzimmer wurden umgeworfen. Einige Minuten später hatten sich alle wieder beruhigt. Frau N. fing nun laut an zu singen. Sie stellte sogar die Frage, ob W. nicht auch die schöne Musik höre mit dem Bemerkten, er könne doch mitsingen. W. erklärte, er höre keine Musik, worüber sie sich sehr wunderte. Der herbeigeholte Arzt ordnete sofort die Überführung der Familie N. in eine Heil- und Pflegeanstalt an. Einige Stunden vor dem Transport verstarb die 15jährige Tochter. Die Eheleute N. wurden in eine Heil- und Pflegeanstalt überführt, wo sie nach zwei Tagen verstarben.

Nach unermüdlicher Ermittlungsarbeit kam langsam etwas Licht in dieses Dunkel. Immer wieder wurden die im Dorf erkrankten Personen gehört, und dabei wurden folgende Feststellungen gemacht:

In den Wohnräumen der Erkrankten standen Möbel, Tische, Stühle, Schränke usw., die mit einer auffallenden **rötlichen Farbe** gestrichen waren. Eigenartigerweise roch es in diesen Räumen schwach nach Chloroform und etwas stärker nach Benzin. Denselben Geruch konnte man auch im Schlafzimmer der Familie N. wahrnehmen. Diese Möbel hatte vor etwa drei Monaten ein Malermeister aus dem Dorfe mit einer rötlichen Beize angestrichen. Der Maler erklärte, er habe vor etwa drei Monaten bei der Familie N. einen im Schlafzimmer stehenden Kleiderschrank ebenfalls mit dieser rötlichen Beize gestrichen. Am Tage danach habe man im Dorfe erzählt, die Familie N. wäre an einer Grippe erkrankt. Trotzdem der Maler nicht mehr im Besitze dieser Beize war, wurde ein Möbelstück zwecks Untersuchung dem chemischen Institut in Schwerin über-

sandt. Hier wurde festgestellt, daß es sich bei der Flüssigkeit (der angeblichen Beize) wahrscheinlich um ein sogenanntes **Eisenkarbonyl** handelte.

Auf Grund dieses Untersuchungsbefundes wurde die Ursache der Todesfälle und der Erkrankungen auf die fragliche Flüssigkeit zurückgeführt. Der Maler, der inzwischen den Gang der polizeilichen Ermittlungen verfolgte und merkte, daß sie sich auf diese Flüssigkeit konzentrierten, verschwieg nun aus Angst die Herkunft derselben und bemerkte, sie stamme noch aus seinem alten Bestand. Sein guter Charakter und seine Berufsehrlichkeit ließen es aber nicht lange zu, zu schweigen. Er erklärte bald, er hätte von einem Bekannten vor etwa einem Jahr zwei Flaschen dieser Flüssigkeit erhalten. In dem Glauben, es handele sich um Beize, habe er sich gefreut, seinen Bekannten im Dorfe einen großen Gefallen tun zu können, indem er ihnen einige alte Möbelstücke wieder aufarbeitete. Der Bekannte war noch im Besitze von zwei vollen Flaschen dieser Flüssigkeit und erzählte, er habe sie vor einigen Jahren aus einem Faß einer Baustelle abgefüllt in dem Glauben, es handele sich um rote Beize oder Farbe. Beide Flaschen wurden an das Institut für gerichtliche und soziale Medizin an der Universität in Berlin zwecks Untersuchung gesandt. Hier wurde festgestellt, daß es sich bei der fraglichen Flüssigkeit einwandfrei um **Ethylfluid**, das als Antiklopfmittel Treibstoffen zugesetzt wird, handelte. Von den verschiedenen Komponenten des Ethylfluid ist das **Tetraäthylblei** ein starkes Gift. Die Flüssigkeit dringt durch die Haut bzw. wird in Form von Dämpfen eingeatmet. Auf diesen zwei Wegen in den Körper gebracht, führt sie zu akuten oder chronischen Vergiftungen.

Das Verfahren gegen die Beschuldigten wurde von seiten des Gerichts unter Berücksichtigung der eigenartigen Zusammenhänge des Sachverhaltes eingestellt. Der Fall N. zeigt, daß **genau und intensiv geführte Ermittlungen zu einem Erfolg führen**.

Die Rasierklinge

Von Polizeimeister Stepanek, Landeskriminalpolizeiabteilung Schwerin

Der Kriminalpolizei wurde eines Tages der Selbstmord eines Untersuchungsgefangenen bekannt. Da der Selbstmörder noch Lebenszeichen von sich gab, rückte sofort eine Kommission aus. Als die Kriminalangestellten am Tatort erschienen, lag der Selbstmörder in einer großen Blutlache am Boden seiner Zelle. Er gab auf Befragen nur stoßweise Antwort. Zusammenfassend wurde folgendes festgestellt:

Der Untersuchungsgefangene hatte in der Abgangszelle eine Rasierklinge gefunden, die er bei sich versteckte, und zwar legte er sie unter die Einlegesohle in seinem Schuh. Zu diesem Zweck löste er die Tekse, schob die Klinge darunter und befestigte die Sohle wieder mit den Teksen.

Trotz mehrmaliger körperlicher Durchsuchungen wurde die Rasierklinge nicht gefunden. Kurz vor der Vorführung zum Richter gelang es dem Untersuchungsgefangenen, sich mit dieser Klinge die Halschlagadern zu öffnen. Beide Schnitte waren jedoch nicht lebensgefährlich, so daß er in das Stadtkrankenhaus überführt und gerettet werden konnte.

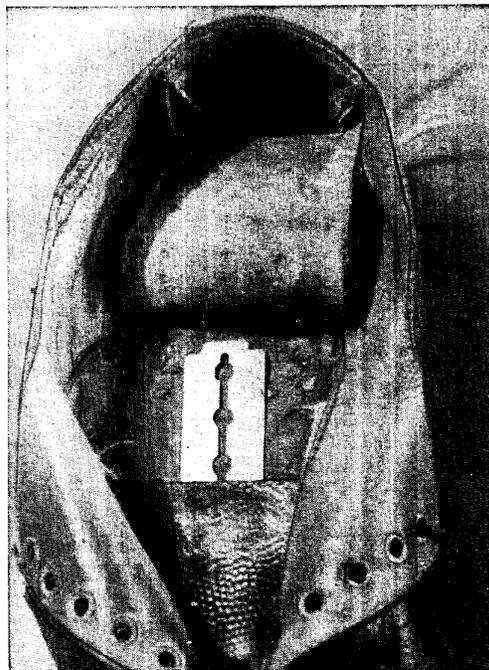
Nur das sofortige Eingreifen der Kriminalpolizei und die damit verbundene Vernehmung führte zur Klärung der Frage, wie es dem Untersuchungsgefangenen möglich gewesen war, die Rasierklinge in die Zelle zu schmuggeln.

Dieser Vorgang gibt uns zwei Lehren:

1. Personen, die sich in Polizeigewahrsam befinden, **gründlichst zu durchsuchen**, da die Polizei für das Leben des Arrestanten während des polizeilichen Gewahrsams verantwortlich ist,
2. soll dieses Beispiel darauf hinweisen, wie wichtig es ist, bei Bekanntwerden derartiger Handlungen **sofort einzuschreiten**, um noch im letzten Augenblick von dem Geschädigten selbst über das Vorgefallene Auskunft zu erhalten.

Gesetzt den Fall, der Untersuchungsgefangene wäre vor dem Eintreffen der Kriminalpolizei verstorben, so hätte man den untersuchenden Polizeiangestellten für das Ableben verantwortlich gemacht

Seid gewissenhaft bei Ausübung eures Dienstes, denn es können Menschenleben davon abhängen.



Der Schuh mit der gelösten Einlegesohle und der darunter liegenden Klinge

GESETZ UND RECHT

Die rechtliche Seite des Falles Max Reimann

Der Ausschuß für Recht und Rechtspflege des Deutschen Volksrates hat ein Gutachten zum Fall Max Reimann ausgearbeitet, das auf der 6. Tagung des Deutschen Volksrates am 18. und 19. März d. Js. durch das Plenum einstimmig angenommen wurde. Wir geben daraus die wichtigsten Stellen im Auszug wieder.

Berlin, den 11. März 1949

Gutachten

I.

1. Am 1. Februar 1949 wurde Max Reimann, der 1. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, vom Britischen Militärgericht in Düsseldorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Das Urteil des Britischen Militärgerichts stützt sich auf Artikel I Ziffer 1 h der von der Britischen Militärregierung mit Wirkung vom 15. September 1945 erlassenen Verordnung Nr. 8 betreffend die Regelung öffentlicher Aussprachen und anderer öffentlicher Tätigkeiten (Amtsblatt der Militärregierung Deutschland — Britisches Kontrollgebiet 1945, Nr. 4, Seite 7), der wie folgt lautet:

Öffentliche Aussprache

1. Öffentliche Aussprachen, sei es bei einer öffentlichen Versammlung oder nicht, sind folgenden Einschränkungen unterworfen:

Nichts darf gesprochen oder geschrieben werden, das:

(a) — (g)

(h) benachteiligende Unterschiede gegen Personen fördert, die der Militärregierung oder den alliierten Streitkräften Hilfe geleistet haben oder noch leisten können:

2. Die Verurteilung von Max Reimann ist auf Grund folgenden Tatbestandes erfolgt:

Am 2. Januar 1949 hatte der Verurteilte in der Rheinhalle in Düsseldorf auf einer von etwa 8000 Personen besuchten Versammlung über die für die nationale Existenz Deutschlands bedrohlichen Folgen des Ruhrstatus gesprochen und dabei geäußert:

„Ich erkläre hier ganz offen, derjenige deutsche Politiker, der unter dem Ruhrstatus an der Bildung einer westdeutschen Regierung mitwirkt und dadurch mithilft, über Westdeutschland ein Kolonial-Regime zu verhängen, darf sich nicht wundern, wenn er vom deutschen Volk als Quisling betrachtet wird. Es wird eine Zeit kommen, da diese deutschen Politiker sich vor dem deutschen Volk zu verantworten haben.“

3. Max Reimann ist von der Erwägung ausgegangen, daß das Ruhrgebiet das industrielle Kerngebiet Deutschlands ist und dessen wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Isolierung vom übrigen Deutschland die Lebensfähigkeit der verbleibenden Teile bedrohen würde. Er hat seine Erklärung als verantwortlicher deutscher Politiker in seiner Eigenschaft als Führer einer politischen Partei und Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn abgegeben.

II.

Mit der Anwendung des Artikels I Ziff. 1 h der Verordnung Nr. 8 hat das Britische Militärgericht zum Ausdruck gebracht, daß es als „Personen, die der Militärregierung oder den alliierten Streitkräften Hilfe geleistet haben oder noch leisten können“ auch diejenigen deutschen Politiker auffaßt, die in Anwendung des Ruhrstatus mit den Besatzungsmächten zusammenzuarbeiten bereit sind. Diese Auslegung widerspricht der bisherigen ständigen Praxis der Britischen Militärgerichte, nach der von der Bestimmung lediglich ein in mehr oder weniger festem Anstellungsverhältnis zu den Besatzungsmächten stehender Personenkreis (Schoffüre, Frisöre, Hausangestellte usw.) erfaßt wird. Sie ist weder mit dem Sinn, noch mit dem Wortlaut der Verordnung vereinbar.

a) Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts, daß kein Angehöriger eines besetzten Gebietes von der Besatzungsmacht gezwungen werden kann, aktiv gegen die Interessen der eigenen Nation tätig zu

werden. Die Besatzungsmacht hat vielmehr die Landesgesetze zu beachten, vorausgesetzt, daß kein zwingendes Hindernis entgegensteht. Für das Geltungsgebiet der Haager Landkriegsordnung wird dieser Grundsatz in den Artikeln 23 Absatz 2 und 34, 44 und 45 bestätigt. Auch für den Bürger eines besetzten Landes besteht somit die in diesem Fall völkerrechtlich ausdrücklich anerkannte Treu- und Pflicht gegenüber der eigenen Nation. Die Landesverratsbestimmungen des Strafgesetzbuches gelten weiterhin, da kein im Widerspruch mit ihnen stehendes Recht der Besatzungsmacht gegeben ist. Wenn ein Staatsangehöriger des besetzten Gebietes diejenigen seiner Mitbürger, die sich als Kollaborateure gegen die Interessen des eigenen Landes vergehen, an ihre nationalen Pflichten erinnert, so handelt er niemals rechtswidrig, da er nur an Pflichten erinnert, deren Weiterbestehen völkerrechtlich garantiert ist. Es ist nicht völkerrechtswidrig, an das Völkerrecht zu erinnern.

b) Die erweiterte Auslegung der Verordnung Nr. 8 verstößt auch gegen die auf der Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) vom 2. August 1945 getroffenen interalliierten Vereinbarungen. Unter III A 10 dieser Vereinbarungen (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsheft Nr. 1 S. 15) heißt es:

„Unter der Voraussetzung, daß die militärische Sicherheit gewahrt bleibt, wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährleistet.“

Was insbesondere die Ausübung der Freiheit der Rede im Rahmen einer politischen Partei betrifft, so sagt das gleiche Abkommen unter III A 9 II:

„In ganz Deutschland sind alle demokratischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechts, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“

Zur Durchführung dieser zwischen den alliierten Hauptmächten getroffenen Vereinbarung ist die für die deutschen Staatsangehörigen bindende Norm durch die Direktive Nr. 40 des interalliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 (Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 11 S. 63) geschaffen worden, in der es heißt:

„1. Unbeschadet der Notwendigkeit, die militärische Sicherheit zu wahren, soll es den deutschen demokratischen Parteien wie der deutschen Presse gestattet sein, deutsche politische Probleme frei zu besprechen.“

Sowohl die Bestimmung des Potsdamer Abkommens als auch die Kontrollratsdirektive Nr. 40 folgen dem völkerrechtlich anerkannten Grundsatz: „Gewährt eine Besatzungsmacht ein Recht, so gestattet sie auch die Mittel, ohne die das Recht nicht verwirklicht werden kann.“

Die für das Recht der freien Meinungsäußerung gesetzten Grenzen sind im Falle der Max Reimann zur Last gelegten Äußerungen nicht überschritten.

Max Reimann hat sich lediglich mit dem die Deutschen betreffenden Teil des Ruhrproblems beschäftigt. Seine Äußerungen sind nicht an die Besatzungsmächte gerichtet, sondern sind eine in scharfer Form ausgesprochene Kritik an der als antinational qualifizierten Haltung deutscher Politiker im Falle ihrer Beteiligung an der Erfüllung des Ruhrstatus. Es ist dargelegt worden, daß völkerrechtlich die Annahme oder die Ablehnung einer solchen Mitarbeit den Deutschen freisteht; demzufolge muß auch die Kritik an der Annahme der Mitarbeit als eine interne deutsche Angelegenheit angesehen werden, die die militärische Sicherheit der Besatzungsmächte nicht berührt.

III.

Der Ausschuß für Recht und Rechtspflege gelangt rechtsgutachtlich zu dem Ergebnis, daß die Verurteilung von Max Reimann durch die zu ihrer Begründung herangezogene Verordnung Nr. 8 nicht getragen wird. Das Urteil ist vielmehr ein nach völkerrechtlichen Normen und Kontrollratsrecht unzulässiger Eingriff der britischen Militärregierung in eine innerdeutsche Auseinandersetzung.

POLIZEILICHE FRAGE-ECKE

Entziehung der Fahrerlaubnis

Anläßlich eines Verkehrsunfalles, der nach Feststellung der polizeilanggestellten unter starkem Alkoholeinfluß entstand (der Führer des Kraftfahrzeuges war schon des öfteren in angetrunkenem Zustand festgestellt worden), hat die Landespolizeibehörde befohlen, den Führerschein des Beschuldigten auf die Dauer von 3 Jahren einzuziehen. Der zuständige Angestellte hat unter Berufung auf den § 3 der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung unter Hinweis auf die Anordnung der Landesregierung ein Schreiben an den Beschuldigten gerichtet, daß ihm der Führerschein auf die Dauer von 3 Jahren entzogen ist. Unter Anziehung der oben angezogenen Gründe ist dem Betreffenden eine Bescheinigung über die Einziehung des Führerscheins ausgehändigt worden.

Hiergegen hat der Beschuldigte durch seinen Rechtsvertreter Beschwerde über den Kreispolizeiführer bei der Landesregierung eingeleitet, und diese hat die Beschwerde anerkannt, gleichzeitig angeordnet, den Führerschein erneut auf Grund einer polizeilichen Verfügung unter Anführung der Gründe einzuziehen.

Die Kameraden des Kreispolizeiamtes stehen nun auf dem Standpunkt, daß der Führerschein nicht durch eine polizeiliche Verfügung und nicht auf Zeit eingezogen werden kann. (Dienstverweisung zum § 2 und 3.)

Wir bitten um Auskunft, wie die Einziehung eines Führerscheines gehandhabt werden kann, und welche rechtlichen Möglichkeiten der Beschuldigte zur Einreichung einer Beschwerde hat.

Die Kameraden des Kreispolizeiamtes Neuruppin.

Unsere Antwort:

1. Eine Entziehung der Fahrerlaubnis kann vorgenommen werden auf Grund des § 4 des Kraftfahrzeuggesetzes und des § 3 der StVZO. Die Zulässigkeit des Rekurses ist im § 5 des heute noch gültigen Kraftfahrzeuggesetzes festgelegt.

2. Für die Entziehung der Fahrerlaubnis sind die Verwaltungsbehörden, die eine Fahrerlaubnis erteilen können, zuständig, nicht die Gerichte. Fahrerlaubnis kann nur die Polizeibehörde erteilen, demzufolge Fahrerlaubnis kann nur die Polizeibehörde die Fahrerlaubnis entziehen. Die Entziehung der Fahrerlaubnis erfolgt infolgedessen durch eine Polizeiverfügung. Zur Erläuterung sei noch erwähnt, daß die Entziehung der Fahrerlaubnis nicht eine Strafe für den Kraftfahrzeugführer ist, sondern eine Verwaltungsmaßnahme zum Schutze der Allgemeinheit vor ungeeigneten Kraftfahrzeugführern.

3. Eine Entziehung der Fahrerlaubnis für eine festgelegte Zeit kann nicht erfolgen. Eine Entziehung schließt aber auch nicht ein, daß die Fahrerlaubnis grundsätzlich nicht mehr wieder erteilt werden könne. Die Wiedererteilung ist aber in jedem Falle von der Erfüllung der Bedingungen abhängig zu machen, auf Grund deren Nichterfüllung die Fahrerlaubnis entzogen wurde.

Wenn also z. B. einem Fahrer wegen Trunkenheit die Fahrerlaubnis entzogen wurde, so kann diese erst wieder erteilt werden, wenn auf Grund seiner Enthaltsamkeit im Alkoholgebiet während einer längeren Dauer (1, 2, 3 und mehr Jahre, je nach Ermessen) die Gewähr gegeben erscheint, die ein erneutes Verfehlen in dieser Richtung ausschließt. Bei Wiedererteilung der Fahrerlaubnis muß der Fahrer nicht nur die bei der Entziehung gestellten Bedingungen erfüllen, sondern er muß sich darüber hinaus grundsätzlich der im § 11 der StVZO festgelegten „Prüfung der Befähigung des Antragstellers durch einen amtlich anerkannten Sachverständigen“ unterziehen.

Die Entziehung der Fahrerlaubnis muß nicht immer unmittelbar mit dem „Fahrenkönnen“ im Zusammenhang stehen. Wenn jemand z. B. wegen Wirtschaftsvergehens bestraft wird, so kann ihn u. U. wegen moralischer Ungeeignetheit die Fahrerlaubnis entzogen werden.

4. Die Beschwerde gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis steht dem Betroffenen in Form des Rekurses (Verwaltungsstreitverfahren) unbeschränkt zu (§ 5 des Kraftfahrzeuggesetzes).

Der Rekurs hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung. Nur wenn in der Polizeiverfügung ausdrücklich festgelegt wird, daß der Rekurs keine aufschiebende Wirkung hat, tritt die Entziehung der Fahrerlaubnis sofort in Kraft. Das Rekursverfahren bleibt dadurch unberührt.

5. In dem im obigen Schreiben angeführten Falle ist richtig gehandelt worden.

a) Die Entziehung der Fahrerlaubnis durfte nicht auf 3 Jahre festgelegt werden.

b) Die Landespolizeibehörde mußte diese Polizeiverfügung wegen dieses Formfehlers aufheben und hat sie richtig durch eine Entziehung der Fahrerlaubnis ohne Zeitbeschränkung ersetzt.

Abschließend sei noch erwähnt, daß von der Möglichkeit der Entziehung der Fahrerlaubnis von den Polizeiamttern zu wenig Gebrauch gemacht wird. Diese Maßnahme, die ausschließlich dazu dient, andere Verkehrsteilnehmer zu schützen und wertvollen Transportraum zu erhalten, ist ein entscheidendes Mittel zur Hebung der Verkehrsdisziplin und zur Minderung der Straßenverkehrsunfälle.

Ist die Polizei verpflichtet Zeugengebühren zu zahlen?

Schon wiederholt ist es vorgekommen, daß Personen, die von der Polizei als Zeugen vorgeladen worden sind, für die ausgefallene Arbeitszeit oder die Bahnfahrt eine Entschädigung verlangen. Es ist von unserer Dienststelle immer möglichst so eingerichtet worden, daß die Zeugen nach Beendigung ihrer Arbeitszeit vorgeladen worden sind, oder, wenn die betreffenden Personen in einer der umliegenden Ortschaften wohnen, die Vernehmung durch den Polizeiposten durchgeführt wird. Leider ist es nicht immer möglich, in dieser Weise zu verfahren, insbesondere dann, wenn eine Gegenüberstellung erfolgen soll.

Wie soll sich die Polizei in diesem Falle verhalten? Unsere Erwägungen, daß von der Polizei keine Vergütung der entstandenen Kosten verlangt werden kann, wird damit beantwortet, daß das Gericht auch Zeugengebühren bezahlt.

Ist die Polizei verpflichtet, Zeugengebühren zu zahlen? Welche gesetzlichen Unterlagen sind hierfür vorhanden?

Pol.-Oberkommissar Ludwig,

Kreisriminalpolizeiabteilung Mühhausen, Thu.

Unsere Antwort:

Eine Verpflichtung der Polizei zur Zahlung von Zeugenbühren besteht nicht.

Nach § 71 StPO haben lediglich die vom Richter oder Staatsanwalt geladenen Zeugen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 25. Dezember 1925, die jedoch nach § 1 nur auf die vor ordentliche Gerichte gehörigen Rechtssachen Anwendung findet.

Im Vorverfahren bei den Polizeibehörden besteht kein Rechtsanspruch auf irgendwelche Vergütungen.

Auf Grund eines Runderlasses vom 14. Mai 1940 (RMBllV. S. 1456) konnten jedoch die Polizeibehörden Zeugen, die sie in Strafsachen — sei es aus eigener Entschließung oder auf Ersuchen einer Justizbehörde — vernahmen, bei Bedürftigkeit aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung für Fahrtauslagen und Verdienstaussfall gewähren, wenn die Belastung dem Zeugen nach seinen Erwerbs- und Lebensverhältnissen nicht zuzumuten war. Da dieser Erlaß nicht aufgehoben ist und auch keinen nazistischen Inhalt hat, kann er auch heute noch als Grundlage dienen, soweit die für solche Zwecke in den Haushaltsplänen der Polizei vorgesehenen Mittel es gestatten.

Zu beachten ist jedoch in diesem Zusammenhang § 17 Abs. 1) PVG, der ausdrücklich bestimmt, daß bei Festsetzung des Termins einer polizeilichen Vorladung auf den Beruf und die sonstigen Lebensverhältnisse des Vorzuladenden Rücksicht genommen werden soll.

Das Kaliber der Schußwaffe

Bei der im Rahmen der Breitenschulung bei uns durchgeführten Waffenkunde traten in letzter Zeit wiederholt Meinungsverschiedenheiten darüber auf, ob sich das Kaliber bei den Schußwaffen aus dem Abstand zweier gegenüberliegenden Felder oder der im Lauf eingeschnittenen Züge ergibt.

Die Kollegen, die die Ansicht vertraten, daß das Kaliber von Feld zu Feld gemessen wird, stützten sich darauf, daß dies sowohl bei der ehemaligen Wehrmacht gelehrt wurde, als auch in dem vom Chef der Polizei im Land Sachsen für den Dienstgebrauch herausgegebenen Merkheft „Die Pistolen der Polizei“ verankert ist. Wenn das jedoch der Fall und der Durchmesser des Geschosses gleich diesem Abstand wäre, so würde ein Teil der Pulvergase durch die Züge entweichen und der Druck auf das Geschöß entsprechend verringert werden, außerdem käme kein Draht zustande.

Demgegenüber steht die Ansicht der sich in der Mehrzahl befindlichen Kollegen, daß das Kaliber gemessen wird von Zug zu Zug.

Ich persönlich halte ein dritte Lösung durchaus für möglich, nämlich, daß das Kaliber gemessen wird von Feld zu Feld, d. h. der Abstand zweier gegenüberliegender Felder, der Durchmesser des Geschosses jedoch dem Abstand von Zug zu Zug entspricht.

Welche Ansicht ist die richtige?

Oberwachmeister Friedrich Seifert,
Kreispolizeiamt Marienberg.

Unsere Antwort:

Der Lauf einer Schußwaffe 98, Kaliber 7,9 mm, hat vier Züge. Die Züge sind in den Lauf eingeschnitten. Die zwischen den Zügen stehengebliebenen Teile sind die Felder. Der Abstand von Feld zu Feld heißt Kaliber und beträgt 7,9 mm. Der Abstand von Zug zu Zug beträgt 8,2 mm und entspricht dem Durchmesser des Geschosses an seiner stärksten Stelle. Das Geschöß wird so durch den Lauf gepreßt, daß sich die Felder in das Geschöß einschneiden. Da der Durchmesser des Geschosses an seiner stärksten Stelle dem Abstand von Zug zu Zug entspricht, gehen die Pulvergase nicht teilweise verloren, sondern der volle Druck der Pulvergase wirkt auf den Geschößboden ein und treibt das Geschöß aus dem Lauf.

Kameraden, schreibt der „Polizeilichen Frage-Ecke“, wenn Unklarheiten rechtlicher oder sonstiger Natur bestehen. Die Schriftleitung wird gern alle Fragen beantworten

SPORT UND KÖRPERSCHULUNG

Kleine Schule der Polizeigriffe

Von Adolf Lemke, Potsdam

Aus dem umfangreichen Gebiet der waffenlosen Selbstverteidigung wurde eine kleine Auswahl besonders für die Polizei wichtiger Griffe entnommen, die unter der Bezeichnung „Polizeigriffe“ bekannt sind. Jeder Polizeiangehörige, der noch keine Gelegenheit gehabt hat, Jiu-Jitsu zu erlernen, sollte wenigstens als eine Art Vor-schule der waffenlosen Selbstverteidigung sich die Kenntnis dieser Polizeigriffe aneignen. Auf die Notwendigkeit, daß sich unsere Polizei eingehendst mit diesen Griffen befaßt, braucht wohl nicht noch einmal besonders hingewiesen zu werden. Doch soll nochmals betont werden, daß die Kenntnis einiger Jiu-Jitsu-Griffe allein keine ausreichende Gewähr der Überlegenheit gegen einen physisch stärkeren Gegner ist. Mit andern Worten, der Jiu-Jitsu-Schüler sollte sich nicht nur auf das Erlernen der Griffe beschränken, sondern darüber hinaus gleichzeitig seinen Körper kräftigen. Dies ist von größter Wichtigkeit — besonders für unsere Polizisten, die im Kampfe gegen Verbrecher es oft mit körperlich überlegenen Gegnern zu tun haben. So wie der Boxer, der „hart im Geben“ ist, auch „hart im Nehmen“ sein muß, um mit Erfolg kämpfen zu können — so soll auch der Jiu-Jitsu-Kämpfer „hart sein“, d. h. Schmerzen vertragen und nicht wegen jeder Kleinigkeit den Kampf aufgeben. Dies gilt natürlich besonders für den Ernstfall, für den „Kampf auf der Straße“, wo es unter Umständen um Leben und Tod geht.

Bei den Polizeigriffen unterscheidet man zwischen **Abwehrgriffen**, **Lösegriffen**, **Transportgriffen** und **Aufhebegriffen**. Abwehrgriffe werden angewendet gegen Faust- und Stockschläge, gegen Messer, Schußwaffe usw. Lösegriffe ermöglichen dem Polizisten, sich aus einer Umklammerung zu befreien bzw. gegen einen Würgegriff sich zu verteidigen. Transportgriffe dienen dazu, Wider-spenstige abzuführen — und Aufhebegriffe sind anzuwenden, wenn passiver Widerstand durch Hinlegen ge-leistet wird. Diese Unterteilung der Polizeigriffe ist rein schematisch, und bei der geringen Anzahl von kaum einem Dutzend Griffen, die die frühere Polizei erlernte, war sie auch überflüssig.

Immerhin soll noch bemerkt werden, daß ein Lösegriff zugleich Abwehrgriff (und umgekehrt) und ein Aufhebe-griff zugleich Transportgriff sein kann.

Wichtiger jedoch als diese Erklärungen ist ein Rat, den jeder Polizist beherzigen sollte: **Die beste Verteidigung ist der Gegenangriff**. Darum gebe man dem Angreifer, aus dessen Umklammerung man sich durch einen Löse-griff befreit hat, nicht zum zweitenmal die Chance, den-selben (oder einen andern) Griff anzusetzen — mit andern Worten also: Der angegriffene Polizist soll sich nicht auf die Rolle eines Verteidigers beschränken, sondern blitz-schnell die Führung des Kampfes an sich reißen. Nach-stehend sollen die wichtigsten Polizeigriffe erläutert werden.

Armschlüssel (oder „Komm-mit-Griff“). Abbildung 1

Mit der rechten Hand umfaßt der Polizist das rechte Handgelenk des Gegners, zieht ihn mit kräftigem Rück an sich, während er sich gleichzeitig scharf nach rechts wendet und den Arm des Widerstrebenden unter den eignen hindurch zwischen Schultern und Ellbogen auf die Muskel des angewinkelten eignen linken Unterarms legt. Der ergriffene Arm muß dabei mit der Innenfläche nach oben gedreht werden. Durch Einklemmen des gegne-rischen Arms unter die Achsel des Polizisten und Fest-halten des eignen rechten Handgelenks mit der linken Hand, befindet sich der Arm des Gegners wie in einem Schraubstock. Der geringste Druck der eignen rechten Hand auf das gegnerische Handgelenk verursacht dem Gegner unerträgliche Schmerzen, so daß es dem Poli-zisten ein Leichtes sein wird, den Widerspenstigen abzu-führen. Dessenungeachtet könnte es aber zu Komplika-tionen kommen, wenn z. B. der Gegner versuchen wird, mit seiner freien linken Hand den Polizisten zu schlagen oder zu würgen. In diesem Fall muß der Polizist den Druck auf das gegnerische Handgelenk verstärken — und wenn notwendig, sogar den Arm des Widerspenstigen brechen.



Abb. 1. Komm-mit-Griff



Abb. 2. Handbeuge



Abb. 3. Armdrehgriff

Handbeuge (Abb. 2)

Beim Mißlingen des Armschlüssels kann man zu einem ähnlichen Griff übergehen. Wie schon aus dieser Abbildung hervorgeht, hat der Polizist nicht den ganzen Arm des Gegners unter seine Achsel geklemmt, sondern nur dessen Vorderarm. Durch Drücken des gegnerischen Ellbogens gegen den Körper des Polizisten, so daß der Arm einen spitzen Winkel bildet, biegt der Polizist das gegnerische Handgelenk abwärts. Auch bei diesem Griff gilt das Vorhergesagte: „Vorsicht vor der freien Hand des Gegners!“

Armdrehgriff (Abb. 3)

Ein sehr wirksamer Griff zum Abführen von Widerpenstigen. Ausführung: Der Polizist ergreift mit der rechten Hand das gegnerische rechte Handgelenk und gleichzeitig mit der Linken von außen dessen Oberarm nahe am Ellbogengelenk. Mit einem Ruck drückt nun der Polizist den Ellbogen des Gegners nach oben und dreht das Handgelenk desselben nach hinten, so daß der Arm des Gegners sich hinter dessen Rücken in einem rechten Winkel befindet. Mit der linken Hand krampft der Polizist sich an der linken Schulter des Gegners fest und kann nun, durch Verstärken des Drucks, Drehen des gegnerischen Handgelenks bzw. durch Nachobenschieben des Armes, den Gegner abführen. Beachten muß der Polizist hierbei, daß er die rechte Schulter des Gegners nicht losläßt, da ein sehr gewandter Gegner sich sonst durch eine blitzschnelle Drehung herauszuwinden imstande ist.



Abb. 4. Armdrehgriff und Stirnzug

Aufheben durch Armdrehgriff und Stirnzug (Abb. 4)

Mit dem Armdrehgriff kann man auch einen Widerpenstigen vom Boden aufheben, wenn man in Verbindung mit diesem Griff den „Stirnzug“ anwendet. Der Griff wird in gleicher Weise wie der beschriebene ausgeführt, nur daß der Polizist statt die Schulter des Gegners zu ergreifen, dessen Stirn nach hinten drückt und so den Gegner zum Aufstehen zwingt.

Abwehr gegen Stockschlag (Abb. 5)

Der Polizist fängt den von oben geführten Stockhieb des Gegners ab, indem er einen Ausfall rechts vorwärts macht und mit einem Faustschlag (oder noch besser Handkantenschlag) das Ellbogengelenk (Musikantenknochen) des Gegners trifft. Der Stockhieb wird nun vollends durch den Unterarm des Polizisten aufgefangen. Mit der linken Hand ergreift nun der Polizist das rechte gegnerische Handgelenk oder den Stock. Durch Drehen nach außen wird der Angreifer den Stock loslassen.

Außer diesen Polizeigriffen ist es für den Polizisten ratsam, sich auch mit den **Handkantenschlägen**, wie sie im Jiu-Jitsu üblich sind, vertraut zu machen. Bekanntlich hat ein gut geführter Schlag mit der Handkante eine größere Wirkung als ein Faustschlag. Dessenungeachtet wird ein geübter Boxer sein Boxen nicht aufgeben und im Ernstfall nicht mit der Handkante schlagen. Er wird, weil er es so gewohnt ist, weiterboxen. Ob nun Boxer oder Handkantenschläger, es ist für beide wichtig, die empfindlichen Körperstellen zu kennen. Doch darf das Üben der Handkantenschläge nur im Beisein eines Sportlehrers vorgenommen werden, denn diese Schläge sind sehr gefährlich. Unter Umständen kann ein gut und scharf gezielter Schlag mit der Handkante den Tod des Betroffenen zur Folge haben. Gegen Handkantenschläge besonders empfindlich sind die folgenden Körperstellen: Der Hals an der Schlagader, das Nasenbein, die Nieren, die Wirbelsäule, das Schlüsselbein, das Genick, die Oberarmknochen (dicht oberhalb der Knie) und die Oberlippe dicht unter der Nase.

Nun noch einige Worte über den **Übungsbetrieb und das Training**. Den Polizeisportlehrern sei empfohlen, den Unterricht nicht schablonenhaft, wie es in früheren Zeiten gebräuchlich war, zu gestalten, sondern mehr individuell, den Schülern und den gegebenen Umständen stets Rechnung tragend. Jeder Mensch ist verschieden und darum eignet sich dieselbe Lehrmethode nicht für jeden. Massunterricht ist immer schwierig. Die Lehrer müssen das richtige Fingerspitzengefühl besitzen, um einen guten Kontakt zu ihren Schülern zu finden. Ratsam ist, daß



Abb. 5. Abwehr gegen Stockschlag

sich jeder Polizeisportlehrer aus den Reihen seiner Schüler eine Anzahl geeigneter Kräfte heranzieht, die ihm als Hilfssportlehrer zur Seite stehen.

Die Polizeigriffe sollten im Freien oder in der Turnhalle auf einer Ringermatte (von mindestens 6×6 m) geübt werden. Das Üben der Griffe in Zeiten bzw. nach Zählen gehört der Vergangenheit an. Meiner Meinung nach ist diese Drillmethode überlebt, denn man kann Jiu-Jitsu und ähnliche Sportarten nicht im Parade-marschrhythmus erlernen. Also, mehr Individualität sollte der Grundsatz sein.

Sehr praktisch ist, im Übungsraum große Fotos oder Illustrationen (in halber Lebensgröße) anzubringen, auf denen die jeweils zu übenden Griffe in gemeinverständlicher Weise dargestellt sind. Um ganz methodisch vorzugehen, empfiehlt es sich sogar, diese Übungsvorlagen auf einem transportablen Gestell direkt neben der Übungsmatte aufzustellen, und zwar für den Bodenkampf in einer Höhe von etwa 50 bis 100 cm und für den Standkampf in einer Höhe von 150 bis 200 cm.

Unser Sportbericht

In der Zeit vom 13. März bis 3. April wurden durch die Sportgemeinschaften der Volkspolizei u. a. folgende Punkt- und Freundschaftsspiele ausgetragen:

Fußball

Zu einem überzeugenden Sieg kamen am 20. März 1949 die Fußballer der Polizeisportgemeinschaft Chemnitz über die 1. Mannschaft der SG Adorf.

Chemnitz gewann das Spiel 4:0.

Am 13. März 1949 spielte die 1. Mannschaft der PSG Plauen im Ausscheidungsspiel um die Staffelleisterschaft der Kreisklasse Ost gegen die 1. Mannschaft der SG Plauen Ost. Da PSG Plauen und Plauen Ost punktgleich an der Tabellenspitze standen, machte sich ein Ausscheidungsspiel der beiden Mannschaften notwendig. Die Polizeimannschaft ging gut vorbereitet in diesen schweren Kampf und gewann unter den Augen von etwa 1000 Zuschauern mit 3:0.

Am gleichen Tage spielte die Polizeimannschaft Adorf gegen die 1. Mannschaft der SG Leubnitz. Wenn bei dem letzten Treffen vor vier Wochen die Leubnitzer Mannschaft zu einem knappen 2:1-Sieg kam, so mußte sie sich am letzten Sonntag mit einem 7:3 geschlagen geben.

Die PSG Pölsuam spielte am 19. März 1949 in Brandenburg/Havel gegen die starke Westmannschaft der Landesliga. Vom An- bis zum Schlußpfiff des Punktspiels gab es keine Minute, in der nicht jene prickelnde Fußballstimmung herrschte, wie sie sich die mehr als 1000 Zuschauer nicht besser wünschen konnten. Das nicht alltägliche Ergebnis 5:5 spricht für die Ausgeglichenheit beider Mannschaften und wurde dem Spielverlauf gerecht.

Weitere Spiele: am 20. März

PSG Plauen gegen SG Rotschau	5 : 1
PSG Auerbach gegen SG Lengfeld 1. M.	5 : 0
PSG Olsnitz gegen SG Kürbitz 1. M.	1 : 2 (1:2)
PSG Adorf gegen SG Leubnitz 1. M.	7 : 3 (3:1)
PSG Adorf gegen SG Leubnitz 2. M.	0 : 1 (0:1)

am 27. März

PSG Leipzig gegen SG Schönefeld 1. M.	7 : 1
PSG Leipzig 2. M. gegen SG Zentrum	4 : 1
PSG Leipzig a. H. gegen SG Kleinzsch Ost	2 : 1
PSG Dresden gegen SG Hermsdorf 1. M.	8 : 1 (2:1)
PSG Görlitz 1. M. gegen SO Görlitz Kreisauswahl	4 : 0
PSG Görlitz 2. M. gegen SG Vorwärts Görlitz	8 : 1

PSG Plauen gegen SG Rotschau 1. M.	2 : 0 (0:0)
------------------------------------	-------------

(Die Mannschaft wurde durch dieses Spiel Kreismeister.)

PSG Plauen gegen SG Rotschau 2. M.	3 : 3
PSG Auerbach gegen SG Limbach 1. M.	1 : 1
PSG Bautzen gegen SG Radibor 1. M.	2 : 5 (1:3)
PSG Zittau gegen SG Konsum Zittau	2 : 2 (1:1)
PSG Dresden 1. M. gegen SG Wilsdruff 1. M.	1 : 0 (0:0)

am 3. April

PSG Chemnitz gegen Röhrsdorf 1. M.	12 : 4 (5:2)
PSG Chemnitz 1. M. gegen Röhrsdorf 2. M.	1 : 6 (1:2)
PSG Auerbach gegen SG Limbach 1. M.	2 : 1
PSG Zittau 1. M. gegen BSG mechanische Weberei	5 : 1 (2:1)
PSG Adorf gegen Olsnitz 1. M.	9 : 2 (4:1)

Handball

Die junge Handballmannschaft der Sportgemeinschaft DVfI und die Mannschaft des Polizeipräsidiums Berlin trafen sich zum ersten Freundschaftsspiel am 2. April 1949 in Wilhelmsruh. Die Mannschaft DVfI verteidigte sich tapfer gegen die Mannschaft PPB. Das Spiel endete mit 8:5 für PP Berlin.

Weitere Spiele am 3. April

PSG Leipzig 1. M. gegen Kleinzschober West 1. M.	6 : 4
PSG Leipzig 2. M. gegen Lindenau Aue 2. M.	1 : 14
PSG Leipzig Frauen gegen Kleinzschober Frauen	0 : 2

Wassersport

Im Fünf-Städte-Wettkampf im Schwimmen der PSG Magdeburg, Halle, Dresden, Chemnitz, Leipzig war das Ergebnis: Leipzig 106 Punkte, Halle 88 Punkte, Magdeburg 82 Punkte, Dresden 75 Punkte, Chemnitz 39 Punkte.

Am 24. März fand ein Wasserballspiel in Leipzig statt. Die kombinierten Mannschaften aus dem PP Leipzig spielten 4:1.

Boxen

Die Olsnitzer Polizei-Boxstaffel stand am 20. März 1949 im Revanchekampf gegen Crimmitschau. Nach einem 13:0-Sieg über Olsnitz mußte diesmal die Polizei eine 20:4-Niederlage hinnehmen.

Am 24. März 1949 boxte der Wachtmeister Hans Schubert der PSG Löbau im Mittelgewicht gegen Reuter, SG Löbau, um die Stadtmeisterschaft. Der Kampf endete unentschieden, jedoch bekam Reuter einen Hilfspunkt zugesprochen.

Achtung Polizeisportler!

Die in Heft 4 angekündigte Eröffnung des neuerbauten Polizeistadions ist vom 8. Mai auf den 22. Mai verlegt worden. Das Programm dieses sportlichen Ereignisses werden wir im nächsten Heft bekanntgeben.

Warum Schachspiel in der Volkspolizei?

Von Wachtmeister Ernst Dunskus, Präsidialbereitschaft Berlin

Bei der Gründung der Sportgemeinschaften der Volkspolizei wurden bereits an vielen Orten Schachsparten ins Leben gerufen. Wir beginnen heute entsprechend unserer Ankündigung in Heft 3 die in Zukunft regelmäßig erscheinende Schachsparte mit einem einführenden Artikel über die Entwicklung und Bedeutung des Schachspiels.

Sport und Schach, ist das nicht ein großer Gegensatz? Der Wert des Sportes braucht hier nicht noch einmal erläutert zu werden. Aber das Schachspiel! Erscheint es uns nicht als ein langweiliges Unterhaltungsspiel? Da sitzen zwei Spieler am Tisch und starren, ohne ein Wort zu sprechen, auf das Brett. Nach ewig langer Zeit bewegt der eine Spieler eine Figur und dann verfallen sie wieder in angestrengtes Brüten. Kopfschüttelnd wendet sich der Laie ab und zweifelt an der geistigen Zurechnungsfähigkeit der beiden. Da ist doch ein Fußballspiel oder ein Boxkampf nach seiner Meinung viel interessanter.

Wer aber das Schachspiel kennt, der lernt es auch bald lieben. Ist es doch eines der interessantesten und aufregendsten Spiele, die es überhaupt gibt. Das Schachspiel wurde in Europa in Italien, Spanien und Frankreich zuerst gepflegt und betrieben. Später erst trat es in Deutschland in Erscheinung, das mit Dr. Lasker den ersten Weltmeister stellte. Er wurde nach fünfundzwanzigjähriger Weltmeisterschaft von dem Amerikaner Capablanca abgelöst. Der neue Weltmeister, der sich für unschlagbar hielt, mußte seine Weltmeisterschaft an den jungen, aufstrebenden russischen Schachkünstler Aljechin abtreten. Nach der Herausforderung des holländischen Amateurweltmeisters Dr. Euwe ging Aljechin der Titel unter eigenartigen Umständen verloren. Im Revanchekampf eroberte sich Aljechin jedoch die Weltmeisterschaft abermals. Nach dem Tode Aljechins mußte ein neuer Weltmeister unter den stärksten Schachspielern der Welt ermittelt werden. Die UdSSR stellte ihn mit dem Großmeister der Sowjetunion Botwinnik, der durch schwere Kämpfe bewies, daß er zur Zeit der beste Schachspieler der Welt ist.

Nicht von ungefähr hat das Schachspiel die Jahrhunderte überdauert. Früher ein Spiel der Reichen und Vornehmen (die Ausübung des Spiels durch die besitzlose

Klasse im Mittelalter war bei schwerer Strafe verboten), soll es heute ein Spiel des werktätigen Volkes werden.

Wie der Sport die körperlichen Kräfte entwickelt und stärkt, so fördert das Schachspiel die geistigen Kräfte und zwingt zum logischen Denken. Ein Schachwettkampf ist eine schwere geistige Auseinandersetzung. Welche Fülle von Gedanken, Überlegungen, Folgerungen gehen dem Entschluß, eine Figur zu ziehen, voraus. Wir erkennen hieraus: Das Schachspiel bildet, entwickelt und fördert unsere geistigen Kräfte, es gibt uns die Möglichkeit, unseren Verstand im friedlichen Wettkampf zu messen, zu schärfen und zu vervollkommen. Dieser eminent hohe Wert des Spiels für die geistige Entwicklung der breiten Masse ist zuerst von der UdSSR klar erkannt worden. Dort ist Schachspiel Volkssport, Lehrfach in den Schulen, und der Sowjetsoldat zog mit dem Schachspiel an die Front. Ein Volk, das Schach als Massensport betreibt, wird in seiner Gesamtheit zum Denken erzogen. Heute stellt die UdSSR nicht nur den Weltmeister Botwinnik, sondern die besten Spieler der Welt, wie Smyslow, Bronstein, Kotow, Keres, Ragozin und Tolusch, um nur die bekanntesten zu nennen.

Daraus wollen auch wir lernen. Das Schachspiel muß auch bei uns ein wahres Volksspiel werden. Jeder Volkspolizist sollte die Möglichkeit ergreifen, in einer Schachsparte seine geistigen Fähigkeiten auszubilden. Hier lernt er viele Eigenschaften, die er zur Ausübung seines Berufes benötigt. Das klare Erfassen und Durchdenken einer Situation, die logische Folgerung der sich ergebenden Möglichkeiten, das instinktive Erfassen von unausgesprochenen Gedanken, die richtige Einschätzung seiner geistigen Fähigkeiten und nicht zuletzt auch Anstand und Höflichkeit.

Die schon bestehenden und noch zu bildenden Schachsparten der Volkspolizei bieten allen Kameraden Ausbildung im Schachspiel und Förderung ihrer Spielstärke, Wettkämpfe mit gleichstarken oder stärkeren Gegnern, Mannschaftskämpfe untereinander und in der weiteren Entwicklung Teilnahme an Wettkämpfen zur Ermittlung der Polizeimeisterschaft.

KULTURELLES LEBEN

Eine Mai-Demonstration im zaristischen Rußland

Aus Maxim Gorki: Die Mutter

Rings um die Kirche stand und saß eine dichte Menge, hier waren wohl fünfhundert muntere junge Leute und kleine Kinder. Die Menge wogte hin und her, die Leute hoben voll Unruhe die Köpfe, blickten nach allen Seiten in ungeduldiger Erwartung. Man fühlte eine gehobene Stimmung; manche blickten verstört drein, andere trugen ein keckes Gebaren zur Schau.

Jetzt brüllte die Dampfsirene und verschlang mit ihrem dunklen Klang die Unterhaltung der Menschen. Durch die Menge ging ein Beben, die Sitzenden standen auf, einen Augenblick war alles starr, wartete gespannt, und viele Gesichter wurden blaß.

„Genossen!“ ertönte Pawels Stimme klangvoll und fest. Trockener, heißer Nebel versengte die Augen der Mutter, und mit einer einzigen Bewegung ihres plötzlich erstarrten Körpers stand sie hinter dem Sohn. Alle wandten sich Pawel zu und umringten ihn wie Eisenfallspläne einen Magneten.

Die Mutter blickte ihm ins Gesicht und sah nur seine stolzen, lähnen, brennenden Augen.

„Genossen! Wir haben beschlossen, offen zu erklären, wer wir sind. Wir erheben heute unser Banner, das Banner der Vernunft, der Wahrheit und der Freiheit!“

Eine lange, weiße Stange blitzte in der Luft auf, senkte sich, zerteilte die Menge, verschwand in ihr, und nach einer Minute flatterte die breite Leinwand der Arbeiterfahne wie ein roter Vogel über den hochgereckten Gesichtern.

Pawel erhob die Hand — die Fahnenstange schwankte. Da griff ein Dutzend Hände nach dem weißen, glatten Holz, und unter ihnen war die Hand seiner Mutter.

„Es lebe das Arbeitervolk!“ rief er.

Hunderte von Stimmen antworteten ihm mit lauten Rufen: „Es lebe die sozialdemokratische Arbeiterpartei, unsere Partei, Genossen, unsere geistige Heimat!“

Die Menge wogte auf; wer die Bedeutung der Fahne begriffen hatte, drängte sich zu ihr hin; neben Pawel traten Masin, Samollow, die beiden Gussews, mit gesenktem Kopf stieß Nikolai die Menschen auseinander, und mehrere der Mutter unbekannt junge Leute, deren Augen hell leuchteten, schoben sie beiseite.

„Es leben die Arbeiter aller Länder!“ rief Pawel, und ihm antwortete ein an Kraft und Freudigkeit stets zunehmendes tausendstimmiges Echo, dessen Klang die Seele erschütterte.

Auf Nikolais pockennarbigem Gesicht lag ein breites Lächeln, er blickte, unverständliche Laute von sich gebend, auf die Fahne, streckte die Hand nach ihr aus, dann faßte er plötzlich die Mutter um den Hals, küßte sie und lachte.

„Genossen!“ ließ sich jetzt der Kleinrusse vernehmen, mit seiner weichen Stimme den Lärm der Menge über-tönend. „Im Namen des neuen Gottes, des Gottes des Lichtes und der Wahrheit, der Vernunft und des Guten, haben wir uns jetzt aufgemacht. Weit in der Ferne liegt unser Ziel, die Dornenkronen sind aber in der Nähe! Wer an die Kraft der Wahrheit nicht glaubt, wer nicht den Mut hat, bis zum Tode für sie auszuharren, wer nicht glaubt und Leiden fürchtet — der schließe sich uns nicht an! Wir rufen die zu uns, die an unseren Sieg glauben; diejenigen aber, die unser Ziel nicht sehen, sollen nicht mit uns gehen, denn ihrer wartet nur Kummer. An-treten, Genossen! Es lebe der Feiertag der freien Menschen, es lebe der Erste Mai!“

Die Menge schloß sich dichter zusammen. Pawel schwenkte die Fahne, sie breitete sich flach in der Luft aus und zog vor ihnen her, von der Sonne beschienen, rot und breit lächelnd.

„Wir sagen uns los von der alten Welt ...“

ertönte Fedja Masins helle Stimme, und Dutzende von Stimmen nahmen den Gesang in weicher, starker Woge auf:

„Wir schütteln den Staub von den Füßen ...“

Die Mutter schritt mit einem warmen Lächeln auf den Lippen hinter Masin und blickte über seinen Kopf auf ihren Sohn und die Fahne. Ringsum wogten freudige Ge-

sichter, Augen aller Farben. Allen voran gingen ihr Sohn und Andrej. Sie hörte ihre Stimmen — die weiche, feuchte Stimme Andrejs verschmolz mit dem tiefen Baß ihres Sohnes.

„Steh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!“

Schlagt den Feind, ihr hungernden Brüder! ...“

Das Volk lief der roten Fahne entgegen, rief etwas, vereinigte sich mit der Menge, wandte sich mit ihr zurück, und sein Geschrei erstarb in den Klängen des Liedes, desselben Liedes, das zu Hause leiser als die übrigen gesungen wurde. Auf der Straße erscholl es gleichmäßig, mit drohender Gewalt. Eiserne Mannhaftigkeit klang aus ihm; es rief die Menschen auf den weiten Weg der Zukunft, sprach ehrlich von der Beschwerlichkeit des Weges. In seiner großen, ruhigen Flamme schmolzen die schwarzen Schlacken der Vergangenheit, löste sich der dichte Knäuel zusammengeballter alltäglicher Gefühle und verbrannte zu Asche die verfluchte Angst vor dem Neuen.

„Steh auf, erhebe dich, Arbeitervolk! ...“

Es war, wie wenn eine riesige, eherner Trompete in der Luft säng und die Menschen aufweckte, in der Brust des einen Kampfbereitschaft, in der des andern unklare Freude, die Vorahnung von etwas Neuem, brennende Neugier erweckend, dort trübe Hoffnungen erregend, hier jahrelang angehäufter Wut einen Ausweg bahnend. Alle blickten nach vorn, wo in der Luft die rote Fahne schwankte und wehte. „Sie marschieren!“ brüllte eine begeisterte Stimme. „Bravo, Kinder!“

Und dann stieß der Mensch, der augenscheinlich etwas Großes empfand, das er mit gewöhnlichen Worten nicht ausdrücken konnte, ein saftiges Schimpfwort aus. Aber auch Wut, dunkle, blinde Sklavenwut zischte wie Schlangen und wandt sich mit bösen Worten dahin, erschreckt durch das Licht, das auf sie fiel.

„Ketzer!“ rief eine sich überschlagende Stimme aus einem Fenster, und eine Faust drohte.

Und aufdringlich klang ein bohrendes Kreischen an das Ohr der Mutter: „Gegen den Herrscher, gegen Seine Majestät den Zaren? Rebellieren wollt ihr?“

Verwirrte Gesichter huschten an der Mutter vorüber, Männer und Frauen sprangen und liefen dahin, das Volk strömte wie dunkle Lava vorwärts. Das Lied, das durch seine Klanggewalt gleichsam alles vor sich niederwarf und den Weg freimachte, riß sie mit sich fort.

Plötzlich war es aber, als wäre der Kopf der Menge an irgend etwas angerannt, ihr Körper schwankte ohne anzuhalten mit unruhigem, leisem Tosen zurück. Auch der Gesang schwankte, dann strömte er schneller und lauter dahin. Und wieder senkte sich die dichte Klangwelle und glitt zurück. Die Stimmen kamen, eine nach der andern, aus dem Takt, vereinzelte Ausrufe ertönten, die das Lied zur früheren Höhe zurückzubringen, es vorwärts zu tragen suchten.

„Steh auf, erhebe dich, Arbeitervolk!“

Schlagt den Feind, ihr hungernden Brüder! ...“

Aber in diesem Klang lagen keine Verbundenheit und keine Zuversicht, schon zitterte Unruhe in ihm.

Da die Mutter nichts sah und nicht wußte, was vorn geschah, drängte sie die Menge auseinander und bewegte sich schnell vorwärts. Ihr entgegen drängten aber schon Leute rückwärts, die einen mit gesenkten Köpfen und gerunzelter Stirn, andere verwirrt lächelnd, die dritten spöttisch pfeifend. Sie betrachtete bekümmert ihre Gesichter, und ihre Augen fragten, baten, riefen schweigend.

„Genossen!“ ertönte Pawels Stimme. „Die Soldaten sind genau solche Menschen wie wir. Sie werden nicht gegen uns losschlagen. Wofür sollten sie auch! Dafür, daß wir die Wahrheit bringen, die alle nötig haben? Die Wahrheit brauchen sie ja auch. Einstweilen begreifen sie das noch nicht, aber die Zeit ist nahe, wo sie mit uns gehen, wo sie nicht mehr unter der Raub- und Mordfahne marschieren, sondern unter unserer Fahne der Freiheit und der Güte einherziehen werden. Und damit sie unsere Wahrheit bald begreifen, müssen wir vorwärts! Vorwärts, Genossen! Immer vorwärts!“ ...

BERLINER MAILIED 1949

Von Kurt Schifner, Potsdam

Amibomber fliege —
Wir kennen dich vom Kriege.
Berlin ward von euch ausgebombt,
Jetzt Trockenmilch in Tropfen kommt. —
Kaugummi macht die Schnauze voll.
Egal, was daraus werden soll.
Ein jeder Spalter eisern schwört:
„Berlin ist einen Krieg schon wert!“

Verrat am Volke und am Frieden,
An Deutschlands Einheit schreckt sie nicht
Sie hören ihren Ami fliegen
Und strahlen über's Schafsgesicht. —
Sie riefen: „Hurra!“ vierzehn/achzehn.
Sie brüllten: „Heil!“ im Dritten Reich.
Jetzt wollen sie in Dollars Macht stehn,
Dazu ist jedes Mittel gleich.

Amibomber fliege —
Wir kennen dich vom Kriege.
Drum putze deine Flügel blank
Und fliege heim in's Yankee-Land. —
Den Friedenskräften wird es glücken,
Im Keim den Weltbrand zu ersticken.
Wenn jeder Schaffende der Welt
Die Faust am richt'gen Hebel hält.



Die Volkspolizei, Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Dünow. Verlag
Verlag für Polizei-Fachliteratur G. m. b. H. Verlag und Redaktion: Berlin-Wilhelmsruh, Fontanestraße 23. Telefon: 48 01 66. App. 176
und 48 12 56. Bankverbindungen: Berliner Stadtkontor, Bezirksbank Pankow, Breite Str. 19, Nr. 7548. Postscheckkonto Berlin Nr. 91 234
„Die Volkspolizei“ erscheint monatlich zweimal. Einzelheft 0.50 DM. Veröffentlicht unter Lizenznummer 393 der Sowjetischen Militär-
Administration in Deutschland. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. Druck (40) Berliner Druckhaus GmbH. (vorm. Stritzke
& Rothe), Berlin C.2. Münzstr. 19



Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH

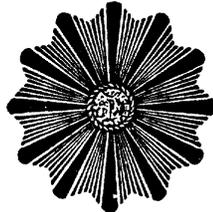
Die

Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

INHALT:

	Seite
Walter Bartel:	
Ernst Thälmann	1
M. Sobinow:	
Für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit	2
Rolf Hoffmann:	
Der Zweijahrplan und die Preisüber- wachung	3
Über die Sicherheit im Straßenverkehr . . .	4
Hans Albrecht:	
Die Aufgaben des Revierleiters im länd- lichen Bezirk	6
Goldschmidt:	
Einige Lehren des Falles Kullmann und andere	7
Front gegen die Mordhetze!	8
Hermann Mathow:	
Zum Gedenken unserer toten Kameraden	9
Aus der Hauptstadt Berlin	
Großmann:	
Berlin im Kampf um die Durchführung des Zweijahrplanes	10
Schröter:	
Der 1. Wettbewerb der Berliner Bereit- schaften	10
Gesetz und Recht	
Gustav Rieger:	
Eine nicht nur juristische Streitfrage . .	11
Erich Lust:	
... und ihre Beantwortung	12
Polizeiliche Frage-Ecke	
Diebstahl unter Ehegatten	12
Vergifteter Weizen	13
Kontrolle der Personalausweise	13
Kulturelles Leben	
Heinz Arenz:	
Zur Kulturarbeit in der Volkspolizei . .	14
Sport und Körperschulung	
Adolf Lemke:	
Volkspolizisten, treibt Sport!	15
Boxvergleichskampf Brandenburg—Berlin	16
Fritz Lahr:	
Ein Schritt vorwärts	17



2. Jahrgang

Nummer 4

BERLIN / APRIL 1949

Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH / Berlin-Wilhelmsruh



Dem vorbildlichen persönlichen Einsatz des **Hauptwachtmeisters Kurt Grimm** und des **Polizeianwärters Friedel Endinger**, Polizeipräsidium Erfurt, gelang die Festnahme zweier gefährlicher Einbrecher, die die Erfurter Bevölkerung beunruhigt hatten. Hauptwachtmeister Grimm wurde zum Polizeimeister und Polizeianwärter Endinger zum Polizeioberwachtmeister befördert.

Gelegentlich einer Dienstreise bemerkte der **Polizeiwachtmeister Berkholz**, Fahrbereitschaft der Landespolizeibehörde Mecklenburg, daß am Ostorfer See, etwa 15 m vom Ufer entfernt, ein Kind im Eise eingebrochen war. Unverzüglich ging Berkholz zusammen mit einem jungen **Soldaten der Besatzungsarmee** an die Rettung des Kindes. Obgleich beide mehrmals einbrachen und bis an die Schultern ins Wasser gerieten, gelang es ihnen, das Kind zu bergen. Für diese mutige Tat, die auf die Zeugen des Vorfalls tiefen Eindruck machte, wurde Berkholz zum Polizeioberwachtmeister befördert.

Dem **Polizeioberwachtmeister Walter Ebermann** und dem **Wachtmeister Adam Oberhofer**, Kreispolizeiamt Zittau, gelang es, durch systematische und mühevoll Kleinarbeit einen Einbruch-diebstahl aufzuklären, bei dem ein 3 Ztr. schwere Schwein und 3 Ziegen gestohlen worden waren. Dem Täter konnten noch fünf weitere schwere Einbrüche nachgewiesen werden. Ebermann und Oberhofer wurden mit einer Belobigung ausgezeichnet.

Der **Polizeiwachtmeister Horst Freyt** und der **Polizeianwärter Hans Schmidt**, Berlin, haben bei der Sektorenkontrolle mehrere Zigaretten-großschiefungen verhindert. In raffiniert angelegten Verstecken auf Last- und Tempowagen entdeckten sie 50 000 Zigaretten, 30 kg Tabak, 100 Liter Sprit und mehr als 1000 Tafeln Schokolade. Schmidt und Freyt wurden mit einer öffentlichen Belobigung ausgezeichnet.

Die Valkspalizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

2. JAHRGANG

BERLIN, APRIL 1949

NUMMER 4

ERNST THÄLMANN

Von Walter Bartel, Berlin

Am 16. April 1886 wurde Ernst Thälmann geboren, am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald Viehisch von der Gestapo ermordet. 11 1/2 Jahre hielten die Nazibanditen Ernst Thälmann in Einzelhaft. Sie wußten warum, denn in der ganzen Welt war Ernst Thälmann zum Inbegriff des unerschrockenen, konsequenten Kämpfers gegen das blutige Naziregime geworden. Schon selber unter dem Galgen stehend, vollstreckten sie das Todesurteil an ihm, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands. Seine Ermordung gehörte zu dem Programm Goebbels, der verkündet hatte, daß die Welt erzittern wird, wenn die Nationalsozialisten von der politischen Tribüne abtreten und die Tür hinter sich zuschlagen. Sie mordeten Ernst Thälmann, um dem deutschen Volk einen seiner besten Köpfe für den Aufbau einer friedlichen, gerechten Welt zu nehmen.

In Ernst Thälmann verkörperte sich die Entwicklung des jungen aufstrebenden **Industrie proletariats**, das mit starkem Willen und kühner Faust zu dem Höchsten griff: zur politischen Herrschaft. Sein Vater war ein Bauernknecht, der zu Beginn der achtziger Jahre nach Hamburg kam, um gleich dem großen Strom der landarmen Bauern in den Handels- und Industriezentren Lohn und Arbeit zu suchen. Das Bismarck-Regime versuchte zu dieser Zeit, mit Hilfe des Sozialistengesetzes die aufrüttelnde Agitation eines August Bebel und Wilhelm Liebknechts unmöglich zu machen. Auch Bismarck versprach schon einmal soziale Gerechtigkeit und Freiheit für jeden. Deshalb wurden die Sozialdemokraten, die gerechten Lohn und politische Freiheit verlangten, unter Ausnahmerecht gestellt, aus Betrieb und Wohnung gejagt oder in die Gefängnisse geworfen. Ernst Thälmanns Vater gehörte zu den Opfern des Sozialistengesetzes. Mehr als zwei Jahre war er in Haft. Erst die Aufhebung des Sozialistengesetzes gab ihm die Freiheit wieder.

Der junge Ernst mußte dem Vater bei dessen kleinem Gemüsehandel helfen. Er lernte schon früh, den Lebensunterhalt der Familie mit zu verdienen. Nach beendeter Schulzeit suchte der junge, kräftige, geistig regsame Arbeitersohn den Weg in die Welt. Er wurde Kohlentrimmer. Aber nur kurze Zeit fesselt ihn dieses Leben auf großer Seefahrt. Mit 17 Jahren finden wir Ernst Thälmann wieder in Hamburg als Transportarbeiter. Seine Kollegen wählen ihn bald zum Gewerkschaftsvertrauensmann und die Mitglieder seiner Partei, der SPD, zu ihrem Funktionär. Bald erkennt er die Gefahren der Verfälschung der marxistischen Lehren über den Staat und den Krieg. Die von Karl Liebknecht propagierte **antimilitaristische Arbeit** führt Ernst Thälmann auf den Schiffen der kaiserlichen Kriegsmarine durch. Er verteilt Flugblätter mit Antikriegslosungen unter den Matrosen. Die sozialdemokratische Parteiführung in Hamburg war zwar entsetzt, aber die jungen Hamburger Sozialdemokraten standen zu ihrem Ernst Thälmann.

Hart trifft ihn, den Sozialisten und Antimilitaristen, der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die schmähliche Rolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. 2 1/2 Jahre

liegt er in den Schützengraben des Westens, niemals vergessend, daß er auch im Waffenrock ein Arbeiter bleibt. Die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung veranlaßt ihn, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überzutreten. Er glaubte, mit den oppositionellen Sozialdemokraten innerhalb dieser Partei eine revolutionäre Massenpolitik zur schnellen Beendigung des Krieges durchführen zu können. Die große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 zeigt ihm, daß die Arbeiterschaft nur auf dem Weg des konsequenten Klassenkampfes die Freiheit erringen kann. Im November 1918 steht Ernst Thälmann inmitten der streikenden, demonstrierenden Arbeiter. Die Hamburger wählen ihn zum **Arbeiterrat**, und damit beginnt sein Weg vom Hamburger Arbeiterfunktionär zum Führer des antifaschistischen Deutschland. Seine einfache, jedem arbeitenden Menschen verständliche Sprache verschafft ihm weit über die Grenzen Deutschlands hinaus die Sympathie aller ehrlichen, friedliebenden Menschen. Schon früh versuchen die reaktionären Kräfte in Hamburg diesen mutigen, kühnen Kämpfer für das Recht der armen arbeitenden Menschen zur Strecke zu bringen. Bereits 1922 wird ein **Attentat** auf ihn unternommen. Der Anschlag mißlingt. Doch seit dieser Zeit ist Ernst Thälmann das Ziel einer wütenden Hetzkampagne aller reaktionären und faschistischen Kräfte. Die Arbeiter, die Jugend, das werktätige Volk sieht in Ernst Thälmann den Mann, der den unversöhnlichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf seine Fahne geschrieben hat. Die Reaktion, Großgrundbesitz, Bank- und Rüstungskapital sehen in ihm den Mann, der an den Grundlagen ihrer Profitherrschaft rüttelt.

Ernst Thälmann war ein großer sozialistischer Kämpfer und Agitator. Mit sicherem Blick erkannte er die Notwendigkeiten des Tages. Immer aufs engste mit den Massen verbunden, wußte er ihre Stimmung zu deuten und ihren Willen zum Kampf anzufachen. Als das faschistische Gesindel unter Duldung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung in Deutschland ihre militärischen Formationen organisiert, wird Ernst Thälmann zum Begründer des **Roten Frontkämpfer-Bundes** und gibt ihm die Aufgabe, den tatbereiten Abwehrwillen der antifaschistischen Kräfte gegen SA, SS und Stahlhelm zu entfalten. Wie sehr das deutsche Finanzkapital in dem RFB eine große Gefahr für seine eigene Existenz erblickte, beweist die Tatsache, daß der RFB bereits 1929, fast vier Jahre vor der Machtergreifung Hitlers verboten wurde. Sozialdemokratische Parteiführer leisteten bei dieser verbrecherischen Aktion gegen die wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes Hilfestellung. Wie anders wäre der Weg Deutschlands geworden, wenn die geeinte deutsche Arbeiterklasse zu einem mächtigen Magnet für alle schaffenden Menschen geworden wäre und mit Hilfe der Parteien, Gewerkschaften und "ehrorganisationen der Arbeiterklasse, Roter Frontkämpferbund und Reichsbanner, alle Angriffe des Faschismus zum Scheitern gebracht hätte.

Ernst Thälmann erkannte die Gefahr, die in der Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung lag. Deshalb konzentrierte er seine ganze politische Kraft auf die Schaffung der **Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien**. Immer wieder warnte er vor den Folgen der faschistischen Entwicklung, mahnte die Sozialisten in beiden Parteien und die Gewerkschaften zum einheitlichen, geschlossenen Handeln, um dem faschistischen Verderben Einhalt zu gebieten. Er war zutiefst davon durchdrungen, daß an der Einheitsfront der Arbeiter der Faschismus zerschellen müsse, daß aber ohne diese Einheitsfront der Faschismus triumphieren würde.

Ernst Thälmann lehrte den deutschen Arbeitern, daß sie nichts verbindet mit den Vertretern der deutschen Großkonzerne, daß sie sich aber fest verbunden fühlen mit den Arbeitern aller Länder. Einige Monate vor dem Beginn der faschistischen Herrschaft, am 31. Oktober 1932, sprach Ernst Thälmann auf einem gewaltigen **Meeting in Paris**. Er rief den französischen Arbeitern zu, daß er gekommen sei, um hier in der Stadt der Kommune, in der Stadt von Jean Jaurès Zeugnis abzulegen für den proletarischen Internationalismus, Anklage zu erheben gegen die kapitalistischen Regierungen beider Länder. Einige Wochen später, zwei Tage vor Hitlers Machtergreifung erlebte Berlin seine größte, aber auch letzte Kundgebung gegen den Faschismus. Die Kommunistische Partei hatte die Berliner Arbeiter gerufen. Ernst Thälmann sprach zum letzten Male zu ihnen. In schneidender Kälte demonstrierte Berlin am Karl-Liebknecht-Haus vorbei. Selbst Friedrich Stampfer, der seinerzeitige Redakteur des Zentralorgans der SPD mußte gestehen, daß sich in dieser Demonstration der Wille zur Abwehr gegen die faschistische Herrschaft manifestierte. Aber Friedrich Stampfer und mit ihm die SPD-Partei- und Gewerkschaftsführung zogen daraus keine Konsequenzen. Die ihnen dargebotene Hand der Kommunisten, gemeinsam zu kämpfen, die Parteischranken zu durchbrechen, das Leben der Arbeiterklasse zu erhalten, den faschistischen Vormarsch zum Stoppen zu bringen, wurde nicht ergriffen, sondern im Gegenteil brüsk zurückgewiesen.

So konnte der Faschismus zur Macht gelangen. Während sich die SPD-Führung und das Bürgertum auf den Stimmgabeln verließ, organisierte das deutsche Monopolkapital seine SA-Mordbanden, Gestapo und Konzentrationslager. Der **Reichstagsbrand** wurde zum groß angelegten Manöver zur Inszenierung einer Programstimmung gegen die Kommunistische Partei. Diese Programstimmung konnte zwar nicht aufkommen, aber das deutsche Volk fand auch nicht den Willen zum Widerstand und sah untätig zu, wie Tausende Arbeiterfunktionäre hinter Mauern und Gitter verschwanden, wie sie gejagt und gehetzt wurden und auf offener Straße den Mordbestien zum Opfer fielen.

Die KPD hatte Ernst Thälmann geraten, für sich selbst Maßnahmen zu treffen, um nicht seinen Mördern in die Hände zu fallen. Doch Ernst Thälmann wollte nicht vom Kampffeld weichen. So fiel er am 3. März 1933 der Gestapo in die Hände. Die Goebbels-Presse triumphierte, Wochenlang kündigte sie einen Thälmann-Prozeß an, von dem sie sich die endgültige Vernichtung des Kommunismus in

Deutschland versprach. Die Naziregierung wagte es jedoch nicht, ihren Todfeind vor die Schranken des Gerichtes zu stellen. Sie hielten Ernst Thälmann in strengster Isolierung. Ob in Berlin, in Hannover oder Bautzen, wo immer er gefangen gehalten war, blieb er allein. Dennoch drang die Kunde seines bewundernswürdigen Kampfes gegen die Nazijustiz, gegen alle Versuche, ihn körperlich und geistig zu brechen, in die ganze Welt. Das zu seiner Befreiung gegründete **internationale Thälmann-Komitee** schrieb dem Eingekerkerten die stolzen Worte: „Wir anerkennen in Ihrer Person den Vertreter freiheitlichen Geistes, des Fortschritts und der Zukunft.“ Von Gefängnisbeamten wissen wir heute, daß zu seinem Geburtstag, zu anderen Feiertagen Tausende und aber Tausende Karten und Briefe aus der ganzen Welt kamen, um ihn, den antifaschistischen Kämpfer zu grüßen, die Bewunderung aufrechter friedliebender Menschen zum Ausdruck zu bringen. Heute wissen wir auch, wie Ernst Thälmann auf die Nachricht von dem Überfall auf die Sowjetunion reagierte. Als ihm ein SS-Offizier höhnisch grinsend die Mitteilung überbrachte, schleuderte er ihm den einen einzigen Satz ins Gesicht: „**Stalin bricht Hitler das Genick!**“

Diesen kühnen Helden des antifaschistischen Kampfes, diesen unbeugsamen Arbeitersohn, diesen Mann, den die ganze antifaschistische, freiheitliebende Welt als ihren Repräsentanten ansah, konnten die Faschisten nicht leben lassen. Sie ermordeten ihn im Krematorium des Konzentrationslagers Buchenwald. So groß war die Furcht vor seiner Popularität, 11 Jahre nach Hitlers Machtergreifung, daß Goebbels es nicht wagte, den Mord an Ernst Thälmann zu gestehen. Sie erfanden das Märchen von dem Bombenangriff auf das Konzentrationslager, dem er zum Opfer gefallen sei.

Ernst Thälmann starb wie er lebte, kämpfend gegen Faschismus und Reaktion, kämpfend für Frieden und Freiheit der schaffenden Menschen. Was er in jahrzehntelangem Ringen geschaffen hat, lebt weiter. Er hinterließ uns die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit der **Einheit der Arbeiterklasse**. Sie fand ihre Verwirklichung in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Er hinterließ uns die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse die Trägerin des **nationalen Freiheitskampfes** sein muß, wenn nicht die Nation untergehen soll. Er ermahnte das deutsche Volk immer wieder eindringlich zur Freundschaft und zur engsten Verbundenheit mit der Sozialistischen Sowjetunion, dem Vorkämpfer des Friedens und des Fortschritts. Heute erkennen immer breitere Kreise in Deutschland, daß das der einzige Weg zur Erhaltung der deutschen Nation ist. Im Deutschen Volksrat, in der Bewegung für die nationale Einheit und einen gerechten Frieden gehen wir den uns von Ernst Thälmann aufgezeichneten Weg. Ernst Thälmann lehrte uns, eine **offene, kühne, klare Sprache** zu den Massen zu sprechen, dann werden die Massen sprechen. In der Festigung der antifaschistischen demokratischen Ordnung unserer sowjetischen Besatzungszone, in dem Kampf um Einheit und Frieden wird es uns gelingen, die schaffenden Menschen Deutschlands in Bewegung zu bringen, um mit ihrer Kraft Ernst Thälmanns Werk zu vollenden.

Für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit

Von M. Sobinow

Die nach dem Zusammenbruch des Faschismus durchgeführte grundlegende politische und wirtschaftliche Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vollzog sich von Beginn an auf streng gesetzlicher Grundlage. Der faschistische Machtapparat war zwar völlig zertrümmert und mit ihm die zu seinem Schutze geschaffenen oder seinen Interessen dienenden Gesetze. Unmittelbar nach dem Einmarsch der siegreichen Sowjetarmee wurden jedoch von den sowjetischen Besatzungsbehörden eine Reihe von Anordnungen und Befehlen erlassen, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen neues Recht, neue Gesetze zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und zur Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone schufen.

Seit dem faschistischen Zusammenbruch sind nun nahezu 4 Jahre vergangen. Es waren Jahre harter Arbeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in denen die Grundlagen für den jetzt in Angriff genommenen Neuaufbau einer Friedenswirtschaft und eines normalen Lebens nach demokratischen Prinzipien gelegt

wurden. Zur Erreichung dieses Zieles steht die Festigung und Weiterentwicklung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone als vordringliche Aufgabe vor den demokratischen Organisationen und den Verwaltungsorganen. Zu dieser Frage veröffentlichte die „Tägliche Rundschau“ am 7. Januar 1949 einen instruktiven Artikel von M. Sobinow, aus dem der folgende Auszug, der für die Volkspolizei von besonderer Bedeutung ist, wiedergegeben sei:

„Im Laufe des Jahres 1948 wurden mehrere Verordnungen erlassen, um die Rechte der Persönlichkeit zu sichern und die demokratischen Freiheiten der Bevölkerung zu schützen. Auf Grund der geltenden Gesetze hat sich eine feste Ordnung herausgebildet, nach der niemand ohne Genehmigung des Staatsanwalts verhaftet werden darf. Um die Rechte der Persönlichkeit zu schützen, gewährleistet die in der sowjetischen Besatzungszone geltende Prozeßordnung dem Angeklagten das Recht auf Verteidigung, das Recht auf den Ge-

brauch seiner Muttersprache vor Gericht, das Recht, die Einsicht in alle Anklagedokumente in seiner Muttersprache zu verlangen usw. Das demokratische System der Prozeßordnung in der sowjetischen Besatzungszone ist ein Ergebnis der demokratischen Reform der gerichtlichen Untersuchungsorgane in der sowjetischen Besatzungszone.

Sehr bedeutsam für die Festigung der Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone waren auch die von der SMV unter voller Unterstützung der demokratischen öffentlichen Organisationen und der Bevölkerung gefaßten Beschlüsse zu den Problemen der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone. In diesem Zusammenhang ist an den **Befehl der SMV Nr. 201** vom 16. August 1947 über das Verfahren bei der Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrats zu den Fragen der Entnazifizierung und an den **Befehl der SMV Nr. 35** vom 26. Februar 1948 über die Auflösung der Entnazifizierungsausschüsse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu erinnern.

Der Befehl Nr. 201 stellte einen wertvollen Beitrag zur weiteren Demokratisierung in der sowjetischen Besatzungszone und zur Entwicklung der demokratischen Gesetzlichkeit dar. Infolge der durchgreifenden Maßnahmen zur Säuberung der Behörden und Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone von ehemaligen Naziaktivisten, Militaristen und Kriegsverbrechern sowie infolge der Bodenreform und der Übergabe der Industriebetriebe der ehemaligen Naziaktivisten, Militaristen und Kriegsverbrecher in das Eigentum des deutschen Volkes, sind die Grundlagen des Faschismus, des Militarismus und der Reaktion in der sowjetischen Besatzungszone endgültig erschüttert. Gegen die Positionen derjenigen Gesellschaftsschichten (der Monopolisten und der Junker), die die wahren Inspiratoren der blutigen Verbrechen des Hitlerfaschismus und des Militarismus waren, wurde ein vernichtender Schlag geführt.

Unter den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen haben diejenigen Mitglieder der Naziartei, die sich nicht durch Verbrechen befleckt haben, die Möglichkeit erhalten, an dem demokratischen Aufbau und am Wiederaufbau der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen und dadurch die Schuld zu löschen, die sie gegenüber dem deutschen Volke für ihre frühere Zugehörigkeit zu den nazistischen Organisationen tragen.

Der Befehl Nr. 201 hat unmißverständlich ausgesprochen, daß die Entnazifizierungspolitik nicht darin besteht und bestehen darf, daß alle ehemaligen Mitglieder der Naziartei und ihrer Unterorganisationen wahllos verfolgt werden. Die ehemaligen nominalen Mitglieder der Naziartei und ihrer Unterorganisationen dürfen sicher sein, daß sie volle Unterstützung finden werden, wenn sie sich bemühen den Weg des praktischen demokratischen Aufbaus in der sowjetischen Besatzungszone zu beschreiten und sich von der nazistischen Ideologie freizumachen.

Aber gleichzeitig sieht der Befehl vor, daß die **wirklichen Verbrecher** unter den ehemaligen aktiven Funktionären der Naziartei und ihrer Unterorganisationen ihre gerechte Strafe erleiden müssen, da die Interessen des deutschen Volkes dies verlangen. Keinerlei Toleranz ist möglich gegenüber Verbrechern wie den aktiven Funktionären des Hitlerregimes, die sich mit Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Menschheit befleckt haben.

Aus diesem Grunde ist der Befehl Nr. 201 außerordentlich bedeutsam. Er hat für die ehemaligen nicht aktiven Nazis die völlige Wiederherstellung ihrer bürgerlichen Rechte proklamiert.

Da die Entnazifizierungskommissionen in der sowjetischen Besatzungszone ihre Funktionen hinsichtlich der Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen aktiven Nazis und Militaristen erfüllt haben, wurden sie durch den Befehl der SMV Nr. 35 vom 26. Februar 1948 aufgelöst.

Gleichzeitig wurde in diesem Befehl, wie in dem Befehl Nr. 201, proklamiert, daß die ehemaligen Mitglieder der Naziartei und ihrer Unterorganisationen, die ihrer Posten in öffentlichen Institutionen und Betrieben enthoben oder aus ihnen entfernt wurden, ohne jedoch nach dem Gesetz ihr Wahlrecht zu verlieren, sich durch ehrliche und loyale Arbeit mit der Zeit die Möglichkeit erwerben können, entsprechend ihren Kenntnissen an ihre Arbeit im Verwaltungsapparat zurückzukehren mit **Ausnahme von Stellungen in der Justiz und in der Polizei** sowie von leitenden Posten im Verwaltungsapparat. Diese Ausnahmen werden bis auf weitere Verfügung in Kraft bleiben.

Im Laufe des Jahres 1948 wurden noch mehrere andere Verordnungen zum Zwecke der Festigung und Weiterentwicklung der Prinzipien der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone erlassen. Diese Verordnungen betreffen die Frage der Ausnutzung der Arbeitskraft, den Schutz der Rechte von Erfindern und Rationalisatoren, den Schutz der Rechte der Frauen und der Jugendlichen in der Produktion usw.

Man darf wohl sagen, daß die Prinzipien der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung in der sowjetischen Besatzungszone gegenwärtig ein starkes Werkzeug zur weiteren Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone auf dem Wege der demokratischen Umgestaltung darstellen, auf dem Wege des erfolgreichen Wiederaufbaus der Friedenswirtschaft, der Hebung des Wohlstandes aller Schichten der deutschen Bevölkerung, der Sicherung der demokratischen Freiheiten und der Rechte der **Persönlichkeit auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Gesetzlichkeit.**

Eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltungsorgane und der demokratischen Parteien und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone besteht darin, die demokratische Gesetzlichkeit in der sowjetischen Besatzungszone im Dienste der Volksinteressen weiter zu festigen.

Der Zweijährplan und die Preisüberwachung

Von Pol.-Kommandeur Rolf Hoffmann, DVdI

Die Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen der SRZ hat zu einem ganz neuen Verhältnis der Werktätigen zu ihrer Arbeit geführt. Die Erkenntnis, daß die Arbeit nicht mehr einer kleinen Minderheit kapitalistischer Ausbeuter mühelosen Profit bringt, sondern daß jedes Stück Arbeit der Verbesserung der materiellen Lage, der Hebung des allgemeinen Wohlstandes zugute kommt, wird immer allgemeiner. Aus dieser Entwicklung ergeben sich auch für die polizeiliche Preisüberwachung besondere Aufgaben.

So sehr die Preisüberwachung zur Unterstützung und Verfolgung strafbarer Handlungen eine Aufgabe der Polizei ist, so eng steht sie im Kontakt mit der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und erfordert daher ein über den Rahmen des rein Polizeilichen hinausgehendes wirtschaftliches und politisches Interesse und Verständnis und die bereitwillige **Mitarbeit aller Werktätigen.** Ein „guter“, aber unpolitischer Verwaltungsangestellter wird vielleicht feststellen, daß die Preisstrafrechtsverordnung vom Jahre 1939 in der Fassung von 1944 auch heute noch Gültigkeit hat und

daß deshalb ihrer gebräuchlichen Handhabung auch weiterhin nichts im Wege steht. Als nähere Begründung wird er darauf hinweisen, daß ein Preisverstoß im kapitalistischen Deutschland sich von einem heute begangenen kaum unterscheidet, ja sich gar nicht unterscheiden kann. Eine derartige Bewertung würde aber mit anderen Worten heißen: Hier steht das Gesetz und dort die Politik, beide sind unabhängig voneinander.

Man sollte meinen, daß eine derartige formale Auslegung überlebt und mit dem alten „unpolitischen“ Berufsbeamtentum verschwunden sei. Tatsächlich begegnet man aber solchen veralteten Tendenzen auch heute noch nicht nur in Kreisen der Finanzämter (daran sind wir schon gewöhnt), sondern hier und da auch noch in der Volkspolizei. Teils infolge ungenügender Schulung und zum Teil aus Angst vor der eigenen Courage verstehen manche Kameraden noch nicht, die Preisüberwachung als das zu handhaben, als was sie sich bei gerechter Anwendung immer wieder offenbart, als ein Instrument zur Neuordnung der Wirtschaft, die im engsten und unmittelbarsten Kontakt mit der werktätigen Bevölkerung steht.

In einer Instruktion der DVdI wurde bereits betont, daß die Volkspolizei in der Preisüberwachung ein entscheidendes Mittel besitzt, um das Vertrauensverhältnis der Werktätigen zu ihrer Polizei weiter zu festigen. Die mit der Preisüberwachung beauftragten Polizeiangestellten müssen daher ihre Aufgabe **im Interesse der Werktätigen** durchführen. Das erfordert nicht nur fachliches und polizeiliches Wissen, sondern auch Verantwortung und den Mut, eventuelle persönliche Vorteile auszuschlagen und im Verhältnis zu Kreisen der Kleingewerbetreibenden und der Privatunternehmer absolute Korrektheit zu pflegen.

Das bedeutet keine feindliche Haltung gegen den Einzelhandel oder das Gaststättengewerbe oder die Absicht, diese Gewerbebereiche in Genossenschaften zu überführen. Auf der ersten Parteikonferenz der SED kam im Gegenteil zum Ausdruck, daß die Entscheidung über den Wert dieser Gewerbebereiche der Konkurrenz mit den bereits bestehenden Genossenschaften überlassen bleiben muß. Die Aufgabe der Volkspolizei ist allein darauf gerichtet, diejenigen, die ihr Gewerbe zum Vucher und zum Betrug an den Verbrauchern mißbrauchen, aus der Wirtschaft auszuschalten und ihr Gewerbe für Personen oder Organisationen freizumachen, die das Vertrauen der Werktätigen in jedem Falle rechtfertigen. Das bedeutet nicht, daß die Genossenschaften, z. B. die Konsumgenossenschaften, als „fabu“ gelten. Auch sie unterliegen der Überwachung, und eventuell notwendige polizeiliche Maßnahmen werden sich ohne die Genossenschaften an sich zu treffen auch bei ihnen gegen jede nicht einwandfreie Geschäftsführung derjenigen Angestellten oder Filialleiter richten, die die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen haben.

Dem Einzelhandel, dem Gaststättengewerbe wie auch allen anderen Gewerben fallen im Rahmen des Zweijahr-

planes wichtige Aufgaben zu. Unsere Hilfe und Unterstützung ist dabei allen aufbauwilligen Kräften in ihren Reihen sicher. So verstanden, wird unsere Arbeit zweifellos die Unterstützung oder zumindest das Verständnis der Gewerbetreibenden selbst finden. Dabei ist selbstverständlich, daß die Maßnahmen der Volkspolizei in jedem Falle eindeutig von den Interessen der Werktätigen, von den Interessen der Verbraucher bestimmt werden.

Auch auf einem anderen Gebiet zeigen sich mitunter Schwierigkeiten für eine wirksame Preisüberwachung. Die Durchsetzung des polizeilichen Standpunktes bei anderen, z. B. **kommunalen Dienststellen oder Ausschüssen**, ist nicht immer leicht. Es liegen genügend Beispiele vor, aus denen ersichtlich ist, daß häufig Entscheidungen oder Strafmaßnahmen gegen Gewerbetreibende zu deren Gunsten abzuändern oder unwirksam zu machen versucht wird. Gegen alle derartigen, sich hinter dem Bürokratismus verschanzenden Maßnahmen muß die Preisüberwachung einen beharrlichen Kampf führen und überall dort eingreifen, wo formale, überlieferte Traditionen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten neuere wollen. Die Hauptaufgabe ist die **Sicherung des Reallohnes** der Werktätigen und der Kaufkraft der deutschen Mark, die nach der Währungsreform wieder ihren tatsächlichen Wert erhalten hat. Die durch die unermüdete Arbeit der Werktätigen erzeugten Gebrauchsgüter sollen ihnen ohne Schmälerung durch Schmarotzer und sonstige Feinde des demokratischen Aufbaus zu den niedrigsten Preisen zugänglich sein. Jede über die normale Verdienstsippe hinausgehende Bereicherung des mit der Verteilung beauftragten Handels muß notfalls mit den schärfsten zulässigen Strafen verhindert werden.

Diese Erkenntnisse müssen noch stärker als bisher die Richtschnur für die Arbeit der Preisüberwacher werden. In dem Maße, wie die Kameraden der Volkspolizei diese Gedanken zur Grundlage ihres Handelns machen, werden sie ihren Beitrag zum Gelingen des Zweijahrplanes leisten.

Über die Sicherheit im Straßenverkehr

Vor kurzem fand eine Konferenz in Berlin statt, an der führende Persönlichkeiten teilnahmen, die für die Gefährlichkeit des Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs in der SBZ verantwortlich sind.

Auf dieser Konferenz machte der verantwortliche Offizier der SMAD für das Kraftfahrwesen u. a. folgende Ausführungen:

... Wir müssen die Erfahrungen austauschen, die wir im Kampf gegen die Verkehrsunfälle gewonnen haben und praktische Maßnahmen ausarbeiten, die sofort zu konkreten Resultaten führen und damit die Verkehrsunfälle in der SBZ stark vermindern. Damit bewahren wir die Bevölkerung unserer Zone vor Todesopfern, die mit nichts zu entschuldigen sind, und vor dem Verlust materieller Werte in Form von Kraftfahrzeugen, die den erfolgreichen Wiederaufbau der Wirtschaft unserer Zone gewährleisten. ...

Für die Zeit vom Januar bis einschließlich Dezember wurden von der Polizei der SBZ 15 771 Verkehrsunfälle registriert, bei denen 1294 Menschen getötet und 11 203 Menschen verletzt wurden, 7910 Lastkraftwagen und 5694 Personenkraftwagen und Sonderfahrzeuge zerstört oder beschädigt wurden.

Ich frage: Ist eine solche Erscheinung normal?

Können wir ruhig auf diese schrecklichen Zahlen reagieren? ...

Wir haben nicht die Absicht, derartig empörende Tatsachen zu erdulden, denn bei diesen Verkehrsunfällen werden Hunderte von Menschenleben vernichtet, Tausende von Menschen werden verletzt und verlieren so auf längere Zeit ihre Arbeitsfähigkeit, scheiden aus der Mitarbeit am Wiederaufbau der Wirtschaft aus.

Außerdem werden Tausende von Kraftfahrzeugen durch bei Verkehrsunfällen erlittene Schäden stillgelegt und werden somit für längere Zeit an der aktiven Mitwirkung am wirtschaftlichen Aufbau der Zone ausgeschlossen. Alles das zusammen verursacht der demokratischen Umgestaltung der Zone nicht wieder gutzumachenden Schaden.

Es hemmt die erfolgreiche Ausführung des Zweijahrplanes im ganzen und verzögert damit die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der Bevölkerung in der SBZ.

Unwillkürlich taucht die Frage auf:

Womit kann und muß man es erklären, daß die Anzahl der Verkehrsunfälle in der Zone so groß ist? ...

Nicht der schlechte Zustand der Kraftfahrzeuge und der Mangel an Ersatzteilen ist der Hauptfaktor der Verkehrsunfälle. Bewiesen wird dies dadurch, daß aus der allgemeinen Anzahl von 15 771 Verkehrsunfällen auf technische Mängel der Kraftfahrzeuge nur 795 Unfälle zurückzuführen sind, während auf die Nichtbeachtung der Verkehrsordnung beim Fahren, falsches Überholen, Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit, falsches Abbiegen, Trunkenheit der Fahrer 7033 Unfälle entfallen. ...

Wir sind der Ansicht, daß ein großer Teil der Verkehrsunfälle in der Zone auf das ungenügende Einschreiten der Polizeiorgane gegen Verkehrssünder zurückzuführen ist, auf die schwache Verkehrsüberwachung auf den Autobahnen und in den Städten der Zone, auf die ungenügenden Maßnahmen der Verwaltung zur Bestrafung der gegen die Verkehrsregeln verstoßenden Kraftwagenführer, auf die unzureichenden Kenntnisse der Verkehrsregeln und auf die mangelhafte Qualifikation einer bedeutenden Anzahl von Kraftfahrern.

Wenn wir über die Ursachen der Verkehrsunfälle in unserer Zone sprechen, dann geschieht es nicht, um die Polizei zu verleumden oder herabzusetzen, sondern dann geschieht es, um den Polizeiorganen von ganzem Herzen zu helfen. ...

So haben wir in 12 Monaten 2817 registrierte Verkehrsunfälle im sowjetischen Sektor Berlins, bei denen 151 Menschen getötet und 1121 Menschen verletzt wurden.

Was bezeugen diese unvollständigen Zahlen?

Sie bezeugen, daß sich die Verkehrspolizei, besonders in letzter Zeit, sehr wenig mit dem Kampf gegen die Verkehrsunfälle beschäftigte. ...

Berichtigung

In dem Artikel „Lehren der Pariser Kommune“ im Heft 3/49 ist ein Satzfehler enthalten, den wir hiermit richtigstellen.

Auf Seite 1, letzter Absatz, muß es heißen:

„Nachdem der Hitlerfaschismus vor allem durch den Sieg der Sowietarmee zerschlagen wurde, wurden in einem Teil Deutschlands die Verantwortlichen für die nationale Katastrophe, die Monopolisten, Junker und Kriegsverbrecher, aus ihren Positionen entfernt und eine neue antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen.“

Die Hauptursache der schlechten Arbeit der Verkehrspolizei in der Zone ist nach unserer Ansicht die, daß die Verkehrspolizei bis zum heutigen Tage keine **zentrale Leitung** und keine Verwaltungsorgane hat, welche einheitliche Führung und Kontrolle ausüben, die Erfahrungen der Verkehrspolizei auswerten und praktische Maßnahmen zum entscheidenden Kampf gegen die Verkehrsunfälle ausarbeiten. ...

So schreiben uns die entstandenen Verhältnisse dringend radikale organisatorische Maßnahmen vor, in erster Reihe die Errichtung einer festgebauten, zentralen Organisation, die besondere Rechte und Pflichten hat. ...

Alles oben Angeführte gibt den Anlaß, den herzlichen Wunsch auszusprechen, daß so schnell wie möglich eine zentrale Führung der gesamten Verkehrspolizei der Zone geschaffen werde.

Eine nicht weniger wichtige Frage, die das Anwachsen der Verkehrsunfälle begünstigt, ist nach unserer Meinung die, daß sich Leute mit dem Führen von Kraftfahrzeugen befassen, die nicht die nötigen Kenntnisse ihrer technischen Führung haben, die keine guten Kenntnisse der Verkehrsregeln besitzen und den Anforderungen der Führung eines Kraftfahrzeuges ihrem physischen Zustand nach nicht entsprechen. ...

Ich erlaube mir, meine eigene Meinung in der Frage der Kraftfahrerschulung auszusprechen: Ich bin der Ansicht, daß die Schulung der Kraftfahrer äußerst unvollkommen und

In 12 Monaten wurden von der Polizei bei einer so ungeheuren Anzahl von Verkehrsunfällen nur 131 Führerscheine auf immer abgenommen, nur eine lächerlich geringe, kaum nennenswerte Anzahl von Übertretern der Verkehrsregeln und Verursacher von Verkehrsunfällen wurden der gerichtlichen Bestrafung zugeführt. ...

Mich beherrscht der Wunsch, Menschenleben vor allen leichtfertigen und unfugtreibenden Kraftfahrern zu bewahren. ...

Es ist unbedingt notwendig, in kürzester Zeit das **Strafsystem** und die Form seiner Anwendung zu überprüfen. Das Strafsystem soll zur Hebung der Disziplin der Kraftfahrer beitragen. Es soll entscheidend auf die Verminderung der Verkehrsunfälle in der Zone einwirken.

Nach unserer Meinung ist es unbedingt notwendig, folgende Maßnahmen durchzuführen: ...

3. In kürzester Zeit muß der ganze Apparat der Verkehrspolizei durchgesehen und mit den besten **Spezialisten** vervollständigt werden, die fähig sind, den Kampf gegen die Verkehrsunfälle zu organisieren. Außerdem müssen mit dem Apparat der Verkehrspolizei Schulungskurse durchgeführt werden, in denen die Angehörigen der Verkehrspolizei geschult werden und in denen ihre Qualifikation gesteigert wird. ...

5. Für die Schuldigen an Unfällen, bei denen Wageninsassen oder Fußgänger verletzt oder getötet wurden,

Kameraden!

*Rüstet zum 1. Mai, dem Kampftag der Werktätigen in der ganzen Welt!
Für Frieden und Völkerverständigung! Gegen imperialistische Kriegshetze!*

in gewissem Maße sogar unverantwortlich ist. Sie ist deshalb so unvollkommen und unverantwortlich, weil die Schulung verantwortlicher Kader von Kraftfahrzeugspezialisten in den Händen von Privatpersonen liegt, die in diesen Fahrschulen die Quelle ihrer Einkünfte sehen und sich wenig um die Schulung hochqualifizierter Kader sorgen. ...

In diesen Fahrschulen werden für theoretische Schulung 16 Stunden berechnet, für praktisches Fahren nur 10 Stunden. Das ist im Programm vorgesehen, aber in Wirklichkeit erhält der Fahrschüler 4—5 Stunden im praktischen Fahren. Ähnlich steht es mit der theoretischen Schulung. ...

Jetzt erzähle ich Ihnen im Austausch der Erfahrung davon, wie die Schulung der Kraftfahrer in meiner Heimat, in der Sowjetunion, organisiert und durchgeführt wird. ...

Die ganze spezielle Ausbildung ist auf 532 Stunden berechnet. Sie sind folgendermaßen aufgeteilt:

Konstruktion der Kraftfahrzeuge	210 Stunden
Pflege, Betriebs- und Verkehrssicherheit der Klz	172 "
Pflichten des Kraftfahrers	40 "
Verkehrsregeln	36 "
Praktisches Führen von Kraftfahrzeugen	50 "
Handwerkliche Ausbildung	24 "

Es ist offensichtlich, daß die Berechnung der Stunden die Ausbildung qualifizierter Kraftfahrer gewährleistet und, was das wichtigste ist, die Anzahl der Verkehrsunfälle in den Städten und auf den Landstraßen auf ein Minimum herabdrückt. ...

Die nächste Frage, bei der wir verweilen müssen, ist die **Disziplin der Kraftfahrer** und das Strafverfahren, das von den Polizeiorganen den gegen die Verkehrsregeln verstoßenden Kraftfahrern gegenüber angewandt wird. ...

Wer hat in 12 Monaten 15 771 Verkehrsunfälle herbeigeführt? Von wem sind 1294 Menschen getötet worden? Wer hat 11 203 Menschen verstümmelt und verletzt? Und wer endlich hat 13 604 Kraftfahrzeuge und Motorräder für kürzere oder längere Zeit stillgelegt?

In der überwiegenden Mehrheit sind es die Kraftfahrer, gegen welche die Polizei äußerst schwache Strafmaßnahmen in Anwendung bringt. ...

muß eine **wirksame Strafe** aufgestellt werden, je nach der Schuld des Fahrers und nach der Anzahl der betroffenen Personen.

Für einen Verkehrsunfall, der auf Grund technischer Mängel des Kraftfahrzeuges herbeigeführt wurde, müssen außer dem Kraftfahrer auch die für den technischen Zustand des Kraftfahrzeuges bei Antritt seiner Fahrt verantwortlichen Personen zur Verantwortung gezogen werden.

Die deutsche Gesetzgebung muß mit dem oben Angeführten in Einklang gebracht werden. ...

8. Die Verwendung von Angehörigen der Verkehrspolizei bei Aufgaben, die mit ihren Funktionspflichten keine Verbindung haben, muß verboten werden.

9. In kürzester Zeit muß der **Personalbestand** der Berliner Verkehrspolizei durchgesehen werden. Die Verkehrspolizei Berlin muß zu einem Musterbeispiel für alle Länder der Zone gemacht werden.

10. In kürzester Frist müssen praktische Maßnahmen ausgearbeitet und die materielle Grundlage für die **Organisation von Fahrschulen** gelegt werden. Die bezeichneten Schulen müssen den Organen der Volksselbstverwaltung übergeben werden. ...

Indem ich meinen kurzen Vortrag beende, möchte ich die feste Gewißheit darüber ausdrücken, daß die Volkspolizei mit ihrer praktischen Arbeit im Jahre 1949 solche Resultate erzielt, bei denen die Anzahl der Verkehrsunfälle auf ein Minimum reduziert wird, bei denen der Fußgänger- und Kraftfahrzeugverkehr in unserer sowjetischen Zone gefahrlos wird."

Soweit die Ausführungen eines Offiziers der Autoinspektion der SMAD, die uns erneut zeigen, daß die sowjetische Besatzungsmacht jederzeit bereit ist, die noch mit vielen Schwierigkeiten kämpfende junge Volkspolizei unserer Zone, aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen heraus, zu beraten und zu unterstützen. Sollte es uns deutschen Volkspolizisten nicht zu denken geben, daß ein Vertreter desjenigen Landes, dem wir unermeßliche Verluste an Menschenleben und Volksvermögen zufügten, sich sorgt und bangt um das Leben und Vermögen des deutschen Volkes. Das alles muß eine Mahnung sein, als Volkspolizei den Verkehr zu überwachen, daß die Verluste an Menschenleben und Volksvermögen auf ein Minimum reduziert werden

Die Aufgaben des Revierleiters im ländlichen Bezirk

Von Pol.-Oberkommissar Hans Aibrecht, DVdI

Im Mittelpunkt der gesamten polizeilichen Arbeit steht der Schutz und die Sicherung unseres Zweijahrplans. Das heißt, daß alle polizeilichen Maßnahmen im engeren und weiteren Sinne auf die Sicherung und den Schutz dieses Planes konzentriert sein müssen.

Unsere Volkspolizei auf dem Lande hat sich ganz besonders mit dem Landwirtschaftsplan (innerhalb des Zweijahrplans) zu befassen. Studium aller Fragen, die für die polizeilichen Schutz- und Sicherungsaufgaben notwendig werden, ist daher Grundbedingung.

So wie die Polizeireviere in Stadt und Land die Basis des Aufbaues der Volkspolizei bilden, so stellen sie auch die Basis für die Verwirklichung der im Rahmen des Zweijahrplans gestellten polizeilichen Aufgaben dar.

Der Leiter eines Polizeireviere hat hier also eine wichtige, ganz besonders verantwortungsvolle Tätigkeit auszuüben.

Er muß nicht nur ein selbständig handelnder Mensch sein, über gewisse Lebenserfahrungen verfügen, ein gewisses Alter erreicht haben und sonst seinen Mitarbeitern gegenüber ein guter Vorgesetzter und Kamerad sein, sondern hat in erster Linie bestimmte **politische und fachliche Qualifikationen** aufzuweisen. Ihn muß das Bewußtsein gegenüber den Werktätigen beherrschen, ihnen durch seine Arbeit verpflichtet zu sein und eine einwandfreie, politische Haltung im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu wahren. Ständige Schulung, praktische Arbeit in den fortschrittlich demokratischen Organisationen, in Verbindung mit seiner polizeilichen Tätigkeit, müssen ihn zu einem politisch gefestigten Menschen erziehen. Zur gefestigten politischen Haltung, die das Grundelement überhaupt bildet, gehört die polizeifachliche Ausbildung. Diese muß ebenfalls durch praktische Tätigkeit und vorausgegangene Schulung fundamentiert sein.

Ein ländlicher Revierbereich kann bis zu 30 Ortschaften umfassen. Dem Revier selbst, daß sich meist in einer zentralgelegenen Ortschaft (Kleinstadt) befindet, sind 6-8 Gruppen- oder Einzelposten, die wieder innerhalb des Revierbereichs schwerpunktmäßig verteilt sind, unterstellt.

Genauere **Ortskenntnisse** ermöglichen erst den zweckmäßigsten Einsatz der dem Revierleiter unterstellten Polizeikräfte. Dazu gehört z. B. Kenntnis der Einwohnerzahl der im Revierbereich liegenden Ortschaften, Straßenverhältnisse, genaue Lage öffentlicher Gebäude und wichtiger Betriebe (MAS, volkseigene Güter, Sägewerke usw.).

Die **gesellschaftliche Struktur** seines Dienstbereiches darf dem Revierleiter nicht fremd bleiben. Dörfer mit überwiegend Groß- und Mittelbauern, Ortschaften, in denen es fast nur Klein- und Neubauern, dazu Heimarbeiter, Industriearbeiter und kleine Handwerker gibt, müssen je nach ihrer Zusammensetzung besonders beurteilt werden. Einfluß und Stärke der demokratischen Parteien und Organisationen (FDGB — VdGB) innerhalb seines Revierbereiches haben ihn ebenfalls zu interessieren.

Gründliches Studium der örtlichen Verhältnisse, die Auswertung statistischen Materials, müssen ihm zu erkennen geben, daß sich je nach der Jahreszeit gewisse **Schwerpunkte der vorkommenden Straftaten** bilden. Verstöße der Landbevölkerung gegen Verordnungen, Gesetze und Befehle der SMAD, DWK und des StGB werden sich je nach den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen und ländlichen Besonderheiten unterscheiden. Die Kenntnis aller Möglichkeiten auf dem Lande, die Wirtschaftsverbrechen, Sabotageakte gegen den Landwirtschaftsplan — Zweijahrplan — und weitere kriminelle Handlungen verursachen, die sowohl von der ländlichen Bevölkerung verübt, als auch von einzelnen, die Landbevölkerung in Versuchung führenden und ausplündernden Händlern, Gewerbetreibenden, Handwerkern und sonstigen „geschäftstüchtigen“ Leuten begangen werden, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Einleitung vorbeugender, abwehrender und erfolgreicher Gegenmaßnahmen.

Landwirtschaftliche Kenntnisse, z. B. über Düngemittel-, Getreide-, Futtermittel- und Kartoffellagerung, über die Ertragsfähigkeit der in seinem Bereich liegenden landwirtschaftlichen Nutzflächen, über die festgesetzten Ablieferungsnormen, über die Umrechnungssätze bei Abgabe von Tieren und tierischen Erzeugnissen, weiter über

das Verfahren bei Ablieferung von Produkten über das Soll hinaus an die staatlichen Erfassungstellen usw. sind für den Revierleiter und seine Mitarbeiter unerlässlich.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Tätigkeit des ländlichen Revierleiters ist die ständige **Verbindung zu den Bürgermeistern** seines Revierbezirkes. Er muß über ihre Arbeitsweise und ihr Verhalten gegenüber der Bevölkerung unterrichtet sein, Gemeindeversammlungen und Versammlungen der demokratischen Parteien und Massenorganisationen geben dem Revierleiter Gelegenheit, mit der ländlichen Bevölkerung in engeren Kontakt zu kommen. Sorgen und Nöte der Landbevölkerung lernt er so kennen. Hier kann er auf die vielgestaltige und schwere Arbeit der Polizei hinweisen, für Unterstützung und Verständnis werben und auf die Bereitschaft und den Willen jedes Volkspolizisten, wirklicher Helfer des Volkes zu sein, aufmerksam machen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mit Bauern und Landarbeitern anders zu sprechen ist als mit städtischen Industriearbeitern.

Genauere **Information über Mißstände**, vor allem über antidemokratisches Verhalten gewisser, noch vorhandener reaktionärer und krimineller Elemente, die versuchen, die Demokratisierung unseres Dorfes zu stören und Sabotage zu treiben, erleichtern seine Arbeit bedeutend. Schieberereien, Betrügereien und Materialvergeudungen, durch die volkseigene Güter, MAS und andere ländliche Betriebe geschädigt werden, können durch vorherige laufende Informationen meist schon im Keime erstickt oder es kann durch rechtzeitigen Zugriff der größte Schaden vermieden werden.

Die Überwachung und Sicherung des Befehls 209 der SMAD darf über allen neuen wichtigen Arbeiten nicht



Ein Diebstahl in des Bauern Stall ist auf dem Dorf kein seltener Fall. — Wer sich da gut spezialisiert, hat bald die Diebe abgeführt.

vergessen werden. Schärfste Kontrolle der Materialtransporte ist dabei von entscheidender Bedeutung. Schafft doch die vermehrte Fertigstellung der geplanten Bauobjekte erst unseren Neubauern die zur Erfüllung der Wirtschaftspläne notwendige Grundlage.

Das Studium und die Kenntnisse der vorstehend geschilderten Aufgaben, in Verbindung mit einwandfreier Beherrschung sämtlicher vorkommenden polizeilichen Obliegenheiten, sei es im **allgemeinen Geschäftsbetrieb des Reviers**, Posteingang, Terminerledigungen, statistische Meldungen, Gerichtssachen, Führungszeugnisse, Aufenthaltsgenehmigungen, Bescheinigungen aller Art, Meldewesen usw., oder bei der Durchführung von Vernehmungen, vorläufigen Festnahmen, Beschlagnahmen, Sicherstellungen, Überprüfung und Bearbeitung von Anzeigen, Verkehrsunfallbearbeitung usw. verlangen vom Revierleiter Beweglichkeit und intensive Arbeit. Er darf kein Alleinarbeiter sein und alles auf sich konzentrieren wollen. Richtige Arbeitsverteilung, entsprechende Überwachung und Kontrolle ermöglichen den ständigen Über-

blick, hemmen nicht die Entschlußkraft und gestatten eine wirkliche Leitung.

Vor eine ganz besonders ernst zu nehmende Seite seiner Tätigkeit wird er bei der **Durchführung des allgemeinen Schulungstages** gestellt. Gerade durch gründliche Schulung lernen unsere Polizisten erkennen, wie an die heutigen Aufgaben der Volkspolizei heranzugehen ist. Auf dem Revier muß ein Stamm von guten Kräften herangebildet werden, die den Kampf gegen Saboteure, Schieber und Spekulanten erfolgreich aufnehmen. Der Schulungstag gibt ihm die Möglichkeit, die gestellten fachlichen Themen selbst zu lehren. Die Entwicklung von befähigten jungen Polizisten mit Eignung zum Lehrer oder Polizeioffizier ist eins der wichtigsten Ziele, die sich der Revierleiter stellen muß. Ihn darf nicht die Furcht vor dem „Verdrängtwerden“ oder „Mehrkönnen“ seiner Mitarbeiter beherrschen. Wir brauchen jeden fähigen jungen Menschen!

Umsichtige, schnelle und korrekte Ausführung der dienstlichen Anweisungen ist nur dann zu erwarten, wenn der Revierleiter selbst **Achtung und Autorität** bei seinen Polizisten genießt, verbunden mit den zu Anfang aufgezeigten Qualitäten. Durch sein Vorbild und seine Haltung muß die Arbeitsfreudigkeit und die Disziplin gehoben werden. Er muß der Motor, die treibende Kraft und der Mittelpunkt seines Reviers sein. Die Erziehung der Revierangehörigen zu disziplinierten, politisch klar denkenden und fachlich geschulten Volkspolizisten ist für ihn höchste Verpflichtung.

Einen wesentlichen Teil zur laufenden Verbesserung der praktischen Polizeitätigkeit müssen die **wöchentlichen Dienstbesprechungen**, die am Sitz des Reviers durchgeführt werden, bilden. Durch straffe und sachliche Leitung der Besprechung, klares Herausstellen der gemachten Fehler und der erzielten Erfolge muß der Revierleiter in der Lage sein, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und konkrete Vorschläge zur Arbeitsverbesserung zu machen. Ergangene Verordnungen, Befehle, Gesetze der Länderregierungen, der vorgesetzten Dienststelle, der DVdI, D'VK usw. müssen bekanntgegeben, leicht verständlich erläutert und sich ergebende Maßnahmen festgelegt werden.

Besonders gute Zusammenarbeit mit den Kameraden der beim Revier tätigen **Kriminalpolizei** ist notwendig.

Regelmäßige Arbeit-besprechungen zwischen dem Revierleiter und der Revierkriminalpolizei werden die Arbeit intensivieren, Fehler ausschalten und somit gemeinsame Erfolge herbeiführen.

Gute Polizeiarbeit ohne entsprechende **Mitarbeit der Justiz** wird jedoch immer unvollkommen sein. Hier muß der Revierleiter verstehen, durch Arbeitsbesprechungen die örtlich zuständigen Herren der Justiz zu gewinnen und darüber hinaus durch einwandfreie Ermittlungsarbeit und klare Schlußberichte dem Richter und Staatsanwalt die Urteilsprechung im Sinne einer wahren Volksjustiz zu ermöglichen.

Wir sehen, daß das Arbeitsgebiet eines Revierleiters, speziell auf dem Lande, hohe Anforderungen stellt, wenn er seine Arbeit ernst nimmt und mit Liebe und Hingabe Volkspolizist ist. Wir sehen aber auch weiter, daß das Ziel, überall vorbildliche Revierleiter zu schaffen, noch viel Arbeit erfordert. Neben sehr guten und positiv arbeitenden Revierleitern, die wirklich ihre Aufgaben begriffen haben, die ihren Mitarbeitern in jeder Weise Vorbild sind, gibt es immer noch solche, die an zu großer „Arbeitsüberlastung“ leiden und sich daher nur auf den täglichen Dienstbetrieb konzentrieren. Selbst auf die Frage, was die Hauptaufgaben eines Revierleiters gerade auf dem Lande sind, erfolgten mitunter ungenügende oder unklare Antworten. Die Beschäftigung mit den genannten Aufgaben und Problemen wurde in diesen Revieren zum größten Teil den Kameraden auf den Einzel- oder Gruppenposten überlassen. Diese Revierleiter können keinen genauen Überblick über ihren Revierbereich haben. Sie sind nicht im Besitz von konkreten Unterlagen und wissen wenig über die wirklichen Verhältnisse ihres Revierbereichs.

Hinzu kommen noch gewisse materielle Schwierigkeiten, wie Mangel an Kraftfahrzeugen und Personal. Oft ist die räumliche Ausdehnung der ländlichen Reviere sehr umfangreich. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten hängt aber zum großen Teil von der Tätigkeit des Reviers selbst ab.

Der Wert jeder Dienststelle wird nach dem Stand des politischen Bewußtseins der diensttuenden Polizeiangehörigen beurteilt werden. Von ihm hängt die gesamte fachliche Arbeit ab.

Einige Lehren des Falles Kullmann und andere

Von Polizeirat Goldschmidt, Dresden

Der Kreiskriminalpolizei-Abteilung Dresden flatterten in den letzten Dezembertagen des verflossenen Jahres vom Außenhandelskommissionshaus und Auslieferungslager (AKA) Dresden drei Diebstahlsanzeigen auf den Tisch, in denen das Fehlen wertvoller Drehstrommotoren, Rechenmaschinen und Fotoapparate gemeldet wurde.

Das Kommissariat K 2 unter Leitung von **Polizeirat Klingner** übernahm die Aufklärung des Falles. Nachdem die Beobachtung des im AKA beschäftigten Personenkreises keinerlei Anhaltspunkte zur Ermittlung des oder der Täter erbracht hatte, richtete sich das Augenmerk der Kripo besonders darauf, die An- bzw. Verkäufer des Diebesgutes festzustellen.

Hier bot die aktive Mitarbeit der Bevölkerung eine wertvolle Hilfe. Die Kripo erhielt den Fingerzeig, daß der Friseur Franz Klotzsche Schreibmaschinen zum Kauf anbietet. Trotzdem das AKA Schreibmaschinen nicht als fehlend gemeldet hatte, ging die Kripo dieser Spur nach und bei den folgenden Erörterungen über die Person des Friseurs stellte sich heraus, daß dieser die Maschinen im Auftrage eines gewissen **Kullmann** verkaufte, der als **Tageswächter beim AKA** tätig war! Eine Rückfrage beim AKA und die daraufhin vorgenommene erneute Sichtung der Lagerbestände ergab, daß außer den bereits als fehlend gemeldeten Gegenständen noch 39 Reiseschreibmaschinen Marke „Groma“ verschwunden waren.

Auf Anordnung von Polizeirat Klingner, der — um planlose Einzelaktionen zu vermeiden — die zentrale Leitung des Falles innehatte, begaben sich zwei Kriminalpolizisten, als Interessenten getarnt, in die Wohnung des Kullmann, wo jedoch nur dessen Ehefrau Gertraude Kullmann anwesend war. Erst äußerst mißtrauisch, erzählte sie dann im weiteren Verlauf des Gesprächs, daß ihr Mann aus dem Werk, wo er arbeite, schon mehrmals „etwas mit nach Hause“ gebracht hätte und außer den

zwei Schreibmaschinen, die er gerade holen sei, noch weitere beschaffen könnte.

Eine schlagartig angesetzte Großaktion hatte die Festnahme des Haupttäters Kullmann und weiterer Personen zur Folge. Auf Grund der erdrückenden Beweise legte Kullmann ein restloses Geständnis ab, wodurch sich weitere Festnahmen erforderlich machten. Pausenlos girft die Kripo zu und innerhalb 48 Stunden saßen sämtliche Täter und Mittäter, die in die Diebstahlsaffäre im AKA verwickelt waren, hinter Schloß und Riegel.

Nach der protokollarischen Vernehmung sämtlicher Beschuldigten ergab sich, daß der Kullmann an allen Diebstählen im AKA führend beteiligt war, während die **Hilfsarbeiterin Hertha Pfahl**, die eine Vertrauensstellung im Betrieb inne hatte, als geistiger Inspirator und Mitäterin anzusehen ist. Durch die Ausnützung ihrer Stellung im Betrieb war der organisierte Bandendiebstahl überhaupt erst möglich, denn sie war es, die aus dem Schreibtisch des Lagerverwalters — mit dem sie ein intimes Verhältnis hatte — die Lagerschlüssel entwendete. Im Morgengrauen das Lager öffnete und den Abtransport des Diebesgutes sicherte, der jeweils von dem Markthelfer Hilliger, dem Kraftfahrer Rührich und dem Dreher Klätschke durchgeführt wurde.

Der Wert des Diebesgutes beläuft sich auf 40 000,— DM. Durch die schnelle Arbeit des Kommissariats K 2 der Dresdner Kriminalpolizei gelang es, für 30 000,— DM Werte wieder herbeizuschaffen und dem AKA zurückzuerstatten. Acht Reiseschreibmaschinen und zwölf Praktiflex-Fotoapparate waren allerdings bereits in den Westsektoren Berlins untergetaucht.

An diesem kriminalistisch besonders interessanten Fall ist noch beachtenswert, wie der an dem Diebstahl der Schreibmaschinen beteiligte Hilliger es verstand, das Diebesgut „auszulagern“, um nicht die Aufmerksamkeit der

Polizei auf sich zu lenken. Der **Schlussbericht** des Falles „Kullmann und andere“ besagt drüber:

„... An der Tat waren Hilliger, Klättschke, Kullmann und die Pfahl beteiligt. Die acht Kisten mit den insgesamt 39 Reiseschreibmaschinen wurden auf das Auto des Hilliger geladen und nach dem Bahnbogen Dresden-Friedrichstadt, zu der Firma „Sachsenweger und Wünsche“ gebracht. Von dort holte Hilliger am darauffolgenden Tage 15 Maschinen, die er dann in der Gärtnerei Eymann unterstellte. Wieder einen Tag später entnahm er von diesen 15 Maschinen drei Stück und schaffte sie zu Greubig, der sie veräußern sollte...“

Nachdem Hilliger die restlichen 24 Maschinen in seine Wohnung gebracht hatte, nahm er weitere Verbindungen auf und alle 24 Maschinen wurden durch Vermittlung des Hertzen von dem Lange abgeholt und nach der Carolinenstraße 2 zu Voigt gebracht. Nach einigen Tagen holte sich Lange sieben Stück ab und brachte dieselben zu Biedermann, währenddem zwei Stück von Biedermann an Frau Hadamek, von dieser zu Frau Grobhäuser und von dort zu Herrn Dinger gegangen waren und von demselben an einen Unbekannten weiterverkauft wurden...“

Aus dem Vorhergegangenen ist zu ersehen, daß es außer der schnellen Aufklärung der Diebstähle, der Dingfestmachung der Hauptschuldigen und der Wiederherbeschaffung eines großen Teiles des Diebesgutes auch gelang, zahlreiche Käufer und Hehler namentlich zu ermitteln, die ihrer gerechten Strafe nicht entgehen werden! Das 55 Seiten umfassende Aktenbündel dieses Falles trägt auf der Vorderseite den kleinen, unscheinbaren Stempelvermerk:

Als aufgeklärt am 8. 2. 49 statistisch gemeldet,

der beredtes Zeugnis ablegt von der raschen und überlegten Arbeitsmethode des Kommissariats K 2 der Dresdner Kripo.

Dieser hier nur in großen Zügen angedeutete Fall, in dem 32 Personen auf die verschiedenste Art und Weise — sei es durch die Tat selbst, durch Beihilfe zur Tat oder durch Hehlelei — straffällig wurden, vermittelt zwei eindringliche Lehren. Erstens zeigt er, daß die Werktätigen in nie erlahmender **Wachsamkeit** ihren Betrieb und seine Erzeugnisse selbst schützen müssen. Zweitens aber läßt er erneut mit aller Deutlichkeit die schon so oft diskutierte Frage des **Betriebsschutzes** in den Vordergrund rücken.

Wären die wertvollen Warenbestände im AKA besser gesichert gewesen, hätten die Arbeiter über ihr Werk wirklich gewacht und hätte der Betrieb über einen wirk-

Front gegen die Mordhetze!

Am 19. März versammelten sich die Arbeiter und Angestellten der Landespolizeibehörde Brandenburg in Potsdam, um in einer kurzen Feierstunde der beiden Volkspolizisten **Bartusch** und **Kube** zu gedenken, die am 8. März 1949 in Cottbus das Opfer eines Mörders aus den Westsektoren Berlins wurden. Mit Empörung nahmen die Versammelten den Bericht über die näheren Umstände dieser Tat entgegen. Aus ihm ging unwiderlegbar hervor, daß die Mordtat die beabsichtigte Folge der direkten und systematischen Mordhetze ist, die täglich von der westlich lizenzierten Presse gegen die aufbauwilligen Kräfte der Ostzone und vor allem gegen die Volkspolizei getrieben wird.

Die Erkenntnis dieser unbestreitbaren Zusammenhänge ließ die Gedenkstunde in eine machtvolle Protestkundgebung gegen die aus den Westsektoren organisierte Mordhetze ausklingen. Spontan erhob sich aus der erregten Versammlung die Forderung, eine Entschließung zu fassen, die die gesamte Volkspolizei und darüber hinaus alle Werktätigen aufruft, die Mordpresse und die entsprechenden Hetzsender, wie besonders den RIAS, zu boykottieren und ihnen den schärfsten Kampf anzusagen. Eine Resolution folgenden Inhalts wurde daraufhin in voller Einstimmigkeit angenommen:

Wir versammelten Angestellten der Landespolizeibehörde Brandenburg haben anlässlich unserer heutigen Gedenkstunde für die am 8. März durch Mörderhand gefallenen Kollegen Bartusch und Kube mit voller Klarheit erkannt, daß die Mordtat von Cottbus die konsequente Folge der täglichen und systematischen Aufforderungen zum Morde durch die westlich lizenzierte Presse ist. Die Schüsse galten nicht nur unseren

samen und zuverlässigen Betriebsschutz verfügt, so hätte all das hier Geschilderte nicht geschehen können. Wie aber sah es damit im AKA aus? Die Schlüssel für die einzelnen Lager Räume befanden sich in **unverschlossenen Schreibtischen** und waren so für jedermann — ganz gleich, ob Reinemachefrau oder Wächter — leicht erreichbar. Schon diese Fahrlässigkeit, die die Gelegenheit zur Ausführung strafbarer Handlungen geradezu herbeiführte, sollte strafbar sein. Zum anderen war der Tageswächter Kullmann vor seinem Stellungsantritt nicht genügend auf Herz und Nieren geprüft worden. Diese Unterlassungssünde rächte sich bitter, denn Kullmann benutzte seine Vertrauensstellung nur als Deckmantel zu seinen Verbrechen. Ähnlich verhält es sich auch mit der Pfahl, die sich durch ein Liebesverhältnis zu dem Lagerleiter dessen Vertrauen erschlichen hatte und es ebenfalls schändlich mißbrauchte.

Daraus muß man für die Zukunft folgende Lehren ziehen:

1. Die Sicherstellung der Wirtschaftsgüter vor unbefugten Händen besser zu organisieren, indem man die Lagerschlüssel nicht offen liegen läßt.
2. Ständige Kontrollen der Lagerbestände durchzuführen, um so zu vermeiden, daß das etwaige Fehlen von Gegenständen erst Monate später entdeckt wird, wie es im AKA der Fall war.
3. Der Auswahl und der sorgsamsten Überprüfung der Werkangehörigen, die eine Vertrauensstellung bekleiden, größte Aufmerksamkeit zu schenken, damit sich Fehlgriffe, wie Fall Kullmann, nicht wiederholen.

Die Beachtung und Durchführung dieser Maßnahmen bedeutet eine wesentliche Unterstützung unserer Volkspolizei, der dadurch viel unnötige Arbeit genommen wird. Der Fall Kullmann und Konsorten war ein unnötiger Fall, der allein auf die Nachlässigkeit der im Betrieb Verantwortlichen im bezug auf die Sicherung der Waren und die Einstellung eines bereits wegen Felddiebstahls vorbestraften Elementes, wie Kullmann, zurückzuführen ist.

Die Akte „Kullmann und andere“ befindet sich jetzt in den Händen der Staatsanwaltschaft, deren Aufgabe es sein wird, die Schuldigen nicht nur wegen Diebstahls nach § 242 und § 243 zu bestrafen, sondern die Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948 und den Befehl Nr. 160 der SMAD als Grundlage für die Höhe des Strafmaßes heranzuziehen. Kullmann und Komplizen haben **im Interesse der Feinde der Demokratie gehandelt, die mit allen Mitteln versuchen, den Zweijahrplan zu unterminieren.** Das wird beim Urteil berücksichtigt werden müssen.

beiden gefallenen Kollegen. Sie waren gegen die ganze Volkspolizei, gegen die Werktätigen in den Betrieben, gegen unser gesamtes demokratisches Aufbauwerk, gegen den Frieden gerichtet. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die vom Monopolkapital und seinen Berliner Agenten Neumann, Suhr, Scholz, Gestapo-Schwennicke und Konsorten organisierte und finanzierte Mordhetze. Wir rufen die ganze Volkspolizei und darüber hinaus alle Werktätigen auf, sich unserem Proteste anzuschließen und dafür zu sorgen, daß ab **sofort in keinem Arbeiterhaushalt mehr eine westlich lizenzierte Zeitung gelesen wird oder ein westlich lizenzierter Sender ertönt.**

Denn: Kannst du Volkspolizist sein und gleichzeitig die Mordhetzerpresse unterstützen?
Kannst du am demokratischen Aufbauwerk teilnehmen und gleichzeitig eine Presse lesen, die zu seiner Sabotierung auffordert?
Kannst du für den Frieden sein und gleichzeitig eine Zeitung in Händen halten, die zu einem neuen Völkermorden aufruft?

Werktätige und Volkspolizisten der Ostzone!

Verstärkt eure Wachsamkeit gegenüber diesem Feinde aller arbeitenden und fortschrittlichen Menschen, der vor keiner Heimtücke und keiner Gewalttat zurückschreckt!

Nur so erhalten wir den Frieden.

Nur so bewahren wir unsere Frauen und Kinder vor einem neuen Kriege.

Nur so sichern wir uns den Weg in eine glücklichere Zukunft!



Johannes Kube

JOHANNES KUBE und KURT BARTUSCH



Kurt Bartusch

Wiederum sind zwei Kameraden der Volkspolizei das Opfer eines verbrecherischen Mordanschlages geworden.

Am 8. März 1949 kontrollierten der **Wachtmeister Johannes Kube** und der **Hauptwachtmeister Kurt Bartusch** am Kontrollpunkt Cottbus—Ströbitz einen in Richtung Berlin fahrenden LKW, wobei dem Kameraden Bartusch der in Westberlin ausgestellte Ausweis eines Mitfahrenden verdächtig vorkam. Er forderte den Fremden auf, ihm zur Feststellung seiner Personalien zum Polizeirevier zu folgen. Der Unbekannte leistete der Aufforderung Folge und

stieg aus dem Wagen. Als sich Hauptwachtmeister Bartusch zu seinem an einem Baum lehenden Fahrrad umwandte, wurden er und der Wachtmeister Kube von dem Verbrecher erschossen. Der Täter, Sigmund André, ist inzwischen nach einer umfangreichen Fahndungsaktion festgenommen worden.



Der Kamerad Kube wird zur letzten Ruhe gebettet



Der Ehrensalue über der offenen Gruff

Der nachträglich zum Oberkommissar beförderte Kamerad Bartusch war ein alter aktiver Funktionär der Arbeiterbewegung, der nach dem faschistischen Zusammenbruch in die Volkspolizei Cottbus eintrat und durch seine Einsatzbereitschaft und Dienstfreudigkeit bei seinen Vorgesetzten und seinen Kameraden in höchstem Ansehen stand.

In seiner Tätigkeit als stellvertretender Revierleiter war er im Umgang mit der Bevölkerung stets korrekt, sachlich und zuvorkommend. Kamerad Bartusch hinterläßt eine Frau und einen Sohn, der seit März 1946 als Wachtmeister dem KPA Cottbus angehört.

Der gleichfalls zum Oberkommissar beförderte Kamerad Kube war vor 1933 aktives Gewerkschaftsmitglied und betätigte sich besonders im Arbeitersport. Nach seiner Ent-



Die Volkspolizei gibt dem Kameraden Bartusch das letzte Geleit

lassung aus der Gefangenschaft trat er im April 1946 als Anwärter in die Volkspolizei Cottbus ein und versah seinen Dienst gewissenhaft und korrekt im 4. Landrevier Ströbitz. Kam. Kube hinterläßt 5 Söhne im Alter von 16—23 Jahren, von denen der dritte Sohn gleichfalls als Wachtmeister beim KPA Cottbus tätig ist.

Beiden in der Ausübung ihres Dienstes ermordeten Kameraden werden alle Angehörigen der Volkspolizei stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zum Gedenken unserer toten Kameraden

Von Hermann Mathow, Kreispolizeiamt Guben

Ihr seid gefallen für Freiheit
und Recht,
doch lebt ihr in unseren Reihen.
Wir werden nicht ruhen, bis einst
ihr gerächt
die Mordtat der feigen Lakaien

Man hat euch gemordet in
dunkler Nacht,
in ruchloser Bosheit und Tücke.
Doch Tausende stehen für euch
auf der Wacht
und schließen in Trauer die Lücke.

Das Banner der Freiheit in Ehr-
furcht sich neigt,
ihm war't ihr in Treue verbunden.
Wir kämpfen weiter, bis unser
Geschlecht
den Frieden, die Freiheit gefunden.

AUS DER HAUPTSTADT BERLIN

Berlin im Kampf um die Durchführung des Zweijahrplanes

Von Pol.-Oberinspektor **G r o ß m a n n**, Berlin

Ständig wird in Berlin von verbrecherischen Elementen versucht, Waren und Maschinen aus dem Ostsektor in den Westsektor und von dort über die Luftbrücke in die Westzone zu schaffen. Die **Sektorenkontrolle** wurde in Berlin notwendig und ist heute eine Hauptaufgabe der Berliner Volkspolizei. Es geht also nicht um den Kohlkopf in der Markttasche eines alten Mütterchens, sondern um beträchtliche Arbeitsprodukte und Rohstoffe.

So stieß man z. B. bei der Aufklärung eines Bleikabeldiebstahls auf einen Altwarenhändler, der das gestohlene Gut aufgekauft hatte. Eine gründliche Überprüfung seiner Geschäftsräume förderte 1 t Bleikabel und 2 t Kupfer zutage, über deren Herkunft der Händler keinen Nachweis erbringen konnte. Alle diese Mengen stammten aus Diebstählen. Der Händler hat aber, wie seine Bücher aufzeigten, der Wirtschaft nie irgendwelche Rohmaterialien zugeleitet. Wo diese Materialien hingingen, bewies am schlagendsten eine komplette Schmelzanlage. Die Berliner Volkspolizei beließ es aber nicht bei diesem Fall, sondern überprüfte durch eine Sonderaktion sämtliche Altwarenhändler. Ergebnis: 211 t Rotguß, Kupfer, Blei, Zinn usw. konnten sichergestellt und der Produktion zugeführt werden.

Bei allen Ermittlungen ist es wichtig, auf die Spur der „Großen“, auf die Zentren der Wirtschaftsverbrecher zu stoßen.

Eine Druckerei machte sich wegen Herstellung von Drucksachen ohne Lizenz strafbar. Der Betrieb wurde überprüft. Man fand kleine Tüten mit der Aufschrift: Pfeffer, Süßstoff usw. Wie hoch war die Auflage? Wer war der Besteller? Der Drucker mußte, um sich nicht noch mehr strafbar zu machen, die Besteller angeben. Man hatte dadurch wieder einen „Großen“ dingfest gemacht.

Ebenso verhält es sich mit dem schwarzen Handel der „schwarzen Diamanten“. Die Kohle kann nur aus der Ostzone kommen.

So wurde letzters durch die Aufmerksamkeit der Wasserschutzpolizei ein ganzer Lastkahn beschlagnahmt, als er in den Westsektor rutschen wollte. Die gute Zusammenarbeit mit der Zone wird jetzt zeigen, wo eine kranke Stelle im Körper der Kohlenproduktion oder des Verteilerapparates ist, die verdient, ausgemerzt zu werden. Hierbei möge erwähnt werden, daß die Zusammenarbeit mit der Zone noch verbessert werden muß. Noch

immer bleibt so manches Telefongespräch mit der Zone unbeantwortet und läßt so den Fall im Sande verlaufen.

Die anfallende Arbeit ist groß und hindert oft eine wirklich in die Tiefe gehende Arbeit. Schnelles und präzises Arbeiten ist daher von doppelter Wichtigkeit. Hierfür ein anderes Beispiel: Bei der Sektorenkontrolle (S-Bahn) wird ein Arbeiter gestellt, der in seinem Rucksack 80 Flaschen Narkoseäther hat. Es stellt sich heraus, daß ein Grossist aus dem Ostsektor auf diesem Wege den Äther zu seiner Zweigstelle im Westsektor schaffen ließ. Die Durchsuchung seiner Geschäftsräume im Ostsektor erbrachte noch 8020 Flaschen dieses so raren Artikels. Unnötig zu sagen, daß Krankenhäuser sofort diese Mangelware bekamen und jetzt den leidenden Menschen wieder besser geholfen werden kann. Der Grossist wurde festgenommen und geht seiner Strafe entgegen. So der Tatbestand und die Akten. Aber nun weiter. Bei seiner Vernehmung sagte der Grossist aus, daß er 5000 Flaschen ordnungsgemäß von der Firma **Schering, Adlershof**, gekauft und dabei die Verpflichtung übernommen habe, diese Ware nur im Ostsektor oder in der Ostzone weiterzuverkaufen. Es ergibt sich die Frage: Wie kommt es, daß die Firma Schering so große Mengen an einen Grossisten abstoßen kann, trotzdem manche Krankenhäuser kaum noch Narkoseäther besitzen? Aber nun das Tollste: Einige Tage später werden dem Grossisten von der Firma Schering nochmals 4000 Flaschen „angeboten“ und der Grossist nimmt sie. Natürlich, das Geschäft bringt was ein. Es entsteht die zweite Frage: Aus welchen Gründen hat die Firma Schering oder eine ihrer Stellen dem Grossisten diese Mangelware einige Tage später nochmals angeboten? Spielen da etwa Westmarkprozente eine Rolle? Diese Fragen sind noch nicht geklärt, sie sind Gegenstand der weiteren Untersuchung.

Es kommt also darauf an, daß sich die Volkspolizei nicht mit den äußeren Dingen wie Beschlagnahme von Schieberware, Bestrafung des Schiebers usw. begnügt. Es ist notwendig, diesen Vorkommnissen tief auf den Grund zu gehen, damit man die Quellen zu allen Schieberungen aufspüren und damit verstopfen kann.

Gehen wir von diesem Standpunkt an unsere Arbeit heran, so hat die Volkspolizei einen ganz erheblichen Anteil am Gelingen des Zweijahrplanes geleistet. Vielleicht kann die Zone aus ihren Erfahrungen ähnliche Beispiele bringen, von denen die Berliner Volkspolizei lernen kann?

VP-Korrespondenten

berichten laufend über die praktischen Erfahrungen des täglichen Dienstes.

Mit ihrer Hilfe werden wir an der ständigen Verbesserung der polizeilichen Tätigkeit arbeiten.

Der 1. Wettbewerb der Berliner Bereitschaften

Von Pol.-Oberinspektor **S c h r ö t e r**, Berlin

Die Bereitschaften sind das jüngste Kind der Berliner Volkspolizei und noch mit all den Kinderkrankheiten behaftet, die die Bildung einer solchen Körperschaft mit sich bringt. Die bewußtesten Kollegen in den Bereitschaften nahmen in der ersten Hälfte des Monats Januar selbstkritisch zu den Fehlern und Mängeln Stellung. Sie kamen überein, durch eigene Initiative mit Hilfe eines Wettbewerbes diese Dinge schnellstens abzuändern. Durch richtige Aufklärung unter den jungen Kollegen wurde das Verständnis für den Wettbewerb geweckt.

Die Lösung der Aufgaben, die allen Bereitschaften gestellt war, wurde mit schwunghaftem Elan in Angriff genommen. Der kurzfristige Wettbewerb (vom 18.—31. Januar 1949) sollte zu folgenden Ergebnissen führen:

a) Verbesserung der Ordnung und Sauberkeit in der gesamten Unterkunft,

b) Verbesserung der kultur-politischen Ausgestaltung der einzelnen Unterkünfte,

c) Verbesserung der kultur-politischen Arbeit (Wandzeitung u. dgl.),

d) Verbesserung der Waffenkunde.

Durch einen Bewertungsplan erhielten alle diese Gebiete entsprechend des Erreichten eine bestimmte Anzahl von Punkten. Die Wettbewerbskommission konnte darauf eine gerechte Bewertung vornehmen.

Die Angehörigen der Bereitschaften gingen nun in kollektiver Arbeit daran, das gesteckte Ziel zu erreichen, um als Sieger aus dem Wettbewerb hervorzugehen. In allen Bereitschaften entwickelten die Kollegen starke Initiative. Jede freie Stunde wurde zum Zimmern, Malen usw. aus-

genutzt, um den Räumen der gesamten Unterkunft ein gutes, fortschrittliches Gepräge zu geben.

Während vor dem Wettbewerb in den Bereitschaften keine Kulturräume vorhanden waren, wurden sie jetzt in kurzer Frist hergestellt. So z. B. gelang es einer Bereitschaft bis dahin nicht, die bei ihnen vorhandenen Schwierigkeiten zur Schaffung eines Kulturraumes zu überwinden. Erst durch den richtigen Geist, der sich während des Wettbewerbes entwickelte, war es ihnen dann möglich, einen vorbildlichen Kulturraum zu schaffen. Darüber hinaus verstand es die FDJ-Gruppe dieser Bereitschaft, sich noch ein Kulturzimmer einzurichten, das in seiner Ausgestaltung nichts zu wünschen übrig ließ.

Die Ordnung und Sauberkeit auf den Wohnstuben, die oft mangelhaft war, hat sich durch den Wettbewerb gewaltig verbessert. Die Kollegen haben jetzt selbst eingesehen, daß es sich bei guter Ordnung und Reinlichkeit weit angenehmer, aber auch gemütlicher wohnen läßt.

Auf dem Gebiet der Waffenkunde zeigte sich, daß gerade die jungen Kollegen trotz der verhältnismäßig kurzen Ausbildung gut waffenkundig sind.

Der Wettbewerb war somit ein wirksames Mittel zur Überwindung von Schwierigkeiten im Entwicklungsprozeß unserer Berliner Bereitschaften. Weitere Wettbewerbe werden folgen, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die uns in der Volkspolizei gestellt sind.

GESETZ UND RECHT

Eine nicht nur juristische Streitfrage ...

Von Oberstaatsanwalt Gustav Rieger, Magdeburg

In Nummer 10 des 1. Jahrganges der Zeitschrift „Die Volkspolizei“ vom Dezember 1948 wird in der Polizeilichen Frage-Ecke eine Anfrage über die Wertung eines Diebstahls bei Öffnung eines Fixier- oder Chiffreschlusses meines Erachtens nicht ganz richtig beantwortet.

§ 243 StGB gab schon in früheren Zeiten zu lebhaften Debatten Anlaß. Dieser Paragraph ist für unser veraltetes Strafgesetzbuch kennzeichnend und bei streng formeller Rechtsprechung einer gesunden Rechtsauffassung widersprechend.

Es sei nur darauf hingewiesen, daß nach

Reichsgerichtsentscheidung z. B. der Dieb, welcher den Schlüssel zu dem Behältnis, welches er erbricht, findet, nur dann als Einbrecher bestraft wird, wenn der Berechtigte diesem abhandengekommenen Schlüssel die Bestimmung zur ordnungsgemäßen Eröffnung durch seinen Willen entzieht. Es ist absurd, daß hier die Wertung der Tat von dem Willen des Geschädigten sozusagen abhängig gemacht wird. Ich glaube, daß heute nicht mehr die Zeit ist, wo der Richter sich in derart formellen Gedankengängen zu bewegen hat. Der Wortlaut des Gesetzes muß flüssiger und beweglicher ausgelegt werden.

Ich kann mir vorstellen, daß nach der jetzigen Rechtsprechung z. B. der Freund des Geschädigten, welcher das Vertrauen des Freundes auf das Größlichste verletzt, wenn er ihn bei Einstellung des Chiffreschlusses belauscht und nachher dieses öffnet, nicht wegen schweren Einbruchs bestraft werden könnte. Dies muß aber der Rechtsauffassung jedes gesunden Menschen widersprechen.

Nach dieser veralteten Rechtsprechung gehört eine Schließvorrichtung, die sich mit der bloßen Hand öffnen

läßt, auch nicht zu den in § 243 StGB genannten Verschlüssen. Es ist also das Eröffnen eines Fixierschlusses nach diesen Bestimmungen nicht zu bestrafen. Trotzdem aber besteht meines Erachtens durch das Schloß ein mehr oder weniger fester Zusammenhang, der durch Einstellung des gehörten Zeichens aufgehoben wird. Ich erblicke hierin ein Erbrechen, die Einwirkung auf das Schließwerk unter Anwendung einer gewissen Kraftanstrengung und Denktätigkeit. Es liegt meines Erachtens hier unbedingt ein schwerer Diebstahl vor.

Man könnte die maßgeblichen Bestimmungen auch dahingehend auslegen, daß in diesem Falle zur Eröffnung nicht das ordnungsmäßig dazu bestimmte Werkzeug angewandt wurde. Bei einem Fixier- oder Chiffreschloß sind die zur ordnungsgemäßen Eröffnung bestimmten Werkzeuge das Gedächtnis und die Finger des zum Eröffnen Berechtigten oder von ihm Beauftragten, die nicht gegen den Willen des Berechtigten anzuwenden sind. Wenn der Dieb das Kennwort erschlichen hat, sein Geist also und seine Finger beim Eröffnen wirken, so sind dies Werkzeuge, welche zur ordnungsmäßigen Eröffnung nicht bestimmt sind.

Ich glaube daher, daß auf jeden Fall entweder nach der einen oder anderen Version auch das unberechtigte Eröffnen eines Chiffreschlusses als schwerer Diebstahl zu bestrafen ist.

Gerade in diesen Bestimmungen und in dieser Judikatur zeigt sich aber für die heutige Zeit wieder wie veraltet in vielen Stellen unser Strafgesetzbuch ist und wie absurd die alte formelle Auslegung seiner Bestimmungen sich in manchen Fällen auswirken kann. Eine Beschleunigung einer Reform für eine demokratische fortschrittliche Rechtsprechung würde von allergrößtem Wert und Nutzen sein.



Juristischer Balanceakt.
In der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 vom Spielplan
abgesetzt

... und ihre Beantwortung

Von Pol.-Inspekteur Erich Lust, DVdI

Zu den Ausführungen des Oberstaatsanwaltes Gustav Rieger ist folgendes zu bemerken:

Die Antworten in der Frage-Ecke der Zeitschrift „Die Volkspolizei“ verfolgen in erster Linie den Zweck, den Polizeiangehörigen zu zeigen, wie bestimmte Fälle nach dem zur Zeit bestehenden Rechtszustand zu beurteilen sind. Daß aber nach bisher herrschender Ansicht die Öffnung eines Chiffreschlusses ohne Verwendung eines besonderen Werkzeugs nicht unter § 243 Ziffer 3 StGB fällt, gibt auch Oberstaatsanwalt Rieger zu. Erörterungen über Reformbestrebungen würden aber in den meisten Fällen den Rahmen der Polizeilichen Frage-Ecke sprengen.

In sachlicher Hinsicht ist zu den Ausführungen Riegers folgendes zu sagen:

Darüber, daß der § 243 StGB in vielen Beziehungen den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, besteht wohl nirgends ein Zweifel. Auch der Ansicht Riegers, daß die Gesetze möglichst beweglich ausgelegt werden müssen, ist ohne weiteres zuzustimmen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß auf dem Gebiete des Strafrechts dieser Auslegung zwangsläufig engere Grenzen gezogen sind, als beispielsweise im Zivilrecht. Das Verbot der Analogie im Strafrecht, das vor 1933 im § 2 StGB verankert war, ist nicht ohne Grund bereits im Oktober 1945 durch Artikel II Ziffer 3 der Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates wieder in Kraft gesetzt worden, denn wohin in der Zeit des Hitlerreiches gerade die Auslegung der Strafgesetze „nach gesundem Volksempfinden“ geführt hat, ist nur allzu bekannt. Wenn auch diese Gefahr heute nicht mehr besteht, so bleibt doch die Tatsache, daß der Richter in einem Strafprozeß enger an den Wortlaut des Gesetzes gebunden ist, als in einem Zivilprozeß z. B. bei der Auslegung eines Kaufvertrages.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte erscheint es zu weitgehend zu sein, wenn Rieger in dem Öffnen eines Chiffreschlusses durch Einstellen der erlauschten Ziffer ein Erbrechen sehen will, denn das „Erbrechen“ setzt begrifflich eine Verletzung der Sachsubstanz (Frank) oder zumindest eine gewaltsame Aufhebung des Zusammenhanges der einzelnen Teile voraus. Dasselbe gilt für die Auslegung, den Geist und die Finger des Täters als Werkzeuge zu betrachten, die nicht zur ordnungsgemäßen Öffnung des Schlusses bestimmt sind, denn „Werkzeuge“ im Sinne des § 243 StGB sind nur der Außenwelt angehörende bewegliche Gegenstände, die durch menschliche

Körperkraft in Bewegung gesetzt werden und auf mechanischem Wege wirken.

Zweifellos erscheint die Tatsache, daß die Kenntnis der Einstellung des Chiffreschlusses durch einen schweren Vertrauensbruch erlangt ist, moralisch besonders verwerflich. § 243 Ziffer 3 beschränkt sich aber darauf, eine bestimmte Art der Tätigkeit bei Begehung eines Diebstahls unter schwerere Strafe zu stellen, nicht aber den vorhergehenden Vertrauensbruch. Dieser liegt auf einer ganz anderen Ebene. Oder soll ein Täter, der durch einen ähnlichen Vertrauensbruch erfahren hat, daß die Tür des Geldschrankes seines Freundes zu einer bestimmten Zeit am Tage nicht verschlossen ist und diese Gelegenheit zu einem Diebstahl benutzt, auch wegen schweren Diebstahls bestraft werden? Ich glaube, soweit wird auch Rieger nicht gehen wollen, denn dadurch würde jede feste Grenze zwischen den §§ 242 und 243 StGB verwischt werden. Daß die Vorbereitungshandlung des Täters bei der Strafzumessung im Rahmen der Strafandrohung des § 242 StGB gebührend berücksichtigt werden kann, ist selbstverständlich und dürfte einen gewissen Ausgleich für die Nichtanwendung des § 243 StGB in solchen Fällen bieten.

In diesem Zusammenhang sei auch nochmals kurz auf den Fall des verlorenen Schlüssels eingegangen. Oberstaatsanwalt Rieger hält es für absurd, daß die Wertung der Tat sozusagen von dem Willen des Geschädigten abhängig gemacht wird. Das ist aber nicht der Fall. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt wurde, ist entscheidend für die Anwendung des § 243 StGB nicht allein die Tatsache, daß der Geschädigte durch seinen Willen dem Schlüssel die Bestimmung zur ordnungsgemäßen Eröffnung entzogen hat, sondern vielmehr, daß der Täter von dieser Tatsache Kenntnis hat, daß er also den Umstand, daß der Geschädigte mit diesem Schlüssel nicht mehr rechnete, bewußt für seine Zwecke ausnutzt.

Abschließend ist zu sagen, daß das deutsche Strafgesetzbuch, das ja bekanntlich vom 15. Mai 1871 datiert, zweifellos in vielen Punkten allzu deutlich den Charakter seiner Entstehungszeit trägt. Bekannt ist auch, daß bereits seit Jahrzehnten Reformbestrebungen im Gange sind. Der Erlaß eines neuen Gesetzbuches setzt aber ein **einheitliches Deutschland** voraus, da sonst ein weiterer Schritt zur Zerreißen der Rechtseinheit Deutschlands die unabwendbare Folge wäre. Je eher also die Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird, je eher besteht die Aussicht auf ein wirklich lebensnahes Strafrecht.

POLIZEILICHE FRAGE-ECKE

Diebstahl unter Ehegatten

Folgender Streitfall ergab sich im Rahmen des „Einheitlichen Schultages“ beim Kreispolizeiamt Niesky:

Das Strafrecht unterscheidet scharf zwei Begriffe:

1. die Tat ist straflos,
2. die Tat ist strafbar, aber der Täter bleibt aus bestimmten ihm betreffenden Gründen persönlich straflos.

Der erste Fall liegt vor, wenn eines der vier Grundelemente der Straftat (Handlung, Rechtswidrigkeit, Tatbestandsmäßigkeit, Schuld) fehlt.

Der zweite Fall ist gegeben, wenn

- a) persönliche Strafausschließungsgründe.
- b) persönliche Strafaufhebungsgründe

vorliegen.

Einen persönlichen Strafausschließungsgrund zeigt folgendes Beispiel:

Herr Müller stiftet Frau Schulze an, ihrem Ehegatten die Uhr zu stehlen. Gemäß § 247 Abs. 2 des StGB bleibt ein Ehegatte, der den anderen bestiehlt, persönlich straflos. Die Tat ist aber als Diebstahl an sich strafbar, denn trotz persönlicher Straflosigkeit der Frau Schulze (Haupt-

täter) wird der Müller als Anstifter nach § 242, 48 StGB bestraft.

Bis hier bestehen keine Unklarheiten. Was ergibt sich aber bei folgendem Beispiel:

Die Ehefrau Schulze stiftet den Müller an, ihrem eigenen Manne die Uhr zu stehlen.

Müller ist dann wegen Diebstahl nach § 242 StGB (Haupttäter) strafbar. Was aber geschieht mit Frau Schulze? Kann man sie wegen Anstiftung zum Diebstahl (§ 242, 48 StGB) bestrafen oder wird hier ein persönlicher Strafausschließungsgrund zur Anwendung gebracht.

Unsere Antwort:

Der persönliche Strafausschließungsgrund aus § 247 Absatz 2 StGB ist aus kriminal-politischen Erwägungen eingeführt. Zwar bleibt das Eigentum jedes Ehegatten beim gesetzlichen Güterstand unberührt, wenn auch der Mann nach dem zur Zeit noch gültigen Recht des BGB zur Verwaltung und Nutznießung des eingebrachten Gutes der Frau berechtigt ist. Die Grenzen zwischen Mein und Dein werden sich aber in einer so engen Lebensgemeinschaft, wie es die Ehe sein soll, nicht immer streng aufrecht erhalten lassen. Der Gesetzgeber hielt es daher für zweckmäßig, einen an sich begrifflich möglichen Diebstahl unter Eheleuten für straflos zu erklären, da die Er-

mittlungen in diesen Fällen meistens sehr schwierig sein und nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen würden. Außerdem würde durch die Tatsache einer polizeilichen oder gerichtlichen Untersuchung eine eventuelle Versöhnung der Eheleute sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht und dadurch der Bestand der Ehe restlos zerstört werden.

Wenn aber für die Täterschaft ein persönlicher Strafausschließungsgrund Anwendung findet, müssen dieselben Überlegungen gelten, wenn der Ehegatte die Tat nicht selbst ausgeführt, sondern lediglich einen anderen dazu angestiftet hat. Im vorliegenden Falle ist also der Täter Müller wegen Diebstahls strafbar, die Ehefrau Schulze dagegen strafflos.

Vergifteter Weizen

Bei uns hat sich eine Streitfrage ergeben, welche wir gerne von Ihnen geklärt haben möchten.

Ein Landwirt vergiftete selbst Weizen mit Germesan, das er schon seit längerem in seinem Besitz hat. Da ihm die Hühner der Nachbarn auf seinem Grundstück laufend Schaden anrichten und er die Nachbarn mehrfach erfolglos aufforderte, die Hühner einzusperren, streute er den vergifteten Weizen, ohne dieses bekanntzugeben. Seinen Topf, in dem er den vergifteten Weizen hatte, spülte er an einem Brunnen auf einem Nachbargrundstück aus und schüttete den Rest des vergifteten Weizens und etwas Germesan auf dieses Grundstück und auf den dort vorbeiführenden öffentlichen Weg.

Dem Grundstücksbesitzer, dem der Brunnen gehörte, verendeten einige Hühner, die den vergifteten Weizen auf dem Wege und auf seinem eigenen Grundstück gefressen hatten. Der Geschädigte erstattet nun Strafanzeige.

Unsere Frage lautet nun: Wogegen hat der Landwirt verstoßen bzw. wie ist er, wenn überhaupt, abzustrafen?

Lö b e, Pol.-Oberwachtmeister,
Kreispolizeiamt Gera, Einzelposten Pözlitz

Unsere Antwort:

Für die strafrechtliche Beurteilung des Landwirtes kommt § 303 StGB (Sachbeschädigung) in Betracht, denn als Sache im Rechtssinne gelten auch Tiere. Der Tatbestand des § 303 ist im objektiven Sinne zweifellos erfüllt, denn die Tiere sind getötet. Zweifelhafte ist aber, ob auch der subjektive Tatbestand erfüllt ist. Der Vorsatz des Landwirtes war nur darauf gerichtet, die sich

auf seinem Grundstück befindlichen Hühner zu töten, nicht dagegen die auf dem Nachbargrundstück und dem öffentlichen Wege. Insofern hat er also lediglich fahrlässig gehandelt. Fahrlässige Sachbeschädigung ist jedoch nach § 303 StGB nicht strafbar. Das schließt aber nicht aus, daß der Eigentümer der Hühner im Wege der Zivilklage Schadenersatz verlangen kann, denn gemäß § 823 BGB stellt auch die fahrlässige Beschädigung fremden Eigentums eine unerlaubte Handlung im Sinne des bürgerlichen Rechts dar.

Etwas anders wäre die Rechtslage, wenn die Hühner auf dem Grundstück des Landwirtes von dem vergifteten Weizen gefressen hätten. In diesem Falle läge es zweifellos in dem Vorsatz des Landwirtes, diese Hühner zu töten. Eine Berechtigung hierzu war jedoch für ihn nicht gegeben, denn entlaufene Haustiere werden nicht herrenlos, bleiben also „fremde“ Sachen im Sinne des § 303 StGB. Die Rechtswidrigkeit der Handlung kann auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Selbsthilfe ausgeschlossen werden, denn die Voraussetzungen des § 229 BGB (nicht rechtzeitige Erlangung obrigkeitlicher Hilfe und Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens) sind hier nicht gegeben. Wenn der Landwirt jedoch irrtümlich das Vorliegen dieser Voraussetzung angenommen hatte, also glaubte, zur Tötung der Hühner berechtigt zu sein, so kann die Schuld dadurch gemäß § 59 StGB ausgeschlossen sein, da es sich dabei um einen sogenannten außerstrafrechtlichen Irrtum handelt, der dem Tatsachenirrtum gleichgestellt wird. Der Landwirt wäre also auch in diesem Falle strafrechtlich nicht zu belangen. Schadenersatzpflicht wäre jedoch auch hier gegeben, denn diese wird gemäß § 231 BGB bei irriger Annahme der Selbsthilfevoraussetzungen nicht ausgeschlossen.

Kontrolle der Personalausweise

Bei Besprechungen im Polizeipräsidium Chemnitz traten folgende gegenteilige Ansichten auf, um deren Klarstellung ich bitte.

Die eine Partei vertrat die Meinung, daß Personen, die bei Kontrollen ohne den neuen Personalausweis angetroffen werden (die ihn daheim oder sonstwo liegen haben), gebührenpflichtig verwarnet werden können. Sie bezog sich hierbei auf die Verordnung der DVdI über die Ausgabe einheitlicher Personalausweise an die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone, die in den Schlussbestimmungen, § 22, jedermann verpflichtet, Personalausweis oder Aufenthaltserlaubnis stets bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzuzeigen. Als Strafbefehl wurde der Absatz 2 des § 20 der gleichen Verordnung herangezogen.

Die andere Partei bestritt die Berechtigung zu einer gebührenpflichtigen Verwarnung im Falle der neue Personalausweis nicht von der betreffenden Person mitgeführt wird. Sie war der Meinung, daß der § 22 der Verordnung der DVdI wohl die Verpflichtung enthält, den Personalausweis stets bei sich zu tragen, aber für den Fall des Nichtbefolgens dieser Anordnung keine Strafanzeige ausspricht. Nach dem Grundsatz, keine Strafe ohne Strafanzeige, sei also in diesem Falle eine gebührenpflichtige Verwarnung, die ja im Verweigerungsfalle zur Anzeige und evtl. zur gerichtlichen Entscheidung führen kann, nicht am Platze. Der Absatz 2 des § 20 sei für den Tatbestand des Nur-nicht-mit-sich-führens des Personalausweises nicht heranzuziehen, da er einen ganz anderen Tatbestand verlange.

Um die Klarstellung dieser gegenteiligen Meinungen wird hierdurch gebeten, da es sich um ein Thema handelt,

daß über den örtlichen Rahmen hinaus allgemein interessieren wird.

Polizeikommissar H e y d e l,
Polizeipräsidium Chemnitz

Unsere Antwort:

Personen, die bei Kontrollen ohne Personalausweis angetroffen werden, machen sich einer Übertretung schuldig. Sie können gebührenpflichtig verwarnet werden. (§ 22 der Durchführungsverordnung zur Verordnung der DVdI über die Ausgabe einheitlicher Personalausweise an die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone vom 18. 11. 1948.) Die Strafanzeige für diese Fälle enthält der § 20, Ziffer II der Verordnung der DVdI über die Ausgabe einheitlicher Personalausweise. (Vergl. dazu den Aufsatz „Zur Einführung einheitlicher Personalausweise“ in „Die Volkspolizei“, Jahrgang 1948, Heft 10, Seite 7.)

Man könnte zwar aus dem Wortlaut dieser Bestimmung schließen, daß hierunter nur derjenige fällt, der sich in der sowjetischen Besatzungszone aufhält, ohne überhaupt im Besitz eines Deutschen Personalausweises zu sein, nicht dagegen derjenige, der zwar einen Personalausweis besitzt, ihn aber lediglich nicht bei sich führt. Dies trifft aber nicht zu. Der Wortlaut des § 20, Ziffer II muß weit ausgelegt werden. Auch wer seinen Ausweis zu Hause gelassen hat, hält sich ohne Ausweis in der sowjetischen Besatzungszone auf, da § 22 der Verordnung ausdrücklich ergänzend hierzu bestimmt, daß in der sowjetischen Besatzungszone jeder seinen Ausweis stets bei sich zu tragen hat. § 20, Ziffer II ist also im Zusammenhang mit § 22 zu betrachten, d. h., § 22 stellt eine gesetzliche Interpretation des Begriffes „sich ohne Ausweis aufhalten“ im Sinne des § 20, Ziffer II dar.

KULTURELLES LEBEN

Zur Kulturarbeit in der Volkspolizei

Von Polizeirat Heinz Arenz, DVdI

Die Bedeutung der Kulturarbeit in der Volkspolizei wird zur Zeit noch erheblich unterschätzt. Das ist nicht verwunderlich, denn die sogenannte kulturelle Verwüstungsarbeit durch die Hitlerfaschisten hat das deutsche Volk von den wirklichen Kulturrungenschaften weit entfernt. Hinzu kommt, daß die großen Kulturgüter unseres Volkes und die der anderen Völker den breiten werktätigen Massen nur in ganz geringem Maße zugänglich waren. Daher ist der kulturelle Tiefstand eines Teiles unseres Volkes heute geradezu erschreckend. Soll es immer so bleiben? Sollen nur die sogenannten „besseren Kreise“ teilhaben an den großen Kulturwerken?

Die 1. Parteikonferenz der SED hat im Rahmen des Zweijahresplanes neben dem großen wirtschaftlichen und politischen Programm besondere Aufgaben zur Hebung des kulturellen Niveaus des werktätigen Volkes gestellt. Durch die Hebung des allgemeinen Bildungs- und Kultur-niveaus sollen die Werktätigen einmal mit den tiefen Weisheiten und den Schätzen unserer Kultur bekannt und vertraut gemacht werden, während andererseits auch eine Voraussetzung für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes geschaffen werden soll. Diese kulturellen Aufgaben können nur durch die Werktätigen selbst gelöst werden. D. h., daß sie auf kulturellem Gebiete ebenso **eigene Initiative** entwickeln müssen, wie auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Die Volkspolizei hat im Gegensatz zur Polizei des wilhelminischen und des Hitlerreiches erstmalig die Möglichkeit, selbst aktiv am kulturellen Leben teilzunehmen und mit zum Kulturträger unserer Zeit zu werden. Deshalb kann und muß sie in entscheidendem Maße bei der kulturellen Umgestaltung mitwirken. Dazu muß sie sich eingehend mit der Erneuerung des Kulturlebens befassen und selbst ein höchstmögliches Kultur-niveau ermöglichen. Das bedeutet, daß der Volkspolizist das Gegenteil von dem ist, was der sture Polizeibeamte der Vergangenheit war, der Kunst für Quatsch und Lachen für verboten hielt.

Die aktive Teilnahme am kulturellen Leben ist eine politische Aufgabe jedes bewußten Volkspolizisten. Als Voraussetzung dazu muß er die noch weit verbreitete Auffassung, daß die Beschäftigung mit kulturellen Fragen nur Sache von Berufskünstlern oder Professoren ist, überwinden. Es muß im Gegenteil in der Volkspolizei eine breite **kulturelle Massenarbeit** entfaltet werden. Nur so kann die Volkspolizei zu einem schlagkräftigen Instrument der Werktätigen werden, das in der Lage ist, den Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gegen alle Feinde zu sichern. Nur eine Volkspolizei, deren Angehörige neben guten fachlichen Kenntnissen auch ein hohes ideologisches Niveau haben, d. h. bewußte und begeisterte Kämpfer für die Interessen der Werktätigen sind, kann diesen Feinden wirkungsvoll entgegen-treten. Dazu wird die kulturelle Massenarbeit einen wesentlichen Beitrag leisten. Sie soll neben der Vermittlung der großen Kulturwerke politische Probleme, Fragen des Lebens und vor allem auch die Aufgaben der Volkspolizei in leichter, einprägsamer Form den Hörern nahe-bringen und damit einmal eine wertvolle Ergänzung der politischen Schulung und Erziehung sein und andererseits für alle Beteiligten Erbauung, Erholung und Entspannung bringen. Weiterhin kann die Kulturarbeit entscheidend zur weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Volkspolizei und der übrigen werktätigen Bevölkerung beitragen, wodurch wiederum die Arbeit der Volkspolizei erleichtert wird.

Die **Formen der kulturellen Massenarbeit** sind sehr vielfältig. Von der Initiative der Kameraden wird es abhängig sein, inwieweit sie sich alle Formen und Möglichkeiten entsprechend den örtlichen Verhältnissen dienstbar machen. Als Hinweis zur kulturellen Massenarbeit seien hier einige Formen aufgezählt:

Sinnvolle künstlerische Ausgestaltung der **Diensträume** und Unterkünfte.

Vermittlung der Werke fortschrittlicher Schriftsteller und Künstler durch gut eingerichtete **Bibliotheken**, Lesestuben usw.

Organisierung von **Buchbesprechungen**, Leserkonferenzen, Diskussionen über Bücher, und Vorträge über bestimmte Schriftsteller.

Veranstaltung von **literarischen Abenden** mit eigenen Kräften über die fortschrittliche deutsche und ausländische, besonders russische bzw. sowjetische Literatur.

Musikalische Veranstaltungen durch eigene Kapellen.

Organisierung von gemeinsamen **Theater-, Konzert- und Kinobesuchen** zu verbilligten Preisen mit Unterstützung der demokratischen Massenorganisationen.

Einladung von Künstlern und Theaterkollektiven zu **Gastspielen**.

Durchführung **geselliger Veranstaltungen**. Ihr Inhalt muß dem Charakter und Wesen der Volkspolizei entsprechen. Das heißt keineswegs auf Frohsinn zu verzichten. Wir Antifaschisten bejahen die Freude am Leben, aber wir lehnen den „KDF-Geist“ ab, der mit Plattheiten, Zoten usw. Lacherfolge zu erringen sucht. Politische Satyre, politisches Kabarett, kritische Betrachtung des eigenen Lebens in heiterer Form usw. geben breite Möglichkeiten zur Programmgestaltung von geselligen Veranstaltungen.

Die **Wandzeitungen** haben nicht die Aufgabe, den Inhalt der Tagespresse wiederzugeben, sondern die in der betreffenden Einheit stehenden Fragen kritisch und selbstkritisch zu behandeln. Besonders innerhalb der Kulturarbeit muß die Wandzeitung konkret die vorhandenen Mängel aufzeigen und gute Beispiele bringen, um die vorhandenen Fehler zu überwinden. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sollen möglichst alle Angehörigen der betreffenden Dienststelle zur Mitarbeit in Form von kurzen Artikeln herangezogen und so die Wandzeitungen mobilisierend gestaltet werden.

Die Entfaltung einer breiten **künstlerischen Selbstbetätigung**, z. B. für Theater und Laienspiele, Solo- und Chorgesang, Musik und Tanz ermöglichen für den einzelnen eine Weiterentwicklung entsprechend seinen Fähigkeiten und Interessen. Besonders künstlerisch Begabten könnte evtl. ein Studium oder eine Ausbildung auf Kosten der Dienststelle ermöglicht werden. Bei der künstlerischen Selbstbetätigung ist jedoch eine künstlerisch bzw. fachlich einwandfreie Leitung eine grundsätzliche Voraussetzung. Sonst werden die Leistungen gering und die Lust und Liebe aller Beteiligten bald erlahmen. Deshalb nur dort Leiter dieser Gruppen aus den eigenen Reihen wählen wo wirklich geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind. Anderenfalls kann man mit Unterstützung der demokratischen Massenorganisationen, besonders durch den Kulturbund, junge fortschrittliche Fachkräfte heranziehen, welche sich gerne der Polizei zur Verfügung stellen. Die Gesamtleitung der Kulturarbeit muß selbstverständlich in den Händen der Polizeiangehörigen bleiben.

So ist die kulturelle Massenarbeit ein sehr wichtiges Mittel zur Hebung des ideologischen Niveaus und zur Festigung des Kollektivs. Eine Unterschätzung ihrer Bedeutung würde uns ein wertvolles Mittel zur Hebung der Schlagkraft in der Volkspolizei nehmen. Deshalb wird es einer unserer vordringlichsten Aufgaben sein, eine breite und vielseitige kulturelle Massenarbeit zu entwickeln.

Die Zeitschrift „Die Volkspolizei“ wird in Zukunft unsere Kulturarbeit wirkungsvoll unterstützen. Einmal wird sie wertvolle kulturelle Beiträge bringen, andererseits eine regelmäßige Berichterstattung und einen lebhaften Erfahrungsaustausch vornehmen.

SPORT UND KÖRPERSCHULUNG

Volkspolizisten, treibt Sport!

Von Adolf Lemke, Potsdam

Die Deutsche Verwaltung des Innern hat zur Gründung von Polizei-Sportgemeinschaften und zur Durchführung der Körperschulung Richtlinien erstellt, die in Kürze allen Dienstzweigen der Volkspolizei zugestellt werden.

Diese Richtlinien zeigen den Weg, wie die Sportgemeinschaften und die Körperschulung organisiert werden müssen. Der Sport hat für unser Volk eine große allgemeine, für die Volkspolizei jedoch eine besondere Bedeutung. Nach diesen Erkenntnissen sind die Richtlinien des deutschen Sportausschusses, die die Ausübung des Sportes in der ganzen sowjetischen Besatzungszone regeln, für die Volkspolizei konkretisiert worden. Eine genaue Einhaltung der Richtlinien wird eine gute Organisation und die Beteiligung aller Volkspolizisten am Sport und an der Körperschulung garantieren.

Mit dem nächsten Heft werden wir mit der Berichterstattung vom Sportgeschehen in der SBZ und Berlins beginnen.

Die Schriftleitung

Fast 4 Jahre sind seit der Niederschlagung des Hitlerfaschismus vergangen.

Die Volkspolizei hat das Stadium der Improvisation abgeschlossen. Dessenungeachtet muß aber zugegeben werden, daß wir in sportlicher Hinsicht, außer einigen Einzelerfolgen, bisher nur ungenügend in Erscheinung getreten sind. Wohl wurden von einzelnen Polizeisportlern beachtenswerte Leistungen gezeigt, im Gesamten betrachtet, ist aber das sportliche Niveau unserer Volkspolizisten noch unbefriedigend. Gesunde Selbstkritik ist hier durchaus am Platze. Eine sportliche **Breitenschulung**, aus der viele Durchschnittssportler hervorgehen, die in den verschiedensten Sportarten ihren Mann stehen, ist besser als die sogenannte „Kanonzüchterei“, bei der immer nur einige Elite-Sportler in den Vordergrund treten, alle anderen aber „Flaschen“ bleiben. Sportliche Breitenschulung muß das A und O unserer polizeilichen Körperschulung sein, — ja, es müßte erreicht werden, daß nach einem bestimmten Zeitraum jeder Volkspolizist imstande ist, in gewissen sportlichen Übungen eine Prüfung abzulegen, bei der keiner unter dem Minimum der vorgeschriebenen Gesamtpunktzahl bleiben dürfte. Dies setzt voraus, daß neben der Breitenschulung zugleich Wert auf sportliche Vielseitigkeit jedes einzelnen gelegt wird. Was nützt uns z. B. ein Polizist, der im Schwimmen Olympiasieger wurde, wenn es neben ihm hundert Polizisten gibt, die gar nicht schwimmen können — vielleicht zusehen müssen, wie eine Kind ertrinkt, ohne selber helfend einzugreifen imstande zu sein. Ebenso darf es nicht vorkommen, daß sich ein Volkspolizist von einem Rowdy zu Boden schlagen läßt oder, obgleich selbst bewaffnet, im Kampfe gegen einen unbewaffneten Verbrecher den kürzeren zieht und sich vielleicht sogar seine Schußwaffe abnehmen läßt.

auch einmal in die Lage kommen könnte, von seinen körperlichen Kräften Gebrauch machen zu müssen. Gerade für ihn ist es auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus wichtig, einmal den Aktenstaub von sich abzuschütteln und als Ausgleich seiner beruflichen Tätigkeit Sport zu betreiben. Danach wird die Büroarbeit um so leichter gehen.

Wie soll nun die Körperschulung in der Volkspolizei durchgeführt werden? Das Ziel ist auf zwei Wegen zu erreichen:

1. durch **dienstliche Körperschulung**,
2. durch **Sport in der Polizeisportgemeinschaft**.

Während die erstere obligatorisch ist, beruht der Sport in der PSG. auf Freiwilligkeit.

Für sich allein genügt weder die obligatorische noch die freiwillige Körperschulung. Zusammen ergänzen sie sich jedoch zu einem harmonischen Ganzen.

Welche Sportarten kommen für die dienstliche Körperschulung in Frage? Vor allem Freübungen. Laufen und Springen, Schwimmen und Scherathletik (Boxen, Ringen und waffenlose Selbstverteidigung). In den Polizeisportgemeinschaften könnte man gegenüber dem Dienstsport den Rahmen der Sportarten noch bedeutend erweitern.

Doch hier wie dort muß unbedingt darauf Wert gelegt werden, daß die sportliche Betätigung unserer Volkspolizisten nicht nur Zeitvertreib oder Spiel sein soll, sondern eben Körperschulung.

Körperschulung ist Selbstzweck — Selbstzweck in dem Sinne, daß durch die sportliche Betätigung der Körperlich wie der geistig Schaffende Entspannung und Erholung findet und bei richtiger, individueller Auswahl der Sportart der Sport einen körperlichen Ausgleich für jeden Berufstätigen bedeutet, wodurch nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Leistungsfähigkeit gesteigert wird. „Mens sana in corpore sano“ (nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen). Daher muß jeder Volkspolizist von der Notwendigkeit, seinen Leib zu stählen, durchdrungen sein und **Freude an der Körperschulung** haben.

Unsere Polizeisportlehrer stehen noch große Aufgaben bevor. Ihnen obliegt es, durch richtig gestalteten Unterricht genügend Interesse bei den Sportschülern hervorzurufen. Dazu gehört vor allem eine entschiedene Abkehr von veralteten Lehrmethoden. Massenunterricht birgt immer eine gewisse Gefahr der Schablonisierung in sich, die Gefahr, aus den Menschen Automaten zu machen. Wir wollen aber selbstdenkende Menschen erziehen, die Verantwortungsgefühl besitzen und den Platz, auf den

Nicht für den Krieg,

sondern zum Schutze der Interessen des werktätigen Volkes stählen wir unseren Körper.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, jeden Volkspolizisten in der waffenlosen Selbstverteidigung auszubilden, so daß er sogar unbewaffnet gegen einen bewaffneten Gegner vorgehen kann. Dieses setzt eine intensive sportliche Ausbildung voraus. Es genügt nicht, lediglich einige Polizeigriffe zu erlernen und daneben die **allgemeine Körperschulung** zu vernachlässigen. Der ganze Körper muß trainiert werden, mehrere Sportarten sind zu betreiben und gerade der Gymnastik, die oft mit einem Achselzucken abgetan wird, muß mehr Beachtung als bisher beigemessen werden.

Vielfach ist man der Meinung, daß nur die Exekutivpolizei (Schutz- und Kriminalpolizei) eine körperliche Ausbildung nötig hat, dagegen die Verwaltungspolizei und die Frauen keine Körperschulung brauchen. Diese Auffassung ist falsch. Wohl ist für den im Außendienst stehenden Polizisten ein sportlich gestählter Körper noch wichtiger als für den Polizisten im Innendienst, doch bedeutet das nicht etwa, daß der Innendiensttuende nicht

sie gestellt sind, voll und ganz ausfüllen. Durch Kadavergehorsam kann man keinen Menschen erziehen. Darum lehnen wir den preußischen Drill früherer Zeiten und die alten Methoden unsachgemäßer Leibeserziehung ab. Beim sportlichen Unterricht muß die **Individualität des Einzelnen** beachtet werden. Jeder Mensch ist verschieden, nicht jede Übung eignet sich für jeden. Der Lehrer hüte sich vor jeder Übertreibung, er ist verantwortlich für die Gesundheit seiner Schüler. Es ist fahrlässig und dazu gefährlich, z. B. beim Schwimmunterricht stundenlang „Tauchen zu üben“, oder beim Boxen oder Ringen körperlich ungleiche Paare zu wählen (Leicht gegen Schwergewichtler usw.).

Die Volkspolizei muß ein schlagkräftiges Instrument zur Sicherung des Friedens werden. Schlagkräftig und vorbereitet sein, geistig und körperlich gut ausgebildet — hierzu bedarf es der gründlichsten Schulung — und darum steht sowohl die dienstliche Körperschulung wie auch der freiwillige Sport der Volkspolizei mit an erster Stelle.

Boxvergleichskampf Brandenburg — Berlin

In Anwesenheit von Vertretern der SMA, der DVdI, der Zentralkommandantur und des Chefs der Landespolizeibehörde Brandenburg, Chefinspekteur **Staimer**, führte die Polizei-Sportgemeinschaft Potsdam am Sonntag, dem 13. März 1949, ihren ersten Boxvergleichskampf gegen die Volkspolizei Berlin durch. Die als hoher Favorit erscheinende Boxstaffel der Polizei Berlin mußte gegen die Polizei Brandenburg eine 10:8 Niederlage einstecken. 1000 Zuschauer folgten gespannt in der neu hergestellten Polizei-Turnhalle, die mit Transparenten und Fahnen der Länder geschmückt war, den Kämpfen.

Die Kämpfe wurden wie folgt ausgetragen:

Im **Federgewicht** standen sich gegenüber: Krone-Berlin und Friedrich-Brandenburg sowie Kirsch-Berlin und Wagner-Brandenburg.

Krone erreichte in der 3. Runde einen k.o.-Sieg über Friedrich.

Kirsch besiegte Wagner nach Punkten.

Im **Leichtgewicht** standen sich gegenüber: Müller-Brandenburg und Wehlert-Berlin sowie Pförtner-Berlin und Wenglard-Brandenburg.

Müller besiegte Wehlert nach Punkten.

Pförtner—Wenglard kämpften unentschieden.

In der **Weltgewichtsklasse** standen im Ring: Pitzko-Brandenburg und Hertran-Berlin sowie Engelhardt-Berlin und Bruell-Brandenburg.

Pitzko erreichte über Hertran einen überraschenden k.o.-Sieg in der 1. Runde.

Engelhardt—Bruell mußten ihren Kampf wegen Unfertigkeit abbrechen.

Im **Mittelgewicht** traten sich gegenüber: Meier-Brandenburg und Zier-Berlin sowie Steinke-Berlin und Kordas-Brandenburg.

Meier zeigte sich einwandfrei als technisch bester Boxer und besiegte Zier nach Punkten.

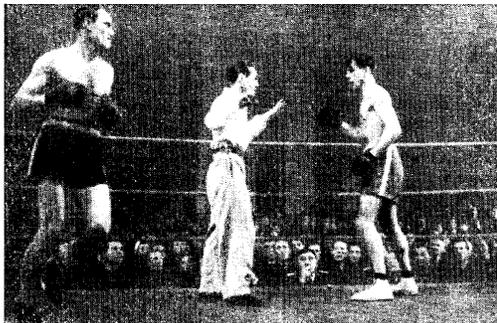
Steinke beförderte Kordas in der 1. Runde in das Reich der Träume und erreichte damit einen einwandfreien k.o.-Sieg.

Im **Halbschwergewicht** standen sich gegenüber: Heine-Brandenburg und Schulz-Berlin.

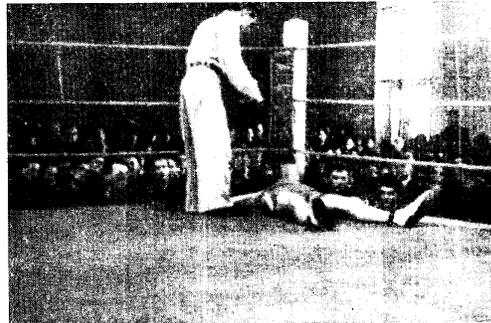
Von diesem Kampf erwartete man ein zähes Ringen um den Sieg. Doch Heine machte diesen Erwartungen ein überraschendes Ende und Schulz mußte in der 1. Runde eine k.o.-Niederlage entgegennehmen.

Im Schlußkampf lieferten sich die **Schwergewichtler** Ratzow-Berlin und Funke-Brandenburg einen mitreißenden Kampf.

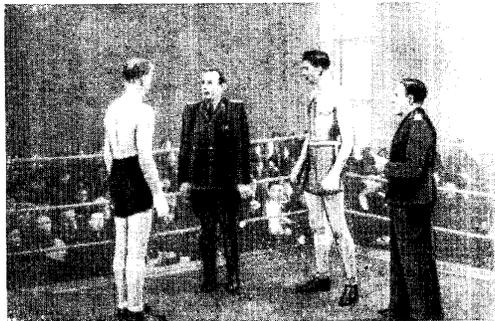
Ratzow, in der 2. Runde am Rande des k.o., erzielte in der Schlußrunde ein verdientes Unentschieden.



Steinke, Berlin,
gegen Kortas, Brandenburg



Kortas, Brandenburg,
in der ersten Runde k.o.
Ringrichter Gutschmidt zählt aus



Landespolizeichef Staimer
mit Spartenleiter Staak
bei der Siegerehrung

Ratzow, Berlin,
gegen Funke, Brandenburg

Ein sportliches Ereignis

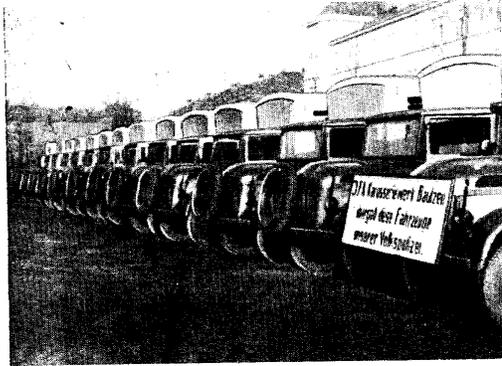
wird die Eröffnung des neubauten Polizeistadions in Potsdam am 8. Mai 1949 werden.

Polizeisportler! Bereitet Euch darauf vor und beweist das hohe Können des Polizeisports.

Von Polizeikommandeur Fritz Lahr, Landespolizeibehörde Sachsen

Der 12. Februar 1949 wird in der Geschichte der Volkspolizei des Landes Sachsen ein denkwürdiger Tag bleiben. Mit der Volkspolizei werden die werktätigen Frauen und Männer des volkseigenen Karosseriewerkes in Bautzen mit Stolz immer daran denken, was sich an diesem Tage in den Morgenstunden in den Hallen ihres Werkes vollzog.

Zwei elfsitzige Steyr-Einsatzfahrzeuge und 14 zwölfsitzige Steyr-Fritschenwagen, kombiniert für Personen-



und Lastentransport mit 2,5 t Tragkraft, wurden in einer erhebenden Feierstunde von den Werktätigen des Karosseriewerkes Bautzen an den Chef der Polizei des Landes Sachsen, **Chefinspekteur Hofmann**, übergeben.

In einer großen Werkhalle, in der die Fahrzeuge zur Abnahme aufgefahren waren, strömten unter dem Geheul der Werksirenen die Arbeiter des Werkes zusammen, die Werkzeuge ruhten, die Maschinen und Motore verstummten. Von der Landespolizeibehörde Sachsen war mit dem Chefinspekteur Hofmann der Inspekteur (PK) König und der Intendant mit seinen an der Herstellung der Fahrzeuge besonders verdienten Mitarbeitern sowie der KPA-Leiter von Bautzen erschienen. Die demokratischen Organisationen, die Stadtverwaltung und die Presse hatten ihre Vertreter gesandt.

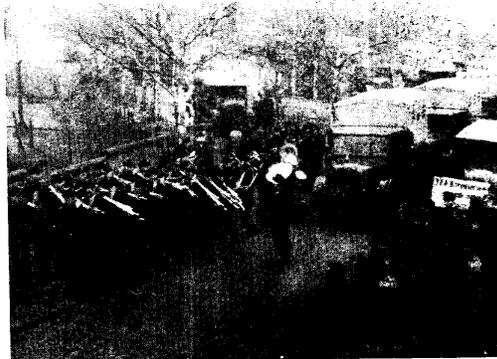
Mit den Klängen von Kampfliedern der Werktätigen eröffnete die Kapelle der Landespolizeibehörde Sachsen die Feierstunde. Nach Begrüßungsworten des Betriebsleiters des volkseigenen Betriebes ergriff der noch junge, aber aufgeschlossene BGL-Vorsitzende des Werkes das Wort. Seine von Herzen kommenden Worte zeigten die große Freude, die die Arbeiterschaft des Werkes in dieser Feierstunde empfand. Er wies darauf hin, daß in Sonderschichten beim Bau der Fahrzeuge hervorragende Ergebnisse gezeitigt wurden, und daß es eine ganz besondere Ehre für die Arbeiter des volkseigenen Betriebes gewesen sei, für die Volkspolizei zu schaffen und mitzuhelfen, den Schutz des Volkseigentums schlagkräftiger zu gestalten.

Chefinspekteur Hofmann wies in seiner Ansprache an die Arbeiter einleitend darauf hin, daß vor einigen Mo-

naten Arbeiter großer Betriebe der Volkspolizei die Waffen übergeben haben. Ein ebenso denkwürdiges Ereignis sei diese Übergabe der Fahrzeuge. Diese Fahrzeuge, erklärte Chefinspekteur Hofmann, sind nicht nur von den Arbeitern dieses Werkes gebaut! Die Werktätigen einer ganzen Reihe von Ländern Europas haben Anteil an der Herstellung der Fahrzeuge und damit an dieser Feierstunde. Tschechoslowakische Reifen, italienische Kugellager und viele andere Einzelteile zeugen davon, daß die Hände der Arbeiter aller Nationen die Werke des Fortschritts bauen. Deshalb geloben wir als Volkspolizei, die heute übernommenen Wagen niemals dazu zu verwenden, die Werktätigen zu unterdrücken, sondern sie dort einzusetzen, wo es gilt, die Reaktion und die Feinde unseres demokratischen Neuaufbaus zu schlagen. Mit der Ermahnung, niemals im Kampf um die Einheit Deutschlands zu erlahmen, schloß der Chef der Polizei seine Ansprache.

Mit einem gemeinsamen Lied nahm die Feierstunde ihr Ende. Unter dem Klange froher Marschweisen rollten die Fahrzeuge zur Überführungsfahrt nach Dresden aus der Werkhalle. Für die Mitarbeiter der Intendantur der Landespolizeibehörde war es ein besonders frohes Gefühl, als die Fahrzeuge vor dem Gebäude der Landespolizeibehörde in Dresden auffuhren und den Erfolg nach angestrengter Arbeit sichtbar machten.

Zur Zeit wird ein Omnibus zum Katastropheneinsatzfahrzeug umgebaut. Im Vorderteil des Wagens wird eine „Erste Hilfestation“ für den Arzt eingerichtet, der hintere Teil wird Arbeitsraum für den Einsatzstab. Vermittlungsschrank für 10 Leitungen, Amtsanschießer und



sonstige technisch vollkommene Einrichtungen werden eingebaut. Ein Notstromaggregat mit hoher Leistung für die Beleuchtung des Wagens und zur Versorgung von Großscheinwerfern mit Strom wird als Anhänger zu diesem Omnibus mitgeführt.

Ein Schritt vorwärts! — — Wir werden weiterarbeiten, und mit jedem Erfolg werden wir unsere Arbeit verbessern!

Die Volkspolizei, Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Dünow. Verlag: Verlag für Polizei-Fachliteratur G. m. b. H. Verlag und Redaktion: Berlin-Wilhelmsruh, Fontanestraße 23. Telefon: 48 01 66, App. 176 und 48 12 56. Bankverbindungen: Berliner Stadtkontor, Bezirksbank Pankow, Brette Str. 19, Nr. 7548. Postscheckkonto Berlin Nr. 91 234. „Die Volkspolizei“ erscheint monatlich zweimal. Einzelheft 0,60 DM. Veröffentlicht unter Lizenznummer 393 der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. Druck (40) Berliner Druckhaus GmbH. (vorm. Stritzke & Rothe), Berlin C 2, Münzstr. 19



Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH

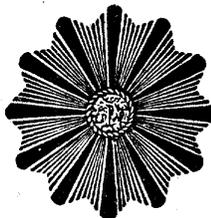
Die

Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

INHALT:

	Seite
Stefan Heymann:	
Soldaten des Friedens	1
Das Erlebnis des 1. Mai	2
Hofmann:	
Polizeiarbeit muß verbessert werden	4
Kurt Wagner:	
Volkskontrollausschüsse und Volkspolizei	5
Hermann Dünow:	
Deutsche Landsknechte	6
Hellmuth Neubert:	
Noch einmal: Der Revierleiter im ländlichen Gebiet	7
Willi Gatte:	
Die letzte Etappe der Rückführung der Kriegsgefangenen	8
Treptow:	
Gründliche Ermittlung erleichtert die ziel-sichere Durchführung von Strafverfahren	9
Alexander Nitsche:	
Das polizeiliche Preisstrafrecht unter Berücksichtigung der Wirtschaftsstrafverord-nung	10
Kurt Rothe:	
Für und wider KP 13 und 14	11
Friedrich Lübster:	
Erfolggekrönte Vergleichsarbeit	12
Georg Winkler:	
Das liebe Publikum	12
VP.-Korrespondenten berichten	
Fritz Herrmann:	
Ein gutes Beispiel macht Schule	13
Vilhelm Schubert:	
Traktoren aus der Sowjetunion	13
Gesetz und Recht	
Hans Günther Schmidt:	
Die Abwesenheit des Beschuldigten im Strafverfahren	14
Polizeiliche Frage-Ecke	
Eine unnötige Diskussion	15
Vom Wert und von der Höhe des Schadens	15
Sport und Körperschulung	
Unser Sportbericht	15
Schachcke	16
Kulturelles Leben	
Emil Endres:	
Etwas vom Sehen	17



2. Jahrgang Nummer 6
 B E R L I N / M A I 1949

Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH / Berlin-Wilhelmsruh



Dem **Polizei-Oberwachtmeister Hugo Welsch**, KPA Arnstadt, gelang es, die Verlagerung einer Holzspielwarenfabrik nach dem Westen und die Flucht des Betriebsinhabers zu verhindern. Welsch wurde zum Hauptwachtmeister befördert und erhielt außerdem für sein umsichtiges Verhalten eine schriftliche Belobigung.

Durch gewissenhafte Arbeit und polizeilich einwandfreies Verhalten konnten der **Polizei-Wachtmeister Hans Treffurt** und der **Polizei-Anwärter Alfred Spannaus** vom Polizeipräsidium Erfurt einen Schwarzhändler festnehmen und erhebliche Mengen bewirtschafteter Waren sicherstellen. Beide wurden zum Oberwachtmeister befördert und schriftlich belobigt.

Des weiteren wurden ausgezeichnet:

Der **Wachtmeister Otto Simon**, Polizeidirektion Plauen, der in Reichenbach zwei Reisende aus der Westzone festnahm, die Kaffee, Kakao, Zigaretten usw. gegen Reiseschreibmaschinen, Radioapparate und Schmuckgegenstände eintauschen wollten, um sie nach dem Westen auszuführen.

Der **Hauptwachtmeister Rönneburg** und der **Oberwachtmeister Horn** vom 3. Polizeirevier des KPA Waren, denen es in mehrwöchiger, vorbildlicher Zusammenarbeit gelang, einen Wirtschaftssaboteur zu entlarven und seiner Bestrafung zuzuführen.

Der **Wachtmeister Otto Klabunde**, KPA Aue, dem es gelang, in Oberschlema das Ausweichlager eines Drogisten aufzufinden. Die sichergestellten Waren, hochwertige Gebrauchsgegenstände und vor allem Arzneimittel, deren Wert schätzungsweise 200 000,— D-Mark beträgt, konnten in 23 LKW's abtransportiert werden.

Die Volkspolizei

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE POLIZEIWESEN

2. JAHRGANG

BERLIN, MAI 1949

NUMMER 6

SOLDATEN DES FRIEDENS

Von Stefan Heymann, Berlin

Wenn man früher von Pazifisten sprach, dann hatte dieses Wort einen etwas lächerlichen oder mitleidigen Beigeschmack. Pazifisten, das waren Männer mit langen Haaren, Sandalen, Vegetarier, Antialkoholiker, kurz Figuren, die man im allgemeinen nicht ernst nahm. Oder es waren ältliche Fräuleins, die ihre Ehelosigkeit mit stürmischer Begeisterung für irgend einen langhaarigen Friedensapostel abreagierten. Ich habe absichtlich etwas übertrieben, wobei ich mir völlig klar bin, daß es unter diesen Pazifisten sehr viele aufrichtige und ehrliche Menschen gab, die ihr Leben für ihre Idee einsetzten.

Auf dem großen **Pariser Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden** sah man keine Figuren wie in früheren Zeiten. Menschen aus allen Teilen der Welt, aus 72 Ländern, waren hier versammelt, Menschen aller Hautfarben und Rassen brüderlich vereint, Menschen jeden Alters, wobei die Jugend besonders stark auffiel. Ja, auf diesem Friedenskongreß gab es sogar Delegierte in Militäruniformen.

Die früheren Pazifisten waren Mitglieder ungefährlicher kleiner Zirkel, ohne Einfluß auf die Volksmassen, ohne politische Bedeutung. Aber in Paris waren die **Vertreter von 660 Millionen Menschen**, die in großen demokratischen Organisationen zusammengeschlossen sind. In Paris waren keine Menschen, die sich leidend einem unabwendbaren „Geschick“ beugen und in Demut und Ergebenheit abwarten, was die großen Herren beschließen. In Paris waren mutige **Kämpfer für den Frieden**, Menschen, die nicht ergeben harren, sondern die entschlossen den Kampf gegen Kriegshetze und Aufrüstung führen, aktive Soldaten des Friedens!

Gerade das Verhalten der Hetzpresse beweist, daß der Kongreß den richtigen Weg eingeschlagen hat. Die vom amerikanischen Kapital abhängige französische Regierung Schuman hat vielen hundert Delegierten das Einreisevisum verweigert aus Angst, daß die Wahrheit über die Kraft der Friedensbewegung sich in allen Ländern verbreitet. Aber der Präsident des Kongresses, der große französische Gelehrte **Joliot-Curie**, rief mit Recht bei seiner Begrüßungsrede aus: „Die Wahrheit braucht kein Visum!“

Die Eindrücke, die wir als deutsche Delegation auf dem Kongreß erhielten, waren so vielfacher und tiefgehender Art, daß es nicht leicht ist, das herauszugreifen, was als wichtigstes Ergebnis zu betrachten ist. Und doch kann man eine Tatsache in den Vordergrund stellen: wir erlebten auf diesem Kongreß, daß die Friedensbewegung nicht eine Angelegenheit der Sowjetunion, der Volksdemokratien allein ist, wir sahen, daß die Friedensbewegung Millionen von Menschen in allen Staaten der Welt, auch in den Marshallplan-Ländern erfaßt hat. Und wenn die amerikanischen Atombomben-Fabrikanten heute einen Pflock zurückstecken müssen, so ist das in erster Linie das Verdienst dieser gewaltigen Friedensbewegung.

Es war einer der größten Augenblicke auf dem Kongreß als eine Delegation der **französischen Widerstands-**

kämpfer, die im Nazikrieg den nationalen Widerstand organisierten, dem Präsidium viele große Pakete mit sechs Millionen Unterschriften gegen den Krieg übergeben. Diese Unterschriften standen unter einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Truman. Der Sprecher der Delegation, ein einfacher französischer Arbeiter, wandte sich an die Delegierten aus den Vereinigten Staaten und sagte ihnen ganz schlicht, aber stolz und nachdrücklich: „Sagen Sie Ihrem Präsidenten Truman, und sagen Sie dem amerikanischen Volke, daß das französische Volk keinen neuen Krieg will, daß es niemals für amerikanische Interessen auf die Schlachtfelder geht.“

Zum Kriegführen braucht man nicht nur Tanks, Flugzeuge oder Kanonen, man braucht vor allem Menschen. Solange aber die Menschen keinen Krieg wollen, solange es den Kriegshetzern nicht gelingt, die Menschen für sich einzufangen, solange kann es keinen Krieg geben. Der Weltfriedenskongreß in Paris zeigte den Umfang und das Ausmaß dieser Bewegung, und das wurde von den Kriegsbrennstüfern sehr wohl verstanden.

Das zweite bedeutungsvolle Erlebnis war für uns die tiefe Verbundenheit der europäischen Demokraten mit allen Völkern der Welt, vor allem mit den **Kolonialvölkern**, mit den Menschen, gegen die heute im Auftrag des Monopolkapitals Krieg geführt wird. Die Vertreter von Vietnam, von Indochina wurden begeistert begrüßt. Aber nicht nur sie, auch die Vertreter des demokratischen Griechenland, des demokratischen Spanien fanden nicht endenwollenden Beifall. Und der Jubel bei der Bekannngabe des Sieges der chinesischen Volksarmee in Nanking war einer der Höhepunkte des Kongresses. Alle Freiheitskämpfer konnten die Gewißheit mitnehmen, daß sie nicht allein stehen, daß immer größere Massen ihren Kampf unterstützen und damit auch ihren Sieg garantieren.

Wenn man beim Auftreten der einzelnen Redner aus den verschiedenen Ländern die Gewißheit hatte, daß hinter ihnen große Organisationen stehen, so steigerte sich dies Gefühl bei den Ansprachen der Vertreter der **Sowjetunion**, die mit dem größten Beifall des Kongresses begrüßt wurden. Bei ihnen allen, bei den Schriftstellern **Fadejew, Ehrenburg**, dem tapferen Flieger und Helden der Sowjetunion **Wassejew**, dem Akademiestandmitglied Professor **Wolgin** oder der Heldinmutter **Kosmodemskaja**, deren Tochter Zaira von den Nazisten nach fürchterlichen Folterungen hingerichtet wurde — bei jedem Redner fühlte man: hinter diesen Menschen steht nicht nur eine kleinere oder größere Organisation, hinter ihm steht **ein Volk** von 190 Millionen Menschen, **ein mächtiger Staat**, der seine ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzt. Das gab den Reden der Vertreter der Sowjetunion ein solch bedeutendes Gewicht. Hier wußte man, daß die Friedensbewegung der Welt nicht mehr ein kleines unbeachtetes Häuflein von Ideologen ist, sondern eine politische Großmacht, die heute schon in der Lage ist, einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

(Fortsetzung auf S. 4)

Das Erlebnis des 1. Mai

Der diesjährige Maiaufmarsch in Berlin und in den Städten und Gemeinden der sowjetischen Besatzungszone wird in der Geschichte des werktätigen Volkes einen hervorragenden Platz einnehmen. In einer Einmütigkeit und Geschlossenheit, wie sie nur die klare Erkennung der Situation und der feste Wille zur Erreichung des Zieles hervorzubringen vermögen, demonstrierten unübersehbare Massen für den Frieden, für die Einheit Deutschlands und für die demokratische Ordnung und den wirtschaftlichen Neuaufbau der SBZ. Von den frühen Morgenstunden an strömten endlose Züge zu den Kundgebungsplätzen, und bereits in den ersten Nachmittagsstunden konnten die Landespolizeibehörden übereinstimmend melden, daß der Maiaufmarsch in diesem Jahr der größte war, der je stattgefunden hat. Das waren keine vom faschistischen Terror zur Teilnahme gezwungenen und von der SA bis zum befohlenen Stellplatz bewachten Arbeiter, die nur auf die Gelegenheit warteten, sich unbemerkt verdrücken zu können. Das waren auch keine mißmutigen, innerlich unsicheren und schwankenden Kleinbürger, wie sie in dem kläglichen Haufen der UGO-Anhänger vor der Technischen Hochschule in Berlin zu bemerken waren. Unter den Fahnen des Weltgewerkschaftsbundes marschierte das einige werktätige Volk mit so elementarer Wucht und Geschlossenheit, daß jeder einzelne Teilnehmer das beglückende Gefühl empfand: hier ist das Recht und die Zukunft meines Volkes. Dieser Maiaufmarsch war ein wahrer Aufstand der Werktätigen gegen die Kriegshetzer und Spalter, gegen alle neuen imperialistischen Weltherrschaftspläne und gegen die Feinde der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Arbeiter und Techniker, Angestellte und Wissenschaftler, Bauern und Kleingewerbetreibende, das ganze werktätige Volk vereinte sich in dem festen Willen, den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes zu erkämpfen.

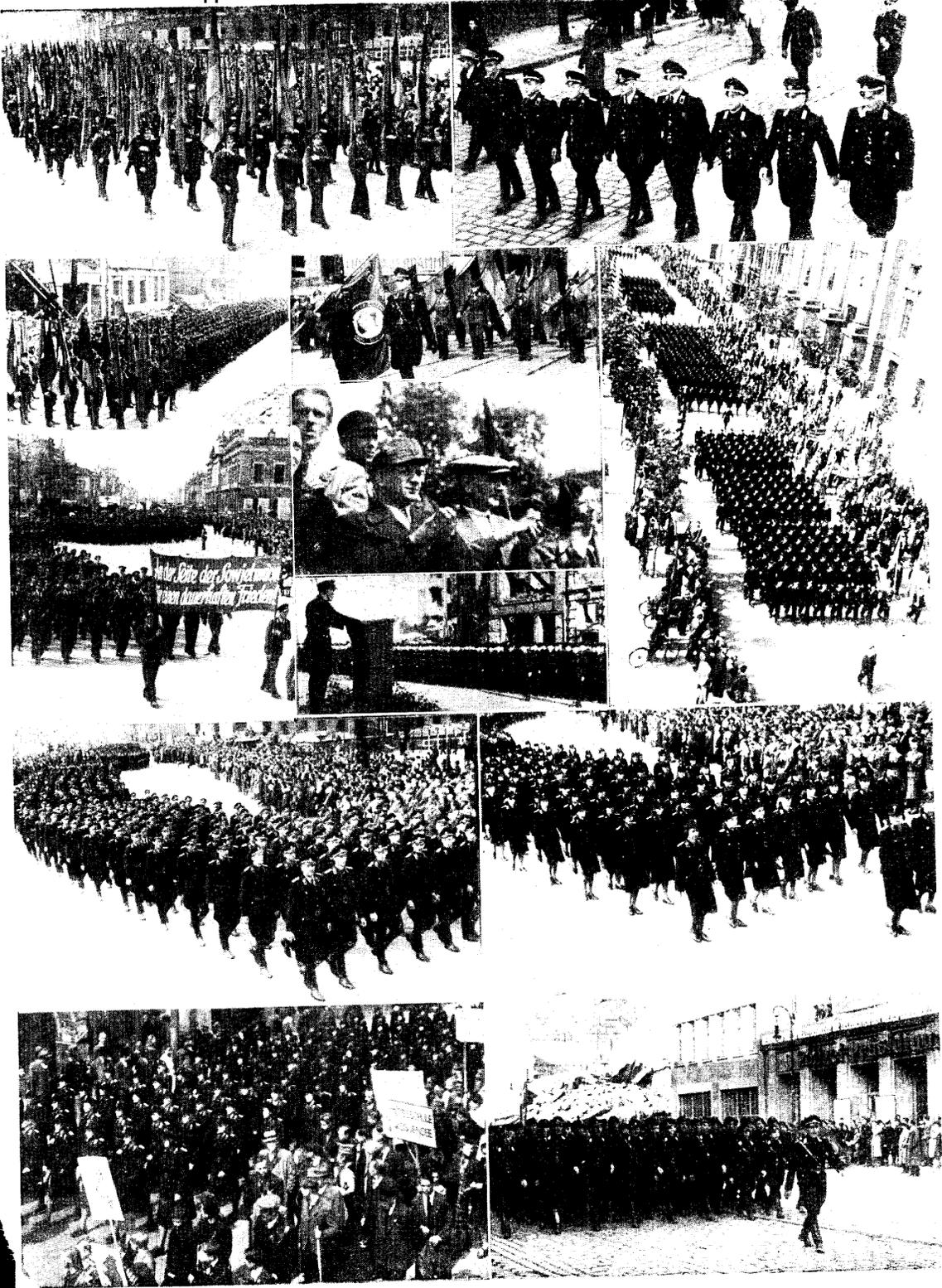
Und mitten unter ihnen marschierte die Volkspolizei. Kein Kamerad, der an dem Aufmarsch in Berlin teilnehmen konnte, wird dieses Erlebnis jemals vergessen. Vom Beginn des Abmarsches vom Berliner Polizeipräsidium an bis zur Auflösung des Zuges wurden der Volkspolizei so viele Beweise der Liebe und des Vertrauens der Werktätigen entgegengebracht, daß jeder Kamerad fühlte, daß dieses Vertrauen durch keine Hetze und Verleumdung mehr zu erschüttern ist. Von der Friedrichstraße an bis zum Lustgarten steigerten sich die herzlichen Kundgebungen zu wahren Ovationen, die der Volkspolizei von den die Straßen säumenden Massen entgegengebracht wurden. Begeistert sangen alle die Kampflieder der Volkspolizei mit und gaben in unzähligen Zurufen zu erkennen, daß sie sich mit der Volkspolizei aufs engste verbunden fühlten. „Wir grüßen das Schwert der Werktätigen!“ „Die Stummpolizei schlägt uns nieder. Die Volkspolizei sind unsere Brüder!“ „Wir grüßen die Frauen der Volkspolizei!“ „Jungens, seid fest im Schutz der Demokratie!“ So schallte es von allen Seiten den Kameraden entgegen, die bewegt das freudige Gefühl empfanden, fest in den Herzen des werktätigen Volkes verankert zu sein.

2



Hier und da konnte man aber auch recht nachdenkliche Gesichter bemerken. Das bewußte und disziplinierte Auftreten der Volkspolizei hatte offenbar auch auf diejenigen tiefen Eindruck gemacht, die mit einem oder vielleicht sogar mit beiden Beinen noch in der Vergangenheit stehen und nur zu leicht geneigt sind, Demokratie mit Schwäche zu verwechseln. Der überraschte Ausspruch eines Bürgers: „Daß sie das so schnell schaffen würden, hätte ich nicht gedacht“, ist bezeichnend dafür. Ihm und allen denjenigen, die bisher glaubten, daß eine demokratische Ordnung immer so jämmerlich schwach sein muß, wie es die Weimarer Republik war, wird der Aufmarsch der Volkspolizei bewiesen haben, daß sie sich im Irrtum befanden und daß es gut und nützlich ist, diesen Irrtum recht schnell zu korrigieren. Das Volk und sie selbst werden aus einer solchen realen Einschätzung der Kräfte nur gewinnen.

So hat der gewaltige Aufmarsch am 1. Mai die Fronten klar abgesteckt. Den Kriegshetzern und Spaltern, den Kräften der Vergangenheit, steht die mächtige Front des Friedens und der Einheit gegenüber, der die Zukunft gehört. Zu ihr gehört die Volkspolizei, die ein Teil der Werktätigen ist und ihren friedlichen Aufbau sichert. Jeder Kamerad muß jetzt noch klarer erkennen, daß der Name „Volkspolizei“ eine ernste Verpflichtung bedeutet. Das werktätige Volk hat uns sein Vertrauen geschenkt. Es gilt, dieses Vertrauen tagtäglich zu rechtfertigen. Darum noch geschlossener die Reihen, noch tiefer das politische Bewußtsein, noch fester die Disziplin, noch umfassender das polizeiliche Wissen, dann wird die Volkspolizei mit den Massen der Werktätigen eine unüberwindliche Einheit bilden, an der sich alle Feinde der demokratischen Ordnung die Zähne ausbeißen werden.



Schließlich war die Art und Weise, wie wir im Kreis der demokratischen Völker und ihrer Abgesandten aufgenommen wurden. Waren doch Vertreter vieler Völker in Paris, die unter der deutschen Naziaggression bitter zu leiden hatten, die Millionen Menschen geopfert hatten, deren Städte und Dörfer durch deutsche Faschisten verwüstet wurden, bei denen furchtbare Greuelthaten durch die Nazis verübt wurden. Sicher hat dies noch niemand vergessen, und in fast allen Reden wurde die scheußliche und verbrecherische Vergangenheit des Faschismus wachgerufen. Aber trotzdem wurde die deutsche Delegation als Vertretung eines neuen, demokratischen Deutschland betrachtet und anerkannt. Vom ersten Augenblick, ohne daß es darüber auch nur ein Wörtchen der Diskussion gegeben hätte, waren wir als **Gleichberechtigte** auf dem Kongreß. Das ist zweifellos ein großer Schritt vorwärts in unserem mühevollen Kampf.

Unter den vielen Problemen des Kongresses spielte die Frage der **deutschen Einheit** auch eine Rolle. Wir konnten mit der größten Freude und Genugtuung feststellen, daß die deutsche Einheit nicht nur eine Angelegenheit der deutschen Demokraten, sondern auch eine Frage ist, für die sich die demokratischen Kräfte in allen Ländern einsetzen. Dafür nur ein Beispiel. Die Delegation aus dem **Saargebiet** war schon einen Tag vor uns in Paris. Sie fragte beim Präsidium an, bei welcher Delegation sie Platz nehmen sollte. Die Antwort war: „Selbstverständlich gehört Ihr zur deutschen Delegation“.

Und so konnten wir, leider auf fremdem Boden, in einer Versammlung aller deutschen Delegierten eine einheitliche deutsche Delegation konstituieren, an der die Vertreter aus allen Zonen teilnahmen. Leider war aus den Westzonen nur ein Delegierter, der Werftarbeiter **Fink** aus Hamburg, nach Paris gelassen worden. Für die anderen 46 Delegierten hatte die französische Regierung die Visa verweigert bzw. die amerikanische, englische und französische Militärregierung hatten keine Ausreiselaubnis erteilt. Trotzdem kam der Einheitswille aus allen Teilen Deutschlands auf dem Kongreß klar zum Ausdruck, und die Erklärung, die der Präsident des Deutschen Volksrates **Nuschke** verlas, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Unser Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands wurde auf dem Kongreß besonders nachdrücklich

CIA-RDP83-00415R003200020010-2 Dieser Kamerad erklärte, das demokratische Polen sehe in den demokratischen Kräften Deutschlands die beste Garantie für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben zwischen beiden Völkern und versprach, die deutschen antifaschistischen Demokraten aufs stärkste zu unterstützen.

Eine weitere Anerkennung unseres Kampfes lag darin, daß im Organisationskomitee der Kämpfer für den Frieden, das auf dem Weltkongreß gewählt wurde, die **deutsche Sprache als offizielle Verhandlungssprache** zugelassen wurde. Der Antrag für die Zulassung der deutschen Sprache wurde von dem sowjetischen Dichter **Kor-neitschuk** gestellt!

Es wäre ein großer Fehler, wenn wir auf Grund dieser Erfolge von Paris überheblich werden würden. Gerade die vielen Erlebnisse in Paris haben uns gezeigt, daß die Mauer des Mißtrauens gegenüber dem deutschen Volke noch lange nicht niedergelegt ist. Bei aller Anerkennung unserer Erfolge achtet man sehr genau auf das, was bei uns vorgeht. Wir müssen uns die volle Gleichberechtigung, für die wir in Paris die ersten Erfolge erzielt haben, ständig und täglich erkämpfen. Wir müssen immer aufs neue beweisen, daß unser Kampf um Einheit, Frieden und Demokratie ehrlich ist und unermüdet geführt wird. Ich glaube, daß die kommenden **Wahlen zum Deutschen Volkskongreß** ein solcher Prüfstein sind, daß es daher darauf ankommt, daß sich möglichst viele Deutsche zu diesem Kongreß als Symbol der deutschen Einheit bekennen. Der Friede wird uns nicht geschenkt, wir müssen ihn uns tagtäglich neu erkämpfen.

Wenige Tage nach der Beendigung des Pariser Weltkongresses wurden in allen Teilen der Welt die gewaltigen **Demonstrationen des 1. Mai** durchgeführt. In diesen Demonstrationen lag die **Antwort der Völker auf den Ruf des Kongresses**, den Kampf um die Sicherung des Friedens zu verstärken. Der **Aufmarsch der Volkspolizei in Berlin** war eine solche eindrucksvolle Demonstration für die Sicherung des Friedens durch aktiven Kampf. Diese Demonstration war ein Teil jener Antwort, die die Völker von uns Deutschen erwarten, jener Antwort, die die sowjetrussische Heldin Kosmodemskaja den Kriegshetzern entgegenschleuderte: „**Nein, wir lassen den Krieg nicht zu!**“

Polizeiarbeit muß verbessert werden

Von Chefinspekteur **Hofmann**, Chef der LPB Sachsen

Im Monatsbericht des Untersuchungsorgans 201 der LPB Sachsen vom März d. J. befindet sich folgender Bericht:

„Im Jahre 1933 wurde der **Ponnwitz**, Martin, geb. 2. 9. 07 in Kotzenau, Kr. Lübben, wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Während seiner Haft, die er in verschiedenen Strafanstalten verbüßte, wurde er von der Gestapo mit politischen Häftlingen zusammengelegt, um diese zu bespitzeln, was er auch tat. 1944 gelang es P. aus der Strafanstalt zu entfliehen und sich unter falschem Namen in Deutschland aufzuhalten. Anlässlich der Gerichtsverhandlung gegen die Gestapositzler **Hübner** und **Szymanski**, die von der KKPA Görlitz nach Befehl 201 zur Anklage gebracht und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurden, tauchte auch der Name des o.g. Ponnwitz auf. Dabei wurde bekannt, daß sich Ponnwitz in Meißen aufhalten soll. Die KKPA Görlitz schrieb deshalb am 15. 3. 1949 an die KKPA Meißen mit dem Ersuchen, den P. in Meißen zu ermitteln und festzunehmen. P., der durch die K5 Meißen festgenommen werden konnte, sollte der KKPA Görlitz zugeführt werden.“

Der Polizeiwachtmeister **Mann**, Alfred, geb. 12. 3. 13 in Meißen, wohnh. Meißen, Goethestr. 22, verh., 2 Kinder, bekam am 25. 3. 49 den Auftrag, P. nach Görlitz zu überführen. Obwohl ein Mann, der seit März 1948 in Polizeidiensten steht, bekannt war, daß es sich bei P. um einen Mörder handelt, unterließ er es, ihm bei der Überführung Handschellen anzulegen oder ihn an die Kette zu nehmen. Als er in Görlitz mit dem Häftling durch die Bahnsperre ging und durch den Bahnbediensteten wegen der Fahrkarten etwas abgelenkt wurde, gelang es dem Ponnwitz im Gewühl des Bahnhofes zu entkommen.

Die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen blieben bisher ohne Erfolg.

Nach Abschluß der Untersuchungen wird der Vorgang der Abteilung I 2 C — P 7 zwecks Stellung eines Strafantrages gegen Mann zugeleitet.“

Ist damit alles getan, um unsere Polizeiarbeit auf dem Gebiete des Gefangenentransportes zu verbessern und **fahrlässige Gefangenentweichungen** in Zukunft unmöglich zu machen? Ich glaube nicht.

Die Ursachen der häufigen Gefangenentweichungen dürfen nicht allein bei dem einzelnen Polizeiangestellten, der eine solche Entweichung ermöglicht hat, gesucht werden. Sie sind vielmehr das Resultat der mangelhaften Schulung der Polizeiangehörigen auf diesem Gebiet und der Sorglosigkeit unserer Polizeioffiziere bis zum Amtsleiter einschließlich, aber auch zurückzuführen auf die dogmatische Behandlung der Frage der Wachsamkeit und Disziplin durch unsere PK-Leiter, die Theorie und Praxis noch nicht genügend miteinander verbinden. Es könnte zwar durch die DVdI oder die einzelnen Landespolizeibehörden ein Befehl oder eine Dienstanweisung erlassen werden, worin angeordnet oder befohlen wird, daß der mit dem Transport eines Ausbrechers oder Mörders beauftragte Polizeiangehörige dem zu transportierenden Handfesseln anzulegen hat, weiter, daß beim Passieren von Bahnhofsperren in jedem Falle mit dem Verhafteten abseits zu warten ist, bis alle Fahrgäste die Sperre passiert haben und daß erst dann das Bahnhofs-gelände verlassen werden darf.

Aber erstens gibt es nicht soviel Papier, um allein auf diesem Gebiet alle Möglichkeiten durch Befehle und Dienstanweisungen zu reglementieren, zweitens würde die Zeit nicht ausreichen, um alle derartigen Befehle und Dienstanweisungen jedem Polizeiangehörigen zur Kenntnis

zu bringen, und drittens dürfte kein Polizeiangehöriger vor Kenntnis dieser Befehle und Dienstanweisungen zum praktischen Polizeidienst herangezogen werden.

Was kann und was muß getan werden, um unsere Polizeiarbeit wie auf allen anderen so auch auf diesem Gebiet zu verbessern?

1. Auf unseren Polizeischulen muß eine **bessere Schulung an Hand von Beispielen aus der Praxis** erreicht werden. Das gleiche gilt für den einheitlichen Schulungstag und für sonstige Belehrungen unserer Polizeiangehörigen.
2. Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit bei den Polizeiangehörigen ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das kann nur dadurch geschehen, daß jeder einzelne für sein spezielles Aufgabengebiet voll verantwortlich gemacht wird. Der neue Strukturplan der DVdI wird wesentlich dazu beitragen, die Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit in der Volkspolizei auszumerzen; denn der Revierleiter wird für sein Revier und die gesamte polizeiliche Tätigkeit in seinem Revier die **volle Verantwortung** tragen, so wie der Amtsleiter für seinen gesamten Kreis- oder Stadtbereich verantwortlich ist.

Hätte z. B. Ponnwitz in Görlitz auf dem Bahnhof entweichen können, wenn der Revierleiter, der den Wachmeister Mann mit dem Gefangenentransport des P. beauftragte, dieses Verantwortungsbewußtsein gehabt hätte? Ich glaube nicht. Der Revierleiter hat den Wachmeister bei Erteilung des Auftrages sicher nicht auf die Gefährlichkeit des Ponnwitz aufmerksam gemacht. Wahrscheinlich hat er sich auch nicht davon überzeugt, ob Mann Handfesseln in ordnungsmäßigem Zustand bei sich hatte. Es sieht zur Zeit auch noch nicht fest, ob der Amtsleiter oder sein operativer Stellvertreter nicht sorglos bzw. verantwortungslos gehandelt haben, indem sie den Revierleiter nicht besonders darauf aufmerksam machten, daß es sich bei dem zu überführenden Ponnwitz um einen ehemaligen

Mörder, Ausbrecher und Denunzianten von Antifaschisten handelte, der mit der Gestapo zusammengearbeitet hat, und daß aus diesem Grunde bei der Überführung besondere Vorsicht zu üben sei. Keinesfalls konnten sie sich darauf stützen, daß es dafür ja Instruktionen und Dienstanweisungen gäbe.

3. Verantwortungslosigkeit und Sorglosigkeit können durch den neuen Strukturplan der DVdI allein nicht beseitigt werden. Dazu gehört auch eine **Einschränkung der noch immer zu vielen Dienstanweisungen und Befehle allgemeiner Natur**. Nur Grundsätzliches sollte in ihnen behandelt werden, sonst wird das Verantwortungsbewußtsein und die Eigeninitiative totgeschlagen und unsere Polizeiangehörigen werden zu mechanisch arbeitenden Ammensenschen erzogen. Durch die Eindämmung der Flut von Befehlen und Dienstanweisungen erreichen wir darüber hinaus ein operativeres Arbeiten unserer Volkspolizei.
4. Eine **noch straffere Disziplin** als bisher ist jedoch Voraussetzung zur besseren operativen Arbeit und zur Durchführung des neuen Strukturplanes, wodurch der organisatorische Aufbau unserer Volkspolizei weiter gefestigt wird.

Ein treffendes Beispiel, das alle von mir angeschnittenen Fragen, wie die der besseren Schulung, der Sorglosigkeit und Verantwortungslosigkeit, der besseren Organisation und operativen Arbeit sowie strafferen Disziplin in sich birgt, ist der Artikel in der „Volkspolizei“ Nr. 349 von Polizeikommandeur Herbert Weidlich: „Handelte der Oberwachmeister Neumann richtig“, in dem er den Artikel „Höhlenbewohner der Neuzeit“ einer fachlichen Kritik unterzog.

Wenn wir bei allen unseren Arbeiten eine solche Kritik, dazu eine gesunde Selbstkritik anwenden, wird es unserer Volkspolizei möglich sein, die vor uns stehenden Aufgaben zu erfüllen. Nur auf diese Art werden wir unsere Arbeit verbessern und mithelfen, die antifaschistisch-demokratische Gesetzlichkeit zu festigen.

Volkskontrollausschüsse und Volkspolizei

Von Kurt Wagner, Vizepräsident der DVdI

Mit der Veröffentlichung der **Richtlinien über die Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse** im Zentralverordnungsblatt Nr. 22 vom 5. 4. 1949 und durch den Artikel des Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission bei der DWK, Fritz Lange, im „Neuen Deutschland“ vom 15. 4. 1949 sind die Aufgaben und Vollmachten der Volkskontrollausschüsse festgelegt und erläutert worden. Es ist nunmehr erforderlich, daß sich jeder einzelne Polizeiangehörige mit den Richtlinien und Erläuterungen vertraut macht, um zu erkennen, in welchem Verhältnis die Arbeit der Volkskontrollausschüsse zu der der Volkspolizei steht.

In ihrem Kampf gegen Saboteure, Verbrecher, Schieber und Schwarzhändler, im Kampf um die Sicherung des Zweijährplanes und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist die Volkspolizei auf die tätige Mithilfe aller Werktätigen sowie der demokratischen Organisationen angewiesen. Diese Erkenntnis, die im Grundgesetz aller Länderverfassungen der SBZ in den Worten: **„Alle Macht geht vom Volke aus“** ihren Ausdruck findet, muß zum Wissen aller Polizeiangehörigen gehören. Erst dieses Wissen schafft die Gewähr dafür, daß wir in unserer polizeilichen Tätigkeit wirklich als Volkspolizei in Erscheinung treten, und daß die Volkspolizei als Ganzes ein Teil unserer demokratischen Ordnung wird.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit zwischen Volkskontrollausschüssen und Volkspolizei. Mit den Volkskontrollausschüssen hat sich das Volk ein Instrument geschaffen, mit dem es die gesamte Wirtschaft und Verwaltung von unten nach oben kontrollieren und dafür Sorge tragen kann, daß die demokratische Gesetzlichkeit nicht nur eine Angelegenheit von Paragraphen bleibt, sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben realisiert wird. Daraus ergibt sich aber des weiteren, daß die Volkskontrollausschüsse ihre großen und verantwortungsvollen Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn sie nicht zu einfachen Hilfsorganen der Polizei gemacht werden.

Die bisherige Praxis zeigt aber gerade in dieser Beziehung eine Reihe bedenklicher Schwächen und Mängel.

Tägliche Straßenkontrollen, planlos durchgeführte Razzien, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen wurden in vielen Fällen in Zusammenarbeit mit den Volkskontrollausschüssen vorgenommen, bei denen der Erfolg durchaus nicht die Berechtigung dafür erbrachte, daß man ein so wichtiges Organ damit belastete. Viele Beispiele zeigten, daß Polizeiangehörige die Volkskontrollausschüsse vor allem als Verstärkung der Polizeikräfte zu diesen Maßnahmen heranzogen und ließen erkennen, daß auch in der Volkspolizei noch keine genügende Klarheit über die Aufgaben und Ziele der Volkskontrollausschüsse vorhanden ist. Das gründliche Studium der Richtlinien für die Volkskontrollausschüsse und ganz besonders des Artikels des Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission muß helfen, diesen Zustand endgültig zu beseitigen.

Sobald die Volkskontrollausschüsse auf Tatsachen stoßen, die den Verdacht strafbarer Handlungen begründen, müssen die Polizeiorgane — wie es in den Richtlinien heißt — den **Weisungen der Volkskontrollausschüsse** sofort nachkommen, schnell und gründlich die strafbaren Handlungen erforschen, die Untersuchung zum Abschluß bringen und die eventuell Schuldigen einer strengen Bestrafung zuführen.

Darin zeigt sich, daß der Volkskontrollausschuß ein Organ unserer demokratischen Ordnung ist, das Weisungen an die Polizei erteilen kann. Auf keinen Fall dürfen solche Weisungen von Kontrollausschüssen als nebensächlich oder gar als die eigene Polizeiarbeit störend angesehen werden. Eine solche Einstellung würde beweisen, daß der Wert und die Wichtigkeit dieser Arbeit von dem betreffenden Polizeiangehörigen nicht verstanden worden ist und daß er den Inhalt des Begriffs „Volkspolizei“ nicht erfaßt hat.

Noch weniger darf es vorkommen, daß von Volkspolizisten versucht wird, den Volkskontrollausschüssen Weisungen und Aufträge zu erteilen. Nicht nur, daß dadurch die Volkskontrollausschüsse von ihrer wichtigen Aufgabe abgehalten und abgelenkt werden. Sie würden wiederum zu einem Hilfsorgan der Polizei gemacht und

die Demokratisierung unseres gesamt-gesellschaftlichen Lebens wesentlich gestört werden.

Stellt die Volkspolizei in den Arbeiten der Ausschüsse Mängel und Schwächen fest, so sind sie den übergeordneten Organen, den Kreiskontrollbeauftragten resp. Landeskontrollkommissionen zu melden, die für Abstimmung Sorge tragen werden.

Bei Feststellung strafbarer Handlungen, vor allem bei Verstößen gegen den Zweijährplan und das Volkseigentum, sind in jedem Fall die Volkskontrollausschüsse um Mitarbeit zu ersuchen, besonders wenn es sich um

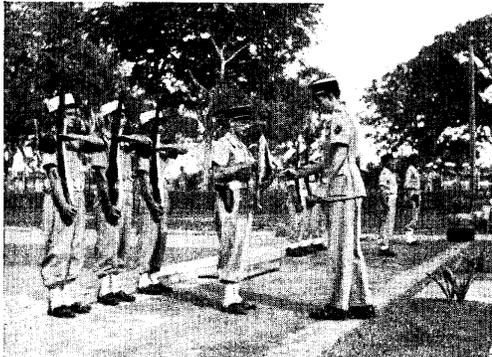
Saboteure und Feinde der demokratischen Ordnung handelt, deren verbrecherische Tätigkeit den breitesten Schichten des Volkes zur Kenntnis gelangen muß. Bei einer solchen Zusammenarbeit sind die Volkskontrollausschüsse das kontrollierende Organ, während die Volkspolizei die untersuchende und strafverfolgende Instanz ist.

Mit einer derartigen guten Zusammenarbeit wird allen Feinden des Volkes gezeigt werden, daß niemand ungestraft die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stören darf. Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone aber werden mit einer solchen Arbeit der Volkspolizei zufrieden sein.

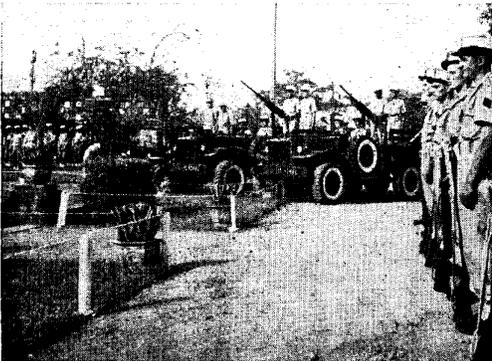
Deutsche Landsknechte

Von Polizei-Inspektor Hermann Dünow, DVdI

In der letzten Zeit hat sich die Westpresse in Lügen und Verleumdungen über die Volkspolizei geradezu überschlagen. In bunter Reihe veröffentlicht sie unter dem Motto „Jeden Tag eine Lüge“ Sensations- und Falschmeldungen, die durchweg aus den Fingern gesogen sind und von denen bei näherem Vergleich eine die andere totschlägt. Erst waren es 400 000 mit Tanks, Panzerautos



Deutsche Fremdenlegionäre in Indonesien



Schnelle Kanonen-Geländewagen der 13. Brigade in Indonesien

und Granatwerfern ausgerüstete Volkspolizisten, die angeblich nur darauf warteten, den harmlosen Großgrundbesitzer der Westzonen von seinen lumpigen paar tausend Morgen Land, auf denen er kümmerlich sein Leben fristet, zu verjagen und an seine Stelle gänzlich unwissende Bauern zu setzen, die mit dem Land nichts Besseres anzufangen wissen, als in intensiver Bewirtschaftung die Volksernährung zu sichern. Die schwer arbeitenden Monopolherren und Konzerngewaltigen würden von den schrecklichen Volkspolizisten aus ihren Macht-



Der französische Colonel, Chef der 13. Brigade, mit einem deutschen Leutnant

positionen, die ihnen von Gott und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung übertragen wurden, beseitigt werden, um durch das Volk eine friedliche, dem Volke dienende Wirtschaft aufzubauen. Dem Spießbürger der Westzonen lief ein Angstschauer nach dem anderen über den Rücken.

Es gibt aber auch nicht wenige, die der Ansicht sind, daß der deutsche Pelz erheblich an Wert gewinnen würde, wenn er, wie in der sowjetischen Besatzungszone, von dem ganzen Ungeziefer der kapitalistischen Ausbeuter, Schmarotzer und Spekulanten befreit würde. Das war nun mit den Lügenmeldungen keineswegs beabsichtigt. Also warf man das Steuer um 180 Grad herum und verkündete nunmehr dem erleichtert aufatmenden Spießler, daß die Volkspolizei zahlenmäßig nur sehr schwach sei und überhaupt keinen militärischen Wert besitze.

Seit einigen Wochen stellt die Westpresse eine neue Lüge in den Mittelpunkt ihrer Hetze gegen die Volkspolizei. Mit der Miene eines entrüsteten Biedermannes polemisiert sie gegen eine angebliche Armee von 5000 Volkspolizisten, die den Freiheitskampf des griechischen Volkes gegen seine faschistischen Unterdrücker unterstützen soll. Unsere Kameraden wissen am besten, daß von diesen Meldungen nicht ein Wort wahr ist, und daß sich nicht ein einziger Volkspolizist in Griechenland be-

findet. Das hindert die Westpresse jedoch keineswegs daran, die in ihren Redaktionsstuben geborene Gespenssterarmee in kürzeren oder längeren Abständen immer wieder durch ihre Spalten geistern zu lassen und sogar schon die bisherigen „Verluste“ dieses Phantasieproduktes zu errechnen.

Die Volkspolizei wird sich durch derartige bewußte Lügen und Verleumdungen keinen Schritt von ihrem Weg, die antifaschistisch-demokratische Ordnung und den wirtschaftlichen Aufbau der sowjetischen Besatzungszone zu sichern, abdrängen lassen. Sie weiß, daß die Hetze der Westpresse in den Zielen des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Zuträger begründet ist. Eine der Aufgaben, die der Westpresse von ihren Herren und Meistern gestellt ist, besteht darin, mit erlogenen Nachrichten und Meldungen die wirkliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu verschleiern und die Ausnutzung deutscher Landsknechte zur Niederschlagung des Freiheitskampfes der unterdrückten Völker zu vertuschen.

In der demokratischen Presse wurden diese Zusammenhänge schon verschiedentlich aufgedeckt. So veröffentlichte das „Neue Deutschland“ am 28. April eine Zuschrift des ehemaligen Korporals der französischen Fremdenlegion in Indochina, Arthur Schreier, der anschaulich die Greuelthaten der deutschen Landsknechte in Indochina schildert. Wir sind heute in der Lage, unseren Lesern

den dokumentarischen Beweis dafür zu unterbreiten, daß die Lügen der Westpresse dort unbestreitbare Wahrheit sind, wo imperialistische Machthaber den nationalen Freiheitskampf unterdrückter Völker niederschlagen versuchen. Die hier wiedergegebenen Bilder sind einem Brief entnommen, der durch einen günstigen Umstand in unsere Hände geriet. Wir fordern alle Kameraden auf, diese Bilder genau zu betrachten. Sie zeigen die wirklichen deutschen Landsknechte, die heute im Solde des westlichen Imperialismus den Freiheitskampf des indonesischen Volkes niederschlagen und morgen im gleichen Auftrag den neuen „Marsch nach dem Osten“ antreten sollen. So, wie sie heute für den Profit der westeuropäischen Imperialisten ihr Blut in Indonesien vergießen, so soll das deutsche Volk als Kanonenfutter des anglo-amerikanischen Imperialismus die Schlachtfelder des dritten Weltkrieges düngen. Das ist der Sinn der Hetze gegen die Sowjetunion und alle fortschrittlich-demokratischen Kräfte der Welt, das ist auch der Sinn der Hetze gegen die Volkspolizei, die die demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone sichert. Aber so, wie die deutschen Landsknechte in Übersee auf verlorenem Posten stehen, werden die Weltherrschaftspläne des amerikanischen Imperialismus und der Versuch zur Entfesselung eines neuen Weltbrandes an dem festen Willen aller fortschrittlichen Menschen, den Frieden zu erhalten, scheitern.

Unser „Ja“ dem deutschen Volkskongreß!

Noch einmal: Der Revierleiter im ländlichen Gebiet

Von Polizeimeister Hellmuth Neubert, DVdI

Im Heft 4/49 wurden die Aufgaben des Revierleiters im ländlichen Bezirk im großen und ganzen umrissen. Nachstehend soll an einigen Beispielen aus dem täglichen Dienst die Arbeitsweise aufgezeigt werden.

Die **Organisation des Dienstes** im Revier, in den angehörenden Revierzweigstellen, Gruppen- und Einzelposten hat unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Polizeiangehörigen und nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit zu geschehen. Dabei ist besonders auf die Gefahr arbeitsmäßiger Überlastung zu achten. Die gegenwärtigen unzureichenden Besetzungen des Stellenplanes der Reviere usw. erfordert daher vom Revierleiter planmäßiges und gut durchdachtes Einsetzen der vorhandenen Polizeiangehörigen.

Besonders sorgfältig ist bei der **Besetzung der leitenden Funktionen** im Revierbereich (Leiter der Revierzweigstellen, Gruppenposten) zu verfahren. Die Bestimmung der dafür geeigneten Polizeiangehörigen hat unter strengster Ausschaltung aller persönlichen Gesichtspunkte zu geschehen. Hier entscheidet einzig und allein die gute Ausfüllung der betreffenden Funktion.

Nicht in allen Polizeirevieren, besonders in denen der ländlichen Gebiete, ist gegenwärtig schon eine RKPST vorhanden. Demzufolge muß der Revierleiter außerhalb seiner allgemeinen Tätigkeit die Ahndung der in seinem Bereich anfallenden Straftaten überwachen und ist gleichzeitig für die ordnungsgemäße und gewissenhafte Durchführung dieser Arbeit verantwortlich.

Eine **Schwerpunktkarte**, die laufend ergänzt werden muß, vermittelt dem Revierleiter jederzeit die Änderungen in der Kriminalität seines Revierbereichs. Auf Grund dieser Veränderungen kann er die entsprechende Anzahl Polizeiangehöriger seines Reviers zweckmäßig einsetzen und einen stets guten Erfolg erreichen. Dazu muß er nach Erkennen der Lage einen ordnungsgemäßen Einsatzbefehl erstellen können. Bei einem Einsatz sind die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel (Schutzhunde, Fahrzeuge) zweckentsprechend heranzuziehen.

Bei **Wirtschaftsverbrechen** und -vergehen darf nicht zu früh, aber auch nicht zu spät eingeschritten werden. An diesem Punkt ist schon manche Untersuchung gescheitert. Der Revierleiter muß, nachdem ihm ein derartiger Fall zur Kenntnis gelangt ist, sorgfältig überlegen und mit Hilfe des **Sektionsdienstes** die nötigen Maßnahmen einleiten. Der Erfolg der Aktion hängt sodann vom gründlichen Arbeiten ab, verbunden mit Schnelligkeit, einer gut durchdachten und angewendeten Polizei- und Ver-



Unschuld vom Lande

Manch Feind des Aufbaus ging auf's Land und treibt sein Wesen unerkannt. Verfaule Mieten, Scheunenbrände, beraubte Saat, Mißerfolg — in allem stecken solche Hände und bringen Schaden unserm Volk. Seid wachsam und entlarvt den Hund, den Saboteur im Hintergrund!

nehmungstaktik anzuwenden, die die Vernehmung aller Personen, die in den Fall verwickelt sind, auch wenn es manchmal sehr geringfügig erscheint. An einem Beispiel soll gezeigt werden, wie es nicht gemacht werden darf.

Bei einer Straßenkontrolle gegen 17 Uhr versuchte ein Radfahrer die Kontrolle zu umfahren. Er wurde gestellt, kontrolliert und zur Dienststelle gebracht. Es war ein Angestellter einer städtischen Seifenfabrik. Im Rucksack befanden sich 50 Stück Kernseife und ein leeres Mehl-säckchen. Der Angestellte versicherte, die Seife im Auf-trage seines Betriebsleiters im Austausch gegen Knochen zu einem Bauern zu bringen. Da die Angaben glaubhaft erschienen, wurde er in der Wache sistiert. Der Betriebs-leiter war nicht zu erreichen, da er sich geschäftlich außerhalb des Ortes befand. Die Ermittlungen ergaben, daß der vom Beschuldigten angegebene Bauer überhaupt keine Kenntnis davon hatte, daß er Seife gegen Knochen erhalten sollte.

Der Bürgermeister und der Treuhänder der Fabrik hatten einen Teil der Vernehmungen mithören können und bekundeten natürlich ein lebhaftes Interesse an den Vorgängen in dem von ihnen betreuten Betrieb.

Gegen 21.30 Uhr wurde dann der Betriebsleiter zur Wache gebracht. Seine Aussagen stimmten fast völlig mit denen seines Angestellten überein, nur wollte er den Auftrag gegeben haben, im Tauschverfahren Fett gegen Seife zu erhalten. Durch diesen Widerspruch konnte der Fall aufgeklärt werden. Die Kompensationen des Betriebs-leiters und seines Angestellten gegen landwirtschaftliche Produkte beliefen sich auf etwa 14 Zentner Kernseife, die der Bevölkerung entzogen wurden. Bald wäre aber die Auf-klärung dieses Falles daran gescheitert, daß die Wohnung des Betriebsleiters bis zu seiner Rückkehr von der Ge-schäftsreise nicht bewacht wurde. Dadurch war es ihm möglich, beim Treuhänder des Betriebes Informationen einzuholen und weitere Spuren seiner Tat in den Fabrik-räumen zu verwischen.

Wir ziehen daraus folgende Lehren:

1. Bei Vernehmungen dürfen keine Personen anwesend sein, die nicht zur Aufklärung des Falles benötigt werden.
2. Vor Abschluß der Ermittlungen darf keine Informa-tion erteilt werden.

Eine derartige Aktion kann nur Erfolg haben, wenn der Revierleiter von jeder Vernehmung genaue Kenntnis hat, auch wenn sie von anderen Polizisten durchgeführt wird. Er darf den Zusammenhang nicht verlieren. Der Revier-leiter hat dann die nächsten Zuführungen, Durchsuchungen, Sicherstellungen und Vernehmungen zu veranlassen. Auf gute Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei ist besonders hinzuwirken; jeder Spartegeist ist schädlich und hindert den Erfolg.

Bei **Kapitalverbrechen** im Revierbereich hat der Revier-leiter alle nötigen Maßnahmen anzuordnen. Spuren müssen gesichert und in Verdacht stehende Personen vor-läufig bis zum Eintreffen der Spezialkräfte der Kriminal-polizei festgehalten werden. Der Leiter eines Polizeireviers muß die Bestimmungen des kriminalpolizeilichen Melde-dienstes genau kennen.

Die **Brandgefahr** auf dem Lande ist besonders im Som-mer sehr groß. Um das Volksgut sicher schützen zu kö-nnen muß der Revierleiter wissen, unter welchen Umstän-den sich landwirtschaftliche Erzeugnisse von selbst

entzünden können. Die Bauern sind auf diese Gefahr auf-merksam zu machen, besonders bei zu früh eingefahrenem Heu und Grummet oder bei Einlagerung von feuchtem Hafer Häufig werden leicht brennbare Stoffe auf dem Boden neben der Esse gelagert, die sehr oft schadhaf ist. Ständige Kontrollen werden die Gefahrquellen aufzeigen, wobei nicht vergessen werden darf, die vielen geflickten Sicherungen zu überprüfen. Bei allen „**fahrlässigen Brand-stiftungen**“ muß berechtigtes Mißtrauen herrschen; denn Saboteure versuchen besonders auf dem Lande auf jede Art und Weise den Aufbau zu stören. Bei Bränden muß daher festgestellt werden, ob fremde Personen im näheren Umkreis übernachtet haben und ob sie vielleicht bei anderen Bränden wiederum auftauchen. Das gehört zu den vorbeugenden Maßnahmen, die von einem Revierleiter angeordnet werden müssen, um verbrecherische Elemente schnell zu entlarven.

Ein **Verkehrsunfall** wird gemeldet. Bis zum Eintreffen der VUB des KPA vergeht aber längere Zeit, da das Revier vom Sitz des Kreispolizeiamtes mehr oder weniger weit entfernt liegt. Der Revierleiter oder die Postenleiter müssen nun Sofortmaßnahmen am Unfallort treffen. Wenn kein Fahrzeug zum Abtransport Verletzter zur Ver-fügung steht, ist der Revierleiter gezwungen, da ein polizeilicher Notstand vorliegt, eine Polizeiverfügung zur Hilfeleistung zu erlassen oder ein Fahrzeug zum Abtrans-port des Verletzten zu beschlagnahmen. Er muß daher mit dem StGB und der StPO vertraut sein, um richtig handeln zu können (§ 330c des StGB über Ablehnung der Hilfe-leistung). Die an dem Unfall Beteiligten müssen fest-gestellt und die Zeugen ermittelt und getrennt gehalten werden. Eine Unfallskizze mit Angabe des Standes der beteiligten Fahrzeuge und der Spuren muß angefertigt werden. Das erfordert wiederum genaue Kenntnisse. Wie unterscheiden sich Fahr-, Brems-, Blockier-, Rutsch-, Schleuder-, Schleif- und Kratzspuren. Jeder Polizist muß auf diesem Gebiet hinreichende Kenntnisse besitzen. Dazu muß der Revierleiter seine Polizisten belehren, schulen und immer wieder anweisen.

Genaue Kenntnisse über die in seinem Bereich gelegenen Geschäfte sind für den Revierleiter besonders notwendig. Der für die **Preisüberwachung** eingesetzte Polizist wird ihm über jeden vorkommenden Fall Bericht erstatten, aber das allein genügt nicht. Er muß seinen unterstellten Polizeikräften die Gründe und den Zweck der Preis-überwachung klarmachen, damit sie den Sinn und die Bedeutung dieser Maßnahmen voll verstehen.

Gaststätten- und Saalkontrollen sind vom Revierleiter vorzubereiten. Er muß von sämtlichen in seinem Revier-bereich stattfindenden Veranstaltungen Kenntnis haben. Besonders hat er dabei auf die Polizeistunde zu achten, die er auf rechtzeitigen Antrag selbst verlängern kann. Tanzlokale bilden heute für junge Menschen einen beson-deren Anziehungspunkt. Die Auswirkungen des ver-brecherischen Hitler-Krieges hatten bei einem Teil der Jugend sittliche und moralische Defekte zur Folge, die von bestimmten Lokalbesitzern noch gefördert werden. In Verbindung mit der zuständigen Abteilung der Kriminal-polizei unter Hinzuziehung von Angehörigen der FDJ ist solchen Lokalen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

So ist die Tätigkeit des Revierleiters sehr umfangreich. In den vorstehenden Ausführungen sind bei weitem nicht alle Aufgaben aufgezeigt. In den folgenden Heften wird darüber noch mehr zu sagen sein.

Die letzte Etappe der Rückführung der Kriegsgefangenen

Von Willi Gatte, DVdI

Um die breiteste Öffentlichkeit über alle Fragen zu unterrichten, die im Zusammenhang mit der Rückfüh-rung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjet-union stehen, hatte die Abteilung Umstiedler und Heim-kehrer der DVdI die demokratische Presse zu einer Be-sichtigung des **Heimkehrerlagers Gronenfelde** bei Frank-furt a. Oder eingeladen, jenes Lagers, das nach Angaben der westlich orientierten Zeitungen und Agenturen längst „liquidiert“ war, weil „keine Heimkehrertransporte aus der SU mehr zu erwarten sind.“

Die Presse hatte so die beste Gelegenheit sich von der verstärkten Rückführung ehemaliger Kriegsgefangener aus der SU und der reibungslosen Abwicklung der Heimkeh-reraktionen zu überzeugen. Allein in der Zeit vom 21. März bis zum 10. April 1949 sind wieder **mehr als 40 000 Heim-**

kehrer durch das Lager Gronenfelde geschleust worden. Davon gingen rund zwei Drittel nach den Westzonen, während der Rest in der Ostzone und in Berlin verblieb. In der gleichen Zeit wurden nur 230 Deutsche aus west-alliierten Kriegsgefangenschaft in die Ostzone entlassen, obgleich deren Gesamtzahl — einschließlich „freiwilliger“ Zivilarbeiter und Kolonialtruppen — ohne Zweifel wesentlich höher liegt als die Zahl der noch in der Sowjetunion vorhandenen Kriegsgefangenen.

Die Sowjetregierung verwirklicht nach dem Scheitern der Aufstellung eines für alle Mächte verbindlichen Repatriierungsplanes nunmehr ihren eigenen Plan der Rück-führung der Kriegsgefangenen, nach dem bis Ende 1949 die Entlassung sämtlicher ehemaligen Kriegsgefangenen vorgesehen ist. Aus der Tschechoslowakei und Jugosla-

wien sind die Rückführungen beendet, während auch aus Polen im verstärkten Maße Transporte einlaufen.

Demgegenüber steht das bewußte Zurückhalten zehntausender Deutschen in jenen Ländern, die ehemalige Kriegsgefangene in die **Fremdenlegion** preßten oder sie als Zivilarbeiter verpflichteten. Amtliche französische Stellen lehnten Anträge sogenannter Zivilarbeiter auf Rückkehr in ihre Heimat, in die sowjetische Zone, ab, weil angeblich von sowjetischer Seite eine Rückführung nicht geduldet würde. Es verdient ausdrücklich festgestellt zu werden, daß es eine solche Anordnung nicht gibt und nie gegeben hat. Jeder Heimkehrer, gleich ob er Kriegsgefangener oder zeitweiliger Zivilarbeiter war, wird als Heimkehrer betrachtet, und es stehen ihm in der Zone wie im sowjetischen Sektor Berlins die entsprechenden Vergünstigungen zu.

Eine besonders brennende Frage ist das **Vermisstenproblem**. Wie aus den Unterlagen der „Wehrmachtsauskunftsstelle Meiningen“ hervorgeht, wurde von der Hitlerregierung der Tod von Hunderttausenden deutscher Kriegsteilnehmer bewußt verschwiegen, um die „Stimmung“ nicht zu gefährden. Die Unklarheiten und Ungewißheiten über das Schicksal vieler vermißter ehemaliger Soldaten und Offiziere sind auf diese verbrecherische Handlungsweise des Faschismus zurückzuführen. Die verlogene Hetze des Ostbüros der SPD, die alle Vermissten einfach zu Kriegsgefangenen der Sowjetunion machte, ist dadurch erst ermöglicht worden. Die deutschen maßgeblichen Stellen sind bemüht, gerade in das Vermisstenproblem vollste Klarheit zu bringen.

Nach den bisher geltenden Bestimmungen erfolgt eine Veröffentlichung der **in Gefangenschaft verstorbenen Deutschen** nach Abschluß eines Friedensvertrages. Deutschland ist gegen den Willen der Sowjetunion noch ohne einen solchen Friedensvertrag. Trotzdem besteht berechtigte Hoffnung, daß vor allen Dingen die SU bereit sein wird, nach Abschluß der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der SU die Namen der in ihren Kriegsgef-

genlagern verstorbenen Deutschen zu veröffentlichen. Wir haben keinerlei Ursache an den seinerzeit auf der Moskauer Konferenz veröffentlichten Zahlen über die deutschen Kriegsgefangenen in der SU zu zweifeln.



Abfahrt von Gronenfelde in die Heimat

Alle diese Tatsachen beweisen die Wichtigkeit der verstärkten Rückführung der Kriegsgefangenen als eine politische Frage, die jedem Deutschen bewußt werden sollte. In unserem Kampf für ein einheitliches, antifaschistisches und demokratisches Deutschland werden die ehemaligen Kriegsgefangenen der SU als bewußte Kämpfer für den Frieden und gegen einen neuen Krieg in unseren ersten Reihen marschieren. Weil sie den Krieg hassen gelernt haben, werden sie immer bereit sein für den Frieden zu kämpfen.

Gründliche Ermittlung erleichtert die zielsichere Durchführung von Strafverfahren

Von Oberstaatsanwalt Treptow, Schwerin

Unser wertvollstes Volksgut sind die Arbeitskraft und die Arbeitsstätten. Die notwendige Schlußfolgerung daraus ist, daß alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diesem Volksgut den größtmöglichen Schutz angedeihen zu lassen. Die Arbeitsschutzkommissionen und die Arbeitsschutzinspektoren sowie die Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen daran mitwirken. Bei der Prüfung der Schuldfrage bei etwaigen Betriebsunfällen oder Bränden haben sie die Beschuldigten in gerechter Weise zur Verantwortung zu ziehen. Um solche Strafverfahren zu einem schnellen Abschluß zu bringen, sind die Gerichte und die Staatsanwaltschaften auf gründliche und umfassende Ermittlungsarbeit der Polizei angewiesen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei diesen Ermittlungen noch häufig erhebliche Mängel auftreten, die zwangsläufig den schnellen und wirkungsvollen Abschluß eines Strafverfahrens verschleppen müssen. Daß gerade bei der Durchführung von Wirtschaftsstrafverfahren, Strafverfahren im Aufgabengebiet des Arbeitsschutzes und bei Strafverfahren auf dem Gebiet der Brandverhütung, Brandgefährdung und Brandstiftung ein nicht ausreichendes Ermittlungsergebnis den Abschluß des Strafverfahrens wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht, wird niemand bestreiten können, und daß dadurch die erzieherische bzw. abschreckende Wirkung dieser Verfahren gegenstandslos werden kann, bedarf keiner weiteren Diskussion.

Aus den vorstehend genannten Gründen nehme ich Veranlassung, auf die gründliche und **vorbildliche Ermittlungsfähigkeit der Kriminalpolizeiabteilung Rostock** in dem Strafverfahren gegen Rohde und andere hinzuweisen. Der in dieser Brandsache ermittelnde Polizeiangestellte hat eine derartig vorbildliche Arbeit geleistet, daß die Staatsanwaltschaft nach Übergabe der Akten sofort in der Lage war, ohne Schwierigkeit Anklage zu erheben, die von vornherein infolge der nach allen Seiten umfassend geführten Ermittlungen die restlose Klärung im Hauptverhandlungstermin gewährleistete. Aus den Ermittlungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß erkannt

worden ist, daß die Bekämpfung der Brände und die gründliche Bearbeitung der Brand- und Brandgefährdungsdelikte heute einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit darstellt, und daß nicht nur Ermittlungen zu den Tatbeständen des Strafgesetzbuches (§§ 306 ff StGB), sondern auch zu den Tatbeständen der **Wirtschaftsstrafverordnung** anzustellen sind. Nochmals sei an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen, daß Rechtsbrecher, die die Durchführung der Wirtschaftsplanung stören oder erschweren wollen, sehr häufig die Tatbestände der §§ 306 ff StGB als Mittel zum Zweck erfüllen. Wenn man diese Tatsachen erkannt hat, dann muß man zu der Folgerung kommen, daß heute mehr denn je bei den Brand- und Brandgefährdungsdelikten die subjektiven Tatbestände beachtet werden müssen. Dies ist bei der Ermittlungsarbeit in der Rostocker Brandsache mustergültig geschehen. Zu Anfang der Ermittlungen wurden rein objektive Feststellungen über den äußeren Verlauf des Geschehens getroffen. Sodann wurde das Hauptaugenmerk mit allem Nachdruck auf die subjektive Seite verlagert, wobei festzustellen war, ob eine vorsätzliche oder fahrlässige strafbare Handlung vorliegt. Man hat sich eingehend mit der Frage des eventuellen Vorsatzes oder der bewußten Fahrlässigkeit auseinandergesetzt. Dies war selbstverständlich nur möglich, wenn man sich auch mit der politischen Einstellung der Beschuldigten und ihrer Zusammenarbeit mit BGL und Gewerkschaft beschäftigte. Erst diese Feststellungen konnten zu der Schlußfolgerung führen, daß nicht nur die Tatbestandsmerkmale der Brand- und Brandgefährdungsdelikte erfüllt waren, sondern darüber hinaus die Handlungen der Beschuldigten unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsstrafverordnung zu werten seien.

Erfreulicherweise kann man aus den Ermittlungsakten feststellen, daß nach Abschluß der einzelnen Ermittlungen immer wieder klare **Zwischenberichte** zu den Akten gegeben wurden, die

1. die bisherigen Feststellungen rechtllicher und tatsächlicher Art festhielten,

2. Widersprüche zwischen den einzelnen Beschuldigten und Zeugenvernehmungen hervorhoben und die Stellungnahme des Sachbearbeiters dazu aufzeigten,
3. die Möglichkeiten aufzeigen, die zur weiteren Aufklärung und zur Aufklärung der Widersprüche beitragen könnten.

Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, bei größeren Ermittlungssachen immer wieder Zwischenberichte zu den Akten zu geben, weil dadurch die Ermittlung führende Polizeiangestellte selbst gezwungen wird, zu den bisherigen Feststellungen klar Stellung zu nehmen und zu entscheiden, ob die Ermittlungen als umfassend und abgeschlossen zu betrachten sind.

Um zwischen Beschuldigten- und Zeugenvernehmungen entstandene Widersprüche aufzuklären, ist es in jedem Falle angebracht, gegebenenfalls durch Gegenüberstellung, die Beschuldigten und Zeugen mehrmals zu vernehmen. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß meistens erst durch Widersprüche und vor allen Dingen durch logische Widerlegung der Widersprüche der wahre Sachverhalt aufgeklärt wird. Wenn dann der Ermittlungen führende in bezug auf die Vernehmung glaubt, alles

getan zu haben, ist ein ausführlicher **Schlussbericht** erforderlich (im Falle Rohde war dieser Bericht allerdings zu langatmig und beschäftigte sich mit Dingen, die am Rande lagen und für die keine Beweise vorlagen). Im **Schlussbericht** dürfen nur Tatsachen gebracht werden, die als unbedingt feststehend ermittelt sind. Erst nach diesen Feststellungen sind die Widersprüche, die nicht aufgeklärt werden konnten, zu bringen, und zwar erscheint es angebracht, daß der Ermittlende zu der mehr oder minder großen Glaubwürdigkeit dieser Widersprüche Stellung nimmt. Daß alles getan werden muß, was zur Aufklärung des Falles notwendig ist, möglicherweise also auch Fotoaufnahmen und Skizzen den Akten beizufügen sind, hat der Rostocker Ermittlungsführende als eine Selbstverständlichkeit angesehen.

Wenn diese vorstehend aufgezeigten Allgemeingrundsätze und Hinweise im Zuge der Ermittlungen zur Grundlage der Untersuchung gemacht werden, dann wird stets eine gründliche Bearbeitung der Strafverfahren und eine den Aufbau fördernde Arbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht gewährleistet sein als Fundament für eine unerschütterliche und zielbewußte fortschrittlich demokratische Rechtspflege.

Das polizeiliche Preisstrafrecht unter Berücksichtigung der Wirtschaftsstrafverordnung

Von Polizeioberkommissar Alexander Nitsche,
KPA Oschatz

Arbeit und Lebenshaltung stehen miteinander in engem Zusammenhang. Was auf der einen Seite an Löhnen gewonnen wird, kann auf der anderen Seite an Preisen wieder verloren gehen. In dem Bestreben, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu sichern, führt die Polizei tagtäglich einen erbitterten Kampf gegen den Preiswucher, das Schiebertum und die Schwarzhändler.

Umfangreiche einschlägige Gesetzeskenntnisse sind und bleiben fundamentale Voraussetzung für richtige Abstrafung der Täter im Ordnungstrafverfahren.

Die wichtigste Rechtsgrundlage auf dem Gebiete des Preisrechts bildet wohl die Preisstrafrechtsverordnung in der Fassung vom 26. 10. 1944 (RGBl. I S. 264), die die Polizeibehörden nach Erlaß der Wirtschaftsstrafverordnung hinsichtlich des Begriffes Tateinheit unter neuen Grundsätzen anzuwenden haben. In folgendem will ich versuchen, diese neuen Grundsätze, die für die polizeiliche Arbeit auf dem Gebiete des Preisrechts verfahrensrechtlich sehr wesentlich sind, kurz zu beleuchten.

Nach § 9 PrStrVO in der Fassung vom 26. 10. 1944 war grundsätzlich festgelegt, daß Wirtschaftsvergehen, die in Tateinheit mit Preisvergehen begangen waren und im Ordnungstrafverfahren erledigt werden konnten, nur von den Preisbehörden — bei der Polizei von den Referaten VP 2 — und nur nach den Bestimmungen der Preisstrafrechtsverordnung zu bestrafen sind. Seit Erlaß der Wirtschaftsstrafverordnung ist dieser Grundsatz nicht mehr anzuwenden, da der § 26 (2) WiStrVO besagt, daß bei Preisvergehen, die in Tateinheit mit Wirtschaftsvergehen — das sind die in den §§ 1—12 der WiStrVO angeführten Vergehen — begangen wurden, die Verfolgung der Straftat **nur den Wirtschaftsstrafbehörden** nach der Wirtschaftsstrafverordnung zusteht.

Die polizeiliche Preisüberwachung hat also bei allen eingehenden Anzeigen zunächst einmal zu prüfen, ob das festgestellte Preisvergehen in Tateinheit mit einem Wirtschaftsvergehen nach §§ 1 bis 12 WiStrVO begangen wurde. Liegt Tateinheit zwischen Wirtschaftsvergehen und Preisvergehen vor, so ist die Polizei **verpflichtet**, die Anzeige an die Wirtschaftsstrafbehörde abzugeben, nachdem sie die nach § 21 (1) WiStrVO von ihr noch durchzuführenden Ermittlungen in preisrechtlicher Hinsicht zum Abschluß gebracht hat.

Die Wirtschaftsstrafbehörde kann nun in vierfacher Hinsicht Entscheidungen treffen. Sie kann entscheiden:

- a) **Abstrafung im Wirtschaftsstrafverfahren,**
- b) **Einstellung oder Freispruch im Wirtschaftsstrafverfahren,**
- c) **Verlangen auf gerichtliche Strafverfolgung,**
- d) **Verzicht auf Strafverfolgung (§ 26 (2) WiStrVO).**

In den Fällen zu a) und c), d. h. bei Abstrafung im Wirtschaftsstrafverfahren oder durch gerichtliches Urteil, ist die Sache für die Polizei als Preisbehörde als erledigt zu betrachten, es sei denn, daß noch ein Mehrerlös oder Gegenstände nach Maßgabe des § 26 (3) WiStrVO einzuziehen wären.

In den Fällen zu b) und d) leben die Rechte der Polizei als Preisbehörde mit der Einstellung oder Freispruch im Wirtschaftsstrafverfahren oder mit Verzicht auf Strafverfolgung seitens der Wirtschaftsstrafbehörde wieder auf, d. h. die Polizei als Preisbehörde bringt das preisrechtliche Ordnungsstrafverfahren in eigener Zuständigkeit zum Abschluß. Allerdings muß im Falle b) eingehend geprüft werden, ob die Wirtschaftsstrafbehörde oder das Gericht nur wegen des Wirtschaftsvergehen auf Einstellung oder Freispruch erkannt hat oder zugleich wegen des in Tateinheit begangenen Preisvergehens. Ist letzteres der Fall, dann kann eine Bestrafung durch die Preisbehörde nicht mehr erfolgen.

Und nun zum § 26 (3) WiStrVO, der — preisrechtlich betrachtet — eine fühlbare Lücke in der WiStrVO schließt. Die WiStrVO kennt die Einziehung von **Mehrerlös** nicht. Sie kennt nur die Einziehung **des gesamten Vermögens des Täters** oder **bestimmter Vermögenswerte** des Täters. Ohne den § 26 (3) WiStrVO hätte man also bei Tateinheit im Sinne des § 26 (2) WiStrVO keine gesetzliche Grundlage, den Mehrerlös bei Beschuldigten einzuziehen. Selbst in der Einziehung von Gegenständen weicht die WiStrVO (§ 16) von der PrStrVO (§ 3) erheblich ab. Beide Paragraphen besagen, daß die Gegenstände der Einziehung unterliegen, die zu einer strafbaren Handlung **benutzt** worden sind. Der § 3 PrStrVO geht aber insofern weiter, als nach dessen Auslegung auch noch die Gegenstände der Einziehung unterliegen, die durch eine strafbare Handlung **erworben** worden sind. Diese Lücke schließt § 26 (3) WiStrVO im Interesse der preisrechtlichen Strafverfolgung. Auf Grund dieses Paragraphen kann die Polizei als Preisbehörde, falls nicht im Wirtschaftsstrafverfahren oder durch gerichtliches Urteil bereits geschehen, die Mehrerlöseinziehung und die nach § 3 PrStrVO der Einziehung unterliegenden Gegenstände — auch die des Käufers — in jedem Falle nachholen. Eine Nachholung der Einziehung ist nur dann nicht möglich, wenn schon vorher nach § 13 (3) WiStrVO etwa das gesamte Vermögen des Beschuldigten eingezogen wurde und somit keine Vollstreckungsmöglichkeit mehr vorhanden ist.

Schließlich sei noch erwähnt, daß all die Fälle, in denen Wirtschaftsstrafvergehen in Tateinheit mit Preisvergehen vor dem 14. Oktober 1948 begangen wurden, nicht nach § 26 (2) WiStrVO bearbeitet werden, sondern von der Polizei als Preisbehörde in eigener Zuständigkeit im **Ordnungsstrafverfahren** durchzuführen sind. Dies gilt auch dann, wenn die begangene Straftat erst jetzt bei der Polizei als Preisbehörde bekannt wird, aber vor dem 14. Oktober 1948 begangen wurde und die Tateinheit mit Wirtschaftsvergehen auf eines der durch § 30 WiStrVO aufgehobene Gesetze beruht.

Die Beachtung dieser neuen Grundsätze, die stets bei Tateinheit zwischen Preisvergehen und Wirtschaftsvergehen anzuwenden sind, sollte sich jeder in der polizeilichen Preisüberwachung stehende Polizeiangehörige angeeignen. Er hilft dadurch der Wirtschaftsstrafverordnung das Primat einzuräumen, das ihr im Hinblick auf die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes zukommt.

Für und wider KP 13 und 14

Von Polizei-Kommandeur Kurt Rothe, DVdI

Selten hat eine Arbeitsmethode der Kriminalpolizei so viele Diskussionen hervorgerufen, wie die Auswertung von Meldungen strafbarer Handlungen mit Vordruck KP 13 und 14. Es ist darum nötig, darauf einzugehen.

Die kriminalpolizeiliche Arbeit der Volkspolizei zeigt täglich, daß wir es hinsichtlich des Tatortes mit 2 großen Gruppen von Verbrechern zu tun haben:

1. dem **bodenständigen Verbrechertum** (der lokale Täter),
2. dem **reisenden Verbrechertum** (der interlokale Täter).

Während die Bekämpfung des bodenständigen Verbrechers durch die örtliche Polizei keine besonderen Schwierigkeiten bereitet, erfordert die Bekämpfung des reisenden Verbrechers besondere Hilfsmittel. Nach Durchführung einer strafbaren Handlung ist es dem Täter ohne weiteres möglich, innerhalb weniger Stunden an der entgegengesetzten Stelle der SBZ erneut strafbare Handlungen auszuführen.

Hier muß das Mittel der Organisation und Zentralisation über ein weites Gebiet helfen. Mit Hilfe einer Organisation über das gesamte Gebiet der SBZ wird ein Netz geschaffen, welches an einem Punkt zentral zusammenläuft.

Jeder Volkspolizist hat die Pflicht, über das Auftreten reisender unbekannter wie auch bekannter Täter sofort Meldung zu erstatten. Diese muß schnell, konkret und unter Berücksichtigung aller vom kriminalpolizeilichen

Welchen Schaden kann z. B. ein reisender Saboteur anrichten, der laufend Brände in Scheunen, Getreidespeichern u. ä. legt, ohne daß dieser Saboteur in entsprechender Weise bekämpft wird.

Die engste Zusammenarbeit aller operativen und administrativen Kräfte muß es ermöglichen, durch zentrale Auswertung den Weg des Saboteurs zu kennzeichnen und die eventuell gefährdeten Gebiete sofort zu informieren, um die nötigen Vorbeugungsmaßnahmen zur Verhinderung weiterer Brände bzw. zur Ergreifung des Verbrechers zu veranlassen. In den Registern der **Straftaten-Auswertung** darf aber nur wirklich brauchbares Material vorhanden sein. Dazu ist folgendes notwendig:

1. Zu den Meldungen KP 13 (bekannter Täter)
 - a) Es muß sich um Verbrecher handeln, von denen mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß sie auch weiterhin in Erscheinung treten, oder wegen ihrer Arbeitsweise und mehrmaligen Auftretens als Gewohnheits- oder gewerbsmäßige Verbrecher zu betrachten sind.
 - b) Tatausführung und sonstige Eigenheiten müssen darauf schließen lassen, daß sie anderen Orten in gleicher Weise in Erscheinung getreten sind oder treten können.
2. Zu den Meldungen KP 14 (unbekannter Täter)
 - a) Die Arbeitsweise und sonstigen Umstände der Tat müssen markante Merkmale aufweisen, die zu

Am 15. und 16. Mai 1949

wählt jeder Kamerad die Delegierten zum Deutschen Volkskongreß

Standpunkt notwendigen Dinge erfolgen. Damit nun bei den Meldungen nichts vergessen wird, wurden Vordrucke geschaffen, und zwar:

1. für den bekannten Täter der Vordruck KP 13,
2. für den unbekanntem Täter der Vordruck KP 14.

Bei einwandfreier Beantwortung aller auf den genannten Vordrucken vorhandenen Fragen ist gewährleistet, daß der Täter wiedererkannt wird bzw. die Tatausführung rekonstruiert werden kann. Bekanntlich spezialisieren sich die Verbrecher im Laufe der Zeit auf ein Gebiet, das ihren körperlichen und geistigen Eigenarten sowie ihren Geflogenheiten besonders entspricht. Der Betrüger z. B., der mit einem besonderen Trick Erfolge erzielt, wird diesen Trick immer wieder anwenden. Oder der Einbrecher, der von Beruf Bauschlosser ist und durch seinen Beruf besondere Fertigkeiten im Öffnen von Schlössern mit Nachschlüsseln besitzt, wird kaum von seiner erprobten Methode des Nachschlüsseldiebstahls abgehen. Dazu kommt noch, daß mit der Zeit jeder Verbrecher bestimmte Gegenstände, Örtlichkeiten, ja sogar Tageszeiten bevorzugt. Gegenstände deshalb, weil seine Verbindungen zu Hehlerkreisen sehr oft branchenbedingt sind. Es wird dabei an Einbrecher gedacht, die nur Goldwaren oder nur Schreibmaschinen oder nur Stoffe, Textilien usw. stehlen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände werden die gründlich ausgefüllten Meldungen KP 13 bzw. 14 an die Auswertungszentrale schnellstens abgeschickt. Hier werden die Meldungen nach der **Straftaten-Grundeinteilung** klassifiziert und auf ihre Auswertbarkeit hin geprüft.

Der Extrakt dieser Auswertung ist:

1. Tatzusammenhänge zu erkennen,
2. Hinweise auf Personen zu geben, die für die Tat infragekommen können,
3. den Weg des unbekanntem Täters sowie das von ihm gefährdete Gebiet festzustellen,
4. nach Festnahme des Täters bisher noch ungeklärte strafbare Handlungen durch Arbeitsweise, Personenbeschreibung und sonstige markante Tatumstände aufzuklären.

Daraus ist ersichtlich, daß der Auswertung in der **Straftatenvergleichskartei** der größte Wert beizumessen ist.

einer späteren Auswertung mit Meldungen KP 13 (bekannter Täter) für Ermittlungen und Hinweise geeignet erscheinen oder

- b) die Personenbeschreibung muß eine Vergleichsarbeit mit bekannten Tätern ermöglichen oder
- c) die genaue Beschreibung der verwendeten Spezialwerkzeuge muß auf einen bestimmten Verbrecher oder Verbrecherkreis schließen lassen können oder
- d) aus den Tatumständen muß zu schließen sein, daß der Täter gleiche Straftaten weiterhin begehen wird oder begangen hat.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind und dazu der Auswerter ein an praktischer Erfahrung reicher Kriminalist ist, der in der Lage ist, den Tatort geistig zu rekonstruieren, so wird ein positives Ergebnis bei der Auswertung nicht ausbleiben.

Die enge Zusammenarbeit mit den **Karteien des Erkennungsdienstes** und die Schaffung einer **Schwerpunktkarte** sind dabei wichtige Hilfsmittel, wie das folgende Beispiel zeigt:

In einer mitteldeutschen Großstadt mehrten sich die Strafanzeigen über Taschendiebstähle in erschreckendem Maße. Der Täter hatte es besonders auf Lebensmittelkarten abgesehen. Von den eingehenden Meldungen KP 14 (unbekannter Täter) wurden auf einer Schwerpunktkarte (Stadtplan) mit Nadeln die Tatorte abgesteckt und dabei folgendes festgestellt:

1. der Täter benutzte einige bestimmte Straßenbahnlinien,
2. die Tatorte lagen nur zwischen bestimmten Haltestellen, besonders an wichtigen Umsteigeplätzen,
3. der Täter benutzte die verkehrsreiche Zeit in den Abendstunden.

Diese Feststellungen ermöglichen einen konzentrierten Einsatz der Kriminalpolizei, der auch von Erfolg gekrönt war und der gefährlichen Lebensmittelkartendiebin das Handwerk legte.

Der Kampf gegen das reisende Verbrechertum, das den demokratischen Aufbau schädigt, muß von allen Polizeiangehörigen geführt werden, dann wird er vollen Erfolg haben.

Erfolggekrönte Vergleichsarbeit

Von Pol.-Kommissar Friedrich Lübster, Schwerin

Im Dezember 1948 häuften sich bei der Kreiskriminalpolizeiabteilung Schönberg (Mecklenburg) die Anzeigen über Geflügeldiebstähle in Dörfern unmittelbar an der Zonengrenze. Geschädigt waren in der Hauptsache Neubauern.

An Hand der KP-14-Meldungen wurden bei allen Einbruchsdiebstählen immer wieder folgende **Tatbestandsmerkmale** festgestellt:

- die Täter stahlen in der Hauptsache Geflügel,
- die Vorhängeschlösser wurden mit einem leichten Werkzeug — wahrscheinlich mit einer Kombizange — aufgebrochen,
- die Täter töteten die Tiere gleich am Tatort; es wurden stets die abgerissenen Köpfe vorgefunden,
- in den in der ersten Hälfte des Dezember 1948 gemeldeten Fällen fand man am Tatort immer eine Reihe abgebrannter Streichhölzer vor.

Nach Auswertung aller eingehenden KP-Meldungen erhärtete sich der Verdacht, daß es sich bei den Tätern um **illegale Grenzgänger** handelte, die ihren Wohnsitz in der westlichen Zone haben. Da die Straftaten dieser Personen dazu angetan waren, Unruhe unter den Neubauern der betroffenen Ortschaften zu erregen, wurden die Ermittlungen besonders intensiv geführt.

Durch das aufmerksame Verhalten der Polizeiangestellten **Brehm** und **Riek** gelang es nun in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember 1948 zwei Frauen festzunehmen, die im Begriff waren, die Zonengrenze illegal zu überschreiten. Im Gepäck dieser beiden Frauen wurden außer 28 Stück getöteitem Geflügel eine Taschenlampe, eine Schere, ein Messer und eine Kombizange vorgefunden. An der Schere und an dem Messer waren die Spuren von Blut und festgeklebten Hühnerfedern deutlich erkennbar.

Bei der KKPA Schönberg war bereits eine Anzeige über zwei Einbruchsdiebstähle in einem Dorfe unmittelbar an der Zonengrenze eingegangen, bei denen in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember 1948 aus verschlossenen Hühnerställen zwei Puen, sieben Enten, elf Hühner, sieben weitere Zuchthühner und ein Hahn entwendet wurden. Die unter a) bis d) angeführten Tatbestandsmerkmale trafen wieder zu. Es war jetzt ohne große Schwierigkeiten möglich, die beiden festgenommenen Frauen dieser beiden

Einbruchsdiebstähle zu überführen, da ja als Beweismaterial die 28 Stück Geflügel in ihrem Gepäck vorgefunden wurden. Die Beschuldigten waren geständig, die beiden Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu haben.

Um nun die weiteren bisher im Monat Dezember 1948 aufgeführten Einbruchsdiebstähle aufzuklären, führte der Sachbearbeiter, Kriminalsekretär Deumann, folgende Maßnahmen durch:

Er begab sich mit den beiden Beschuldigten an die Tatorte der im Dezember 1948 in Dörfern an der Zonengrenze ausgeführten Einbruchsdiebstähle, bei denen die Täter in der unter a) bis d) angeführten und in den KP 14 aufgezeigten Arbeitsweise vorgegangen waren. Dadurch war es möglich, den Frauen die einzelnen Einbruchsdiebstähle einwandfrei nachzuweisen. Der Umstand, daß die Kriminalpolizei genaue Kenntnis von der Arbeitsweise der Täter hatte, führte dazu, daß die Beschuldigten bald ein volles Geständnis ablegten. Es gelang, den Tätern insgesamt 12 Einbruchsdiebstähle nachzuweisen, wobei ihnen 97 Stück Federvieh, sieben Kaninchen und größere Mengen von Bekleidungs- und Waschestücken in die Hände fielen. Eine Bande konnte somit ihrer Bestrafung zugeführt werden, die ihren Wohnsitz in der westlichen Besatzungszone hatte und illegal die Zonengrenze wiederholt in der Absicht überschritt, in der Ostzone bei Neubauern Einbruchsdiebstähle auszuführen und Kleinvieh zu entwenden.

Mit diesem Bericht soll zum Ausdruck gebracht werden, von welchem Erfolg eine gewissenhafte Ausfüllung aller Punkte der KP-13- und KP-14-Meldungen und eine richtig durchgeführte Vergleichsarbeit gekrönt sein kann. Besonders Gewicht muß hierbei auf die genaue Schilderung der Arbeitsweise der Täter gelegt werden. So wird es möglich sein, dem in einem Falle gefaßten Rechtsbrecher durch Vergleichsarbeit meistens noch mehrere bisher unaufgeklärte Straftaten nachzuweisen. Dieser kleine Artikel beweist aber auch wieder einmal, von welcher Wichtigkeit und Notwendigkeit die Arbeit aller mit Kontrollaufgaben beauftragten Zweige der Volkspolizei ist. Schließlich können wir daraus, wenn auch nur am Rande, entnehmen, daß eine gute Zusammenarbeit aller Zweige der Volkspolizei zum Erfolg führt, zum Wohle unserer werktätigen Bevölkerung und im Interesse der neuen demokratischen Ordnung.

Das liebe Publikum (Aus der Wandzeitung des PP Leipzig)

Von Polizeiwachtmeister Georg Winkler, Polizeipräsidium Leipzig

„Publikum“. Ja, liebe Kameraden, das ist für uns ein ganz besonderer Begriff. Das Publikum ist für unseren Dienst nicht nur der große Auftraggeber, sondern auch ein großes Sorgenkind. Wenn wir uns das Publikum genau betrachten, so können wir es in verschiedene Arten von Menschen einteilen.

- Es gibt: a) Ruhige und Einsichtsvolle.
b) Nervöse und Unüberlegte.
c) Unvernünftige und nicht Belehrbare.
d) Anmaßende und Herausfordernde.

Wenn wir bei Überschreitungen belehrend und ermahnend eingreifen, dann hat ein sehr großer Teil des Publikums, meistens aus den arbeitenden und fortschrittlich denkenden Schichten stammend, Verständnis für die Maßnahmen der Volkspolizei. Ganz anders dagegen verhält sich der andere Teil des Publikums, bestehend aus reaktionären Elementen, Schiebern und Unbelehrbaren. Diese Feinde des Aufbaus und der Werktätigen haben von der Volkspolizei, ihrem Sinn und Zweck naturgemäß nicht die richtige Vorstellung. Sie bewerten die Volkspolizei nach der Polizei früherer Zeiten, die aus brutal zugreifenden und abstrafenden Polizisten bestand. Humanes und belehrendes Eingreifen bei Übertretungen usw. betrachten diese Schädlinge am Aufbau als Unfähigkeit und Schwäche. Aber sie täuschen sich. Wir werden fest zufassen, wenn es sich um Saboteure des Aufbauplanes handelt. Den aufbauwilligen und fortschrittlichen Kräften dagegen wird die Volkspolizei stets ein guter Freund und Helfer sein.

Nun will ich noch drei Beispiele aus dem eigenen Erleben anführen:

Zur späten Abendstunde kommt ein Radfahrer ohne Licht angefahren. Es war ein Arbeiter, Vater von vier Kindern, der sich nach Feierabend aus seinem Garten ein paar Krautköpfe geholt hat. Auf meine Belehrung hin, daß er sich und auch den Verkehr gefährde, bedankte er sich für meine Ermahnung und ging **einsichtsvoll**, sein Fahrrad schiebend, weiter.

An der Ecke Bayrischer Platz und Arthur-Hoffmann-Straße springt eine Frau von der fahrenden Straßenbahn Linie 18, um noch die haltende Bahn der Linie 16 zu erreichen. Als ich sie anhalte und wegen ihrer Übertretung belehre, schimpft sie sehr aufgeregt über die Polizei und wollte kein Verständnis zeigen. Also **unvernünftig** und **nicht belehrbar**.

Der dritte Fall war ernster. Am Karl-Marx-Platz rast eine Radfahrerin über die gesperrte Kreuzung in Richtung Johannisplatz. Einem Kollegen, der sie anhalten will, steckt sie die Zunge heraus und denkt „Götz von Berlichingen“. Kurz vor dem Johannisplatz befindet sich eine Weiche der Straßenbahnschienen. Dort geriet die Verkehrsstünderin mit dem Rad in die Weiche, kam zu Fall und leckte mit ihrer bösen Zunge die Fahrbahn ab. Als sie unseren hinzugeeilten Kollegen, der ihr beim Aufstehen behilflich war, erkannte, brach sie vor Schreck weinend zusammen. Vorüber war der große Mut. Das Ergebnis: Die Ellbogen, das Knie und die Zunge waren zerschunden, die Strümpfe zerrissen. Eine Belehrung wäre bestimmt billiger gewesen.

Diese Beispiele zeigen, daß man im Umgang mit dem Publikum stets das richtige Fingerspitzengefühl haben muß. Dann wird uns auch das Publikum als das erkennen, was wir sein wollen, als demokratische Volkspolizei.

VP.-KORRESPONDENTEN BERICHTE

Ein gutes Beispiel macht Schule

von Pol.-Meister Fritz Herrmann, VP-Korrespondent Eisenbahnpolizei-Abteilung Halle

Der eine oder der andere hat vielleicht gelächelt, als sich im Ergebnis des wachsenden Verständnisses für die produktiven Aufgaben der Werktätigen in der SBZ auch in unseren Dienststellen Aktivistengruppen bildeten, die sich ernsthaft mit der Frage der Verbesserung unserer Arbeitsmethoden befaßten. Vielleicht hat sich auch mancher gefragt, was wir wohl als Eisenbahnpolizei zur

durch erreicht, daß sie sich von den jeweiligen Zwischenbahnhöfen rechtzeitig mit der nächstfolgenden OZL in Verbindung setzten und dadurch ermöglichten, daß ihnen rechtzeitig die Lokomotiven zur Verfügung gestellt wurden.

Nachdem diese Fahrt in der Dienststelle bekannt wurde, machten sich schon am nächsten Tag die Kameraden Owm. Ernst Wolf, Wm. Helmut Kalke, Wm. Rudi Schmidt und Wm. Hein Elster zum Ziel, die enorme Leistung des erstgenannten Kommandos gleichfalls zu erreichen bzw. zu überbieten. Ihr Kommando setzte sich am 21. 3. 1949 um 17.59 Uhr in Marsch und erreichte den Zielbahnhof Frankfurt (Oder) schon am 22. 3. 1949 um 11.40 Uhr, also in 17 Stunden und 40 Minuten.

Diese durchschlagenden Erfolge zeigen uns, daß es bei der Eisenbahnpolizei eine Fülle von Möglichkeiten gibt, Hemmnisse im Transportwesen zu überwinden, wenn der Wille zur Erfüllung des Zweijahrplanes vorhanden ist.



Owm. Wolf, Wm. Schmidt, Wm. Kalke, Wm. Elster

Verbesserung der Produktion beitragen können. Nun, nachstehende Beispiele zeigen, daß von einigen Kameraden der Eisenbahnpolizei die Frage der Aktivistenbewegung richtig verstanden worden ist.

Am 19. 3. 1949 bekamen der Hwm. Paul Kaluza als Transportführer und die Wm. Lenzner, Krenz und Jähnel den Auftrag, den Transport Nr. 201/2134 mit 57 G...agen von Leipzig-Plagwitz nach Frankfurt (Oder) zu begleiten. Am 21. 3. 1949 meldete sich das Kommando schon wieder zurück und berichtete, daß sie den Transport in 21 Stunden an den Zielbahnhof gebracht und ordnungsgemäß übergeben hatten. Diese hervorragende Transportleistung gewinnt besondere Beachtung, da die durchschnittliche Dauer der Begleitung von Transporten dieser Art 8 bis 9 Tage, und die längste Dauer dieser Transporte 3 bis 4 Wochen noch im Herbst 1948 betrug. Es handelt sich in diesem Falle um Aktivisten, die in vorbildlicher Zusammenarbeit mit dem Eisenbahnpersonal und nach vorherigem Studium der Fahrpläne diese Rekordzeit vollbrachten. Dieser Erfolg wurde da-



Wm. Creutz, Wm. Jähnel, Wm. Lenzner

Ein weiteres Kommando, das sich gleichfalls die schnellste Durchführung des Transportes zum Ziel setzte, konnte seinen Plan leider nicht realisieren weil es auf den Bürokratismus einiger Eisenbahner stieß, die entweder noch aus der Zeit Bismarcks übernommen worden waren oder die nicht begreifen, daß auch ihr Stück Brot größer sein wird, wenn sie die Arbeit und fortschrittliche Denkungsart tatkräftig unterstützen und dem Rad der Entwicklung einen schwunghaften Stoß vorwärts geben.

Traktoren aus der Sowjetunion

Von Polizeiwachtmeister Wilhelm Schubert, VP.-Korrespondent, Frankfurt/Oder

Als ich 1945 in die Gefangenschaft der Sowjetarmee geriet glaubte ich nie, daß uns das Sowjetvolk vergessen wird, was wir ihm als Angehörige der faschistischen deutschen Wehrmacht angetan hatten. Welch unsägbares Leid und Elend haben wir diesen Menschen gebracht, die friedlich beim Aufbau ihres Landes waren. Wie viele Städte, Dörfer, Fabriken, Kolchosen u. a. m. wurden sinnlos zerstört und vernichtet, wieviel Millionen Menschen wurden schuldlos gefoltert und dahingemordet.

Der Sowjetmensch hat aber nicht Gleiches mit Gleichem vergolten. Er bewies wirklichen Humanismus, den es nur in einem sozialistischen Lande, in der Sowjetunion geben kann. Als die Brotgetreide- und Fettversorgung in der Ostzone in Frage gestellt war, half uns die Sowjetunion. Das beste Zeichen der wahren Freundschaft aber ist die Lieferung der Traktoren und LKW für den deutschen Bauern in unserer Zone und somit auch für das ganze deutsche Volk. Auch die Angloamerikaner liefern nach der Westzone Deutschlands. Aber es sind keine Traktoren sondern Panzer. Hier liefert der westliche Imperialist auf Kosten des Marshallplanes, verbunden mit ungeheuren Profiten. Die Lieferung der Sowjetunion besteht auf Gleichberechtigung der Handelspartner, ohne Profit. Ja, noch mehr, die große Sowjetunion stundet die Zahlungen

auf unbefristete Zeit, bis es uns möglich ist, sie zu begleichen. Es ist nicht schwer, zu erkennen, wer der wahre Freund des deutschen Volkes ist. Wir müssen alle erkennen, daß wir nur an der Seite der großen Sowjetunion in der Lage sein werden, ein friedliches, glückliches Deutschland aufzubauen.

Als wir Frankfurter am Sonnabend, dem 2. 4., die ersten 192 schweren sowjetischen Traktoren sahen, war es ein erhebendes Gefühl für uns alle, vor allem für mich, da ich vier Jahre mit den sowjetischen Arbeitern Schulter an Schulter am Wiederaufbau ihrer zerstörten Heimat mitwirkte. So, wie uns Kriegsgefangenen dort die Zivilbevölkerung mit allen Mitteln half unser Los zu erleichtern, so hilft uns das ganze Sowjetvolk mit dem Vater aller Werktätigen Generalissimus Stalin an der Spitze, uns ein besseres Leben aufzubauen.

Den Dank an die Sowjetunion für diese große Hilfe können wir dadurch abstaten, daß wir jeder Antisowjetiketake wirksam entgegenreten. Wir müssen unser Volk aufklären und immer wieder aufzeigen, wo der Feind und wo der wahre Freund steht. Die Sowjetunion steht an der Spitze im Kampf für den Frieden. Wer für die Sowjetunion ist, ist ein Freund des Friedens! Wer ein Gegner der Sowjetunion ist, der ist für den Krieg!

GESETZ UND RECHT

Die Abwesenheit des Beschuldigten im Strafverfahren

Von Pol.-Kommissar Hans Günther Schmidt, Polizeidirektion Plauen

Das deutsche Strafprozessrecht verlangt grundsätzlich die persönliche Anwesenheit des Angeklagten in der Hauptverhandlung. Ein eigentliches Kontumazialverfahren gibt es im deutschen Strafverfahrensrecht nicht. Lediglich die Vorschrift des § 232 der StPO macht hierbei eine Ausnahme. Es heißt hier:

„Die Hauptverhandlung kann ohne den Angeklagten durchgeführt werden, wenn er ordnungsmäßig geladen und in der Ladung darauf hingewiesen worden ist, daß in seiner Abwesenheit verhandelt werden kann und wenn keine höhere Strafe als Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten, oder Geldstrafe allein, oder nebeneinander, oder neben Einziehung zu erwarten ist. Eine höhere Strafe und eine Maßregel der Sicherung und Besserung darf in seiner Abwesenheit nicht verhängt werden.“

Es kommt also nicht darauf an, mit welcher Strafe die Tat bedroht ist, sondern welche Strafe der Angeklagte im Einzelfalle zu erwarten hat. Diese formellen prozessualen Bestimmungen machen Strafverfahren gegen Abwesende nur in beschränktem Maße möglich. Diesen heute nicht mehr unseren ökonomischen Verhältnissen entsprechenden Grundsatz hat das **Oberlandgericht Potsdam mit einem Beschluß vom 2. 7. 1948** durchbrochen.

„Es ist davon auszugehen, daß diejenigen Täter, die sich die politisch ungeklärte Lage zunutze machen und sich Fahndungsmaßnahmen der Polizei entziehen, da sie sich in Gebiete begeben, die von einer anderen Besatzungsmacht verwaltet werden, nicht aus diesem Grund straflos bleiben.“

Insbesondere ist es notwendig, daß gerade bei schweren Wirtschaftsverbrechen auch gegen Abwesende verhandelt werden kann. In § 277 StPO der alten Fassung war es bisher nur möglich, gegen Abwesende zu verhandeln, wenn mit einer Geldstrafe oder Einziehung zu rechnen war. Freiheitsstrafen gegen Abwesende waren danach ausgeschlossen. Es würde dem Rechtsempfinden des Volkes widersprechen, wenn diese heute nicht mehr zeitgemäße Fassung des Gesetzes dafür sorgen würde, von derartigen Strafverfahren absehen zu müssen.“

Dieser fortschrittliche Beschluß in der Rechtsprechung der sowjetischen Besatzungszone hat bei verschiedenen Gerichten — so wurden im Wirtschaftsverbrecherprozeß Glauchau-Meerane sowie in den nachfolgenden Wirtschaftsprozessen die flüchtigen Angeklagten verurteilt — Nachahmung gefunden. Es würde ja der Gerechtigkeit Hohn sprechen, wenn sich derjenige, der in einem Teil Deutschlands eine strafbare Handlung begangen hat, nur in ein anderes Besatzungsgebiet zu begeben braucht, um der Bestrafung zu entgehen. Gerade die letzte Zeit hat gezeigt, daß verschiedene Personen, für die in der Ostzone der Boden zu heiß wurde, durch Flucht in ein anderes Besatzungsgebiet ihren Bankrott und ihrer gerechten Bestrafung nach unserem neuen Wirtschaftsstrafrecht zu entgehen versuchen.

Dabei ist es Aufgabe der Polizei, die Gründe festzustellen, die die Abreise dieser Herrschaften verursacht hat, insbesondere sind sie der Begehung von Wirtschaftsverbrechen dringend verdächtig. Natürlich soll zunächst versucht werden, die **Auslieferung der abwesenden Personen von der anderen Besatzungsmacht** zu erwirken und bis dahin die einstweiligen Sicherungsmaßnahmen zu treffen. Wird jedoch die Auslieferung der abwesenden Beschuldigten abgelehnt, so ist gegen sie in Abwesenheit zu verhandeln.

Eine andere Frage ist die der Vollstreckung von Urteilen oder Ordnungsstrafbescheiden, die schon zugestellt worden sind. Die bestrafte Personen, die durch Flucht in ein anderes Besatzungsgebiet der Strafvollstreckung zu entgehen versuchen, sind bei höheren Freiheitsstrafen von der jeweiligen Besatzungsmacht anzufordern, d. h., es ist zu versuchen ihre Auslieferung zu erwirken. Wird diese abgelehnt, so ist darüber zu wachen, daß der Beschuldigte nicht wieder in unserer Zone auftaucht. Natürlich sind die **Sicherungsmaßnahmen** z. B. die Beschlagnahme des Vermögens usw. durchzuführen. Sind z. B. Ordnungsstrafbescheide dem Beschuldigten, der sich in ein anderes Besatzungsgebiet begeben hat, noch nicht zugestellt, so kann durch eine öffentliche Zustellung die rechtliche Grundlage geschaffen werden, um strafrechtlich gegen ihn vorzugehen.

Das waren strafprozessrechtliche Probleme, die noch verschiedentlich unklar sind und die in der heutigen Zeit große Bedeutung erlangt haben. Mit diesem kurzen Aufsatz soll gezeigt werden, wie strafrechtlich gegen die Personen vorgegangen werden kann, die nach Ausführung einer strafbaren Handlung sich die ungeklärte politische

Lage in Deutschland zunutze machen und sich in ein anderes Besatzungsgebiet begeben.

Nachschrift der Redaktion

Der Forderung nach einem Verfahren gegen Abwesende ist inzwischen Rechnung getragen worden. Im einzelnen ist zu dieser Frage folgendes zu sagen:

Vor 1933 war die Durchführung einer Hauptverhandlung gegen Abwesende, deren Aufenthalt unbekannt war oder die sich im Ausland befanden gemäß § 277 a. F. StPO nur möglich, wenn die Tat nur mit Geldstrafe oder Einziehung bedroht war. Gegen einen Beschuldigten, dessen Anschrift bekannt war, der jedoch zur Hauptverhandlung nicht erschienen war, konnte in Abwesenheit verhandelt werden, wenn die Tat mit Geldstrafe, Haft oder Einziehung bedroht war (§ 232 a. F. StPO).

Durch das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes“ vom 28. 6. 1935 (RGBl I S. 844) wurde die Möglichkeit geschaffen, die Hauptverhandlung gegen Flüchtlinge durchzuführen, „wenn das Rechtsempfinden des Volkes die alsbaldige Aburteilung der Tat verlangt“. (§ 276 n. F. StPO). Daneben wurde die Zulässigkeit der Hauptverhandlung gegen einen Nichterschiedenen, dessen Aufenthalt bekannt war, erweitert auf die Fälle, in denen die Tat mit Gefängnis bis zu 6 Monaten, mit Geldstrafe oder Einziehung bedroht war (§ 232 n. F. StPO).

Die durch das Gesetz vom 28. 6. 1935 erfolgten Änderungen der StPO sind bisher nicht ausdrücklich aufgehoben. An sich ist auch das Flüchtlingsverfahren nicht typisch nazistisch, da es bereits in deutschen Partikularrechten des vorigen Jahrhunderts bekannt war und sich auch in verschiedenen anderen europäischen Ländern findet. Die Formulierung des § 276 n. F. StPO mit dem Hinweis auf das „Rechtsempfinden des Volkes“ ist jedoch ausgesprochen nazistisch und daher auf Grund der Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates Abschnitt II Ziffer 3 in dieser Fassung nicht mehr anwendbar.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, die der Verfasser zutreffend schildert, wurde jedoch in einer **Konferenz der Vertreter der Justizministerien aller Länder der SBZ** in der Deutschen Justizverwaltung am 12. 10. 1948 beschlossen, das Verfahren gegen Flüchtlinge weiter für zulässig zu erklären, die §§ 276 ff. also in der Fassung des Gesetzes von 1935 zur Anwendung zu bringen (ebenso in der französischen Zone, anders in der amerikanischen und britischen Zone). Aus den obengenannten Gründen konnten diese Vorschriften nicht vollständig übernommen werden. Im einzelnen gilt hierzu in Zukunft folgendes:

- a) In § 276 Abs. 1 gilt der zweite Halbsatz als nicht geschrieben;
- b) § 276 Abs. 2 soll auch dann angewendet werden, wenn der Beschuldigte sich in einer anderen Besatzungszone befindet. Er ist dann dem gleich zu behandeln, der sich im Inlande verbirgt. Deshalb ist § 277 Abs. 2 Satz 2 zu streichen;
- c) § 278, der eine unzulässige Bindung des Gerichts an die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft vorsieht, ist zu streichen;
- d) An Stelle des durch das Gesetz vom 28. 6. 1935 gestrichenen § 281 tritt folgende Vorschrift, die eine Kombination der alten und der neuen Vorschriften enthält:

„§ 281

- (1) Dem Flüchtigen ist ein Verteidiger von Amts wegen zu bestellen.
- (2) Auch Angehörige des Angeklagten sind, ohne daß sie einer Vollmacht bedürfen, als Vertreter zuzulassen. Sie können von dem dem Beschuldigten zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen.“

(Vergleiche dazu Weiß in „Neue Justiz“ Oktober/November 1948, Seite 217.)

Dieser Beschluß gibt also die Möglichkeit, in allen erforderlichen Fällen das Verfahren gegen Abwesende durchzuführen.

POLIZEILICHE FRAGE-ECKE

Eine unnötige Diskussion

Bei einer Breitenschulung schilderte der Vortragende folgenden Vorfall:

Ein Polizeiangestellter geht am Tage in die Wohnung eines anderen und verrichtet dort eine dienstliche Handlung. Nachdem diese beendet ist, verläßt er jedoch nicht die Wohnung, sondern setzt sich auf einen Stuhl und unterhält sich noch mit der Tochter des Hauses über ein am Tage vorher stattgefundenes Tanzvergnügen.

In diesem Verweilen in einer fremden Wohnung nach dem Verrichten einer Amtshandlung sieht der Vortragende den Tatbestand des § 123 StGB als erfüllt an und meint, der Polizeiangestellte habe sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht.

Ich habe dem widersprochen mit der Begründung, daß das bloße Verweilen nicht den Tatbestand des § 123 erfüllt.

Wenn der Polizeiangestellte vom Berechtigten zum Verlassen der Wohnung aufgefordert worden wäre, und er hätte dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, erst, dann sei der Tatbestand des § 123 StGB erfüllt.

Was sagt die „Volkspolizei“ dazu?

Hpt.-Wachtmstr. Wilhelm Mierzwa
Spremberg

Unsere Antwort:

Bevor zu der Streitfrage Stellung genommen wird, seien einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht:

Die Breitenschulung ist eine der dringendsten und bedeutungsvollsten Aufgaben in der Volkspolizei. Durch sie soll das Bewußtsein der Volkspolizisten gestärkt und ihr fachliches Wissen auf ein Niveau gebracht werden, das sie befähigt, in allen Situationen ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Diese Aufgaben bestehen heute in erster Linie im Schutz des Volkseigentums und in der Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Aus diesem Grunde ist es oberste Pflicht der mit der Beschulung beauftragten Kräfte, den Volkspolizisten das Rüstzeug zu vermitteln und sie mit den Dingen vertraut zu machen, die sie zur Lösung dieser großen Aufgaben befähigen.

Dieses Rüstzeug sind die Gesetze und Verordnungen, die zum Schutz der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Volkseigentums erlassen worden sind und die den Inhalt der antifaschistisch-demokratischen Gesetzlichkeit bilden. Mit diesen neuen Gesetzen muß der Volkspolizist engstens vertraut gemacht werden. Er muß lernen, sie als sein Handwerkzeug zu gebrauchen. Nicht die alten Strafrechtsvorschriften von 1871, die sich fast ausschließlich mit dem Schutz des privaten Eigentums, des Besitzes, des Vermögens oder des Hausrechts befassen und die auf einer vollkommen anders gearteten ökonomischen Basis beruhen, dürfen heute im Vordergrund stehen. Man soll sich hüten, wertvolle Zeit an Problemen zu vergeuden, die einer historisch bereits überholten Gesellschaftsschicht dienen, heute dagegen bedeutungslos geworden und nicht mehr diskutabel sind.

Die in Spremberg diskutierte Streitfrage beweist, daß die Breitenschulung von den mit der Beschulung beauftragten Kräften noch nicht so aufgefaßt wird, wie es die antifaschistisch-demokratische Ordnung von ihnen erfordert. Sonst hätte aus einem derartig bedeutungslosen und unproblematischen Fall von seiten des Vortragenden nicht ein Problem konstruiert werden können, das unnötige Verwirrung stiftete. Auch bei der Frage: Hausfriedensbruch im Amte oder nicht? muß möglichst unformalistisch und unbefangen an die Lösung herangegangen werden.

Der § 342 behandelt den Hausfriedensbruch im Amt und versteht zugleich auf den Tatbestand des § 123. Das bedeutet, daß eine Bestrafung wegen eines Amtsvergehens nach § 342 nur erfolgen kann, wenn der Tatbestand des § 123 erfüllt ist. Betrachten wir diesen Tatbestand, so stellen wir fest, daß ein Hausfriedensbruch auf zweierlei Art möglich ist. Einmal durch widerrechtliches Eindringen in die durch das Hausrecht geschützten Räume, das andere Mal dadurch, daß derjenige, der sich in solchen Räumen unbefugt aufhält, diese trotz Aufforderung des Berechtigten nicht verläßt.

Ein Polizeiangestellter, der selbst gegen den Willen des Wohnungsinhabers eine fremde Wohnung betreten hat oder darin verweilt, um eine rechtmäßige Amtshandlung vorzunehmen, begeht keinen Hausfriedensbruch.

1. Ist sein Eindringen kein widerrechtliches,
2. Ist sein Verweilen kein unbefugtes.

Das Verweilen kann erst dann zu einem unbefugten werden, wenn der Polizeiangestellte sich nach Beendigung seiner Amtshandlung weiterhin in der Wohnung aufhält und diese, trotz Aufforderung des Berechtigten, nicht verläßt (Einmalige Aufforderung genügt). Wann die Amtshandlung als solche beendet ist, liegt nicht im Ermessen des Betroffenen, sondern im Ermessen des mit der Durchführung beauftragten Polizeiangestellten.

stellten, der sich nach Beendigung der Diensthandlung unverzüglich zu einer Dienststelle zurückbegeben soll.

In dem Falle, der das Thema der Diskussion in Spremberg bildete, hat der Polizeiangestellte den Tatbestand des § 342 (§ 123) nicht erfüllt. Es liegt kein Hausfriedensbruch im Amte vor.

Wir hoffen, daß diese Erläuterung, die nicht etwa wegen der Bedeutung und Wichtigkeit des Problems, sondern nur um der Klarheit willen gegeben wird, die unnötige Diskussion in Spremberg beendet und betonen abschließend nochmals:

Die Schwerpunkte jeder Schulung müssen heute die Gesetze und Verordnungen sein, die zum Schutz des Volkseigentums erlassen sind, die den Tatbestand und die Weiterentwicklung der neuen Ordnung garantieren und somit den Inhalt der antifaschistisch-demokratischen Gesetzlichkeit bilden.

Vom Wert und von der Höhe des Schadens

In der Breitenschulung kam vor einiger Zeit das Gespräch auf die Spalte der Strafanzeige, in der der Wert oder die Höhe des Schadens eingetragen werden muß. Ich vertrat dabei die Ansicht, daß der Wert der Verwendung entsprechend bestimmt werden muß, und zwar bei Verwendung für die eigene Person der wirkliche Wert, beim Verkauf auf dem Schwarzen Markt aber der Schwarzmarktpreis. Ich begründete meinen Standpunkt folgendermaßen: Wenn bei Vergehen eine Geldstrafe ausgesprochen wird, so richtet sich die Höhe der Strafe in den meisten Fällen nach dem Wert oder nach der Höhe des Schadens.

Wenn nun A 25 kg Weizen stiehlt und verwendet diesen für sich und seine Familie, so hat er eben den tatsächlichen Wert verbraucht. Auf der Strafanzeige hat der tatsächliche Wert zu erscheinen. Stiehlt aber nun B ebenfalls 25 kg Weizen und verkauft ihn für den 15-20fachen Wert auf dem Schwarzmarkt, so muß auf der Strafanzeige der Wert eingetragen werden, den B auf dem Schwarzmarkt erzielt hat; denn er hat den Diebstahl doch mit dem Bewußtsein ausgeführt, einen mehrfachen Wert dafür zu erzielen.

Würde nun aber auf der Strafanzeige des A und B der gleiche Wert stehen, so könnte der Fall eintreten, daß beide mit derselben Strafe belegt würden, d. h. für A würde es eine Strafe sein, B aber, der ja aus dem Verkauf einen bedeutend höheren Wert erzielt hat, würde trotz der Strafe noch einen Überschuß behalten, also hätte ihm der Diebstahl einen Vorteil gebracht.

In der Diskussion, die sich darauf entspann, stimmten mir die Kollegen wohl bei, aber sie bestritten die Ausführbarkeit meiner Ansicht, da dies die Anwendung des gestrichenen § 2 vom „gesunden Volksempfinden“ bedeute.

Welche Stellung nehmen Sie nun in dieser Frage ein, und wie begründen Sie ihre Stellungnahme?

Wachtmeister Wenzel Matoulek, Weizow (N.-L.)

Unsere Antwort:

In dem geschilderten Fall kann als Wert des gestohlenen Weizens tatsächlich nur der handelsübliche Preis eingesetzt werden, nicht dagegen der Schwarzmarktpreis, denn das würde einer behördlichen Anerkennung und Legalisierung dieses Preises gleichkommen. Die Bedenken hinsichtlich der Festsetzung der Geldstrafe treffen im übrigen nicht zu. Für die Bemessung einer Geldstrafe ist § 27c StGB maßgebend. Danach sind einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen, andererseits soll jedoch die Geldstrafe das Entgelt, das der Täter aus der Tat empfangen hat und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich immer um einen unmittelbar aus der Tat gezogenen Vorteil handeln muß. Bei einer Strafanzeige wegen Diebstahls kann daher nur der Gewinn berücksichtigt werden, der sich unmittelbar aus dem Diebstahl ergibt, nicht aber der, der durch ein späteres Schwarzmarktgeschäft erzielt wird.

Kollege M. übersieht aber, daß der Verkauf des gestohlenen Weizens zum fünfzehn- bis zwanzigfachen Wert eine neue Straftat ist, die unter die Preisstrafrechtsverordnung, evtl. sogar unter die Wirtschaftsstrafverordnung der DWK fällt und mit dem Diebstahl im Verhältnis der Realkonkurrenz (§ 74 StGB) steht. Es handelt sich bei diesem dem Diebstahl folgenden Verkauf nicht um ein sogenanntes Verwertungsdelikt; denn von einer „straflosen Nachtat“ kann nur dann gesprochen werden, wenn der durch die zweite Straftat angerichtete Schaden mit dem durch das Aneignungsdelikt herbeigeführten zusammenfällt. Das trifft hier aber nicht zu, denn der Diebstahl richtet sich lediglich gegen den Bestohlenen, das Schwarzhandelsgeschäft gegen die Allgemeinheit, die staatlich geschützte und gelenkte Wirtschaftsordnung. Bei der Festsetzung der Gesamtgeldstrafe ist also von dem durch den Verkauf erzielten Gewinn auszugehen. Evtl. kann der Mehrerlös gemäß § 4 der Preisstrafrechtsverordnung eingezogen werden.

SPORT UND KÖRPERSCHULUNG

Unser Sportbericht

In der Zeit vom 3. April bis 21. April 1949 wurden durch die Sportgemeinschaften der Volkspolizei folgende Punkt- und Freundschaftsspiele ausgetragen:

Fußball

Bei dem am 6. April 1949 in Oelsnitz/Vogtland zwischen der PSG Zwickau I und PSG Oelsnitz ausgetragenen Spiel gewann Oelsnitz 2:1 (0:0).

Am 10. April 1949 trafen sich PSG Plauen 1. und die SG Pausa zum 1. Pokalspiel. PSG gewann mit großer Überlegenheit 8:0.

Weitere Spiele: am 10. April

PSG Chemnitz gegen Schloß 1. M.	5:0 (4:0)
PSG Chemnitz gegen Schloß 2. M.	3:2 (2:2)
PSG Dresden gegen SG Tharandt	2:1 (1:0)
PSG Auerbach gegen SG Wildenau 1. M., Pokalspiel	0:4

PSG Bautzen gegen GP/B Ebersbach 1. M.	8 : 2 (4 : 0)
PSG Oelsnitz gegen SG Markneukirchen	5 : 1 (3 : 0)
PSG Adorf gegen PSG Oelsnitz 1. M.	6 : 2 (4 : 1)
PSG Oelsnitz gegen PSG Adorf 2. M.	2 : 1 (0 : 0)
PSG Potsdam gegen PSG Luckenwalde, Punktsp.	2 : 5
am 13. April	
PSG Zwickau gegen PS Auerbach	3 : 2 (3 : 2)
PSG Görlitz gegen PSG Bautzen, Vergl.-Kampf	9 : 1
PSG Görlitz gegen SG Görlitz 2. M.	1 : 3
am 15. April	
PSG Dresden gegen SG Wirgwitz 1. M., Punktsp.	1 : 0 (0 : 0)
PSG Dresden gegen SG Wirgwitz 2. M., Punktsp.	3 : 4 (2 : 2)
PSG Chemnitz gegen PSG Schwerin 1. M.	2 : 1 (2 : 1)
PSG Leipzig gegen SG Schkeuditz 1. M.	4 : 0
am 16. April	
PSG Adorf gegen SG Leipzig-Leutzsch 1. M.	5 : 2 (3 : 1)
am 17. April	
PSG Leipzig gegen SG Thekla 2. M., Turniersp.	3 : 2
PSG Leipzig gegen SG Süden a. H.	2 : 12
PSG Leipzig gegen SG Delitzsch 1. M.	4 : 1
PSG Leipzig gegen SG Thekla 3. M.	2 : 3
PSG Potsdam gegen SG Havelberg 1. M.	2 : 2
am 18. April	
PSG Chemnitz gegen SG Schwarzenberg 1. M.	2 : 3 (0 : 3)
PSG Leipzig gegen SG Gohlis-Nord 2. M., Turn-Sp.	2 : 0
PSG Leipzig gegen SG Mockau 3. M.	2 : 8
PSG Adorf gegen SG Wilkau-Haslau 1. M.	0 : 1 (0 : 0)
PSG Adorf gegen SG Markneukirchen 2. M.	2 : 4 (1 : 2)
PSG Oelsnitz gegen SG Hammerbrücke 1. M.	1 : 1 (0 : 1)
Handball am 6. April	
PSG Löbau (Kripo) gegen PSG Löbau (Schupo)	3 : 2 (2 : 0)
am 10. April	
PSG Dresden gegen SG Leubnitz Ligaeif	7 : 7 (4 : 4)
PSG Potsdam geg. PSG Birkenwerder Aufstiegspl.	9 : 7
PSG Potsdam gegen PSG Birkenwerder (Frauen)	3 : 0
am 14. April	
PSG Grimma gegen SG Grimma 1. M (Frauen)	1 : 5
am 15. April	
PSG Leipzig gegen SG Waren 1. M., Turniersp.	11 : 4
PSG Leipzig gegen SG Kl. Ost (Frauen) 1. M.	5 : 0
am 16. April	
PSG Adorf gegen SG Schönbeck 1. M. (Frauen)	1 : 0
am 18. April	
PSG Leipzig gegen SG Lindenthal 1. M., Turn.-Sp.	10 : 6
Faustball am 13. April	
PSG Görlitz gegen PSG Bautzen	138 : 74

Kegeln am 13. April	
PSG Görlitz gegen PSG Bautzen	7239 : 6706
Tischtennis am 10. April	
PSG Bautzen gegen SG Großpostwitz	3 : 6
am 13. April	
PSG Görlitz gegen PSG Bautzen	8 : 1
Laufen	
Eine Waldlaufmeisterschaft der Polizei des Landes Brandenburg wurde am 3. April durchgeführt.	
800 m Frauen	
Schreier, Hildegard, KPA Potsdam	3 : 09,3 Min.
Vogt, Ilse, KPA Luckau	3 : 37,0 Min.
Brandt, Ursula, KPA Bernau	3 : 49,5 Min.
1500 m Männer über 40 Jahre	
Baileu, Erwin, KPA Bernau	6 : 05,6 Min.
3000 m Männer unter 32 Jahre	
Hummel, Heinz, Wittenberge	11 : 37,7 Min.
Jöstel, Günter, KPA Potsdam	11 : 49,0 Min.
Barsch, Herbert, Jüterbog	11 : 57,8 Min.
6000 m Männer	
Przybylski, Heinz, KPA Potsdam	27 : 13,0 Min.
3 mal 2000 m Waldlauf	
LPB Potsdam (Edel, Müller, Stahn)	16 : 31,0 Min.
Polizei Potsdam (Große, Lohwasser, Lacina)	16 : 50,9 Min.
Auf allen Strecken setzten sich die Favoriten durch.	
Boxen am 9. April	
Beim Städte-Vergleichskampf Chemnitz gegen Freiberg in Chemnitz starteten vier Angehörige der PSG für die Farben der Stadt Chemnitz mit wechselvollem Erfolg.	
In den Jugendkämpfen unterlag Rauner jun. seinem Freiburger Gegner Richter knapp nach Punkten.	
Scheunpflug hatte den starken Stübler in der gleichen Klasse zum Gegner und verlor nach hartem Widerstand.	
Zierold schlug seinen Gegner Fenus-Freiberg mehrmals zu Boden und gewann nach Punkten.	
Putscher und Hempel-Freiberg lieferten den schönsten Kampf, den der härter schlagende Polizist Putscher einwandfrei nach Punkten gewann.	
am 15. April	
Thellicke (Polizei Chemnitz) unterlag gegen Czoska-Schwerin in Berlin in der 3. Runde.	
PSG Oelsnitz gegen SG Zwickau-Nord 5 : 13.	
am 18. April	
Die Boxstaffel der Polizei Potsdam trat in Templin gegen die SG Templin an. Potsdam mußte eine 8 : 4 Niederlage hinnehmen.	

Das neu erbaute Polizeistadion in Potsdam

wird am 22. Mai 1949, um 14 Uhr, mit einem großen Sportfest eröffnet werden.

Nachstehend geben wir das Programm bekannt:

Einmarsch von ca. 1000 Polizei-Sportlern
 Taufe des Stadion (Ernst Thälmann)
 Ansprache des Chefs der Landespolizeibehörde Brandenburg,
 Chefinspekteur Staimer
 Massenfriübungen (500 Polizeisportler)
 Tanzvorführungen der weiblichen FDJ der LPB
 Boxgrundschule (100 Polizeisportler)
 Zwei Boxschaukämpfe
 100 Meter-Einladungslauf
 1000 Meter-Lauf
 Bodenturnen (60 Polizeisportler)

Schauturnen am Barren und Reck
 Gewichtheber — Ballspiele
 Hindernislaufen 10 mal 1/2 Rundenstaffel
 Polizeihunde-Vorführungen
 10 mal 1/2 Rundenstaffel der Kreise Land Brandenburg
 Fußballspiel Land Thüringen—Land Brandenburg
 10 mal 1/2 Rundenstaffel der Länder
 3000 Meter Lauf
 Motorisierte Vorführungen der besten Kraftfahrer des Landes
 Brandenburg
 Schlußfinale und Schlußlied

Schachcke

1. Das Schäfermatt

1. e2-e4 e7-c5
 2. Lf1-c4 Sg8-o6
 3. Dd1-f3 d7-d6
- Df3xf7 matt

Der 3. Zug von Weiß spekuliert auf die Schachblindheit des Gegners und ist ohne weiteres durch bessere Züge zu ersetzen. Der Gegenzug von Schwarz ist Sf6 und der offensichtliche Angriff auf f7 ist abgeschlagen.

Das Feld f7 ist besonders empfindlich gegen Angriffe, denn hier ist der König auf sich allein angewiesen, Umgekehrt gilt für Weiß dasselbe für e2.

2. Das Narrenmatt

1. f2-f4 e7-e6
2. g3-g4 Dh8-b4 matt

Ein krasses Beispiel für fehlende Aufmerksamkeit gegenüber drohenden Gefahren. Der einfache und gute Zug 2.

Sf3 sichert mühelos die Königsstellung und rettet die kaum begonnene Partie.

3. Das Seekadettenmatt

1. e2-e4 e7-e5
2. Sg-f3 d7-6
3. Lf1-c4 h7-h6
4. Sb1-c3 Lc8-e4
5. Sf3-e5 Lg4xd1
6. Ld4xf7+ Kc8-e7
7. Sc3-d5 matt

Hier opfert Weiß durch seinen witzigen 5. Zug die Dame, da er das folgende Mattdbild vorausgesehen hat. Schwarz hätte klüger getan, die Dame nicht zu nehmen, sondern die Abwicklung 5... De5f, Dg4:Sf6 vorzuziehen. Leider besitzen ein Großteil unserer heutigen Schachspieler diesen Weitblick nicht. Ein geschulter Blick und viel, viel Übung sind nötig, um dieses zu erreichen.

4. Russisch

1. e2-e4 e7-e5
 2. Sg1-f3 Sg8-f6
 3. Sf3xe5 d7-d6
 4. Sc3-f3 Sf6xe4

5. Eine offene Partie

1. e2-e4 d7-d5
 2. e4xd5 Dxd5
 3. Sb1-c3 Dd5-a5
 4. d2-d4 Le8-f5
 5. Dd1-f3 e7-e6
 6. Lc1-f4 e7-e6
 7. Sg1-h3 Sh8-d7
 8. Lf1-g2 Lf8-b1
 9. a2-a3 0-0-0
 10. a3xLb4 Da5xTa1+
 11. Ke1-d2 DxtTh1
 12. Df3xe6+ b7xc6
 13. Lc2-a6+ mat

4. Wenn Schwarz im 4. Zug Sf6xe4 schlägt, ist der Eröffnungsfehler da und Weiß kommt in Vorteil und gewinnt.

5. Durch diese offene Partie werden ganz besonders die Läufer entscheidend in das Spiel eingebaut. Durch den Zug von Weiß a3xLb4 wurde die Stellung von Schwarz aufgebrochen und der Sieg für Weiß trotz Qualitäteneintausch eingeleitet. Man erkennt immer wieder, daß die Opfervariante oft den Gegner für augenblickliche bei ihm bestehende Gefahren den Blick nimmt, um dann, bei dem Wort „Schach-matt“ erwachend, die Erkenntnis zu bekommen, gestellte Opfer abzulehnen. „Zu spät kommt oft die Reue!“

KULTURELLES LEBEN

Etwas vom Sehen

Von Emil Andres

Die am häufigsten in Tätigkeit tretenden Funktionen der menschlichen Sinne werden, dem Gesetz der Gewöhnung entsprechend, am wenigsten beachtet. Das Phänomen des Sehens... wer wollte sich heute darüber Gedanken machen?

„Wer nicht blind ist, sieht eben. Furchtbar einfach. Keiner Rede wert.“

So spricht der geistige Snob, als Vertreter jener Gesellschaft, die Jakob Burckhardt die „terribles simplificateurs“ nennt, die schrecklichen Vereinfacher. Die schrecklichen Vereinfacher sind die eigentlichen Banausen, die Schamlosen ohne jede Achtung vor dem Realen, dem Wirklichen, dem Seienden. Sie wollen nie begreifen, daß die Materie unendlich viel mehr ist als das, was man beim ersten Hinschauen an ihr wahrnimmt. Sie machen sich alles furchtbar leicht, diese eigentlichen Leichtsinnsigen.

Die menschlichen Fähigkeiten aber reagieren auf den Versuch, es sich mit ihnen leicht zu machen, durch ein Nachlassen ihrer Kräfte. Progressive Verdummung ist die Folge.

Albrecht Dürer nennt das Sehen die vornehmste Fähigkeit des Menschen, und er spricht damit eine Tatsache aus, die keineswegs nur für den Maler gilt, sondern für uns alle.

So unwahrscheinlich es klingen mag, wir müssen wieder sehen lernen, sorgfältig sehen.

Ganz abgesehen davon, daß sich damit eine schöne, beglückende Welt auftut, hilft diese Erneuerung unseres Sehvermögens mit, auch die Art, wie wir denken, zu verfeinern. Und das kann doch wohl nur zu unserem Nutzen sein, ganz besonders heute, wo sehr viele von uns vor der Aufgabe stehen, eine wissenschaftlich fundierte Weltanschauung sich zu eignen zu machen und in die Tat umzusetzen zum Wohle der Menschheit.

Für die erschreckende Oberflächlichkeit, mit der viele Menschen die Welt auf sich wirken lassen, ein Beispiel, das auf seine Richtigkeit nachzuprüfen jedem ein Leichtes ist: Obwohl es gewiß keinen einzigen Menschen gibt, der sich noch nie im Spiegel betrachtet hätte, haben die meisten sich noch nie darüber Rechenschaft gegeben, wie der Spiegel ihr eigenes Bild wiedergibt. Von einer Identität des Bildes vor dem Spiegel mit dem im Spiegel kann gar keine Rede sein. Woher denn mag es kommen, daß die allermeisten Selbstporträts den Künstler zeigen mit der Palette in der rechten Hand, dem Pinsel aber in der linken?

Jedes Spiegelbild zeigt das sich spiegelnde Objekt „seitenverkehrt“, das heißt, alles, was beim Objekt rechts ist, ist im Spiegel links und umgekehrt.

Die Volkspolizei, Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen. Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Dünow. Verlag: Verlag für Polizei-Fachliteratur G. m. b. H. Verlag und Redaktion: Berlin-Wilhelmsruh, Fontanestraße 23. Telefon: 49 01 66, App. 176 und 481256. Bankverbindungen: Berliner Stadtkontor. Bezirksbank Pankow, Breite Str. 19, Nr. 7548. Postscheckkonto Berlin Nr. 91234. „Die Volkspolizei“ erscheint monatlich zweimal. Einzelheft 0,60 DM. Veröffentlicht unter Lizenznummer 393 der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland. Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. Druck (40) Berliner Druckhaus GmbH. (vorm. Stritzke & Rothe), Berlin C2, Münzstr. 19

Gustav Meyrink sagt einmal in seiner skurrilen Art, das ernsthafte Durchdenken der Frage, an welcher Stelle im Raum die Umkehrung durch den Spiegel von rechts zu links und von links zu rechts vor sich gehe, mache jeden gründlichen Denker letzten Endes verrückt. Gewiß eine echt Meyrinksche Übertreibung, aber ein Körnchen Wahrheit verbirgt sich doch darin. Wo nämlich diese Umkehrung stattfindet, entzieht sich unserer optischen Erfassung. Wir sehen nur das Resultat und werden von einem Gefühl des Unheimlichen ergriffen, ähnlich wie bei den Kunststücken eines guten Taschenspielers.

Das Spiegelbild unterscheidet sich von dem wirklichen Objekt viel mehr, als gewöhnlich angenommen wird. Obwohl es alle Einzelteile formal richtig wiedergibt und auch das Verhältnis, in dem diese Einzelteile zueinander stehen, korrekt reproduziert, übermittelt es doch einen anderen Eindruck, der für den Seh-Geübten soviel wie ein anderes Bild bedeutet.

Viele Maler, besonders solche der realistischen Schule, haben in ihrem Atelier einen Spiegel, der so aufgestellt ist, daß der Künstler in ihm das entstehende Bild betrachten kann. Es handelt sich hier um eine Art Selbstkontrolle. Das im Spiegel erscheinende Gemälde ist nämlich von dem Bild auf der Staffelei so verschieden, daß besonders Verzeichnungen viel deutlicher in Erscheinung treten als bei dem Bild selbst, an dessen Fehler sich das Auge des Malers gewöhnt hat. Um ein wirklich ähnliches Selbstporträt zu malen, gehört wesentlich mehr als eine malerische Wiedergabe des eigenen Spiegelbildes. So erklärt sich die Unähnlichkeit vieler Selbstporträts, sofern es sich nicht um die Arbeiten großer Meister handelt.

Wollen wir uns mit größerer Richtigkeit sehen, müssen wir noch einen zweiten Spiegel zu Hilfe nehmen, in dem das Spiegelbild Nummer 1 sich seinerseits spiegelt. Nun ergibt sich das merkwürdige Phänomen, daß uns selbst dieses jetzt richtige Spiegelbild unähnlich erscheint, weil völlig ungewohnt.

Das „Erkenne Dich selbst“ birgt also schon im rein Optischen recht große Schwierigkeiten; wieviel größere erst, wenn es sich um unsere ganze Persönlichkeit, körperlich, charakterlich und geistig handelt. Dazu reicht ein Spiegel nicht aus!

Wer wir sind, was wir bedeuten und wie wir uns ausnehmen auf dieser Erde, können wir nur erfassen, wenn wir uns tätig hineinstellen in den großen Zusammenhang menschlicher Gemeinschaft. Vor solchem gigantischen Hintergrund mag dann vielleicht ein ganz kleines Bildchen aufleuchten, nur kurz, aber doch für ein paar Augenblicke, und glücklich, wer sagen kann: Dort, sieh! Einer unter Millionen Gleichstrebender — das bin ich.



Verlag für Polizei-Fachliteratur GmbH

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CD NO. 25X1A

DATE DISTR. 27 June 1949

COUNTRY Germany (Russian Zone)

NO. OF PAGES

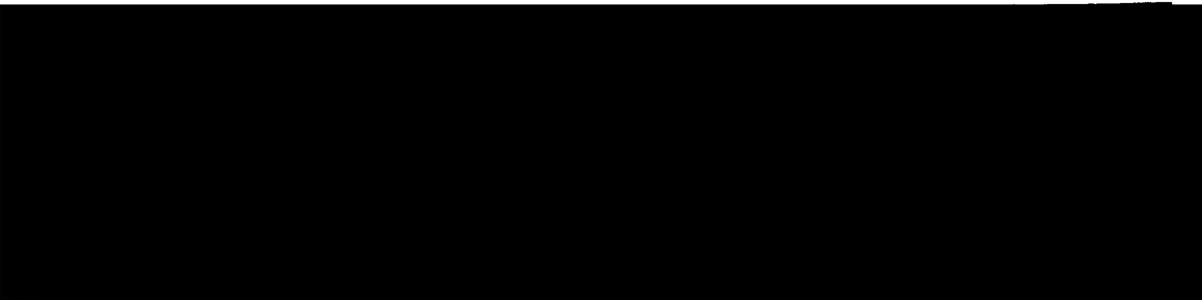
SUBJECT Table of Organization of Abteilung Bereitschaften, Berlin Polizeiprasidium; Organization Plan of the Four Berlin Bereitschaften

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

PLACE ACQUIRED [REDACTED] 25X1C

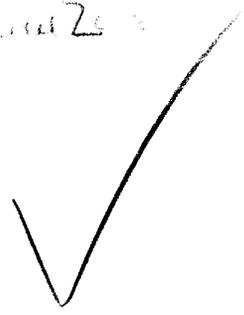
SUPPLEMENT TO REPORT NO. 25X1X

DATE OF INFO ACQUIRED [REDACTED]



The attached photostats concerning the Table of Organization of Abteilung Bereitschaften, Berlin Polizeiprasidium and the Organization Plan of the Four Berlin Bereitschaften are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

Emergency Police, Berlin - Russian Zone



JUN 29 11 54 AM '49

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION							
ARMY	AIR	OSI	X							

Geschäftsverteilungslan d. r. Abt. "Vereitschaften zum Dst.-Plan

Referat	Bezeichnung	Mannschafts- zeichnung	Geh.Gr.
a) Leitung	Leiter	1 Pol.-Dir.	VI
	Ausbildungsleiter	1 " "	VI
	Gehilfe v. "	1 " Ov.Komm.	I
	Leiter d. Wirtschafts- stelle	1 " Rat	IX
	Leiter SGB	1 " Ov.Komm.	X
	Leiter KFZ	1 " " "	X
	Sachbearbeiter Abt. Geschäftszimmer	1 " Hum.	XIII
	dte.	2 " Obm.	XIV
	Sachbearbeiter v. Wirtschaft	2 " "	XIV
	Sachbearbeiter v. SGB	1 " "	XIV
	Sachbearbeiter KFZ	1 " "	XIV
	Schreibkraft	1 " "	XIV
	dte.	2 " Hum.	XV
	Kraftfahrer	1 " Obm.	XIV
	Kradfahrer	1 " Hum.	XV 221-
	b) Vereitschaf- ten	Überpolizeiräte	4 Über-Pol.-Räte
Pol.-Räte		12 Pol.-Räte	II
Pol.-Ov.Kommision		4 " Ov.Komm.	X
Kommissare		20 " Kommissare	XI
Meister		36 " Meister	XII
Hauptwachtmstr.		116 " Hum.	XIII
Oberwachtmstr.		488 " Hum.	XIV
Wachmeister		520 " Hum.	XV 1000s.
Insgesamt:			10221

25X1A

Der Polizeipräsident in Berlin
Personal-Abt. 1961/69

Berlin, den 6. April 1969

Stellengliederung für Abt. Bereitschaften

Blatt: 9
Vertrauliche Geschäftsakte

Ufd. Nr.	Stellen-gliederung für	Polizeikräfte													Insgesamt:	Bemerkungen
		höhere					mittlere				untere					
		Pol.-Präsident	Stellv.-Pol.-Präsident	Inspektoren u. Abt.-Leiter	Pol.-Kdr.	Pol.-Kdr.	Ob.-Pol.-Räte	Pol.-Räte	Pol.-Ob.-Kommisare	Pol.-Kommisare	Pol.-Meister	Pol.-Hauptwachtm.	Pol.-Ob.-Wachtm.	Pol.-Wachtm.		
III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI			
b)	Abt. Bereitschaft															
1.	Bereitsch.ltr.						8*								8	+ davon 4 Pol.-Mitarbeiter i. Sonderstellung
2.	stellv. Ber.ltr.							4							4	
3.	Einheits-Leiter							4							4	
4.	Ltr. d. Dienst.										4				4	
5.	Pers.-Sozhd.								4			4			4	
6.	Wirtsch. Sozhd.									4					4	
7.	Rechnungsw.										4				4	
8.	Bekleidungssozhd.										4				4	
9.	Verpflegungssozhd.										4				4	
10.	Waffen u. Munition										4				4	
11.	Stellv. Zugf.									32*					32	+ davon 16 Pol.-Mitarbeiter i. Sonderstellung
12.	Gruppenführer											10			10	
13.	Fahrdienstgruppe											94			94	
14.	Mannschaften											4	400	32*	404	
15.															32*	
							8	8	4	36	2*	116	400	32*	1000	

Strukturplan der 1. Bereitschaft

<u>Bereitschaftsleiter:</u>	O.-Insp.	Pohlandt,	Erwin
1. Stellvertreter (PK):	O.-Insp.	Brocke,	Kurt
2. Stellvertreter:	O.-Insp.	Kunz,	Heinz
<u>Einsatzleiter:</u>	U.-Insp.m.St.	Fischer,	Johannes
Leiter d. Innendienstes:	U.-Insp.o.St.	Howirk,	Hans
Personal-Sachbearbeiter:	U.-Insp.o.St.	Richter,	Bernhard
Leiter d. Wirtschaftsstelle:	Obw.	Rieselack,	Erich
Rechnungsführer:	Hptwm.	Tiedemann,	Klaus
Bekleidungs-Sachbearbeiter:	Hptwm.	Schröder,	Karl
Verpflegungs-Sachbearbeiter:	U.-Insp.o.St.	Murwaldt,	Friedrich
Sachb.f. Waff.Ger./Man.:	Wn.	Meheit,	Harry
Sanitäter:	Hptwm.	Fortzik,	Erich
Koch: (Fourier)	Anw.	Powak,	Paul
Koch:	Anw.	Müller,	Richard
Koch:	Anw.	Bülow,	Rolf

1. Zug (MG)

Zugführer:	Hptwm.	Mietchen,	Helmuth
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insp.o.St.	Hinz,	Erich
2. Stellvertreter:	Wn.	Kirsch,	Hans
1. Gruppe:	Anw.	Schulz,	Heinz
Stellvertreter:			
2. Gruppe:	Anw.	Mill.,	Alfred
Stellvertreter:			
3. Gruppe:	Anw.	Betzin,	Günter
Stellvertreter:			

2. Zug (MPI)

Zugführer:	Hptwm.	Dembrowski,	Alfred
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insp.o.St.	Mafner,	Otto
2. Stellvertreter:	Anw.	Egyptert,	Kurt
4. Gruppe:	Anw.	Rittke,	Horst
Stellvertreter:			
5. Gruppe:	Anw.	Zeitler,	Karl-Heinz
Stellvertreter:			
6. Gruppe:	Anw.	Schettler,	Günter
Stellvertreter:			

3. Zug (Pol.)

Zugführer:	Hptm.	Wegner,	Alexander
1. Stellvertreter (PK):			
2. Stellvertreter:	Anw.	Gotzmann,	Berhard
7. Gruppe:	Anw.	Delling,	Günter
Stellvertreter:			
8. Gruppe:	Anw.	Baumann,	Heinz
Stellvertreter:			
9. Gruppe:	Anw.	Brikey,	Günter
Stellvertreter:			

4. Zug (Pol.)

Zugführer:	Anw.	Gehrke,	Willi
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insp.o.St.	Andrysiak,	Edmund
2. Stellvertreter:	Obwm.	Sündermann,	Wilfried
10. Gruppe:	Anw-	Rafalski,	Egon
Stellvertreter:			
11. Gruppe:	Anw.	Schönop,	Heinz
Stellvertreter:			
12. Gruppe:	Anw.	Schäcke,	Oswin
Stellvertreter:			
Fahrradgruppe:	Anw.	Keller,	Hodi

S t r u k t u r p l a n der 2. Bereitschaft

<u>Bereitschaftsleiter:</u>	O.-Insp.	Pannowitz,	Helm th
1. Stellvertreter (PK):	O.-Insp.	K illat,	Heinz
2. Stellvertreter:	O.-Insp.	weil,	Gerhard
Einsatzleiter:	O.-Insp.	Krenker	Hubert
Leiter d. Inwendienstes:	O.-Insp.	Mül er,	Kurt
Personal-Sachbearbeiter:	Anw.	Dietrich,	Günter
Leiter d. Wirtschaftsstelle:	O.-Insp.	Sperber,	Kurt
Rechnungsführer:	O.-Insp.	Zinn,	Walter
Bekleidungs-Sachbearbeiter:	O.-Insp.	Steinberger,	Herbert
Verpflegungs-Sachbearbeiter:	O.-Insp.	Schramm,	Hans
Sachb.f.Waff., Pers./Mun.:	Wm.	Teichert,	Heinz
Sanitäter:	Wm.	V. Negelein,	Heinrich
O.Koch: (Fourier)	Wm.	Drayczinski,	Martin
Koch:	Obw.	Kreithner,	Harry
Koch:	Anw.	Reichelt,	Erich

1. Zug (MG.)

Zugführer:	Rptw.	Güssow,	Gerhard
1. Stellvertreter (PK)	O.-Insp.	Stibbe,	Konrad
2. Stellvertreter:	Wm.	Hiepelt,	Günter
1. Gruppe:	Wm.	Wolfgang,	Kluge
Stellvertreter:	Anw.	Bischof,	Harry
2. Gruppe:	Rptw.-	Rübke,	Hans-Joachim
Stellvertreter:	Anw.	Naumann,	Fritz
3. Gruppe:	Wm.	Jinicke,	Gerhard
Stellvertreter:	Anw.	Heinrich,	Gerhard

2. Zug (MPL)

Zugführer:	Rptw.	Bernhardt,	Georg
1. Stellvertreter (PK):	O.-Insp.	ickel,	Erwin
2. Stellvertreter:	Anw.	Pultermann	Heinz
4. Gruppe:	Wm.	Ringmann,	Heinz
Stellvertreter:	Anw.	Kellmorgen,	Hans
5. Gruppe:	Anw.	Schick,	Franz
Stellvertreter:	Anw.	Bagans,	Gerhard
6. Gruppe:	Wm.	ruhagel,	Hans
Stellvertreter:	Anw.	Frömel,	Heinz

3. Zug (Pol.)

Zugführer:	Hptm.	Mischke,	Gerhard
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insp.	Tröger,	Willi
2. Stellvertreter:	Hptm.	Jankowiak,	Georg
7. Gruppe:	Anw.	Westphal,	Gerhard
Stellvertreter:	Anw.	Weil,	Fred
8. Gruppe:	Wn.	Weismann,	Gert
Stellvertreter:	Wn.	Wiede,	Gerhard
9. Gruppe:	Anw.	Mischke,	Günter
Stellvertreter:	Anw.	Jans,	Karl-Heinz

4. Zug (Pol.)

Zugführer:	Anw.	Miehler,	Heinz
1. Stellvertreter (PK):	Anw.	Pade,	Horst
2. Stellvertreter:	Hptm.	Döring,	Richard
10. Gruppe:	Anw.	Asseng,	Kurt
Stellvertreter:	Wn.	Fritz,	Gerhard
11. Gruppe:	Wn-	Jeikowski.	Kurt
Stellvertreter:	Anw.	Brink,	Günter
12. Gruppe:	Obw.	Matzigkeit,	Heinrich
Stellvertreter:	Anw.	Elsässer,	Horst
Fahrradgruppe:	Anw.	Pries,	Harry

S t r u k t u r p l a n d e r 3. B e r e i t s c h a f t
 - - - - -

<u>Bereitschaftsleiter:</u>	U.-Insp.	Komischke,	Otto
1. Stellvertreter (FK):	O.-Insp.	Kostbar,	Heinrich
2. Stellvertreter:	Insp.	Karpinski,	Karl
Einsatzleiter:	O.-Insp.	Müller,	Heinz
Leiter d. Innendienstes:	U.-Insp.	Schultz,	Arich
Personal-Sachbearbeiter:	U.-Insp.	Säuberlich,	Paul
Leiter d. Wirtschaftsstelle:	U.-Insp.	Günter,	Herbert
Rechnungsführer:	Anw.	Renner,	Heinz
Bekleidungs-Sachbearbeiter:	Hptwfm.	Frenzel,	Kurt
Verpflegungssachbearbeiter:	Obwfm.	Pelka,	Paul
Sachb.f.Waff.Ger./Mun.:	Wfm.	Wicht,	Horst
Sanitäter:			
Koch:			
Koch:			
Koch:			

1. Zug (MG)

Zugführer:	U.-Insp.	Stangl,	Georg
1. Stellvertreter (FK):			
2. Stellvertreter:			
1. Gruppe:	Anw.	Ernst,	Herbert
Stellvertreter:			
2. Gruppe:	Anw.	Stephan,	Gerhard
Stellvertreter:			
3. Gruppe:	Anw.	Heidersbach,	Lothar
Stellvertreter:			

2. Zug (MPI)

Zugführer:	Anw.	Rosin,	
1. Stellvertreter (FK):			
2. Stellvertreter:			
4. Gruppe:	Anw.	Klinder,	Heinz
Stellvertreter:			
5. Gruppe:	Anw.	Grothe,	Werner
Stellvertreter:			
6. Gruppe:	Anw.	Kirsch,	Kurt
Stellvertreter:			

3. Zug (Pol.)

Zugführer:	Hptwm.	Gutenschwager,	
1. Stellvertreter: (PK)	Obwm.	Besse,	Heinz
2. Stellvertreter:	"m.	Gentz,	Horst
7. Gruppe:	Anw.	Rausche,	Harry
Stellvertreter:			
8. Gruppe:	"m.	Mellis,	
Stellvertreter:			
9. Gruppe:	Anw.	Scholz,	Horst
Stellvertreter:			

4. Zug (Pol.)

Zugführer:	Hptwm.	"obser,	Horst
1. Stellvertreter (PK):			
2. Stellvertreter:	Hptwm.	Siebenborn,	
10. Gruppe:		Lange,	Hans
Stellvertreter:			
11. Gruppe:	Anw.	Zäschke,	Hünter
Stellvertreter:			
12. Gruppe:	Anw.	Schröder,	Heinz
Stellvertreter:			
Fahrradgruppe:	Anw.	Liebke,	Arno

S t r u k t u r p l a n d e r 4. B e r e i t s c h a f t

<u>Bereitschaftsleiter:</u>	O.-Insp.	K n i s c h,	Kurt
1. Stellvertreter (PK):	O.-Insp.	R o s e,	Hel uth
2. Stellvertreter:	O.-Insp.	B o r n,	Kurt
Einsatzleiter:	U.-Insp.	P e t r y,	Harrald
Leiter d. Innendienstes:	Wm.	K a p r a t,	Kurt
Personal-Sachbearbeiter:	Hptwm.	I r r g a n g,	Paul
Leiter d. Wirtschaftsstelle:	Wm.	U l l r i c h,	Gustav
Rechnungsführer:	Wm.	K r e n g e l,	Kurt
Bekleidungs-sachbearbeiter:	Obwm.	M a x h e i m e r,	Lothar
Verpflegungssachbearbeiter:	Hptwm.	R e i n a n n ,	Paul
Sachb.f. Waff.Ger./Mun.:			
Sanitäter:	Anw.	K o r t e,	Hans
Koch:	Obwm.	S c h i m p k e,	Erwin
Koch:			
Koch:	Anw.	S c h u s t e r,	Willi

1. Zug (MG)

Zugführer:	U.-Insp.	G r a w e,	Kurt
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insp.	S e i b l d,	Heinz
2. Stellvertreter:			
1. Gruppe:	Anw.	T a d a j e w s k i,	Rudi
Stellvertreter:			
2. Gruppe:	Anw.	H ü m m e r i c h,	Wolfgang
Stellvertreter:			
3. Gruppe:	Anw.	S c h ü r k a m p,	Heinz
Stellvertreter:			

2. Zug (MPI)

Zugführer:	Hptwm.	K r a u s e,	Erich
1. Stellvertreter: (PK)	Anw.	D o h m a n n,	Edgar
2. Stellvertreter:			
4. Gruppe:	Wm.	S c h m i d t,	Hermann,Herbert
Stellvertreter:			
5. Gruppe:	Anw.	D i n e r,	Günter
Stellvertreter:			
6. Gruppe:	Anw.	N l e b e r,	Günter
Stellvertreter:			

3. SWK (Pol.)

Zugführer:	Hptm-	Masche,	Erwin
1. Stellvertreter (PK):			
2. Stellvertreter:	Ans.	Trafny,	Wolfgang
7. Gruppe:	Ans.	Schön,	Wolfgang
Stellvertreter:			
8. Gruppe:	Ans.	Lange,	Richard
Stellvertreter:			
9. Gruppe:	Ans.	Beutel,	Helmuth
Stellvertreter:			

4. SWK (POL.)

Zugführer:	Wn.	Kaminski,	Erwin
1. Stellvertreter (PK):	U.-Insy.	Spiegel,	Günter
2. Stellvertreter:			
10. Gruppe:	Wn.	Steinmann,	Günter
Stellvertreter:			
11. Gruppe:	Ans.	Ernst,	Hudt
Stellvertreter:			
12. Gruppe:	Ans.	Koch,	Erich
Stellvertreter:			
Fahradgruppe:	Ans.	Grethe,	Harry

COUNTRY	USSR	[REDACTED]	25X1A
SUBJECT	The Stalin Canal		DATE DISTR. 27 July 1949
PLACE ACQUIRED	[REDACTED]	25X1A	NO. OF PAGES 1
DATE OF INFO.	[REDACTED]	25X1C	NO. OF ENCLS. 5
			SUPPLEMENT TO REPORT NO. [REDACTED] 25X1A

NAVY

C O P Y

SECRET/CONTROL U.S. OFFICIALS ONLY